Hinter den Kulissen...



Hinter- und Vordergründe der brandenburgischen Neonaziszene

Sommer 2013



Inhalt

Einleitung

Der Blick "Hinter die Kulissen" macht uns bewusst, wie Neonazis und ihre Strukturen funktionieren und ist Grundlage antifaschistischer Intervention.

Liebe Leser_innen,

mit der neuen Broschüre *"Hinter den Kulissen"* haltet ihr das gesammelte Wissen von engagierten Antifaschist_innen aus den verschiedensten Ecken Brandenburg in den Händen. Vor mittlerweile 14 Jahren erschien die letzte Ausgabe dieser brandenburgweiten Broschüre über *"Hinter- und Vordergründe der brandenburgischen Neonaziszene"*. In den vergangenen Jahren sind immer wieder verschiedenste Zeitungsartikel und Flyer, Broschüren und Bücher sowie diverse Internetbeiträge erschienen, die sich in erster Linie mit lokalen und regionalen Entwickungen der neonazistischen Szene auseinandersetzten. Mit dieser Broschüre wollen wir einen intensiven Einblick in Neonazistrukturen und rechte Lebenswelten im gesamten Land Brandenburg ermöglichen.

Diese Broschüre soll Grundlage für alle Menschen in Brandenburg sein, die sich aktiv gegen Neonazis und rechtes Denken einsetzen. Gerade im Hinblick auf die kommenden Bundestagswahlen im September 2013 und den Landtags- und Kommunalwahlen 2014 stellen die Rechercheergebnisse über zentrale Akteur_innen märkischer Neonazistrukturen eine Bereicherung dar. Die Analysen rechter Aktions-, Ausdrucks- und Agitationsformen bieten eine Unterstützung der Arbeit gegen Neonazis. Zwei Beiträge, die wir von dem Verein Opferperspektive übernommen haben, thematisieren die rechte Gewalt im Allgemeinen sowie die knapp 30 Todesopfer rechter Gewalt in Brandenburg im Besonderen.

Doch wir belassen es nicht bei der bloßen Darstellung von Neonazistrukturen. Denn nicht nur Neonazis sind rassistisch, antisemitisch oder sexistisch, all diese Unterdrückungsformen sind in den gesellschaftlichen Strukturen, in denen wir leben, verankert. Die Einstellungsmuster drücken sich als Teil gesellschaftlicher Machtverhältnisse aus. Auch deshalb möchten wir mit gängigen Vorstellungen brechen und die gefährliche "Extremismustheorie" sowie die verschobene Auffassung von "Toleranz" zur Diskussion stellen.

Es ist also eine Broschüre entstanden, die es in so einem Umfang lange nicht in Brandenburg gegeben hat. Der Fülle an Informationen zum Trotz, gibt es Themen und regionale Schwerpunkte über die sich noch so einiges mehr sagen lässt. Wer sich also darüber hinaus über diese und andere Bereiche informieren möchte, kann auf Seite 84 Kontaktadressen antifaschistischer Gruppen entnehmen.

Darüber hinaus wollen wir uns bei dem antifaschistisches pressearchiv und bildungszentrum e. V. bedanken. Das umfangreiche Material war ein große Bereicherung unserer Recherchen.

Wir wünschen eine spannende und informative Lektüre und sind für Anregungen, Kritik und weitere Fragen unter der Adresse:
hinter-den-kulissen@riseup.net zu erreichen.

Impressum

V.i.S.d.P.: Andreas Berg, Brandenburger Allee 19, 12345 Berlin
Herausgeber_in: Antifaschistisches Autor_innenkollektiv Brandenburg
Die Verteiler_innen sind nicht identisch mit den Autor_innen.

Kontakt: hinter-den-kulissen@riseup.net zu erreichen.
Stand: Juli 2013
Auflage: 5.000

Gender: Die *Gender_Gap* wird in dieser Broschüre verwendet. Die dient zur Aufhebung geschlechtsspezifischer Zuordnungen. So werden auf sprachlicher Ebene alle sozialen Geschlechter berücksichtigt.

Die NPD in Brandenburg
Zugpferd der neonazistischen Szene



Abb. 1: Symbolisieren die Spitze der Brandenburger NPD: Ronny Zasowk, Aileen Rokohl und Klaus Beier am Fronttranspi auf einem NPD-Aufmarsch am 10. November 2012 in Frankfurt (Oder). Links neben Ronny Zasowk: Der Berliner NPD-Chef Sebastian Schmidtke.

Dieser Text soll einen allgemeinen Überblick zum Landesverband der NPD geben. Die Informationen dazu wurden in den vergangenen Jahren von verschiedenen Initiativen und Gruppen gesammelt. Hilfreich waren auch die Einblicke in das NPD-Innenleben dank eines Hacks des Mailservers der NPD im Jahr 2011. Auf Grundlage des offen gelegten Mailverkehrs der NPD konnte das Webportal Inforiot den Artikel „NPD von Innen“ verfassen. Es ergab sich in der Gesamtschau das Bild eines kleinen, aber durchaus funktionstüchtigen Landesverbandes. Große Sprünge gab es nicht. Doch ein recht stabiler Kern von Aktiven hielt den Verband immerhin, auf niedrigem Niveau, arbeitsfähig. Seit 2012 kam es vermehrt zu Austritten, außerdem gründete sich Anfang 2013 ein brandenburger Landesverband der neuen neonazistischen Partei “**Die Rechte**”.

Gliederung – Kreisverbände und Lokale Verankerung durch Ortsbereiche und Stützpunkte

Einer internen Auszählung zufolge hat der NPD-Landesverband Brandenburg nur etwa 250 Mitglieder, aufgeteilt auf acht Kreisverbände. Auf den ersten Blick scheint die NPD nahezu flächendeckend in Brandenburg aufgestellt zu sein. Der Aktivismus in den Kreis- sowie Ortsverbänden entfallen jedoch unterschiedlich. Aktivist_innen des Brandenburger Landesverbands übernehmen zudem Aufgaben auch auf Bundesebene. Dort arbeitet Landeschef **Klaus Beier** im Bundesvorstand und auch andere aus Brandenburg stammende Parteiaktive, beispielsweise die ex-DVUlerin **Birgit Fechner** oder der für das Amt “Bildung” verantwortliche **Ronny Zasowk**, sind dort tätig. In den Jahren 2011 und 2012 gründete die NPD nach und nach sogenannte Ortsbereiche und Stützpunkte, um eine stärker lokale Verankerung zu suggerieren. (siehe Karte und Liste) Die Vielzahl an Orten und Städten sagt dabei jedoch recht wenig über die Aktivitäten der Partei aus. So tauchen einige Ortsbereiche zwar in der Liste auf, eigene Aktivitäten sind jedoch nicht bekannt. Bestes Beispiel hierfür ist der im März 2011 gegründete Ortsbereich Joachimsthal (Barnim). Bis 2010 fanden in der kleinen Stadt im Landkreis Barnim jährlich Demonstrationen zum Thema sexueller Missbrauch statt. Unter dem Motto „Keine Gnade für die Täter“ hatte sich der Kreisverband Barnim-Uckermark zu profilieren versucht. Mit dem neuen Ortsbereich wolle man besser auf die Ängste der Anwohner_innen eingehen. Außer einer Kranzniederlegung zum Volkstrauertag und der Beteiligung an Flyeraktionen geschah vor Ort jedoch nichts. Anders verhält es sich mit dem Ortsbereich „Schenkenländ-

chen“. Durch das Engagement von **Sven Haverlandt**, ein neues Schulungszentrum in Märkisch Buchholz auszubauen, ist der Ortsbereich sehr aktiv. Auch der Stadtverband Neuruppin war 2011 besonders aktiv. Gemeinsam mit den Freien Kräften Neuruppin/ Osthavelland organisierte die lokale NPD mehrere Demonstrationen in der „Fontane-Stadt“. Kurz nach der Gründung des Stadtverbandes Neuruppin im September 2011 wurden auf der Plattform Inforiot Bilder des Stadtverbandsvorsitzende und Kameradschaftsaktivsten **Dennis Franke** veröffentlicht, die Franke mit Hakenkreuz Fahne und Waffen-SS Oberteil zeigen. Er trat daraufhin zurück. Die Aktivitäten des Stadtverbandes brachen ein, wurden jedoch durch die Unterstützung der Freien Kräfte weitergeführt.



Abb. 2: Aufbau und Struktur des NPD-LV Brandenburg.

Zentrale Figuren

Bereits seit 2004 ist Klaus Beier Landeschef der Brandenburger NPD. Als Mitglied des Vorstandes der Bundes-NPD gehört er zum engen Führungskreis der Bundespartei. Neben Beier hält vor allem der Cottbusser Vize-Vorsitzende Ronny Zasowk in Brandenburg die Fäden zusammen. Zasowk ist besonders fleißig in die alltägliche Parteiarbeit involviert. Er ist ebenfalls auf Bundesebene, hier als Verantwortlicher für den Bereich Bildung, aktiv. Zasowk war 2011 wegen seines Streits mit der Universität Potsdam um die Anerkennung seines Praktikums in der Berliner NPD-Zentrale im Politikstudium in den Medien. Schatzmeisterin des Landesverbandes ist die NPD-Kreistagsabgeordnete des Landkreises Oder-Spree **Manuela Kokott**. Enorm wichtig für die Parteiarbeit ist ebenso der Vorsitzende des Kreisverbandes Havel-Nuthe und „Organisationsleiter“ des Landesverbandes **Michel Müller**. Seit 2013 gehören außerdem **Aileen Rokohl** (Barnim), **Lore Lierse** (Oberhavel), **Florian Stein** (Oder-Spree) und **Thomas Salomon** (Oberhavel) zum Vorstand des Landesverbands.

Aktivitäten & Themen

Als bedeutende Aktionsformen der NPD sind Demonstrationen, Mahnwachen, Publikationen und die Übernahme von Mandaten zu nennen. Einige der Kreisverbände betreiben mit ihren Publikationen eine Art „Materialschlacht“. Hinsichtlich eigener Flugblätter, wie der „Oderland-Stimme“ oder der „Barnim-Stimme“ ist zwar keine Kontinuität zu beobachten, jedoch sind diese Publikationen in den letzten Monaten zunehmend in Umlauf gebracht worden. Die landesweite Agitationszeitung „Wahrheit für Brandenburg“, einem wichtigen Vorzeigeprojekt der Partei, kam indes nur sehr mühselig zustande. Nach der Debüt-Ausgabe verliefen die Arbeiten für die zweite äußerst schleppend. Diese ist zwar im Jahr 2011 erschienen, jedoch folgten darauf keine weiteren Ausgaben. Einzig die NPD-Publikation „Zündstoff“, verantwortlich ist Thomas Salomon, wird seit nunmehr 20 Jahren regelmäßig herausgegeben. Die NPD versuchte im Oktober 2012 Stimmung gegen einen Protest-Marsch von in Deutschland lebenden Geflüchteten zu machen. Der Kreisverband Lausitz meldete in Potsdam eine Kundgebung gegen den Refugee-Protest-March an. Diese war direkt an der Route der Flüchtlingsdemonstration gelegen und die Redner auf der NPD-Kundgebung verbreiteten rassistische Parolen gegen die Geflüchteten. Asylpolitik ist für die NPD ein regelmäßig genutztes Themenfeld, um ihre völkische und rassistische Propaganda verbreiten zu können. Zentrales Thema 2012 war die „Raus aus dem Euro“-Kampagne. Mit mehreren Aktionen versuchte die Landes-NPD im Zuge der Finanzkrise die in der Bevölkerung verbreitete Skepsis gegenüber der Euro-Politik für sich auszunutzen. Mit mehreren Demonstrationen in Neuruppin, Frankfurt (Oder), Cottbus und Potsdam unternahm die NPD den Versuch, dieses Thema, auch im Hinblick auf kommende Wahlen, für sich zu besetzen. Ihre dazu ausgerufene „Aktion Kleeblatt“ scheiterte jedoch auf ganzer Linie. Keine der Demonstrationen konnte erfolgreich beendet werden, da antifaschistische Blockaden die Aufmärsche verkürzten oder gänzlich verhinderten. Im Zusammenhang mit

der „Raus aus dem Euro“-Kampagne wurde auch immer wieder „Grenzen Dicht“ gefordert. Aufbauend auf vermeintlich steigende Kriminalität, als Folge des unbeschränkten Grenzverkehres zwischen Polen und Deutschland versucht die NPD ihr revisionistisches und polenfeindliches Weltbild zu propagieren.

Die NPD als Auffangbecken für Gewalttäter_innen und Aktive von (verbotenen) Neonazigruppen

An der Person von Michel Müller (Vorsitzender des Kreisverbands Havel-Nuthe) veranschaulicht sich, dass die Brandenburger NPD als Teil der militanten Neonaziszene gelten muss. Müller war in früheren Jahren bei der 2005 verbotenen Neonazi-Kameradschaft „Hauptvolk“ aus Rathenow aktiv und saß wegen Beihilfe zu versuchtem Mord im Gefängnis. Unter den Parteiaktiven finden sich weitere Kameradschaftsaktivist_innen – wie etwa **Benjamin Kuhirt**, der Anführer der verbotenen Kameradschaft “Sturm 27“ war und nun Vorsitzender des NPD-Stadtverbands in Rathenow ist. **Stefan Rietz**, im KV Havel-Nuthe tätig, war aktiv im verbotenen „Blood & Honour“ Netzwerk. Stellvertretender Kreisvorsitzender in der Lausitz ist **Alexander Bode**, Haupttäter der tödlichen rassistischen Hetzjagd von Guben 1999. Wenig überraschend ist dann auch, dass die Brandenburger NPD für Schulungen den ehemaligen Aktivisten der „Wiking Jugend“ und mehrfachen Straftäter **Lutz Giesen** einlud.

Anti-Antifa und Kooperation mit „Freien Kräften“

In nahezu allen Parteiverbänden der NPD in Brandenburg lassen sich enge Verbindungen von Kameradschaftsstrukturen und „Freien Kräften“ mit Parteistrukturen finden. Kontakte pflegt die NPD vielerorts, ob durch – wie oben beschrieben – ohnehin vorhandene personelle Überschneidungen oder gegenseitige Unterstützung. So gelangten beispielsweise Fotos einer Anti-Nazi-Demonstration im Oktober 2010 in Königs Wusterhausen, aufgenommen durch „Anti-Antifas“, an die NPD. Dass die Grenze zwischen NPD und den sogenannten freien Kräften keineswegs trennscharf verläuft illustriert ein Vorfall vom 1. Mai 2012. Im Anschluss an einen verhinderten Neonaziaufmarsch in Wittstock/Dosse griffen Neonazis das linke Wohn- und Kulturprojekt MittenDrin in Neuruppin an. Wie kurze Zeit durch veröffentliche Pressefotos bekannt wurde, befand sich unter ihnen auch der NPD-Stadtverordnete **Raimer Leibner**. Laut Inforiot war auch der Neuruppiner NPD-Stadtchef **Dave Trick** zumindest am Bahnhof vor Ort, vom dem die Neonazis sich auf den Weg zum MittenDrin machten.

Immobilien: Revival in Biesenthal und Ausbau in Märkisch Buchholz

Längere Zeit wurde ein Gelände in der Erich-Mühsam-Straße in Biesenthal als möglicher Parteitreff gehandelt, auf dem es regelmäßige Stammtische gibt. Das Grundstück wird von der „Devasta GmBH“ verwaltet. Das Gelände ist heruntergekommen und teilweise baupolizeilich für Veranstaltungen gesperrt. Seit Anfang 2011 will die NPD das Gelände ausbauen und dort wieder regelmäßig Veranstaltungen durchführen. Bekannt geworden sind einige wenige Veranstaltungen – eine Wintersonnenwendfeier im Dezember 2011 wurde durch Protest von lokalen Antifaschist_innen verhindert. Im Januar 2013 gründete sich auf dem Gelände der LV “Die Rechte”, mit ehemaligen DVU- und NPD-Aktiven. Inwiefern die NPD das Gelände noch nutzen kann, ist unklar. Kleinere Versammlung, wie ein Konzert mit einer handvoll Neonazis im Sommer 2012 wurde erst im Nachhinein bekannt. Mit dem sogenannten „nationalen Jugend- und Freizeitzentrum“ konnten die NPD in Brandenburgs kleinster Stadt Märkisch Buchholz einen weiteren Neonazitreff etablieren. **Sandra Willnow Haverlandt**, verheiratet mit NPD-Funktionär Sven Haverlandt, erwarb 2011 das Objekt, das einen Anlaufpunkt für Neonazis aus der Region darstellt. Im Juli 2011 fand dort eine JN-Schulung statt. Nachdem sich Widerstand geregt hatte, wurde die gewerbliche Nutzung und öffentliche Bewerbung von Veranstaltungen untersagt. Das Problem wurde so jedoch nicht gelöst. Im „na-

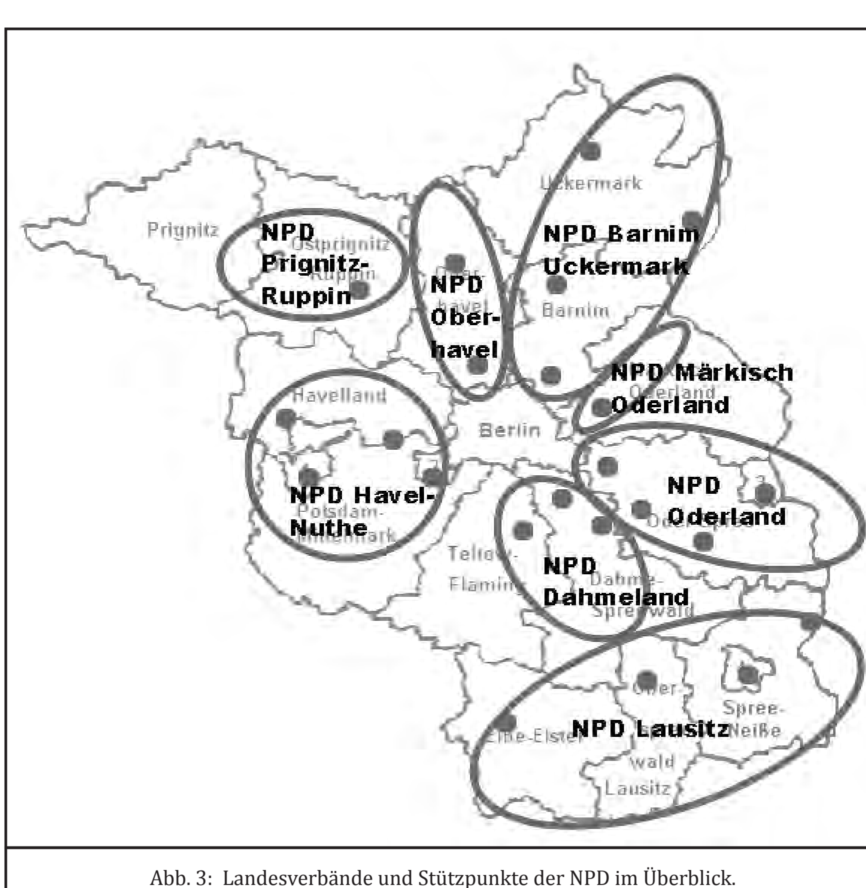


Abb. 3: Landesverbände und Stützpunkte der NPD im Überblick.

tionalen Jugendzentrum“ werden weiterhin Veranstaltungen durchgeführt und der Aufbau von NPD- und JN-Strukturen vorangetrieben. Dazu gehörte im Februar 2012 ein Liederabend mit **Jörg Hähnel**, Mitglied im NPD-Bundesvorstand sowie Aktivist_innen der verbotenen Berliner Kameradschaft „Frontbann 24“.

NPD, DVU und Die Rechte

Seit dem Zusammengehen von NPD und DVU auf Bundesebene ist der Kontakt zwischen den Aktiven beider Organisationen in Brandenburg eher nüchtern. Auf der Seite der DVU fällt lediglich die Kreistagsabgeordnete **Bärbel Redlhammer-Raback** aus Luckenwalde auf, die sich um eine intensivere Kooperation zwischen ex-DVU und NPD bemüht. Im Oktober 2012 beteiligte sich Redlhammer-Raback an einer NPD- Kundgebung gegen den Refugee-Protest-Marsch in Potsdam. Das ehemalige DVU-Mitglied **Birgit Fechner** ist nun aktiv im Vorstand der Landes-NPD und für das „Referat Sozialpolitik“ zuständig. **Josef Gessler**, ex-DVUler im Stadtparlament Jüterbog, ist ebenfalls zur NPD gewechselt. Über die übrigen 22 Kommunalmandatsträger_innen aus der DVU ist wenig bekannt. Einzig noch **Klaus Mann** aus Finowfurt, ehemals im DVU-Landesvorstand, war an einer Zusammenarbeit interessiert. Sein Grundstück diente zuletzt am 6. Oktober 2012 als Veranstaltungsort für den NPD-Preußentag. Im neuen LV “Die Rechte” hat er den Vorsitz übernommen, auch andere ehemailge DVU- und NPD-Aktive traten über. **Marcel Guse**, dessen „Polit-Karriere“ in der DVU begann, lief ebenfalls zur NPD über und war einige Zeit Stadtverordneter in Potsdam. Nachdem er wegen seiner wenig geschönten Radikalität Missgunst auf sich gezogen hatte, sollte Guse aus der NPD ausgeschlossen werden. Er trat jedoch selbstständig zurück und zog sich aufs Land bei Beelitz zurück, um dort in der Landwirtschaft zu arbei-ten. Hier arbeitet er weiterhin, wenn auch weniger öffentlich, für die NPD.

JN weiterhin marginal

Mit dem Aufbau der Parteijugendorganisation „Junge Nationaldemokraten“ (JN) mag es in Brandenburg nicht so recht vorangehen. Nach schleppenden Aufbauversuchen durch **Pierre Dornbrach**, der mittlerweile im JN-Bundesvorstand ist, wurde im Herbst 2010 eine Neustrukturierung der JN geplant. Als neuer Landesbeauftragter der JN Brandenburg fungierte **Robin Liebers** aus Zossen, Pierre Dornbrach ist jedoch weiterhin Vorsitzender des Landesverbandes. Der „Preußentag“, der am 2.Oktober 2010 in Finowfurt stattfand, sollte als Startschuss dienen – die JN wollte einen Infostand und eine Trommelgruppe stellen. Aufsehenerregende Aktionen lassen jedoch bisher auf sich warten. Die zuletzt bekannt gewordene und bisher „größte“ fand am 1. September 2012 in Velten statt. Nach dem Verbot eines Fußball-Turniers hielt die JN, allen voran **Sebastian Richter**, eine Kundgebung ab. Richter wohnte zuvor in der Region und fungierte als Vize-Bundesvorstand der JN; inzwischen lebt er in Mecklenburg-Vorpommern. Der JN- Stützpunkt Potsdam fällt ebenso wenig durch Aktivitäten ins Gewicht, kann jedoch mit Verbindungen zu zweifelhafter Prominenz aufwarten. JN-Aktivist und Stützpunktleiter der JN-Potsdam **Maik Eminger** ist der Zwillingsbruder von **Andre Eminger**, der als mutmaßlicher NSU-Unterstützer verhaftet wurde.

Fazit

Der NPD-Landesverband versucht kontinuierlich die Lücke zwischen Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern, in denen die Partei in den Landtagen vertreten ist, zu schließen. Ziel ist der Einzug in das Landesparlament. Nach außen wird versucht eine seriöse und professionelle politische Arbeit zu vollbringen. Zu kämpfen haben die Aktiven des Landesverbandes dabei jedoch mit Personalmangel und internen Streitigkeiten. Zwar können lokale Parteiverbände mit Unterstützung von „freien“ Neonazis Rechnen, jedoch fußt die Zusammenarbeit oft lediglich auf ohnehin vorhandene personelle Überschneidungen. Eine kontinuierliche Zusammenarbeit scheitert jedoch oft an dem Versuch der NPD sich von militanten Neonazis abzugrenzen und gegenseitigen Vorbehalten. Abzuwarten ist, wie die Brandenburger NPD mit einem etwaigen Verbot ihrer Partei umgehen wird. Zwar gründete sich im Januar 2013 ein Ableger der Neonazipartei „Die Rechte“ des bundesweit aktiven Neonazis **Christian Worch** in Brandenburg. Fraglich ist aber, ob die NPD-Funktionäre bei einem NPD-Verbot weiter bei „Die Rechte“ aktiv sein werden. Einige der Gründungsmitglieder, beispielsweise der „Die Rechte“-Landesvorsitzende Klaus Mann, waren früher für die DVU aktiv. Ob NPD-Kader einen Neuanfang in einer Partei wagen werden, die „weniger radikal als die NPD“, aber „radikaler als die Pro-Bewegung“, so Worch, sein soll ist zweifelhaft.

NPD-Preußentag
Jährliches Event der Brandenburger NPD in Finowfurt

Seit 2010 organisiert der Brandenburger Landesverband der NPD den sogenannte „Preußentag“. Als Veranstaltungsort diente das Grundstück der Familie Mann in Finowfurt (Gemeinde Schorfheide). Neben Rechtsrockbands sind jedes Jahr Rednern der NPD und nahestehenden Initiativen geladen.

Mit ihrem Event zeigt die NPD welcher historischen Kontinuitäten sie folgt: Den Preußentag sieht die Partei als Gegenveranstaltung zu den Einheitsfeierlichkeiten der Bundesrepublik um den 3. Oktober. Zu der von ihr gewünschten “echten” Wiedervereinigung gehören die ehemals deutschen Ostgebiete - das geht unter anderem aus einer abgebildeten Landkarte, auf der eigens für den Preußentag eingerichteten Internetseite hervor. “Verzicht ist Verrat - Dieses Land bleibt Deutsch”, heißt es auf der Website. Auch sind verschiedene geschichtsrevisionistische Texte auf der Seite zu finden, in denen der deutsche Angriff auf Polen am 1. September 1939 als “Lüge” betitelt wird.

Als Brandenburger Event, gehören auch jedes Jahr Brandenburg Neonazibands auf den Spielplan: In den letzten drei Jahren spielten u.a. “Frontfeuer” aus Beeskow, „Preußenstolz“ aus Potsdam, „Exzess“ aus Strausberg, „Frontalkraft“ aus Cottbus und „Preußenfront“ aus Bernau.

Mitverantwortlich für das Nazitreiben war 2011 und 2012 Manuela Kokott, NPD-Kreistagsabgeordnete im Landkreis Oder-Spree. Für die Internetseite des Preußentages posiert sie mit Ostpreußen-Flagge, vor einer Landkarte mit den deutschen Namen polnischer Städte. Im Reisebericht durch die “Ostgebiete” schwenkt sie unter anderem eine schwarz-weiß-rote Fahne vor der Marienburg im polnischen Malbork.

Kameradschaften

Von straffer Organisierung zu losen Cliquen



Abb. 4: Freie Kräfte Neuruppin/Osthavelland auf einer Demonstration in Magdeburg am 12. Januar 2012.

Seit (fast) 25 Jahren gibt es in Brandenburg Neonazistrukturen, welche sich von Parteien, Verbänden und Vereinen unterscheiden. Diese Gruppierungen werden allgemein als Kameradschaften definiert.

Der erste bekannte Zusammenschluss von jungen Neonazis zu einer Kameradschaft in Brandenburg war ein Organisationsversuch neonazistische Skinheads in Oberhavel mit den Namen „**Sturmfeld Oranienburg**" und „**Gesamtsturm Velten-Hennigsdorf**".
Diese organisierten sich in "Kameradschaften", um das Vereins- und Parteiengesetz zu umgehen und unterschieden sich aber von den späteren Kameradschaftsformierungen dahingehend, dass sie von vornherein einen illegalen Charakter hatten. Während in Westdeutschland neonazistische Organisationen gebildet werden hätte können, war dies in der DDR unmöglich, so dass (freie) Kameradschaften die einzige Möglichkeit von Neonazis zur Organisierung war.

Das, was heute als Kameradschaft verstanden wird, ist eine Organisationsstruktur, welche ungefähr zur Mitte der 1990er Jahre von bundesweit führenden Neonazis entwickelt wurde. Hintergrund war eine Welle von Verboten gegen neonazistische Vereine und Parteien. Ziel war der Aufbau autonom agierender Gruppen, welche für den Staat schwerer zu greifen sein sollten. Dieser Aufbau glückte: Innerhalb weniger Jahre entstand ein bundesweit fast flächendeckendes Netz von lose miteinander vernetzten Kameradschaften.
Typischerweise besteht eine Kameradschaften aus rund einem Dutzend hauptsächlich männlicher Neonazis. Innerhalb der Kameradschaft gibt es mindestens einen Führungskader, der mit anderen Kameradschaften im regionalen Netzwerk kommuniziere. Die Kameradschaften sind straff, fast soldatisch organisiert. Aussteiger berichten immer wieder von körperlicher Gewalt bei Fehlverhalten. Vielfach werden zur Finanzierung Mitgliedsbeiträge erhoben.

Weil Kameradschaften feste Mitgliedschaften, oft auch in Form von Listen und Beiträgen haben, kann der Staat einzelne Kameradschaften – aber eben nicht das Organisationsprinzip - nach dem Vereinsgesetz verbieten. In Brandenburg waren prominente Beispiele die "**Kameradschaft Oberhavel**" (1997), die Kameradschaft "**Hauptvolk Rathenow**" (2005) und die "**Freien Kräfte Teltow-Fläming**" (2011).

Auch im übrigen Brandenburg entstanden im Laufe der Jahre in jeder größeren Ortschaft Kameradschaften, so dass diese in den letzten 20 Jahren neben der NPD zum Hauptakteur im Spektrum des aktionsorientierten Neonazismus wurden. Ein Großteil der Neonazidemonstrationen wird aus diesem Spektrum organisiert. Kameradschaften traten dabei nicht im-

mer mit dem Kürzel „KS“ auf, sondern formierten sich auch unter Namen wie „Sturm“, Front“, „Freie Kräfte“, „Nationaler Widerstand“– meist in Verbindung mit der jeweiligen Ortschaft in der die Neonazis tätig sind.
Überregional bildeten sich Dachorganisationen für die Kameradschaften unter Namen wie „**Nationaler Widerstand Berlin**“ oder „**Aktionsbüro Rhein-Neckar**“.

Kameradschaften sind wegen ihrer unverbindlicheren Organisationsstruktur häufig instabil und kurzlebig. Oft hängt ihr Existenz und ihr Aktivitätsgrad vom Engagement einzelner Führungskader ab, welche den Draht zu anderen Kameradschaften und Netzwerken halten.

Eine Kameradschaft von überregionaler Bedeutung war der 2001 gegründete “**Märkische Heimatschutz**“(MHS). Auch der **MHS** war ein Netzwerk von Neonazis in mehreren Städten und besonders im nordöstlichen Brandenburg aktiv, unterhielt aber zeitweise auch eine Sektion in Berlin. 2006 löste sich der **MHS** auf – Gründe waren antifaschistische Proteste und ein antizipiertes Verbotsverfahren. Ebenfalls 2006 lösten sich weitere Kameradschaften in Südbrandenburg auf. Ein Großteil der **MHS**-Mitglieder findet sich inzwischen bei der **JN** wieder.

Um 2005 allerdings wurde der Einfluss vom **MHS** immer geringer. Einer der Gründe hierfür war eine neue Entwicklung innerhalb der sich als (partei)-freien Kräfte verstehenden Strukturen.
Mit der “**Kameradschaft Tor**” (KS Tor) in Berlin entstand eine Gruppierung die sich zum ersten Mal offen als „**Autonome Nationalisten**“ (AN) verstand. Hintergrund war eine Modernisierung innerhalb des neonazistischen Spektrums. Subkulturell öffnete sich die Szene für den Hiphop und der härteren Gangart des Punks, dem Hardcore. Sie versuchten das Image des klischeebehafteten Skinheads abzulegen. Die **KS Tor** war es auch, welche 2004 zu einem „Nationalen Schwarzen Block“ nach Vorbild der autonomen Antifa-Szene aufrief. Viele, gerade junge Neonazis waren beeindruckt von diesem “Rebellentum”, dem angeblichen Zusammenhalt und dem Schutz vor Repressionsorganen innerhalb dieses Blocks. Mitte der 2000er Jahre entstanden daher in jeder größeren Stadt sog. „Autonome Nationalisten“ und verdrängten den bisher dominierenden, etwas altbackenen Stil der bisherigen „Freien Kameradschaften“ . An der Organisationsform hat sich durch das Aufkommen der AN nichts geändert, die AN sind Teil des Kameradschaftsspektrums.

Die Weiterentwicklung der **KS Tor** sorgte innerhalb Berlin und Brandenburgs für einen Bruch im „Nationalen Widerstand“, da traditonsorientierte Neonazis den „amerikanisierten“ Lebensstil der „jungen Wilden“ ablehnten. Die Verwendung eines angloamerikanischen Sprachstils, die Verwendung von Anime- und Comic-Figuren sowie die Forderung der „Autonomen Nationalisten“ nach einem “Schwarzen Block” sorgten

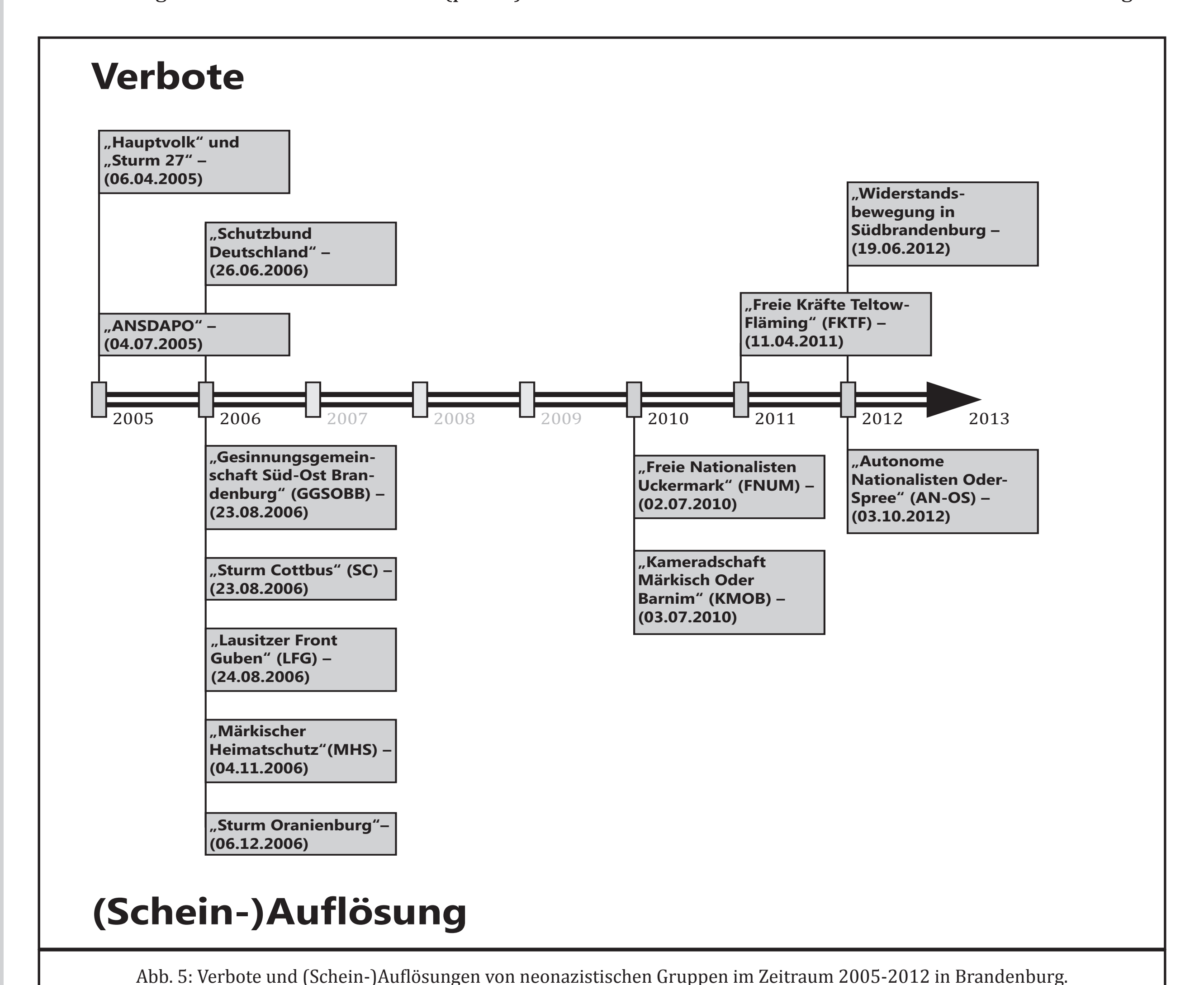


Abb. 5: Verbote und (Schein-)Auflösungen von neonazistischen Gruppen im Zeitraum 2005-2012 in Brandenburg.

bundesweit für Verwirrung innerhalb der aktionsorientierten Neonaziszene. Sie entwendeten aus der Popkultur und der linken Szene gleichermaßen, Sprache und Stil.

Zu den Innovationen, welche die AN hervorgebracht haben, gehört die Einbindung von nichtdeutschen Neonazis in Aktionen der deutschen Neonaziszene. Vor einigen Jahren noch durften tschechische Neonazis nicht am traditionellen Gedenkmarsch in Dresden anlässlich der Bombardierung der Stadt am 13. Februar 1945 teilnehmen. Die AN sind trotz ihres neonazistischen Charakter offen für inhaltliche Experimente und versuchen sich stellenweise um die Besetzung von alten Themenfeldern der Natio-nalsozialisten wie Tierrecht und Umweltschutz. Doch durch den rebellischen Habitus und ihrer kulturellen Offenheit haben die AN es geschafft, die Neonaziszene für neue Zielgruppen in den Jugendkulturen zu öffnen. Sie sind in ihrem Auftreten im Alltag schwer als Neonazis zu identifizieren und versuchen zuweilen, beispielsweise in Berufsschulen, Diskussionen mitzubestimmen.

Der Einstieg für junge Menschen wurde durch das neue Konzept ebenso erleichtert und die Anzahl an „Autonomen Nationalisten“ stieg nun binnen weniger Jahre auf mehr als 1000 Anhänger_innen. Dabei nutzen diese Strukturen das eher linke „do it yourself“-Prinzip, was bedeutet, dass jede_r Aktive (offiziell)


Abb. 7: Auch das noch ein gewohntes Bild auf Aufmärschen: Neonazi-Skinheads auf einer Demo der “Freien Kräfte” am 9. Mai 2009 in Neuruppin.

gleichwertig ist und mit wenig Rücksprache agieren kann. Der Frauenanteil bei den AN ist deshalb auch weit höher als in anderen neonazistischen Strukturen. Diese „Freizügigkeit“ in Art und Umfang bietet eine Menge Attraktivität und und tritt dynamisch auf.



Abb. 6: Modern und militant: “Autonome Nationalisten” hinter dem Transpi der ANOS am 27. Märu 2010 auf einem Neonaziaufmarsch in Neuruppin.

Auch in Brandenburg gibt es “Autonome Nationalisten”. Verschiedene Neonazis eignen sich den Stil der AN an, doch nur eine Struktur nannte sich bislang auch so, die „**Autonomen Nationalisten Oder-Spree**“ (AN-OS). Ihre ehemalige öffentliche Person **Michael Meißner** ist bzw. war ein Paradebeispiel von einem „Autonomen Nationalisten“. Er und seine Kamerad_innen eigneten sich nicht nur Sprache und Stil von Linken an, sondern versuchten sich auch an inhaltlichen Neubestimmungen. Heraus kamen dabei krude Thesen, wie „Anarchonationalismus“ und einem „nationalen Syndikalismus“.
Nach antifaschistischen Interventionen, die den Druck auf die Aktivist_innen immer weiter erhöhten, erklärte **Michael Meißner** seinen Ausstieg aus der Neonaziszene und die **AN-OS** löste sich am 3. Oktober 2012 offiziell selbst auf.

Der größte Teil der AN ist Anfang Zwanzig, jedoch beenden viele ihr Engagement frühzeitig häufig mit Mitte Zwanzig. Doch aufgrund der Attraktivität der AN werden solche Verluste recht schnell kompensiert und es herrscht sowohl an Strukturen, als auch im Personal eine vergleichsweise hohe Fluktuation gegenüber anderen Neonazistrukturen. Doch schon die **AN-OS** beweisen an dieser Stelle das Gegenteil.

Rechtsrockszene

Neonazimusik “made in Brandenburg”

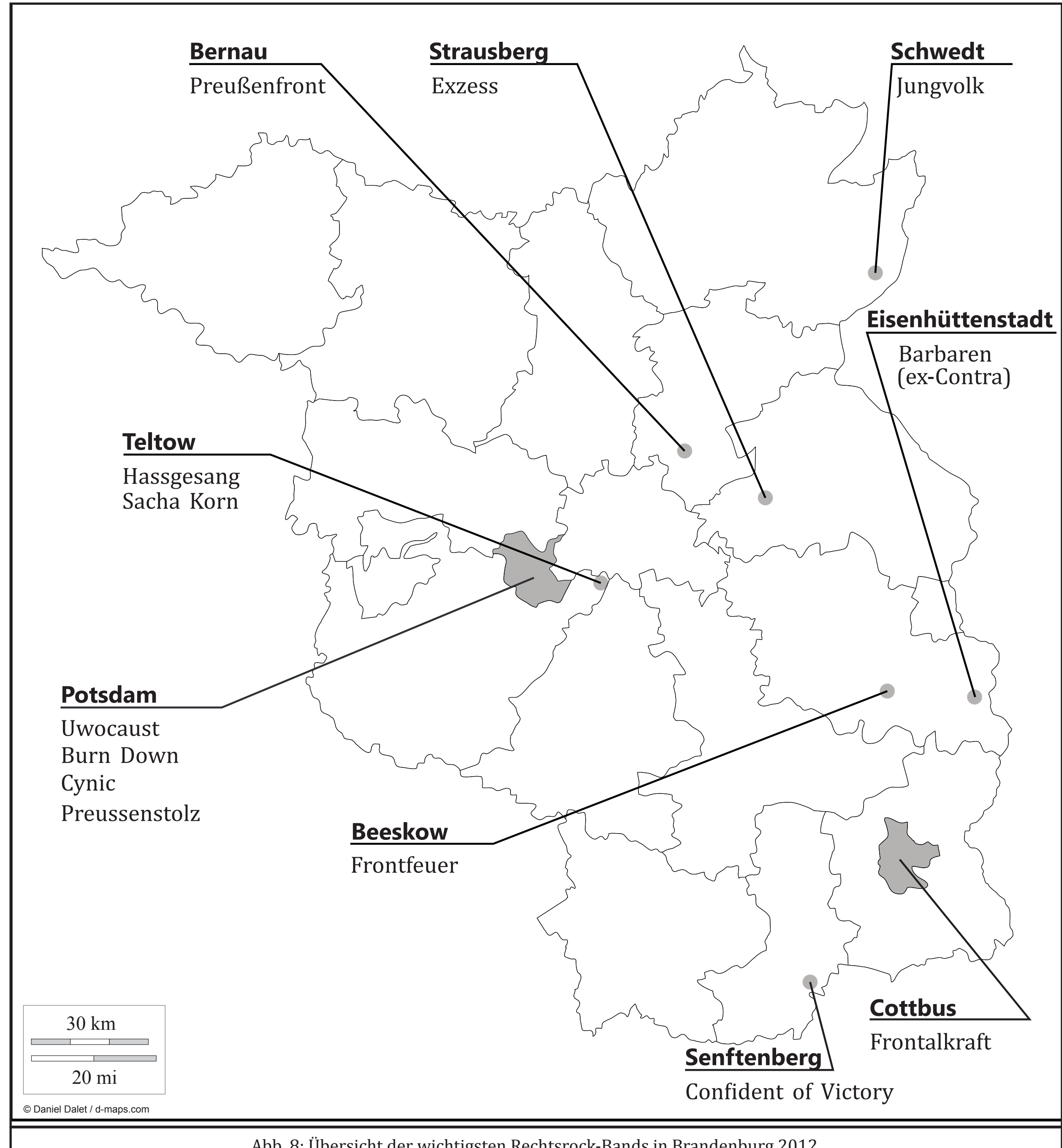


Abb. 8: Übersicht der wichtigsten Rechtsrock-Bands in Brandenburg 2012.

Neonazistische Musik stellt in Brandenburg neben öffentlichen Aktionen, wie Demonstrationen und Kundgebungen einen bedeutenden Einflussfaktor dar. In Brandenburg gibt es unzählige Bands, die es zu einem gewissen Berühmtheit in der Szene geschafft haben und den jungen Nachwuchs mit der organisierten Szene verbinden. „Preussenstolz“, „Cynic“ bzw. „Handstreich“, „Natürlich“, „Redrum“, “Proissenheads“, „Burn Down“, „Aryan Brotherhood“, und „Bloodshed“ sind solche mehr oder weniger bekannten Größen in der Neonazimusikszene und allesamt werden sie u.a. durch Potsdamer Musiker_innen mitgetragen. Insbesondere die Rechtsrockszene in der brandenburgischen Landeshauptstadt ist bundesweit eine feste Größe, ob es sich nun um klandestin organisierte Konzerte handelt oder um von der NPD organisierte Veranstaltungen.

Handstreich
Die Potsdamer Band wurde unter dem Namen “**Cynic**” anfangs als Einpersonenprojekt gegründet und später in „Handstreich“ unbenannt. 2012 erschien ein Album unter dem Titel „Wettlauf gegen die Zeit“. Mit anderen Potsdamer Neonazigruppen gemeinsam sind Lieder der Band auf der inzwischen vierteiligen Samplerreihe „Die Söhne Potsdam“ erschienen. Die Band betreibt ein Seitenprojekt namens „Natürlich“, in dem sich die Musiker an „NS Hiphop“ versuchen.

Hassgesang
“Hassgesang” ist ein neonazistisches Untergrundprojekt aus Teltow. Das erste Album “Helden für’s Vaterland” wurde 2001 von einem schwedischen Label veröffentlicht, das zweite “Bis zum letzten Tropfen Blut” 2003 beim US-amerikanischen Neonazi-Label **Micetrap**. Beide wurden indiziert. Die Band bekennt sich offensiv zum Nationalsozialismus: “Adolf Hitler, im Kampf für unser Land, Adolf Hitler, sein Werk verteufelt und verkannt, Adolf Hitler, du machtest es uns vor! Adolf Hitler, Sieg Heil tönt zu dir empor!”, singen sie in einem ihrer Songs. Im Lied “Israel” verbreiten die Band antisemitische Hassparolen. So heißt es:
“Das tapfere Volk von Palästina sollte man verehren, weil sie allein sich auf der Welt noch gegen die Juden wehren.” 2005 erschien bei **PC-Records** die CD “Alte Kraft soll neu entstehen”. 2007 folgte beim gleichen Label die CD “Frei sein”, beide unter dem Kürzel H.G. Die Band um Sänger **Maik Bunzel** kooperierte mit dem 2012 verbotenen Südbrandenburger Neonazinetzwerk „**Spreelichter**“.

Frontalkraft
“Frontalkraft” ist eine 1992 in Spremberg gegründete und mittlerweile in Cottbus ansässige Rechtsrock-Band. Sie ist damit die dienstälteste Nazirockband aus Brandenburg. Die Gruppe trat bei “**Blood & Honour**”-Konzerten und für die **NPD** auf. Dass die Band als neonazistisch einzuordnen ist, machen Texte wie “Wir bekennen uns” deutlich. Darin heißt es: “Wir bekennen uns zu unserem Land, zu unserem Blut und unserer Art, auch zu dem, was vor 45 war”.

Exzess
Die Strausberger Band hat sich mit zahlreichen Liveauftritten im Bundesgebiet seit einigen Jahren einen festen Platz in der deutschen Rechtsrockszene erspielt. Dazu gehörten beispielsweise 2011 Auftritte beim Pressefest der NPD-Parteizeitung „**Deutsche Stimme**“ im Jahr 2011 und beim „**Preußentag**“ der brandenburgischen NPD in Finowfurt 2011.

Spreelichter

Nationalsozialismus als Popkultur



Abb. 9: Einer der wenigen Demonstraionen an denen die "Spreelichter" in Erscheinung traten. Hier am 1. Mai 2010 mit Frontransparent im sächsischen Hoyerswerda.

Am 19. Juni 2012 wurde die unter dem Namen „**Spreelichter**" bekannt gewordene neonazistische „**Widerstandsbewegung in Südbrandenburg**" durch das brandenburgische Innenministerium verboten. Über drei Jahre hinweg erzielte die Gruppe durch nächtliche und scheinbar spontan organisierte Fackel-Aufmärsche, durch Flashmobs und eine pathetische audio-visuelle Nachbereitung ihrer Aktionen große Aufmerksamkeit. Neben dieser Aktionsorientierung stellte die professionell gestaltete Internetseite den zentralen Dreh- und Angelpunkt der Gruppe dar. Auf ihr wurden zahlreiche Texte, Videos und Audio-Beiträge publiziert, die die Aktionen der „Spreelichter" ideologisch und propagandistisch unterfütterten. Dabei veröffentlichte das Netzwerk von 2009 bis zu ihrem Verbot 2012, eine unglaubliche Fülle an Publikationen. Publikationen, die für die neonazistische Szene ungewöhnlich ausführlich und anspruchsvoll geschrieben sind. Ein Großteil dieser Veröffentlichungen wurde zwar schlicht plagiiert, offenbart dabei jedoch einen ungewöhnlich klar formulierten Einblick in eine Mischung aus unverhohlenem Nationalsozialismus und Popkultur.

Im Zuge einer Auseinandersetzung mit diesem Netzwerk, muss deutlich gemacht werden, dass die Gruppe ideologisch zu gefestigt, regional und überregional zu gut vernetzt und bezogen auf staatliche Repression zu erfahren ist, als dass ein bloßes Verbot zur tatsächlichen Auflösung des Netzwerkes führen würde. Beispielhaft dafür sind die Internetseiten der „Widerstandsbewegung in Senftenberg" sowie „Pinselstriche". Beide Seiten ähneln der ehemaligen Homepage der „Spreelichter" in Aufmachung und Inhalt stark und sind in Teilen sogar identisch. Sie können folglich als Fortführung von ihrer Internetseite begriffen werden.
Zum anderen hat das Gerede vom „Volkstod" mit den Kampagnen der „Spreelichter" nicht bloß eine bemerkenswerte Konjunktur, sondern auch eine besondere ideologische Unterfütterung erlebt, an der auch das Verbot des Netzwerkes nichts ändert. Wer, insbesondere in den letzten Monaten, auf Neonazi-Demos präsentierte Transparente begutachten konnte, wird unweigerlich feststellen, dass der Begriff vom „Volkstod" zu einem zentralen Schlagwort neonazistischer Agitation avanciert ist. Bei dem Aufmarsch der „**Jungen Nationaldemokraten**" (JN) im Oktober 2012 in Wismar liefen Neonazis mit Transparenten, dessen Parolen als direkter Bezug auf die Kampagnen der „Spreelichter" gewertet werden kann: „Die Demokraten bringen uns den Volkstod!" und „Wir wollen leben – Nicht nur unser Leben lang". Doch neben der Weiterführung ideologischer Fragmente scheint auch die von den „Spreelichtern" geprägte Aktions-

form nächtlicher, scheinbar spontaner Fackelmärsche weiterhin attraktiv. So marschierten in der Nacht vom 22. Juli 2012, anlässlich des 99. Geburtstags des SS-Kriegsverbrechers Erich Priebke, mehrere Dutzend Neonazis des „NW-Berlin“ durch Henningsdorf (Oberhavel).

Es ist lohnenswert im Kontext der „Spreelichter“-Publikationen einmal etwas genauer zu betrachten, was es mit diesem „Volkstod“ auf sich hat. Dafür sind drei Begriffe von zentraler Bedeutung. Zum einen der Begriff des „Volkskörpers“. Er stellt die implizierte Prämisse des von den „Spreelichtern“ propagierten Weltbildes dar. Zum anderen der Begriff des „Volkstodes“ selbst, als das absolute Negativ-Szenario. Und zu letzt, dass Feindbild der „Demokraten“.

Die Spreelichter: Ein Überblick...

Im Jahr 2006 erstmals unter dem Namen „Widerstandsbewegung in Südbrandenburg“ oder schlicht „Spreelichter“ in Erscheinung getreten, erreichte die Gruppe mit ihrer „Unsterblichen“-Kampagne spätestens ab Mai 2009 große Aufmerksamkeit. Im Fokus standen hierbei insbesondere die nächtlichen Fackelaufmärsche sowie der professionelle Internetauftritt des Netzwerkes. Das Aktionskonzept der vermeintlichen Spontanaufmärsche dürfte zum Teil in der vehementen antifaschistischen Intervention gegenüber herkömmlichen Neonazi-Aufmärschen begründet sein. Jedoch birgt diese Form der Inszenierung auch einen eigenen Reiz, sie bietet die Möglichkeit einer Machtdemonstration. Die “Spreelichter” selbst formulieren das Ziel ihrer Aktionen wie folgt: „Es geht um Propaganda, die unmissverständlich das System als Grund dafür erkennt und benennt, dass unser Volk seinem Tod entgegengeht. Um Propaganda, die den nationalen Sozialismus als einzige Lösung etabliert, die „Demokratie westlicher Prägung“ hingegen als todbringende Gefahr der Völker brandmarkt.“

Abb. 10: “BRD = VOLKSTOD”: Die zentrale Losung der “Unsterblichen” im Februar 2012 in Werder/Havel auf den Asphalt gemalt.

Im Bezug auf die Kampagnen und Aktionen der „Spreelichter“ profitierte das Netzwerk von seiner tiefen Verwurzelung in der brandenburgischen und überregionalen Neonazi-Szene. Die Personenkonstellationen der Gruppe lassen sich bis zur 2004 gegründeten „**Bewegung Neue Ordnung**“ (BNO), zum 2006 verbotenen „**Schutzbund Deutschland**“ und zur „**Gesinnungsgemeinschaft Süd-Ost Brandenburg**“ (GGSOBB) zurückverfolgen. Hervorzuheben ist hier insbesondere der Gründer und Kopf der “**Spreelichter**”, **Marcel Forstmeier**. Er war sowohl für die BNO als auch die GGSOBB aktiv und gilt als maßgeblich verantwortlich für die ideologische Ausrichtung der „Spreelichter“. Forstmeier konnte in dieser Zeit erste Erfahrungen mit Verbotsverfahren sammeln. Nachdem der „Schutzbund Deutschland“ durch das Innenministerium verboten wurde, kam die GGSOBB einem Verbot durch Scheinauflösung zuvor. Die GGSOBB kann dabei als eine Art Vorläuferorganisation der „Spreelichter“ gesehen werden. Dafür sprechen sowohl personelle Überschneidungen als auch ideologische Kontinuitäten. Die BNO wurde damals in bewusster Abgrenzung zur NPD gegründet, da diese von einigen Mitgliedern, darunter der damalige NPD-Landesvorsitzende **Mario Schulz** und der JN-Vorsitzende **Jens Pakleppa**, als nicht mehr „völkisch“ und rassistisch genug erschien. Die „Spreelichter“ versuchten sich ähnlich wie die BNO und die GGSOBB als eine Art außerparlamentarischer Widerstand zu inszenieren und zeichneten sich dabei durch eine strikte Ablehnung jeglicher Form demokratischer Partizipation – auch nationaler – aus. Sie waren dabei immer bemüht, die Trennschärfe zur NPD so groß wie möglich zu gestalten. So heißt es bei den „Spreelichtern“: „Wer sich aus offenkundig kurzsichtigen oderutopischen Vorstellungen zur Teilnahme an Wahlen der Demokraten entscheidet, stellt sich in der öffentlichen Wahrnehmung bewusst oder unbewusst auf die Seite jener, die denken, man könne alles zum Guten wenden, wenn man alle davon überzeugt, einen hierfür zu erwählen.“ Die Distanz zur NPD zeigte sich auch 2011 bei einer Demonstration der NPD im südbrandenburgischen Spremberg: Obwohl die Partei mit dem Thema „Abwanderung“ und der Wahl des Demonstrationsortes sowohl Inhalte als auch Aktionsraum der “Spreelichter” bediente, blieb die Beteiligung an der Demonstration auf das übliche NPD-Klientel beschränkt.

Ein Blick auf die Strukturen des Netzwerkes macht darüber hinaus in radikaler Weise deutlich, dass die „Spreelichter“ weder auf ein Internetprojekt noch auf die nächtlichen Fackelmärsche reduziert werden dürfen. Das Netzwerk setzt sich in weiten Teilen aus gewaltbereiten Personen zusammen, pflegt Kontakte zur neonazistischen Fußball-Ultra-Gruppe „**Inferno Cottbus**“ und machte in der Vergangenheit immer wieder durch die Organisierung von sogenannten „Nationalen Kampfsportturnieren“ von sich reden. 2012 stand in diesem Kontext insbesondere der Cottbusser Profi-Kickboxer **Markus Walzuck** im Fokus. Eine Person, die in gewisser Hinsicht programmatisch für das Netzwerk der Spreelichter scheint. Als Kickboxer bestieg er den Ring zu Musik von „Blitzkrieg“, die Teilnahme an einer gemeinsamen Reise des Kickbox-

Teams nach Israel wurde ihm aufgrund von Kontakten in die rechtsradikale Szene verwährt, als ehemaliger Vorsänger von „Energie Cottbus“ wurde aufgrund „rechtsextremistischer Handlungen“ ein Stadionverbot über ihn verhängt, im Zuge der Razzien gegen das


Abb. 11: Weiße Masken und schwarze Kleidung als Markenzeichen: Nächtlicher Fackelmarsch der “Unsterblichen” am 3. Onktober 2011 im sächsischen Stolpen (Screenshot: Youtube)

„Spreelichter“-Netzwerk wurde auch seine Wohnung durchsucht, er pflegt gute Kontakte zu den Rechtsrock-Bands „**Frontalkraft**“ und „**Hassgesang**“, wurde wegen Volksverhetzung verurteilt und zu guter letzt wurde er mehrfach wegen Nötigung, Volksverhetzung, Landfriedensbruch, Hausfriedensbruch, gefährlicher Körperverletzung und dem Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen gegen ihn ermittelt. Zudem war Walzuck maßgeblich an der Etablierung der Kleidungsmarke „**Label 23**“ beteiligt und zog sich offiziell erst zurück, als sein Neonazismus ruchbar wurde.

„Der Volkskörper“ – Das Kollektiv als lebendiger Organismus

Der zentrale ideologische Kampfbegriff der „Spreelichter“ ist der des „Volkstodes“. Um die Idee hinter diesem Begriff nachzuvollziehen, scheint es sinnvoll zu fragen, wer oder was hier vermeintlich stirbt.
Die Idee des „Volkskörpers“ ist ein wesentlicher Bestandteil der „Volkstod“-Propaganda. Sie war ein wesentliches Element nationalsozialistischer Ideologie und ist bis heute zentraler Bestandteil eines völkischen Rassismus. Die Vorstellung eines natürlichen Kollektivs, dem der menschliche Körper in Form und Eigenschaft als Vorlage dient, ermöglicht es zum einen, eine klare Trennlinie zwischen Zugehörigkeit und Ausschluss zu konstruieren. Zum anderen werden damit einhergehend wirkmächtige Körper- und Krankheitsmetaphern entfaltet. Das naturalisierte Kollektiv, der „Volkskörper“, ist “hygienebedürftig”, muss vor “Schädlingen, Fremdkörpern, Parasiten und blutsaugenden Insekten geschützt werden.” Der „Volkskörper“ wird zur Grundlage eines biologistischen Weltbildes und stellt damit einen zentralen Begründungszusammenhang für eine Vielzahl an Diskriminierungsformen dar.
Wie unmittelbar die Spreelichter bei ihrer „Volkstod“-Propaganda von der Ideologie des historischen Nationalsozialismus inspiriert wurden, wird in ihren Publikationen deutlich.
In den unter den Titeln „Biologische Grundlagen - Teil 1: Volksseele und Genetik“ sowie „Biologische Grundlagen – Teil 2: Sozialbiologie heute“ veröffentlichten Artikeln, erklären die Autor_innen unter Bezugnahme auf Arbeiten des „Rassenhygienikers“ Ottmar Freiherr von Verschuer und des „Rassenkundlers“ Konrad Lorenz, warum menschliche Charakterzüge und Intelligenz vererbbar seien, warum ein „genetische basierter Volksbegriff“ notwendig sei und was das ganze mit der „Volksseele“ und der „Schicksalsgemeinschaft“ zu tun hat. Sie zeichnen also unter Rückgriff auf Primärquellen ein unmissverständliches Abbild ideologischer Kernelemente des Nationalsozialismus nach.
Obwohl die Vorstellung des „Volkskörpers“ ein absolut zentrales Element des von den Spreelichtern propagierten Weltbildes darstellt, findet der Begriff kein einziges Mal explizite Verwendung. Die einzigen begrifflichen Konkretisierungen erfährt die Prämisse des “Volkskörpers” durch Formulierungen wie „Volksseele“ oder „Schicksalsgemeinschaft“. Eine Eigenschaft, die programmatisch für die Publikationen der “Spreelichter” ist.

Innerhalb dieser Kollektivitätsideologie lässt sich die „werde unsterblich!“-Kampagne der „Spreelichter“ bzw. der „Unsterblichen“ differenzierter betrachten. In einem Text der „Spreelichter“, der versucht die „werde unsterblich!“-Kampagne zu unterfüttern, heißt es: „Unsterblich sind jene, die durch ihr Handeln unserem Volk in der Geschichte seinen Platz erkämpft haben. Unsterblich sind ihre Worte und Taten, solange sich



Abb. 12: Die Nähe zum historischen NS ersichtlich: beschlagnahmtes Material nach dem Vebot der “Spreelichter” am 19. Juni 2012.

Deutsche auf sie besinnen.“ Hier offenbart sich ein weiterer zentraler Aspekt dieser Kollektivitätsphantasmen. Der Tod des Einzelnen kann durch das Überleben des Kollektivs kompensiert werden. Solang die Idee eines wechselseitigen Gedenken aufrecht erhalten wird, besteht der „Volkskörper“ in all seinen Teilen in Ewigkeit. In diesem Kontext steht auch der eingangs



Abb. 13: Grundausstattung der “Unsterblichen”: Transparente, weiße Masken und Fackeln. (beschlagnahmtes Material, 19. Juni 2012)

erwähnte Schriftzug der JN: „Wir wollen leben – Nicht nur unser Leben lang“.

“Der Volkstod“ – Die Bedrohung des Organismus durch „das Fremde“

Dieser deutsche „Volkskörper“ ist in neonazistischen Kontexten allerdings häufig viel eher Gegenstand der Sorge als der Bewunderung. Immer wieder wird er als ein Objekt beschrieben, das von Zersetzung, Verrat, Verunreinigung und “Überfremdung” bedroht sei. Diese Angst wird von den „Spreelichtern“ durch den Begriff des „Volkstodes“ nicht nur konkretisiert, sondern auch verschärft. Denn während der Begriff der „Überfremdung“ eher für einen schleichenden, systematischen Prozess der Zersetzung steht, bezeichnet der „Volkstod“ das Ergebnis eben dieses Prozesses. Die Ermordung des „deutschen Volkskörpers“. Beiden Begriffen ist jedoch eigen, dass sie die Feindschaft und den Kampf gegenüber dem deutschen Kollektiv als systematisch von dunklen Mächten angetrieben und mit dem Endziel der Vernichtung des deutschen „Volkskörpers“ betrachten, also in verschwörungsideologische Kontexte eingebunden sind.

Gegenüber dem Begriff des „Volkskörpers“ stellt der Begriff des „Volkstodes“ das zentrale Schlagwort nahezu sämtlicher „Spreelichter“-Publikationen dar. Der Begriff steht genauso wie der Begriff des „Volkskörpers“ in einer konservativen und nationalsozialistischen Tradition. Während der 1930er Jahre war er ein elementarer Kampfbegriff um Geburtenrückgang, die Emanzipation der Frauen und „Vaterlandsverrat“ zu skandalisieren. Es sind ähnliche bis identische Themen die die „Spreelichter“ heute mit dem gleichen Schlagwort aufgreifen. So heißt es auf ihrer Homepage, dass „die ‘Anti-Baby-Pille’ [...] für die Substanz unseres Volkes bis zum heutigen Tage verheerender gewesen [ist] als beide Weltkriege zusammengenommen. Dass es bei dieser Erfindung nicht um bloße ‘Verhütung’ geht, zeigt die Tatsache, dass Mädchen ab 14 Jahren die ‘Pille’ ohne elterliche Einwilligung verschrieben bekommen – mit Einwilligung auch früher.“ Interessant ist hier neben einem vehementen Antifeminismus die Aussage, die Pille sei nicht bloß Instrument zur Verhütung, sondern würde eine andere Aufgabe erfüllen – nämlich die, das ‘deutsche Volk’ schleichend auszulöschen. Die verschwörerischen Macht hinter der Pille wird von den „Spreelichtern“ bei den Demokraten verortet. Sie werden für Geburtenrückgang, Abwanderung und Überalterung verantwortlich gemacht und somit als Ursächlich für den vermeintlichen Tod des „deutschen Volkes“ begriffen. Wichtig ist jedoch klar zu stellen, wer hier mit “den Demokraten” umschrieben wird. Denn es handelt sich nicht bloß um die Ablehnung demokratischer Partizipation oder demokratischer Akteure, sondern um die Kombination von Demokratiefeindlichkeit und Antisemitismus. „Die Zeit, in der eine „Anti-Baby-Pille“ und Millionen von Abtreibungen gesunden Lebens als „moderner Fortschritt“, „Freiheit“ und „Selbstverwirklichung“ gesehen wurden, wird einer Zeit weichen müssen, die diese „Errungenschaften“ endlich als Dolchstoß in den Rücken des deutschen Volkes erkennt.“
Was hier gepaart mit Euthanasie und Antifeminismus vermittelt wird, ist die Wiederaufnahme der antisemitischen Mär vom Dolchstoß in den Rücken des „deutschen Volkes“.

Fazit

Die Feindbildkonstruktion der „Spreelichter“ ist derart nah am historischen Nationalsozialismus orientiert, dass sie nahezu alle Facetten einer offensichtlichen Ungleichwertigkeitsideologie mit einbezieht.
Sie verbinden dabei ein gefährlich manifestes nationalsozialistisches Weltbild nicht nur mit einer stark ausgeprägten Affinität gegenüber Gewalt. Denn das es sich hierbei nicht bloß um rhetorische Spielereien handelt, sondern um den tatsächlichen Kampf gegen alles als nicht-deutsch begriffene, machen die unzähligen Verstrickungen in Angriffe gegen als „fremd“ und „volksfeindlich“ markierte Personen und Einrichtungen deutlich.
Dass die „Spreelichter“ mittlerweile verboten wurden, ändert nichts an der Tatsache, dass das Netzwerk weiter besteht und weiter aktiv sein wird.

Aktionen der Spreelichter (Auswahl)

[2. Juni 2006] Kahnkorso in Lübbenau mit Transparent “Die Demokraten bringen uns den Volkstod”
[12. April 2008] Demo in Lübben unter dem Motto “Recht auf Selbstbestimmung - Pflicht zum Widerstand”
[2009] “Nationales Kampfsportturnier” in Lübben
[13. März 2009] Transpi-Aktion der” Sensenmänner” auf einer Autobahnbrücke in Bersteland
[1. Mai 2009] Demo in Freiberg unter dem Motto “Zukunft statt Kapitalismus - Freiheit statt BRD”
[23. September 2009] “Sensenmänner” mischen sich unter die Teilnehmer_innen eines Karnevalsumzuges in Schlepzig Getragen wird dabei ein Transparent mit der Aufschrift “Die Demokraten bringen uns den Volkstod”
[1. Mai 2010] Demo in Hoyerswerda unter dem Motto “Generationen der Feigheit müssen vergehen”
[August 2010] Konzert mit der Band “H.G. Acoustic”/”Hassgesang”
[19. November 2010] “Heldengedenken” in Jüteborg
[20. November 2010] Konzert auf dem Spreegelände in Lübben
[30. April 2011] Fackelmarsch in Bautzen, ca. 150 Personen
[30. September 2011] Fackelmarsch in Stolpen, ca. 150 Personen
[21. Januar 2012] Sogenannter “Maskenball” in der Spree-Arena Lübben

Der virtuelle Dorfplatz

Rechte Lebenswelten im Web 2.0

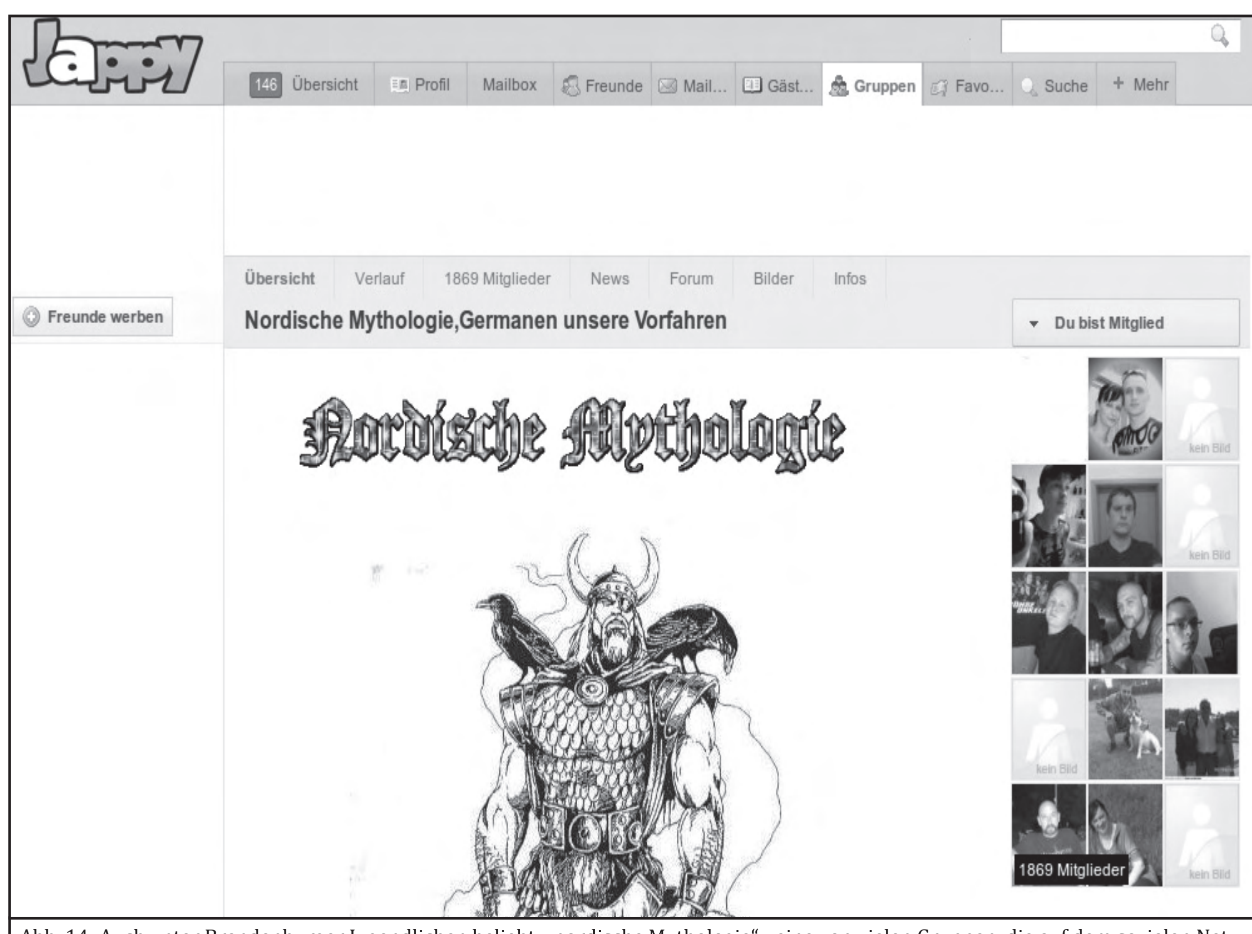


Abb. 14: Auch unter Brandenburger Jugendlichen beliebt: „nordische Mythologie“ - eine von vielen Gruppen, die auf dem sozialen Netzwerk Jappy Anknüpfungspunkte für völkisch-rassistische Denkmuster bietet.

Social communities wie Facebook oder Jappy erfreuen sich besonders unter Jugendlichen einer ungebremsten Beliebtheit. Während sich antifaschistische Recherche und Berichterstattung oft darauf konzentriert Neonazis ihre Zugehörigkeit zur rechten Szene nachzuweisen, bieten social communities einen scheinbar sicheren Rückzugsraum und Interessierten einen tieferen Einblick in rechte Lebenswelten. Das Web 2.0 ermöglicht Neonazis, ihr Dasein weit offener als im Alltag auszuleben. Dabei verschwimmen die Grenzen zwischen gefestigen rechten Ideologien und dem alltäglichen rechten Mainstream schnell.

Mittendrin statt nur dabei?

Social communities bieten besonders rechtsaffinen Jugendlichen, anders als in einschlägig bekannten Szeneforen wie “Thiazi”, einen leichteren Anschluss an rechte Lebenswelten. Nicht, dass es diese auf der Straße nicht gäbe. Doch fehlt es gerade in den ländlichen Gebieten Brandenburgs an öffentlichen Treffpunkten und so verlagert sich ein Teil des Privatlebens auf den virtuellen Dorfplatz.

Wer auf Facebook oder Jappy ein Profil besitzt, möchte sein Privatleben einer gewissen Öffentlichkeit zugänglich machen. Interessen werden geteilt, Meinungen ausgetauscht und die soziale Kontrolle verlagert sich auch auf die virtuelle Identität. Wie viel dabei von sich preisgegeben wird, entscheidet jede_r selbst. Um zur rechten, virtuellen Gemeinschaft „dazuzugehören“ bieten social communities eine Vielzahl an identitätsstiftenden und meinungsbildenden Angeboten für Neonazis und die, die sich ihnen hingezogen fühlen. Community Gruppen geben das Gefühl, mittendrin statt nur dabei zu sein, ohne sich darüber hinaus zu engagieren und Verpflichtungen einzugehen. Anders als in wirklichen Kameradschaften die Idealen wie Verschworenheit und Zusammenhalt folgen. Im virtuellen Raum gibt es keine unmittelbaren Konsequenzen, wenn sich zu Gruppen wie: „Für die Abschiebung aller krimineller Ausländer!“ bekannt wird. Dem eindeutigen virtuellen Bekenntnis und der neonazistischen Selbstdarstellung steht oft ein dezentes und codiertes Auftreten im Alltag gegenüber.

Die Normalisierung rechten Denkens

Die gesamte Bandbreite menschenfeindlicher Einstellungen lässt sich auch in social communities wiederentdecken. Zwar wird dies oft durch Sperrungen und Löschungen von Benutzerprofilen und Gruppen sanktioniert, doch tauchen diese dann unter abgeändertem Namen meist wieder auf. Ob in Gruppen oder Commu-

nities, durch Kommentare auf der Pinnwand oder dem Posten von Bildern in Gästebüchern, hier verschwimmt die Grenze zwischen einem gefestigten neonazistischen Weltbild und dem rechten Mainstream.

Bei Jappy gibt es eine Vielzahl an Gruppen, bzw. sogenannten Coms (Communities = Gemeinschaften), die von Neonazis gegründet und moderiert werden, aber deren Mitglieder weder der organsierten rechten Szene angehören, noch sich selbst als rechts bezeichnen würden. Die Forderung der Einführung einer „Todesstrafe für Kinderschänder“ erfreut sich bei Jappy einer ungebrochenen Beliebtheit. Auf der Straße schaffen es Neonazis gerade mit Argumenten zum „Kinderschutz“ und ausufernden Bestrafungsphantasien immer wieder, an vorhandene Denkmuster und Wertevorstellungen der Bevölkerung anzuknüpfen. Völkische Denkweisen werden in diversen Gruppen verbreitet, die sich um „Germanenkult“ bzw. „nordische Mythologie“ drehen. NS-Verherrlichung wird nicht nur dort betrieben, sondern auch in Gruppen wie:

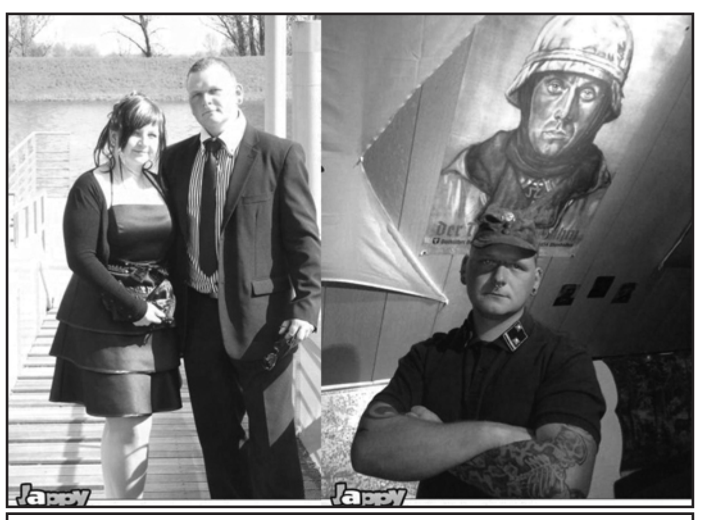


Abb. 15: Ob als gestandener Ehemann oder NS-Romantiker: so stellen Neonazis gern ihr Privatleben auf Jappy zur Schau.

„Opa war in Ordnung!“. Dort stilisieren Jugendliche ihre Großväter und Urgroßväter zu Helden, weil sie in der Wehrmacht tapfer für „das deutsche Vaterland“ gekämpft hätten. Rasstische Hetze wird in Gruppen wie: „gegen Deutschenfeindlichkeit“ oder „Thilo Sarrazin for Bundeskanzler!“ verbreitet.

Opferinszenierung unter dem Deckmantel der „Meinungsfreiheit“

Neonazis haben es auch im Internet schwer ihre menschenverachtende Ideologie zur Schau zu tragen. So achten Facebook und mittlerweile sogar Jappy darauf, dass möglichst keine NS-verherrlichenden Inhalte auf den Plattformen zu finden sind. Dennoch werden immer wieder Gruppen mit Bezug zum Nationalsozialismus oder rassistischen bis antisemitischen Inhalten gegründet. Für Nutzende, die viel wert darauf legen sich über ihre rechte Weltanschauung zu profi-lieren, wird es zunehmend schwerer. Nach Löschung dauert es nicht lange bis zur nächsten Neuregistrierung.

Entgegen den Standards der Betreibenden der social

> Nutzerin w 29 Das_Blondie schrieb in der Gruppe „Meinungsfreiheit noch da?“ auf Jappy: „ich wurde von meiner ausbilderin damals auch als nazischwein bezeichnet weil ich mich geweigert hatte bei einen mänlichen türcken zu arbeiten […] seitdem bin ich halt nen nazi schwein aber naja wenn sie meint...sie hatte sich nicht mal angehört was mir passiert ist denn das wollte sie nicht hören weil ich ja sonst die türckische rasse schädige“

communities, ist es für viele Nutzende kein Problem, wenn ihre virtuellen Freund_innen zum Beispiel ihre NS-Devotionalien im Fotoalbum zur Schau stellen oder den neusten Rechtsrock-Hit auf ihrem Profil verlinken. Ähnlich verhält es sich mit Gruppen, die sich dann für „Meinungsfreiheit“ oder „gegen Zensur auf Jappy“ einsetzen. Hier versammeln sich u.a. organisierte Neonazis, Leute mit einer Vorliebe für **Thor Steinar** oder einfach nur ganz normale Alltagsrassist_innen, deren Profil vielleicht auch schon mal wegen eines eindeutigen rechten Kommentars gelöscht wurde. Gemeinsam wird sich dann darüber beklagt, dass man nicht, wie vielleicht auf dem letzten Dorf- oder Stadtfest, „seine Meinung als aufrichtiger Deutscher aussprechen darf“.

Rekrutierung

Ein weiteres Betätigungsfeld von Neonazis im Internet, so möchte man meinen, ist die Rekrutierung und Mobiliserung von Sympathisant_innen und Anhänger_innen. Den Umgang mit modernen Medien haben mittlerweile auch Neonazis verstanden. Dennoch gestaltet es sich schwierig, gerade für die Mobilisierung von Neonaziveranstaltungen, Zusagen bei Facebook zu gewinnen.

Sich öffentlich als Neonazi zu bekennen, das machen meist nur die, die eh schon als NPD Politiker_innen auftreten oder von Antifa-Gruppen aus der Anonymität gerissen wurden und somit unfreiwillig als Neonazi in der Öffentlichkeit stehen. Gerade auf Facebook tun sich Neonazis schwer damit, sich beispielsweise zu einer lokalen NPD-Gruppe zu bekennen. Könnten dies ja auch die Arbeitskolleg_innen oder sogar Familienangehörige mitverfolgen. Trotzdem dient gerade Facebook als wichtiges Informations- und Kommunikationsmittel für die rechte Szene. Der NPD-Landesverband Brandenburg betreibt selbst eine Seite. Neben Berichten aus den NPD-Kreisverbänden erschienen dort 2012 mehrere Veranstaltungshinweise. So führte die NPD bis zu diesem Zeitpunkt vier Demonstrationen im Land durch, welche auch dort beworben wurden. Auch für das jährliche Großevent des Landesverbandes Brandenburg, den sogenannten „Preußentag“, wurde kräftig die Werbetrommel gerührt, der Veranstaltungsort wurde jedoch aus Angst vor Gegenprotesten lange Zeit nicht bekannt gegeben.

Facebook – Nazifrei?!

Was können nun Antifaschist_innen und engagierte Brüger_innen gegen rechte Umtriebe im Web 2.0 tun? Sich argumentativ den Neonazis entgegensetzen bringt mehrere Trugschlüsse mit sich. Zum einen bietet man so Raum für die Präsentation von menschenverachtendem Gedankengut. Außerdem ist es ein zwe-

ifelhaftes Unterfangen, bereits überzeugte Neonazis eines Besseren zu belehren. Und wer möchte schon mehrere Stunden am Tag vor dem Computer verbringen und sich den Ergüssen von Neonazis hingeben? Eine vielleicht erfolgsversprechendere Strategie ist es, entsprechende Personen oder Gruppen bei den jeweiligen Betreibenden der social communities zu melden. Auch wenn dies viel Zeit in Anspruch nehmen kann, kann es zumindestens vorübergehend den Raum für neonazistische Selbstdarstellung entziehen und sollte sensibilisierend auf die Verantwortlichen von Facebook und Co. wirken.

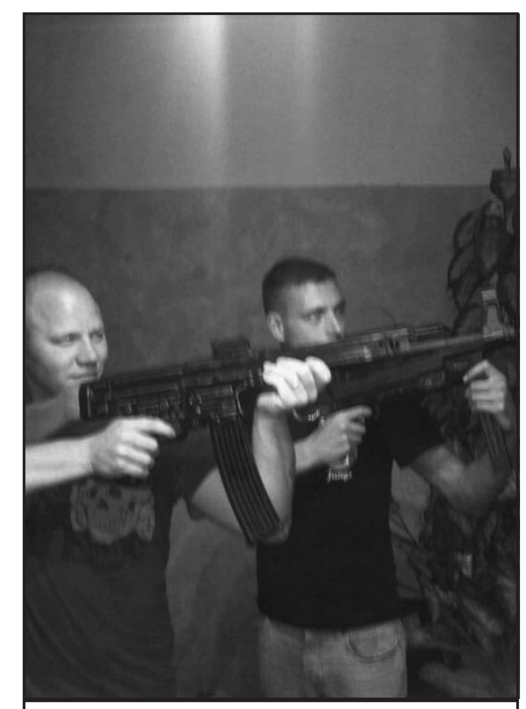
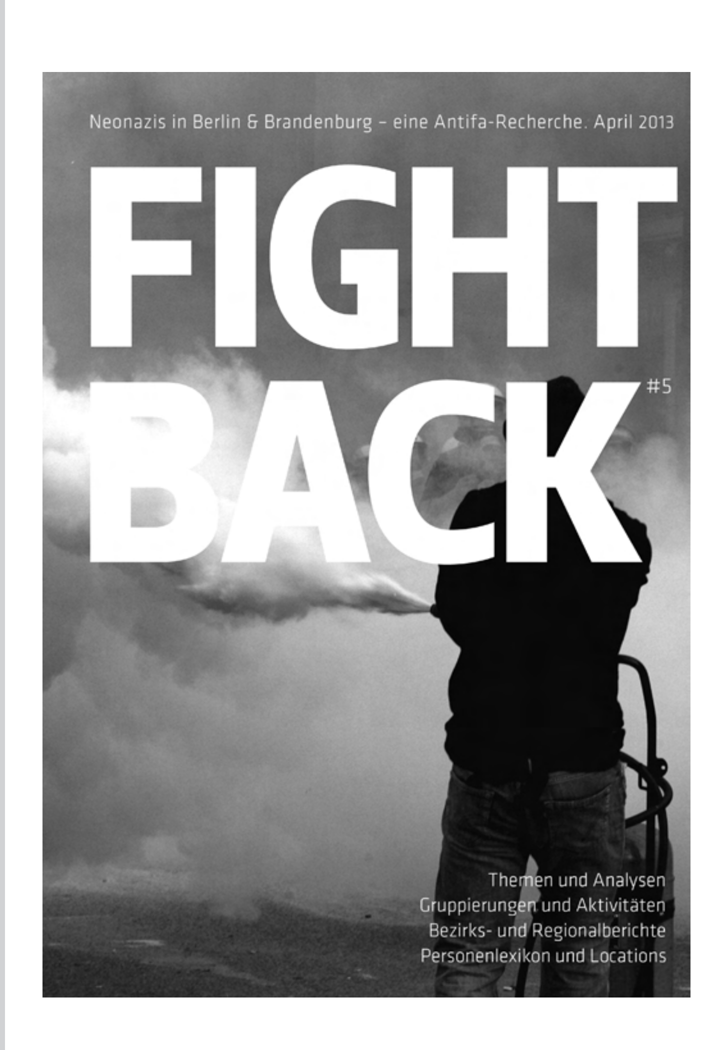


Abb. 16: Martalische Auftritte gehören zur Selbstdarstellung im Netz: Die Frankfurter Neonazis Martin Wilke (links) und Andy Köpke mit Wehrmachtswaffen und SS-Totenkopf.



Rechte Gewalt im Fokus

von Opferperspektive Brandenburg[1]



Abb. 17: In der Nacht vom 22. auf den 23. Januar 2010 brannte nach einem Brandanschlag das "Haus der Demokratie" in Zossen komplett aus. Der damals 16jährige Täter Daniel Strielke gestand die Tat wenig später. Der Neonazi Daniel Teich hatte ihn dazu angestiftet.

Die Anzahl rechter und rassistischer Gewalttaten im Land Brandenburg, die durch die Opferperspektive dokumentiert werden, unterliegt von Jahr zu Jahr immer wieder Schwankungen. Diese Veränderungen sind schwer vorhersagbar. Im Jahr 2007 wurden 159 Angriffe gezählt, dies stellt einen Höhepunkt in den 10 Jahren der Dokumentation dar. Ein Absinken der Angriffszahlen auf 104 konnte im darauf folgenden Jahr beobachtet werden. 2011 wurden durch die Opferperspektive 87 Angriffe gezählt.

Dieser erfreuliche Rückgang wird häufig mit dem sog. Brandenburger Weg und dem damit verbundenen staatlichen Handlungskonzept Tolerantes Brandenburg (TBB) begründet. Durch das TBB wird seit 1998 sowohl die finanzielle als auch die diskursive Unterstützung einer nicht-rechten Zivilgesellschaft forciert. Es wird ebenso versucht, die Verwaltungs- und Justizapparate zu sensibilisieren, um auch auf diese Weise gegen rechte Organisationen vorzugehen. Die derzeitige rot-rote Regierung führt damit den vom vorherigen CDU Innenminister Schönbohm eingeschlagenen Kurs fort. Verbote von Neonazi-Strukturen wie der "Freien Kräfte Teltow-Fläming" (FKTF) sowie die durch eine Selbstauflösung einem Verbot zuvorgekommene "Kameradschaft Märkische Oder Barnim" (KMOB) im Jahr 2011 zeugen davon. Ebenso das 2012 erlassene Verbot des neonationalsozialistischen Netzwerks "Widerstand Südbrandenburg", den "Spreelichtern", und die nach unangemeldeten Fackelmärschen erfolgten Hausdurchsuchungen in Potsdam. Bei genauerer Betrachtung der regionalen Schwerpunkte rechter Organisierung und rechter Gewalttaten wird deutlich, dass das Konzept des Brandenburger Wegs, zu kurz greift.

Schwerpunktregionen – Rechte Gewalt im Wandel

Innerhalb weniger Jahre haben sich Schwerpunkte rechter Gewalt in Brandenburg verschoben. So kann beobachtet werden, dass es in Regionen, aus denen vergleichsweise wenig Angriffe bekannt waren, es aktuell zu massiven Einschüchterungen und Gewalttaten kommt. Davon betroffen sind Personen, die sich gegen Rechts engagieren und sich nicht dem räumlichen Dominanzanspruch rechter Cliquen unterwerfen und Menschen, denen aus rassistischen Motiven eine Daseinsberechtigung in Deutschland abgesprochen wird. Im Landkreis Havelland und der dortigen Schwerpunktregion Rathenow/Premnitz dokumentieren wir seit 2010 mit zwei Angriffen pro Jahr nur noch verhältnismäßig wenig, obwohl dort eine starke und gut vernetzte Neonazi-Szene über mehrere Generationen aktiv ist und aktuell eine neue Struktur, die

1: Übernommen von http://opferperspektive.de/Home/Beitraege/1143.html.

"Heimattreuen Jugend Rathenow/Premnitz", aufbaut wird. Eine mögliche Erklärung dafür ist das sog. Dunkelfeld bei rechten Gewalttaten. Studien zu "Dunkelfeldern" offenbaren, dass generell nur ein Teil der Gewalttaten angezeigt wird und damit Eingang in die amtlichen Statistiken findet. Dazu kommt, dass nicht in allen Regionen Antifa-Strukturen oder linke Jugendeinrichtungen so aufgestellt sind, dass sie auch nicht angezeigte Angriffe dokumentieren und öffentlich machen. Bei rassistischen Angriffen kann von einem noch größeren "Dunkelfeld" ausgegangen werden, da die migrantischen Organisationen meist nur in größeren Städten aktiv sind und viele Migrant_innen in ländlicheren Regionen daher kaum Zugang zu Hilfsangeboten haben.

Repression und Neuorganisation – Rechte Strukturen im Wandel

Um handlungs- und interventionsfähig zu sein, ist es nötig zu verstehen, wo und wie Neonazistrukturen in Brandenburg wirken. Für eine Analyse ist es unabdingbar sich anzuschauen, wie die Akteur_innen eingebunden sind und welche Organisationsformen es gibt, um auch die regionalen Kräfteverhältnisse einschätzen zu können.

So ist bekannt, dass an die 400 Rechte aus dem Umfeld der nationalsozialistisch ausgerichteten "Freien Kräfte" in Brandenburg aktiv sind. Hinzu kommen die knapp 350 Mitglieder der NPD/JN. Ihre Politik ist meist lokal ausgerichtet und sie sind in regionalen Strukturen organisiert, allerdings existieren einige Vernetzungen. Die Übergänge zwischen NPD/JN und den "Freien Kräften" sind hierbei fließend. Die NPD versucht durch die Einbeziehung von Aktiven, auch parteiunabhängige NationalsozialistInnen an sich zu binden. Gleichzeitig wird offensiv der rechtliche Schutz der Parteien genutzt, dies zeigt beispielsweise die Gründung der "JN Potsdam" durch Mitglieder aus dem Spektrum der "Autonomen Nationalisten".

Auf staatliche Verbote, Hausdurchsuchungen und Verurteilungen reagieren die Rechten mit klandestinen Organisierungsformen und einer Neuausrichtung ihrer Politik. Das repressive Vorgehen der Strafverfolgungsbehörden führt nicht nur zu einer Beschlagnahmung von Geld und Infrastruktur, sondern wirkt sich auch auf die Mitglieder und deren Aktivitäten aus. Der harte Kern bleibt weiterhin aktiv, das Umfeld zieht sich jedoch erst einmal zurück. Damit wird eine Neuausrichtung der Strukturen erforderlich. Kontakte und personelle Verflechtungen nach Berlin bekommen eine neue Bedeutung und gewährleisten ein politisches Agieren in neuem Gewand. Dies könnte zumindest eine mögliche Erklärung für den vermehrten Bezug rechter Anschläge auf den "Nationalen-Widerstand-Berlin" (NW-Berlin) in Brandenburg sein.

NW-Berlin als neue Organisationsform in Brandenburg

Am 19. Juni 2012 wurde das neonationalsozialistische Netzwerk "Widerstand Südbrandenburg" verboten. Am 27. Juli 2012 knüpfte ein auf der Homepage von "NW-Berlin" dokumentierter unangemeldeter Fackelaufmarsch von maskierten Neonazis in Hennigsdorf – Oberhavel an die Aktionsformen der "Spreelichter" an. Anlass war der 99. Todestag des SS-Kriegsverbrechers Priebke. Im Laufe des Julis waren bereits im Landkreis Oder-Spree bei Sachbeschädigungen an Jugendclubs in Beeskow und Fürstenwalde "NW-Berlin" – Sprühereien aufgetaucht, ebenso im Zusammenhang mit einer Bedrohung am Haus eines jugendlichen Alternativen in Storkow. In beiden Fällen führen die Spuren zu Sebastian S., dem Berliner Landesvorsitzenden der NPD, der zugleich zentrale Figur im gewaltförmig agierenden Netzwerk "NW-Berlin" ist. Der gebürtige Strausberger Sebastian S. [Schmidtke, Anm. d. R.] war längere Zeit im Nord-Osten Brandenburgs aktiven "Märkischen Heimatschutz" organisiert (Selbstauflösung 2006) und gut vernetzt mit den dortigen Neonazistrukturen. 2012 [Anm. d. R.] übernahm er den in Hennigsdorf ansässigen Online-Versand "On The Street".

Weitere Bezüge auf "NW-Berlin" gab es bei dem Anschlag am Morgen des 7. Oktobers 2012 in Zossen, als der Briefkasten des Sprechers der Bürgerinitiative Zossen zeigt Gesicht gesprengt, ein Hakenkreuz gesprüht und die Eingangstür mit Steinen eingeschmissen wurde. Zwei Tage vorher waren in der Stadt das Mahnmal für die Opfer des Faschismus und Stolpersteine mit Hakenkreuzen und dem Schriftzug "NW-Berlin" beschmiert worden. Verbindungen nach Berlin bestehen hier über den gerade aus der Haft entlassenen Ludwigsfelder Neonazis Christoph S. Dieser gehörte zusammen mit Daniel T. zu den zentralen Figuren der verbotenen Kameradschaft "FKTF". Beide sind auch mit dem Neuköllner Neonazi und NPD-Kandidaten Julian B. [Beyer, Anm. d. R.] vernetzt. Daniel T. [Teich, Anm. d. R.] verbüßt derzeit eine fast vierjährige Haftstrafe für den Brandanschlag auf das Haus der Demokratie in Zossen 2010.

Zwei Tage später, am 9. Oktober 2012, fand der bis dahin spektakulärste Angriff in Brandenburg statt, der mit "NW-Berlin" gelabelt wurde. In den frühen Morgenstunden drangen Neonazis auf das Gelände des Flüchtlingsheimes in Waßmannsdorf/Schönefeld im Landkreise Dahme-Spreewald ein und beschmierten das Gebäude mit »Rostock ist überall« und »NW-Berlin«. Die Neonazis versuchten, in das Gebäude zu gelangen, scheiterten jedoch an den Feuertüren. Anschließend warfen sie die Fensterscheiben eines Zimmers ein, durch dieses schmissen sie mit Farbe gefüllte Flaschen. In dem Raum schliefen zwei afghanische Frauen. Eine der Flaschen zersplitterte direkt neben dem Kopf einer Schlafenden. Der Bezug auf die Pogrome im August 1992 in Rostock-Lichtenhagen und die damit verbundene Drohung ist unmissverständlich. Vor 20 Jahren griff in der Hansestadt ein Mob aus organisierten Neonazis und Teilen der Bevölkerung die zentrale Aufnahmestelle für Flüchtlinge an und setzten ein von vietnamesischen Vertragsarbeiter_innen bewohntes Haus in Brand. Parallel zu dem Angriff in Waßmannsdorf gab es in Berlin mehrere "NW-Berlin" bezogene Sachbeschädigungen. Bei einem SPD- und einem Linksparteibüro wurden die Scheiben einge-

worfen, an einer Einrichtung des Jugendverbandes "Die Falken" wurden Hakenkreuzschmierereien gesprüht. Zudem wurde die Drohung »Ihr interessiert uns brennend« hinterlassen.

Das Netzwerk "NW-Berlin", dem in Berlin Bedrohungen und Anschläge auf linke Politiker_innen, Journalist_innen und Jugendclubs zugerechnet werden, dehnt offensichtlich seine Aktivitäten nach Brandenburg aus. Gleichzeitig versuchen rechte Strukturen in Brandenburg, die durch zivilgesellschaftliche wie antifaschistische Engagement und staatliche Repression unter Druck geraten, an diese Strategie anzudocken und sich dem Netzwerk anzuschließen.

Die Ausweitung des "NW-Berlin"-Netzwerkes auf Brandenburg bringt für die bisher eher regional gegliederten Neonazis eine neue Organisationsform mit sich, denn damit ist auch der Rückgriff auf Strukturen, Personal und Know-How der militanten Neonaziszene Berlins gegeben. Durch die Anschläge wird der lokale Bedeutungsrahmen verlassen und ein beträchtliches Bedrohungspotential entfaltet. Die Drohung, das Heim und seine Bewohner_innen anzuzünden, ist durch den Verweis auf Rostock-Lichtenhagen mehr als deutlich. Die Bezugnahme auf das militante nationalsozialistisch ausgerichtete Berliner Netzwerk kann eine Radikalisierung der Aktionsformen bedeuten.

Problemaufriss

Die unsichtbaren Todesopfer rechter Gewalt

von Opferperspektive Brandenburg[1]



Abb. 18: Emil Wendland wurde am 1. Juli 1992 von Neonazis in Neuruppin ermordet. Vermeintlich obdachlos passte der 50jährige nicht in ihr menschenverachtendes Weltbild. Obdachlose sind die zweitgrößte und am wenigstens anerkannte Opfergruppe rechter Gewalt.

»Ein Mensch ist erst vergessen, wenn sein Name vergessen ist«

Leitspruch der Initiator_innen der Stolpersteine

Falko Lüdtke fuhr am 31. Mai 2000 mit dem Bus durch Eberswalde. Ebenfalls im Bus saß Mike B. [Bäther, Anm. d. R.], ein Mitglied der lokalen extrem rechten Szene, der eine acht Zentimeter große Hakenkreuztätowierung am Hinterkopf trug. Der linke Punk kannte ihn und sprach ihn couragiert auf die offen zur Schau gestellte, verbotene Tätowierung an. Während der Busfahrt entwickelte sich eine Diskussion über die dahinter stehende Gesinnung. Nachdem die beiden an der gleichen Haltestelle ausgestiegen waren, kam es zu einem Gerangel, bei dem der 22-jährige von B. immer weiter in Richtung Straße gedrängt wurde. Durch einen heftigen Stoß vor die Brust stolperte Falko nach hinten auf die Fahrbahn und wurde von einem Taxi erfasst. Er starb. Beim Gerichtsverfahren gab Mike B. zwar den tödlichen Stoß auf die Straße zu, bestritt aber die politische Dimension des Geschehens. Er wurde wegen Körperverletzung mit Todesfolge zu einer Freiheitsstrafe von viereinhalb Jahren verurteilt. Die Vorsitzende Richterin hob hervor, dass Falko Lüdtke »aus Zivilcourage« gehandelt und keineswegs provoziert habe, als er Mike B. auf seine Hakenkreuz-Tätowierung ansprach. »Aus dem Tragen des Hakenkreuzes«, so die Richterin weiter, »lässt sich die Überzeugung [des Täters] ableiten«. Trotz der gerichtlich nachgewiesenen extrem rechten Einstellung des Täters wird Falko Lüdtke bis heute nicht als Todesopfer rechter Gewalt staatlich anerkannt.

Die Tatsache, dass er nach einem Akt der Zivilcourage gegen Rechtsextremismus zu Tode kam, spielte bei der Bewertung, ob ein politisches Tatmotiv vorlag und Falko Lüdtke dementsprechend in die behördliche Statistik der Todesopfer rechter Gewalt aufgenommen werden sollte, keine Rolle. Und das, obwohl nach PMK-Definition[2] ein rechtes Motiv lediglich eskalierend wirken muss[3]. Von den meisten EberswalderInnen wurde die Tat als Gerangel zwischen gewaltbereiten »Randgruppen« abgetan . Sie habe nichts mit der »Normalbevölkerung« zu tun gehabt. Damit wurde ihr politischer Gehalt geleugnet. Ein Grund dafür könnte sein, dass Punks wegen ihres antibürgerlichen, unangepassten Auftretens nicht dem Bild eines »ide-

1: Übernommen von http://opferperspektive.de/Dokumente/Anerkennung_Todesopfer/1136.html.

2: Rechte Straf- und Gewalttaten werden im polizeilichen Erfassungssystem KPMD – PMK (kriminalpolizeilicher Meldedienst – politisch motivierte Kriminalität) erfasst. Eine Tat gilt als politisch motiviert: „wenn die Umstände der Tat oder die Einstellung des Täters darauf schließen lassen, dass sie sich gegen eine Person aufgrund ihrer politischen Einstellung, Nationalität, Volkszugehöirigkeit, Rasse, Hautfarbe, Religion, Weltanschauung, Herkunft, sexuellen Orientierung, Behinderung oder ihres äußeren Erscheinungsbildes bzw. ihres gesellschaftlichen Status richtet.“ (BMI/BMJ 2006, 135).

3: Vgl. Wendel 2007, URL.

alen«, das heißt »unschuldigen« Opfers entsprechen. Nietenbesetzte Jacken und bunte Haare gelten oftmals als »Provokation« und werden automatisch mit einer Schuldzuweisung an die Opfer verknüpft. Nur eine Gruppe von Punks erinnert seit Jahren regelmäßig an den Tod von Falko.

Falko ist nur eines von vielen unsichtbaren, namenlosen Todesopfer rechter Gewalt. Sie wurden verbrannt, erschlagen, erstochen. Es sind die Geschichten von Kindern, Jugendlichen, Frauen und Männern, die alle etwas gemeinsam haben: In den Augen ihrer rechten Mörder waren sie »unwürdig«, weil sie von der Vorstellung einer völkischen Einheit abwichen – »unnütz« und »unwert«, weil wohnungslos oder alkoholkrank, politischer Feind, weil Punk oder alternativeR JugendlicheR, minderwertig, weil MigrantInnen oder ausländischeR StudentIn. Oder sie wurden zur Zielscheibe allein dadurch, dass sie sich nicht dem räumlichen Dominanzanspruch rechter Cliquen unterwarfen und kein Interesse an rechter Ideologie bzw. Subkultur hatten. Die Brutalität der Taten ist unfassbar! Sie ist geprägt von tiefem Hass auf alle Menschen, die anders sind und nicht ins rechte Weltbild passen. Diese Logik korrespondiert bei sozial an den Rand Gedrängten mit der kapitalistischen Verwertungslogik, in der die Schwächsten als Belastung für die Gesellschaft empfunden und durch breite Teile der Bevölkerung verachtet werden. Die damit verbundene Ignoranz spiegelt sich auch in der Dokumentation rechter Todesverbrechen wieder. Wohnungslose sind nach MigrantInnen die zweitgrößte Gruppe, die rechtsmotivierten Tötungsverbrechen zum Opfer fielen. Im oft von TäterInnen benutzten Begriff »Pennerklatschen« wird das ganze Ausmaß der Menschenverachtung deutlich, darauf wies die Bundesarbeitsgemeinschaft (BAG) Wohnungslose e.V. hin. Ihrer Einschätzung nach legt bei Obdachlosenmorden, bei denen die TäterInnen nicht selbst aus dem Wohnungslosenmilieu kommen, »ein großer Teil der Täter [...] ein Verhalten an den Tag, das rechtsextremen Ideologien entspricht, ohne dass die Täter in entsprechenden Organisationsstrukturen verankert sind. Armut, soziale Ausgrenzung, Wohnungslosigkeit gelten den Tätern als Beweis für die Minderwertigkeit des Opfers, die zugleich Legitimation für die Täter ist.«[4] Von den Todesopfer die die Opferperspektive[5] seit dem 03. Oktober 1990 dokumentiert hat, sind allein neun Taten aus sozialdarwinistischen Motiven begangen worden. Bundesweit trifft dies auf knapp ein Sechstel aller Todesopfer rechter Gewalt zu.[6] Obwohl es für die Strafverfolgungsbehörden seit 2001 eine ganz klare Handhabe zur Erfassung politisch motivierter Straftaten gibt, die festlegt: »Der Angriff rechtsorientierter Jugendlicher oder auch Unbekannter auf einen deutschen Obdachlosen stellt eine (zu vermutende) politisch motivierte Tat dar und wird als solche [...] erfasst.«[7], erkennt die Landesregierung nur drei Fälle als rechte Tötungsdelikte an.

Die Anerkennungspraxis der Landesregierung ist nicht nur bei sozialdarwinistisch motivierten Tötungsverbrechen inakzeptabel. So führt Brandenburg in seiner amtlichen Statistik lediglich neun Tötungsverbrechen mit rechten Tathintergrund auf.[8] Der Verein Opferperspektive geht von einer weit höheren Zahl aus. In der Ausstellung »Opfer rechter Gewalt seit 1990« dokumentiert die Beratungsstelle allein für Brandenburg 28 Schicksale von Menschen, die aufgrund tödlicher Gewaltexzesse durch Neonazis und rechte Skinheads starben[9]. Bei vier weiteren Fällen gibt es deutliche Anhaltspunkte auf eine zumindest eskalierend wirkende rechte Motivation der TäterInnen. Die Dokumentation beruht auf umfangreichen Recherchen von engagierten Einzelpersonen, ZEITonline und Tagesspiegel[10], Opferberatungsstellen und antifaschistischen Gruppen.

Die erschreckende Diskrepanz der Zahlen spricht eine deutliche Sprache. Offensichtlich wird das Ausmaß der tödlichen Gewalt bis heute von staatlicher Seite systematisch entpolitisiert, ignoriert und heruntergespielt. Ein Kartell der Verharmlosung? Brandenburg nimmt nicht nur die beschämende Spitzenposition bei rechten Tötungsverbrechen bundesweit ein, sondern muss sich fragen lassen, warum sich Politik und Gesellschaft mit diesem dunklen Kapitel der jüngeren Brandenburger Geschichte so schwer tun? Warum wurde bei so vielen Fällen tödlicher Gewalt der politische Tathintergrund völlig unzureichend beleuchtet?

Die meisten rechten Tötungsverbrechen wurden in der ersten Hälfte der 1990er Jahre verübt. Also genau in der Zeit, als in vielen Regionen schwere Versäumnisse bei Polizei und Justiz gang und gäbe waren. Vor allem auf den unteren Ebenen der Polizei wurde häufig nicht zwischen rechtsextrem motivierte Taten und reinen »Sauftaten« oder »normalen« eskalierten Streitigkeiten unterschieden . Die ideologische Dimension der Taten wurde in vielen Fällen bewusst oder unbewusst verkannt bzw. wollten die ermittelnden Beamten sich nicht mit den Motiven befassen. »Eine Erfassung unterbleibt offenbar oft selbst dann, wenn Tatverdächtige sich zu ihren Motiven zwar ausschweigen, aber z. B. unzweifelhaft Cliquen von Neonazis oder Skinheads angehören oder wegen fremdenfeindlicher Übergriffe längst amtsbekannt sind und der objektive Tatbefund sowie der Charakter der Straftat zwanglos zu diesem personalen Hintergrund passen.«[11] Entsprechend erfolgte keine Einordnung als politisch rechts motivierte Gewalttat und keine Weitermeldung an das LKA bzw. BKA. Selbst der damalige Vizepräsident des BKA, Bernhard Falk, musste einräumen: »Es gab beachtliche Hinweise auf die Verbreitung fremden- bzw. minderheitenfeindlicher Einstellungen« und »'Opportunitätsüberlegungen' bei den aufnehmenden Beamten, mit dem Bestreben, das eigene Bundesland bzw. den Dienstbezirk ja nicht wegen rechtsextremer Straftaten 'in Verruf geraten' zu lassen.«[12] Ein weiter Grund wird sein, dass die Hauptbetroffenengruppen rechter Gewalt über keine gesellschaftlich relevante Lobby verfügen. Über keine lokalen oder regionalen Interessenverbände, die Druck ausüben könnten, damit bei polizeilichen Ermittlungen auch ein mögliches politischen Motiv in Betracht gezogen wird. Selbst viele Gerichte blendeten mögliche politische Hintergründe aus. Auch heute noch haben Ermittlungsbehörden und Gerichte oft Schwierigkeiten, die Tatumstände und Motivationen entsprechend zu berücksichtigen, wenn

4: Vgl. BAG, Pressemitteilung 19.12.2000.
5: Opferperspektive – Beratungsstelle für Opfer rechter Gewalt im Land Brandenburg, www.opferperspektive.de.
6: Vgl. Kleffner, Heike: Die tödliche Dimension gesellschaftlicher Zustände, S. 45 In: RAA Sachsen (Hrsg.): Tödliche Realitäten. Der rassistische Mord an Marwa El-Sherbini. 2011.
7: Vgl. BMI, 2001, Kommission „Staatsschutz": Zusatzinformation zum neuen Kriminalpolizeilichen Meldedienst »Politisch motivierte Kriminalität« In: Bundesdrucksache 14/7003.
8: Landtag Brandenburg, Drucksache 5/4956 vom 21.03.2012.

9: Die tatsächliche Anzahl rechter und rassistischer Tötungen ist nicht bekannt. Sie muss in diesem Deliktfeld als deutlich höher vermutet werden, da Dunkelfeldstudien zu rassistische motivierter Straf- und Gewalt darauf hinweisen. Siehe dazu die Studie von 2009 des Kriminologischen Instituts Niedersachsen „Jugendliche in Deutschland als Täter und Opfer von Gewalt", Forschungsbericht Nr. 107, Hannover und Studie : EU-MIDIS: European Union Minorities and Discrimination Survey. Unter http://fra.europa.eu/eu-midis (Zugriff 06.04.2012).
10: Chronik der Frankfurter Rundschau und des Tagesspiegel „Den Opfern einen Namen geben" vom 14.09.2000 und die Chronik vom Tagesspiegel und ZEIT online „Opfer rech-

die Täter nicht aus der organisierten rechten Szene stammen bzw. nicht als Neonazis bekannt sind oder wenn die Opfer zu keiner »typischen« Opfergruppe gehören.

Ein trauriges Beispiel dafür ist der Tod des Spätaussiedlers Kajrat Batesov in Wittstock. Die Täter kamen nicht aus der weit über die Stadtgrenzen hinaus bekannten, aggressiven Neonaziszene, sondern gehörten der lokalen Technoszene an. Dass die Grenzen zwischen den Jugendszenen fließend waren und noch heute sind, belegt ein Hakenkreuz, das von der Polizei auf dem Handy eines der Angeklagten gefunden wurde. Für die schließlich verurteilten Täter waren die Spätaussiedler ganz selbstverständlich nur, wie sie selbst sagten, »die scheiß Russen«. Mit ihnen wollten viele WittstockerInnen nichts zu tun haben und das ließen sie sie auch überall deutlich spüren. Gezischte Beschimpfungen beim Einkauf, Anrempeln auf der Straße und Schlägereien.

Aber warum enden selbst scheinbar »unpolitische Taten« gegen Schwächere, wenn die Täter aus der rechten Szene kommen, häufig tödlich? Besonders rechte Einstellungen und Weltbilder beschwören das »Recht des Stärkeren«, sie verherrlichen Gewalt und verknüpfen diese mit einer menschenverachtenden Wertehierarchie. Diese der rechten Ideologie essenziell innewohnende Elemente legitimieren Gewalt und führen dazu, dass die Täter bei Opfern, die sie für »unwert« bzw. »unnütz« halten oder als »Volksfeinde« erachten, unbarmherzig handeln. Diese Menschenleben sind ihnen nichts wert. Zur Legitimation der eigenen Macht- und Gewaltbesessenheit wird das Opfer einer imaginären Feindgruppe zugeordnet. Die Konstruktion des Opfers als »kriminell« oder »unnütz« oder »unwert« wirkt nicht nur gewalteskalierend sondern dient den Täter_innen als Legitimation für ihre Brutalität . Oft gebärden sie sich dabei als wichtiger Ordnungsfaktor, der die Gesellschaft von »unnützen Elementen« säubert. Traurige Beispiele dafür gibt es viele, u. a. den Mord an Gerd Himmelstädt in Hohenselchow († 1.12.1991). Er wurde von den Tätern zuvor zum »Automatenknacker« konstruiert. Hans-Joachim Lommatsch aus Oranienburg († 18.12.1992) verlor sein Leben, weil die beiden Naziskins ihn kurzerhand zum »Autodieb« erklärten und beim Mord an Marinus Schöberl in Potzlow, († 12.07.2002) führte die Feindkonstruktion »Jude« zum Mordexzess.

Den Opfern ein Gesicht zu geben, bedeutet anzuerkennen, dass die Taten einen politischen Gehalt hatten und rechte, rassistische und antisemitische Weltbilder eine Rolle spielten. Nur so können auch die Fehler der 1990er Jahre endlich aufgearbeitet werden und nur so ist Solidarität mit und Respekt gegenüber den Opfern und ihren Hinterbliebenen möglich. Die Entpolitisierung und Verharmlosung erlauben erst das Verdrängen des Ausmaßes rechter Gewalt.

Nachdem 2012 die Forderung nach Anerkennung der Todesopfer rechter Gewalt immer stärker von Gedenkinitiativen und Organisationen erhoben wurde, erklärte Brandenburgs Innenminister Woidke Anfang November 2012, alle fraglichen Fälle überprüfen zu wollen. »Wenn Tötungsverbrechen in unserem Land einen rechtsextremistischen Hintergrund hatten, muss das die Öffentlichkeit in jedem einzelnen Fall wissen. Das sind wir vor allem den Opfern und ihren Angehörigen schuldig«, erklärte Woidke. Die Opferperspektive fordert, um aus den Fehlern der Vergangenheit zu lernen, die Neubewertung der Fälle von unabhängigen Sachverständigen vornehmen zu lassen.

ter Gewalt: 1990 – 2010“ von 2010. In der Chronik 2010 sind 27 Tötungsverbrechen rechter Gewalt und zwei weitere Verdachtsfälle in Brandenburg dokumentiert.
11: Erster Periodischer Sicherheitsbericht, Juli 2001, S. 269.
12: Holzberger, Maik (2001): Offenbarungseid der Polizeistatistiker. Registrierung rechtsextremer Straftaten. In: Bürgerrechte & Polizei/ CILIP 68. 1/2001, S. 26-35.

Neonazis in den Parlamenten

Rechte Aktivitäten in den Kreistagen

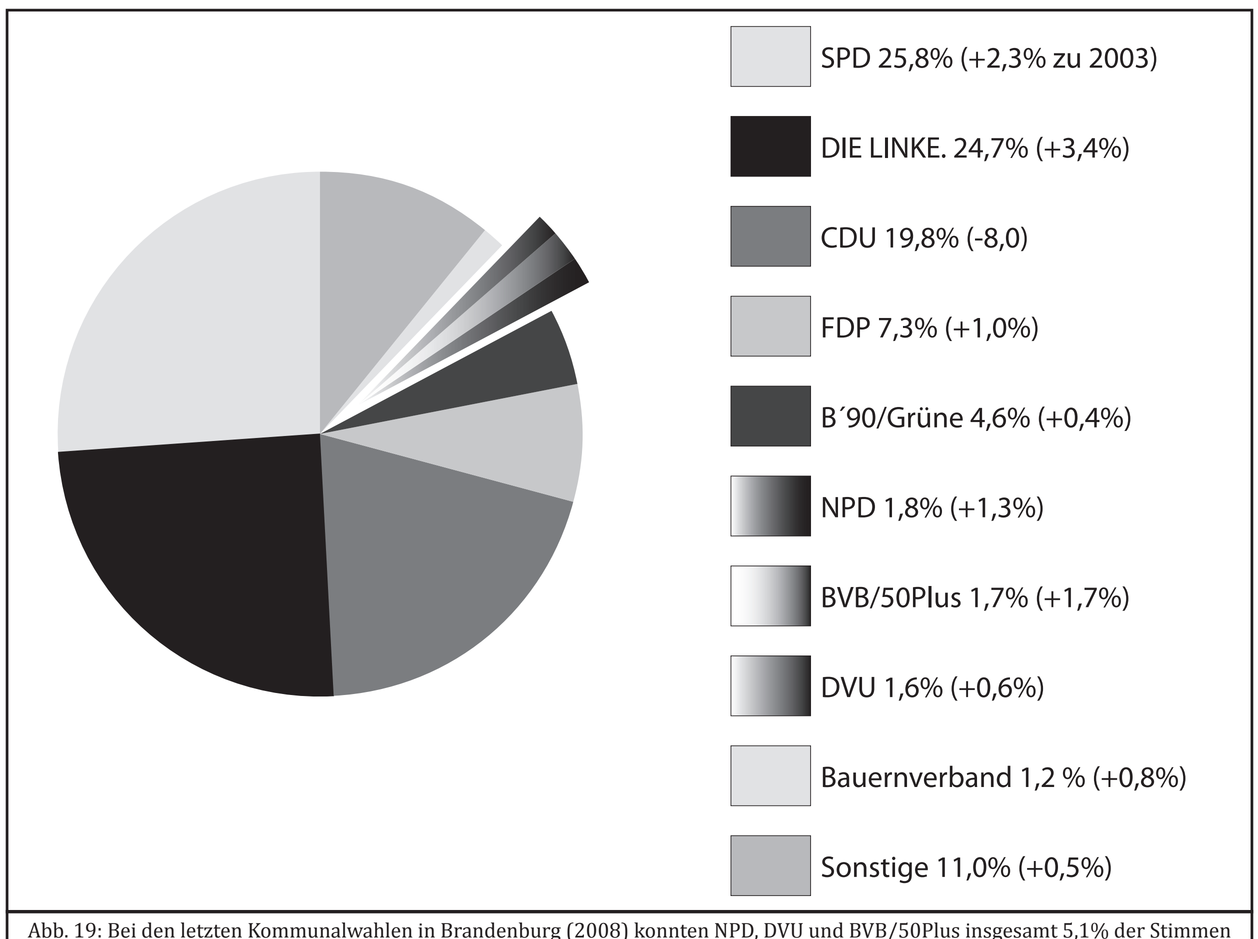


Abb. 19: Bei den letzten Kommunalwahlen in Brandenburg (2008) konnten NPD, DVU und BVB/50Plus insgesamt 5,1% der Stimmen gewinnen und zogen mit Kanidat_innen in mehrere Kreistage ein. (NPD, siehe S. 27)

Neonazistische Parteien in Kreistagen und Stadtparlamenten gehören auch in Brandenburg zur Normalität. Dennoch zeigt die Abgeordnetentätigkeit, dass **Nationaldemokartische Partei Deutschlands** (NPD), **Deutsche Volksunion** (DVU) und andere rechte Splitterparteien unfähig sind zur parlamentarischen Arbeit.
Der folgende Beitrag soll anhand von Beispielen exemplarisch zeigen, wie die NPD in Brandenburger Parlamenten arbeitet.

Rückblick: Das Ausscheiden der DVU aus dem Landtag

Seit der Landtagswahl 2009 ist die neonazistische DVU nicht mehr im Potsdamer Landtag vertreten. Damit verschwand die Partei nach zehn Jahren aus der Landespolitik und war seitdem im Niedergang bis zur ihrer Fusion mit der NPD. In diesen zehn Jahren verhielt sich die DVU-Fraktion mehr als passiv und brachte indes keinen einzigen Antrag ein. Die Neonazis wurden von anderen Parlamentarier_innen gemieden und waren politisch komplett isoliert. Dass die DVU auf Landesebene kein Vorbild für aktive und engagierte Parteiarbeit ist, war offensichtlich. Dennoch schaffte sie es als einzige neonazistische Organisation gleich zweimal in den Brandenburger Landtag. Der Grund liegt vermutlich auch im sogenannten „Deutschlandpakt“, den sie mit der NPD abgeschlossen hat. Diesen kündigte die NPD noch vor der Wahl 2009 auf um selbst antreten zu können. Aber auch die NPD (2,6%) versagte ebenso wie die DVU (1,2%) und kam nicht über die 5%-Hürde. Somit ist keine der damals etablierten Neonazi-Parteien im Landtag vertreten. Die Achse Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen der NPD ist damit vorerst gescheitert.
Die DVU versuchte bis zuletzt mit Hilfe von tausenden Wahlplakaten und einer Wahlkampftour, unterstützt durch den Hamburger Neonazi **Christian Worch** und den damaligen DVU-Bundesvorsitzenden **Matthias Faust** wieder in den Landtag einzuziehen.

Die NPD Brandenburg – ein Versuch

Auch wenn die NPD es nicht in das Landesparlament geschafft hat ist sie jedoch seit Jahren in Kreistagen vertreten. Hierbei unterscheiden sich die Arbeitsweisen der einzelnen NPD-Abgeordneten deutlich. Eine geschlossene Strategie der Landes-NPD scheint nicht erkennbar. In insgesamt 18 Parlamenten sitzt die NPD. Aktuell finden sich 22 NPDler_innen in der Kommunalpolitik (NPD in Kreistagen, siehe S. 27). Hinzu kommen noch ein dutzend Mandatsträger_innen anderer rechter Parteien. Auch wenn die Zahl viel erscheint,

so übernehmen die meisten Kader der Partei nicht selten Doppelfunktionen innerhalb der Partei und vernachlässigen häufig ihre eigentlichen Aufgaben für die sie gewählt wurden. Obwohl im Kreistag sitzend, findet aktive Parlamententsarbeit nicht statt, wie das Beispiel Uckermark auf S. 27 zeigt. Andererseits gibt es aber gut aufgestellte NPD-Abgeordnete, die die öffentlichen Gremien als Bühne ihrer Agitation nutzen und sich als Politiker des „kleinen Mannes“ stilisieren (Beispiele Cottbus und Oder-Spree auf dieser Seite). Auf ihren Homepages loben sie ihre eigene Arbeit und diskreditieren die der etablierten Parteien. Gleichsam heben sie ihren Kontakt zur Bevölkerung hervor. So gründen sie Bürgerwehren (etwa in Schöneiche) oder die Kreistagsabgeordneten verteilen persönlich Flyer.

Beispiel Oder-Spree – Führungselite im Kreistag

Seit 2003 ist die NPD im Kreistag des Landkreises Oder-Spree vertreten. Derzeit gibt es drei Mandats-träger_innen der Neo-nazi-Partei: **Klaus Beier** aus Storkow, **Manuela Kokott** aus Fürstenwalde und **Andreas Kavalir** aus Woltersdorf. Damit sind gleich zwei Führungspersonen der Landes-NPD vertreten. Klaus Beier ist nicht nur Abgeordneter, sondern auch Landesvorsitzender und war bis zum letzten Bundesparteitag Bundespressesprecher der NPD. Manuela Kokott ist Schatzmeisterin der Brandenburger NPD und durch ihre zahlreichen Kontakte zu den sogenannten „Freien Kräften“ auf jeder größeren Neonazi-Demonstration in Berlin und Brandenburg anzutreffen. Andreas Kavalir hingegen fällt als sehr gewaltbereiter Neonazi auf Kundgebungen und Demonstrationen auf.

Abb. 20: Die Kreistagsabgeordnete Maunela Kokott aus Fürstenwalde hilft auch selber mit auf Aufhängen von NPD-Wahlpropaganda.

Im Kreistag selbst wirken sie zwar recht isoliert, versuchen sich aber durch eine große Zahl von Anträgen in Szene zu setzen. Auch wenn sie durch das Fehlen des Fraktionsstatus von den wichtigsten Gremien ausgeschlossen sind, loben sie sich auf ihrer Homepage als einzig ernst zu nehmende Abgeordnete, die selbst noch nie eine Sitzung verpasst hätten.
Noch wichtiger als die Parlamentsarbeit ist die Arbeit auf der Straße. So wollen sie nicht nur lokale Themen zur Sprache bringen. Auf ihren Wahlkampftouren und ihren Flugschriften, wie beispielsweise zur Bürgermeisterwahl in Storkow, werben sie mit der aktuellen „Raus aus dem Euro“-Kampagne der NPD. Ob mit dieser Forderung auf lokaler Ebene Stimmen gewonnen werden können, ist eher zweifelhaft, passt aber zur Strategie der NPD mit globalen Themen Lokalpolitik zu machen. In der Flugschrift des Kreisverbandes „Oderland“ verkündet die NPD die Gründung von Bürgerwehren um Grenzkriminalität zu stoppen. Im Artikel nennt sie dann aber doch nur eine Truppe von Sympathisant_innen die Schöneiche (bei Berlin) mit Patrouillen sicher halten wollen.
Wie engagiert sich die Kamerad_innen um Klaus Beier in Brandenburg bemühen zeigt ihr Willen 2014 in den Landtag einziehen zu wollen. 2012 startete sie bereits ihren Wahlkampf. Wie Klaus Beier auf einer Demonstration am 24. März 2012 in Frankfurt (Oder) darstellte sollte dies durch die Aktion „Kleeblatt“ geschehen, die anschließend in die Aktion „Tausendfüßler“ übergehen soll. Dahinter steckte ein Demonstrationsmarathon durch alle vier kreisfreien Städte (Kleeblatt), die durch zahlreiche Kundgebungen im Land (Tausendfüßler) ergänzt werden soll. Ihr Hauptthema dabei war immer das Kommunal- und Landespolitik inkompatibele Motto „Raus aus dem Euro“. Von Erfolg waren die Aufmärsche allerdings nicht. In Brandenburg an der Havel und in Cottbus sorgte antifaschistischer Protest für starke Behinderungen der NPD-Aufmärsche. In Frankfurt (Oder) und in Potsdam konnten die Neonazis erst gar nicht loslaufen oder mussten ihre Demonstrationen abbrechen. Blockaden verhinderten jegliches Durchkommen.

Beispiel Cottbus – aktiv, aber nicht kreativ

Neben den Landesvorsitzenden Klaus Beier zeigt sich **Ronny Zasowk** aus Cottbus als besonders aktiver Kader in Brandenburg. Im NPD-Bundesvorstand, Chef des Amtes Bildung im Parteipräsidium, stellvertretender NPD-Landesvorsitzender und Parlamentarier in Cottbus zeigt er sich als Multifunktionär seiner Partei. Aber gerade auch auf kommunaler Ebene ist er sehr aktiv. Zwischen Mai bis September 2012 stellte er über 20 Anfragen im Stadtparlament. Dennoch zeugen diese nicht von besonders hoher Kreativität. Neben zahlreichen inhaltlichen Fehlern kopiert er auch mal Anträge seiner Partei-Kamerad_innen, ohne dabei „Kreistag“ durch „Stadtverordnetenversammlung“ zu ersetzen.
Frank Hübner, seit 2008 zweiter NPD-Abgeordneter im Cottbuser Stadtparlament, wirkt durch seine seltene und wortlose Anwesenheit neben dem redefreudigen Ronny Zasowk fast schon unauffällig. Doch ist auch er kein Unbekannter. Bereits seit den 1980er Jahren in der Neonazi-Szene aktiv baute er Anfang der 1990er Jahre die **Deutsche Alternative** (DA) im Osten auf und war dessen Bundesvorsitzender bis zum Verbot 1992. Das er bis heute ein überzeugter Neonazi ist zeigte er Anfang 2012 im Rathaus. Dort erhob er seine rechte Hand zum „Deutschen Gruß“ als es darum ging, dass Bündnis „Cottbus bekennt Farbe“ gegen einen geplanten Neonazi-Aufmarsch am 15. Februar zu unterstützten. Ronny Zasowk ist nicht weniger aggressiv, benutzt aber lieber seine Stimme als Agitationsmittel.

Da die beiden aufgrund einer veränderten Kommunalverfassung von 2008 auch in Cottbus keine Fraktion bilden sind sie von den meisten Gremien ausgeschlossen. Den nichtöffentlichen Teilen interessieren sie aber ebenso wenig, was auch damit zusammenhängen mag, dass die sie unterstützenden Kameraden dort den Sitzungen nicht beiwohnen können.
Die Abgeordneten der anderen Parteien in der Stadtverordnetenversammlung meiden die beiden Neonazis und die schlagfertige Sitzungsleitung von Reinhard Drogler (SPD) entzieht Ronny Zasowk regelmäßig den Boden für seine Selbstdarstellungen. So verschwinden die Beiden schnell wie sie gekommen waren aus dem Sitzungssaal.

Beispiel Uckermark – desolat und nicht arbeitsfähig

In der Uckermark zeigt sich wie die NPD unfähig ist kommunale Politik zu machen. Austritt und zahlreiche Wechsel sind hier symbolisch für die neonazistische Partei.
Ursprünglich sind bei den Kommunalwahlen 2008 **Andy Kucharzewski** und **Irmgard Hack** für die NPD in den Kreistag eingezogen. Inzwischen aber hat sich viel geändert: Andy Kucharzewski verließ die Partei wegen interner Streitigkeiten im Dezember 2009, behielt aber sein Mandat und vertritt auch weiterhin die nationalen Interessen seiner Wähler_innen. So besucht er nachwievor Aufmärsche von NPD und „Freien Kräften“ in Brandenburg. Irmgard Hack schied aufgrund von Krankheit im April 2011 aus dem Kreistag aus. Zunächst folgte ihr **Stefan Schulz**. Am Anfang schien Schulz ein vielversprechender Ersatz für Hack zu sein. es wurde sogar ein Bürgerservice eingerichtet, an den Fragen an Schulz per Email gerichtet werden konnten. In den Sitzungen des Kreistages hat er sich indes nie zu Wort gemeldet. Bereits in der zweiten Jahreshälfte 2011 erschien er nicht mehr im Sitzungssaal oder kam nur sporadisch. Die Abgeordneten-Aufwandsentschädigung wurde ihm daraufhin gestrichen. Im Juni 2012 wurde Schulz nun durch **Sven Barthel** ersetzt. Zu den einzelnen Sitzungstagen hat er bislang ebenso wenig beigetragen wie sein Vorgänger. Eine Zusammenarbeit mit Kucharzewski gestaltet sich für ihn allerdings schwierig. Durch den Austritt Kucharzewskis erfolgte die Auflösung des NPD-Stadtverbandes Schwedt. Barthel forderte ihn damals auf sein Mandat abzugeben und unterstellte ihm Geldgier.
Dies sind also beste Voraussetzungen für eine „gute und erfolgreiche Zusammenarbeit“ im Uckermärker Kreistag.

NPD auf dem Weg in den Landtag? - Prognosen für die Zukunft

Der Wahlkampf der NPD für die Bundestags- (2013) und Landtagswahl (2014) hat begonnen. Klaus Beier kündigte eine flächendeckende Verteilung von Infomaterial und Kundgebungen an. Die Resonanz dürfte aber eher verhalten sein. Bereits jetzt ist prognostizierbar, dass nicht für alle Wahlkreise Kandidat_innen bereit stehen werden. Die wenigen Kader werden wieder einmal Doppelaufgaben übernehmen müssen und in den strategisch wichtigsten Gebieten antreten um so den Schein einer überall im Land aktiven NPD-Struktur zu illusionieren.
Doch die Partei scheint fest entschlossen ihr Ziel erreichen zu wollen. In Zukunft wird der Wahlkampf auch nicht allein durch Brandenburger Neonazis geführt werden. Immer öfter bekommen sie dabei Unterstützung von Berliner Kamerad_innen des „**NW-Berlin**“ und NPD. Ein Zeichen der Stärke soll das sein, da in der Vergangenheit kaum eine Kundgebung oder Demonstration ohne massive Gegenproteste zu rechnen hatte. Überhaupt wirkte sonst die NPD ohne diese Unterstützung als unbedeutende Kleinstpartei. Auf den letzten Demonstrationen in Cottbus (120 Teilnehmende) und Potsdam (80 Teilnehmende) waren teilweise die Hälfte der Anwesenden nicht aus Brandenburg. Aus manchen märkischen Regionen kam gar keine Unterstützung von NPD-Abgeordneten.
Am 23. Februar fand der Landesparteitag der NPD Brandenburg im “Alten Dorfkrug” in Schönow b. Bernau statt. Viele Überraschungen gab es nicht. Klaus Beier bleibt ohne Gegenkandierende Landesvorsitzender. Seine beiden Stellvertreter sind Ronny Zasowk und **Thomas Salomon**. Neu zum Landesvorstand dazu gekommen ist auch **Aileen Rokohl**, die in Zukunft die Landesgeschäftsführung übernimmt. **Florian Stein** ist nunmehr auch Landespressesprecher und **Michel Müller** Landesorganisationsleiter. Zudem wurde beschlossen mit einer Landesliste an den Bundestagswahlen teilzunehmen. Die Teilnahme mit zehn Bewerber_innen, u. a. mit der neuen Kreisvorsitzenden des KV Dahmeland **Stella Hähnel**, stellt hierbei nur ein Versuch einer wahlfähigen Partei da. Chancen auf einen Einzug in den Bundestag hat keine_r.

Abgeordnete in den Kreistagen (nur NPD)

Landkreis Dahme-Spreewald
- Frank Knuffke
- Sven Haverlandt
- Gerhard Müller

Landkreis Havelland
- Dieter Brose
- Maik Schneider

Landkreis Oberhavel
- Detlef Appel
- Axel Dreier

Landkreis Oder-Spree
- Klaus Beier
- Manuela Kokott
- Andreas Kavalir

Landkreis Spree-Neiße
- Karsten Schulz
- Markus Noack

Landkreis Teltow-Fläming
- Bärbel Redlhammer-Raback

Landkreis Uckermark
- Sven Barthel

kreisfreie Stadt Cottbus
- Ronny Zasowk (Stadtverordnetenversammlung)
- Frank Hübner (Stadtverordnetenversammlung)

ANALYSE

Diffamierung antifaschistischer Arbeit

Zum Konstrukt des politischen Extremismus



Abb. 21: Ab in den Müll! Veröffentlichungen des Verfassungsschutzes sind keine geeignete Quelle, wenn es um hintergründige Infomationen über Neonazis im Land geht. Die Berichte des VS dienen eher der Diffamierung antifaschistischer Gruppen.

Wenn Politiker_innen, der Verfassungsschutz oder deutsche Tageszeitungen unter der Rubrik oder dem Label "Extremismus" gleichermaßen von Neonazis als auch von antifaschistischen Demonstrationen gegen Neonazis sprechen, dann sollte das zurecht Irritationen hervorrufen. Den unzähligen Diskussionen rund um den Begriff des "Extremismus", den unzähligen Versuchen begriffliche Alternativen zu entwickeln und nicht zuletzt den zahllosen Interventionen aus Wissenschaft und Zivilgesellschaft zum Trotz, ist das Konzept des politischen "Extremismus" ein gern genutztes Instrument zur Diffamierung zivilgesellschaftlicher und antifaschistischer Arbeit geworden. Denn das sogenannte "Extremismuskonstrukt" ist gefährlich. Es verharmlost rechte Gewalt und Ideologie, es diffamiert Akteur_innen die sich dagegen einsetzen und bewegt sich zwischen populistischer Stimmungsmache und pseudowissenschaftlicher Theorie. Grund genug, dass wir in dieser Publikation auf den Begriff „Rechtsextremismus" verzichten. Denn er verschleiert, dass Ungleichwertigkeitsideologien wie Rassismus oder Antisemitismus nicht isoliert vom Rest der Gesellschaft existieren. Dem folgt, laut "Extremismuskonstrukt", die Gleichsetzung mit einem angeblichen „Extremismus von Links" und dem neu entworfenen „Ausländerextremismus". Die größte Bedeutung findet die Theorie dabei im Sprach- und Aktionsgebrauch staatlicher Behörden. Sie bildet die moralische Existenzlegitimation für Verfassungsschutzbehörden von Bund und Ländern und gehört zum wichtigsten Wegweiser im Kampf um die Deutungshoheit von vermeintlichen „Staatsfeind_innen". Dennoch ist das "Extremismuskonstrukt" nicht unumstritten, denn auch in Brandenburg behindert es antifaschistische und zivilgesellschaftliche Arbeit gegen Neonazismus immer wieder und diffamiert diese als „linksextremistisch".

Dem "Extremismuskonstrukt" liegt eine Vorstellung zu Grunde, der zufolge sich das politische Spektrum innerhalb einer Achse gruppiert. Die Achse reicht von „links", über die „gemäßigte Mitte" bis nach „rechts". Nach dieser Darstellung befinden sich sogenannte Extrempositionen an den äußeren Rändern, die als polarisierend und äußerst bedrohend empfunden werden. Die „Mitte" hingegen erscheint als breit, harmonisch und ausgeglichen. Oft auch als Hufeisen oder U-förmiges Magnet dargestellt, soll dies die Anzieh-

ungskraft des äußeren „linken“ und „rechten“ Randes demonstrieren. Wissenschaftler wie **Uwe Backes** und **Eckhard Jesse** gehören zu den größten Verfechtern des “Extremismuskonstrukts”. Jesse definiert den Extremismusbegriff als eine „Sammelbezeichnung für unterschiedliche politische Gesinnungen und Bestrebungen (…), die sich in der Ablehnung des demokratischen Verfassungsstaates und seiner fundamentalen Werte einig wissen.“[1] Eine beschränkte und von der Ungleichwertigkeit von Menschen ausgehende Ideologie wird mit pluralistischen und humanistischen Denkansätzen linker Bewegungen gleichgesetzt. Eines der wichtigstes Eckpfeiler der Extremismustheorie ist die Gewaltfrage. Danach sind es die Extreme, die durch ihre gewalttätigen Aktivitäten Demokratie gefährden. So wird ein Bogen von rechten Morden zu Sachbeschädigung von Eigentum als politische Aussage oder Selbstschutz gegen neonazistische Gewalt geschlagen. Eine Differenzierung nach Einstellungen und politischen Zielen erfolgt demnach nicht. Die Frage der Definition reduziert sich auf die Macht, bestimmen zu können, wer als Ideal stilisiert wird und wer per se als Bedrohung wahrgenommen werden soll. Dadurch soll aber auch jegliche Kritik an dem Ideal im Keim erstickt werden. Eine kritische Position dem Verfassungsstaat und dem Kapitalismus gegenüber wird somit per se als „extremistisch“ angesehen und jegliche Einflussnahme untersagt. Dass dies nicht objektiv geschieht, zeigt sich daran, dass die Differenzierung der Kritiker_innen durch eine Gleichsetzung dieser nicht erwünscht ist. Dem nicht genug, ist es Jesse selbst, der bei näherer Betrachtung seine Glaubwürdigkeit als Verfechter der Freiheitlich Demokratischen Grundordnung (FDGO) verliert. Es ist kein Geheimnis, dass Jesse Kontakte zu Protagonist_innen der “**Neuen Rechten**” und bekennenden Neonazis pflegt. Durch die gemeinsame Buchveröffentlichung mit **Rainer Zitelmann** zum Thema „Historisierung des Nationalsozialismus“, die enge Zusammenarbeit mit **Joseph Kneifel**, aktives Mitglied der mittlerweile verbotenen Neonaziorganisation „Hilfsgemeinschaft für Nationale Gefangene“ und seine wiederholten antisemitischen Äußerungen zeigt Jesse deutlich seine Nähe zu rechten Kreisen und Ideologien. Trotzdem wird er von Institutionen wie dem Verfassungsschutz, der Bundeszentrale für politische Bildung, der CDU in Bund und Land oder der CSU-nahen Hanns-Seidel-Stiftung hofiert und finanziert.

Neustes Produkt der Extremismustheorie ist die 2010 auf den Weg gebrachte sogenannte Extremismusklausel. Initiativen, die Fördermittel von Bund und Ländern beziehen, sollen eine „Demokratieerklärung“ abgeben und sind aufgerufen selbst zu prüfen, ob potenzielle Partner_innen verfassungsgemäß arbeiten. Die maßgeblich von der Bundesfamilienministerin Schröder initiierte Regelung stellt damit vor allem antifaschistische und zivilgesellschaftliche Arbeit gegen Neonazismus unter Generalverdacht, demokratieablehnend zu sein und ruft zu Bespitzelung auf.

Die Umsetzung des “Extremismuskonstrukts” in Brandenburg

Der für das Jahr 2010 veröffentlichte Verfassungsschutzbericht des Landes Brandenburgs führte unter der Rubrik „Linksextremistische Aktivitäten in Jugendclubs und Vereinen“ das Beispiel des brandenburgischen Jugendprojekts „JWP MittenDrin“ auf. Begründet wurde die Erwähnung des Projektes durch einen auf der Homepage verlinkten Aufruf zu Protesten gegen den NATO-Gipfel 2009. Doch nicht bloß ein Aufruf zu Protesten – darüber hinaus wurde in einem Kommentar auf der Homepage auch noch ein Buch des ehemaligen RAF-Mitglieds Inge Viett als „Hammer“ angepriesen. Es waren unter anderem diese beiden Anhaltspunkte, die den Verfassungs-schutz (VS) dazu bewegten, das “MittenDrin” in ihrem Bericht als Teil einer “linksextremen Jugendpropaganda-Maschinerie” zu begreifen.

Auch wenn sich über Sinn und Unsinn der Bücher von Inge Viett streiten lässt, entschlossen sich die in dem Projekt aktiven Personen verständlicher Weise die öffentliche Diskussion mit dem VS zu suchen – jedoch vergebens. Weder die öffentliche Skandalisierung der Erwähnung, noch die Aufforderungen sie zu streichen, wurden von staatlicher Seite wahrgenommen. In letzter Konsequenz wurde schließlich eine Anzeige auf Unterlassung gegen den VS gestellt – und eine erfolgreiche wie sich später herausstellen sollte. Das Potsdamer Verwaltungsgericht entschied mit der Bemerkung, der VS arbeite „tendenziös und unzulässig“, dass die entsprechenden Passagen aus dem Bericht gestrichen werden müssen.

Auch das alternative Potsdamer Projekt „Inwole“ war durch Diffamierungen der „tendenziösen und unzulässigen“ Arbeit des brandenburgischen Verfassungsschutzes betroffen. Ähnlich wie bei den Vorfällen rund um das Projekt “MittenDrin”, wurden dem Inwole aufgrund eines verlinkten Aufrufes zur Protesten gegen die UN-Klimaschutzkonferenz „linksextremistische“ Bündnispolitik und Aufrufe zu Gewalt unterstellt. Für den VS und verschieden Medien schien die Erwähnung des Projektes gerade recht zu kommen. Denn ein Woche später sollte über die Bewilligung hoher Fördergelder für das Projekt durch das Familienministerium entschieden werden.

Obwohl die Förderung des Projektes daraufhin für einige Wochen eingestellt wurde, kam es anders als bei dem Wohnprojekt “MittenDrin”, nie zu einem Rechtsstreit mit dem Verfassungsschutz. Zahlreiche zivilgesellschaftliche Projekte veröffentlichten Solidaritätsbekundungen mit dem “Inwole” und es wurde der Versuch unternommen, die Ereignisse öffentlich zu thematisieren und klar zu stellen, dass sich zivilgesellschaftliches Engagement nicht ohne Weiteres kriminalisieren lässt. Die Konsequenz jedoch war letztendlich eine Distanzierung des Projektes von dem Protest-Aufruf.

„Linksextreme Hassmusik“

Ein weiterer Trend der Verfassungsschutzbehörden zur Diffamierung antifaschistischen Engagements ist die Konstruktion der „extremistischen Hassmusik“. Dass neonazistische Musik, egal aus welchem Genre,

1: Vgl. Backes, U./ Jesse, E.: Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland, 3. Auflage, Bonn 1993
- Burkert, E.: Rechtsextremismus und Geschlecht. Politische Selbstverortung weiblicher Auszubildender, Herbolzheim 2006.

Gewalt und Hass gegen Andersdenkende transportiert, ist klar. Nun wird der Versuch gestartet, einen Bogen zu einer vermeintlich „linksextremistischen Hassmusik“ zu schlagen. Ein aktuelles Beispiel ist die Nennung der Punkband „Feine Sahne Fischfilet“ aus Mecklenburg-Vorpommern im letzten Verfassungsschutzbericht. Ihnen wurden mehr als zwei Seiten im Bericht gewidmet. Zu den Ereignissen rund um den vom NSU-Trio ermordeten Mehmet Turgut aus Rostock verfassten die Staats-schützer_innen gerade mal eine halbe Seite. “Feine Sahne Fischfilet” hat mittlerweile Klage gegen die Nennung eingereicht. Auch in Brandenburg müssen Bands als Beispiel „linksextremer Hassmusik“ herhalten. Im selben Atemzug der Erwähnung des “JWP MittenDrin e.V.” aus Neuruppin im Verfassungsschutzbericht 2010 wurde die Band „Krachakne“ aufgeführt. Ein Jahr später wurde die Punk-Band „Bockwurschtbude“ aus Frankfurt (Oder) genannt. Ein Song, den die Band vor mittlerweile 17 Jahren veröffentlichte, musste nun als Beweis herhalten, dass sie, wie auch “Krachakne” und zahlreiche weitere Bands aus Brandenburg, zu „Gewalt gegen Andersdenkende aufrufen“. Mit dieser „Gewalt“-Rhetorik wird wieder versucht, eine Gleichsetzung von Neonazis und deren Gegner_innen herzustellen. Dabei gibt es unzählige Bands aus allen erdenklichen Genres, die in ihren Texten Gewalt verherrlichen oder dazu aufrufen.



Abb. 22: Vermummte Legofiguren als gewalttätige Linksextremisten? 2008 organisierte der Bernauer Jugendtreff DOSTO gemeinsam mit weiteren Initiativen eine antifaschistische Straßenparade. Im Vorfeld wurden aus bürgerlichen Kreisen und der Polizei bedenken geäußert, es würde zu Gewalt und Ausschreitungen mit der Polizei kommen, wenn der „Schwarze Block“ aus Berlin und anderen Teilen Brandenburgs nach Bernau kommen würde. Die Vorurteile gegenüber der bunten Parade waren unbegründet. Die Veranstalter_innen machten sich einen Spaß mit bastelten vermummten Legofiguren aus Pappe. Diese Satire wollte der damals zuständige Polizeichef jedoch nicht verstehen, und nahm ein Foto der Figuren als „Beweis“ für die „linksextremistischen Gewalttäter“, die diese Parade organisierten.

Warum werden genau die, die sich antifaschistisch positionieren und sich im Umfeld von alternativen Projekten aufhalten, in Verfassungsschutzberichten erwähnt? Im Fall von “Krachakne” hat es dazu geführt, dass sich die Band aufgelöst hat. Die Einschüchterung und Diffamierung antifaschistischer Subkultur durch den Verfassungsschutz setzt sich jedoch fort.

Fazit

Dem Verfassungsschutz dient das “Extremismuskonstrukt” dazu, Deutungsmacht zu erlangen. Zivilgesellschaftliche Bündnisse sollen abgeschreckt werden mit antifa-schistischen Initiativen zusammenzuarbeiten. Vereinen und Projekten, die als „linksextremistisch“ diffamiert werden, fällt es dadurch schwerer an Fördergelder zu kommen.

Dieser Entwicklung muss aktiv entgegen getreten werden. Die Deutungsmacht darf nicht dem Verfassungsschutz überlassen werden, d.h. das “Extremismuskonstrukt” und die ihm anhängende Extremismusklausel muss bei jeder Gelegenheit als ein eindimensionales und demokratiefeindliches Konstrukt entlarvt werden und gehört abgeschafft. Eine Konsequenz daraus wäre, auf die Begrifflichkeiten des „Rechtsextremismus“ und „Linksextremismus“ zu verzichten und stattdessen von Neonazismus und linken Bewegungen zu sprechen.

Die leere Rede von Toleranz

Für die Ausgrenzung von Menschenfeinden



Abb. 23: Tolerante Bürger_innen wollen Migrant_innen nicht zu nahe kommen. Sie sollen lieber “fremd” bleiben.

Vielerorts sprießen seit dem „Aufstand der Anständigen“ im Jahr 2000 lokale Bündnisse für „Demokratie und Toleranz“ aus dem Boden. In Brandenburg gründete sich das „Tolerante Brandenburg“, in Potsdam wurde das historische Toleranzedikt erneuert und seit 2008 können sich Initiativen vom Bundesförderprogramm „Toleranz fördern – Kompetenz stärken“ Gelder für Projekte gegen Rechts, wahlweise auch gegen Links bezahlen lassen. Selbst der kommerzielle Fernsehsender Pro Sieben hat Toleranz als Imagepusher erkannt, und in diesem Jahr den sogenannten „Tolerance Day“ ausgerufen. Das Wort „Toleranz“ ist in aller Munde – (fast) immer mit einer positiven Konnotation. Mit „Toleranz“ mag man sich gerne schmücken – wir sind tolerant gegenüber weinenden Babys, obdachlosen Zeitungsverkäufern oder unfreundlichen Call-Center-Mitarbeiter_innen. Wir sind tolerant, weil wir es uns leisten können. Dabei ist der Begriff der „Toleranz“ mehr als problematisch: Er schreit nicht nur nach platten „Vertragt euch!“, „Seid lieb zu einander!“ oder „Lasst doch eure Politik mal Außen vor!“, sondern wird insbesondere dann gefährlich für Leib und Leben, wenn Nazis und Rassist_innen unter dem Vorwand der Meinungsfreiheit Gehör finden, Räume nutzen und ungestört agieren können – und damit all jene verdrängen, die nicht ins Weltbild der Menschenfeinde gehören.

Leere Toleranz – Verschleierung und Gefahr

Fangen wir erstmal mit dem Positiven an: Toleranz kann heißen: eine Anerkennung verschiedener Lebensweisen, die Verurteilung von Gewalt und die Befürwortung eines friedlichen Nebeneinanders. Dagegen lässt sich vom Ansatz wenig sagen. Und auch in der Retrospektive haben Errungenschaften, wie die Anerkennung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften, die Verurteilung von Gewalt in der Ehe, die Aussetzung des Abtreibungsparagrafen, Abschaffung der Todesstrafen und einige andere, die gesellschaftlichen Verhältnisse verbessert. Teilweise über Jahrhunderte wurden diese aufrecht erhalten, mit der einfachen Begründung “das ist so und das war schon immer so, und das müsse man tolerieren”. Es ließe sich sicher einiges mehr aufzählen, was humanistischen und emanzipatorischen Bewegungen zu verdanken ist. Das Erkämpfen von Freiräumen, Gleichberechtigung und Solidarität hat aber noch einen weiten Weg vor sich. Heute schon von einer gleichberechtigten Gesellschaft zu sprechen, wäre unangemessen.

Es kann nicht die Rede von Toleranz sein, wenn weiterhin Menschen beim Übertritt von Ländergrenzen eingesperrt werden und unter unwürdigen Bedingungen in Lagern hausen müssen, wenn Menschen Zugang zu Bildung und Kultur verwehrt wird, weil sie

1: Dieses und im Absatz folgende Zitate: Marcuse, Herbert (1965): Repressive Toleranz. In: Wolff, Moore, Marcuse: Kritik der reinen Toleranz. Suhrkamp, Frankfurt Main.

von Sozialhilfe leben, wenn Menschen verstümmelt werden, weil ihr physiologisches Geschlecht nach der Geburt nicht eindeutig war – um nur einige Beispiele für menschenunwürdiges Leben zu nennen. Denn hier besteht die größte Gefahr der Toleranz: Der Begriff der Toleranz verschleiert Missstände in der heutigen Gesellschaft!

Der Toleranzbegriff ist so weit gefasst, dass alle unterschiedlichen Motivationen und Beweggründe Platz finden können. So nutzen Bürgerbündnisse gegen Rechts die Toleranz als Minimalkonsens, weil viele etwas Ähnliches oder auch Verschiedenes damit verbinden. Für die praktische Arbeit kommen sie unter dem Denkmal zusammen, ohne sich darüber im Klaren zu sein, was sie alles tolerieren wollen. Toleranz verkommt zu einem leeren, nichtssagendem Begriff. Nehmen wir ein Beispiel: Person X, SPD-Politiker_in in hohem Amt, ruft zu Toleranz auf und meint damit die Stärkung der Demokratie gegenüber den Antidemokrat_innen. Person Y, Vertreter_in einer katholischen Gemeinde ruft ebenfalls zu Toleranz auf, meint damit aber den Respekt christlicher Leitkultur durch die Anpassung von Migrant_innen. Der gleiche Begriff, unterschiedliche Deutung: Während Person X sich im Kampf gegen Nazis aufbauscht, will Person Y ihre rassistischen Ressentiments gegenüber den „nicht-anpassungswilligen Ausländern“ zum Ausdruck bringen.

Repressive Toleranz - Macht und Überlegenheit

Alles sehr vage, ein Blick in den Duden kann helfen im Begriffswirrwarr. Hier heißt Toleranz vor allem Duldsamkeit. Tolerant sein heißt also andere Anschauungen, Einstellungen, andere Sitten, Gewohnheiten u.a. gelten zu lassen. Beide Begrifflichkeiten setzen eine Machtposition und ein Überlegenheitsgefühl voraus, aus der etwas geduldet, ausgehalten oder ertragen wird. Auch wenn sich die Person dabei belästigt oder gestört fühlt, gestattet sie es einer anderer Person. Ertragen klappt, solange es eine bestimmte Grenze nicht überschreitet. Wer so großzügig ist, etwas bzw. jemanden zu tolerieren, kann es sich auch anders überlegen. Die Macht liegt in diesem Fall beim Tolerierenden. Toleranz zu erfahren heißt also auch, auf das Wohlwollen des Gegenübers bzw. der Gesellschaft angewiesen zu sein, damit sind weder Rechte noch Garantien verbunden.

1965 prägte der Soziologe Herbert Marcuse den Begriff der “repressiven Toleranz”[1]. Er kritisiert den Toleranzbegriff als die Akzeptanz “aggressive[r] Politik, Aufrüstung, Chauvinismus und Diskriminierung aus rassischen und religiösen Gründen”. Toleranz in ihrem ursprünglich humanistischen Anspruch ist dagegen wieder zum Ziel geworden. Denn was heute als Toleranz propagiert wird, diene laut Marcuse der Unterdrückung. Die Bedingungen unter denen Toleranz herrscht “werden geprägt und bestimmt von der institutionalisierten Ungleichheit [...] das heißt von der Klassenstruktur der Gesellschaft”. Sein Ziel: Eine bessere Gesellschaft, in der die „öffentliche und private Wohlfahrt“ für alle gewährleistet wird. Für Marcuse bedeutet das, rückschrittliche „intolerante“ Bewegungen nicht zu akzeptieren. Deutlich wird der repressive Charakter der Toleranz, schaut man sich beispielsweise die Verwendung des Begriffs “Toleranz” in der Integrationsdebatte in Deutschland an. Hier steht Toleranz i.d.R. für das „Nebeneinander“, nicht aber für das „Miteinander“ von verschieden Lebensentwürfen. Von “Parallelgesellschaften” und “Mulitkulti” ist die Rede, von Interaktion oder einem gegenseitigen (!) Austausch aber nicht. Nach dem Motto “Wir sind so tolerant, daher kann jede_r hier leben, vorausgesetzt allerdings er_sie passt sich der gemeinhin bekannten „deutschen Leitkultur“ an. Vielfalt wird unter dem Denkmantel der Toleranz unterdrückt. Toleranz gegenüber Marginalisierten ist leider nichts weiter als ein geschöntes Ausgrenzungs- und Unterdrückungsmuster, dass rassistische und andere Zuschreibungen manifestiert.

Toleranz als Vermarktungsstrategie

Mit dem „neuen“ Potsdamer Toleranzedikt will die Stadt ihr Image aufbessern

„Brandenburg war in den Augen der Öffentlichkeit ein kompromittiertes Land.“, heißt es im Potsdamer Toleranzedikt. Angelehnt an das historische Edikt aus dem Jahr 1685, wurde 2008 ein neue Imagekampagne in Potsdam gestartet. Mit dem vom Potsdamer Uniprofessor Kleger initiierten “neuen Toleranzedikt” will die Stadt für sich werben. Die Rede ist von Respekt, Offenheit und neuen Wegen.

Richtigerweise erkennen die Macher_innen die rassistischen und neonazistischen Gewalttaten der neunziger Jahre an. Der Bruch stellt für sie die Gründung des „Toleranten Brandenburg“ im Jahr 1998 dar, was den Eindruck entstehen lässt, als seien damit schlagartig alle Ausgrenzungen und Gewalttaten passé. Nur in den Medien und in anderen Teilen der Bundesrepublik habe man scheinbar noch nicht erkannt, dass die dunklen Zeiten in Brandenburg vorbei seien. Also braucht es nur bessere Eigenwerbung.
Als Behauptung eines „falschen Frieden“ bezeichnete der Ak Antifa Potsdam dieses neue Pamphlet. Rassistische Übergriffe werden ausblendet, große Skandale sollen vermieden werden um dem Image der Stadt nicht zu schaden. Und was bereits für das alte, preußische Toleranzedikt galt, gilt auch heute: Es geht um die Erhaltung des Standortfaktors, also einfaches wirtschaftliches Kalkül. „Sieben Prozent derjenigen, die als Touristen gerne nach Brandenburg kommen würden, dem Land fernblieben, weil sie Angst vor Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit haben. Das bedeutet jährlich einen Verlust von 42 Millionen Euro.“ Das muss geändert werden, denn: Gutes Image = Anreize für Unternehmen = Mehr Arbeitsplätze = Mehr Geld für die Stadt. Friedrich Wilhelm von Brandenburg lockte im 17. Jahrhundert die in Frankreich verfolgten Hugenotten mit dem Versprechen auf Glaubensfreiheit und wirtschaftlichen Vorteilen nach Brandenburg. Das alles nicht aus reiner Menschlichkeit, sondern weil Brandenburg dringend Arbeitskräfte benötigte, nachdem das Land während des 30-Jährigen Krieges zu viele Männer verlor.
Im neuen Toleranzedikt finden sich keine solchen Versprechungen. Vielmehr sollen bisherige Initiativen und Aktivitäten bekannter gemacht werden, da die Stadt ja schon seit vielen Jahren Toleranz lebt. Wer also im letzten Teil „Selbstverpflichtung“ nun eine Liste von Vorhaben der Stadt Potsdam erwartet, die dem ganzen vorherigem eine Ernsthaftigkeit gibt, wird maßlos enttäuscht. Statt konkreten Verabredungen, handfesten Strategien und Plänen gegen Rassismus und Neonazismus, folgt eine Auflistung diverser Potsdamer Vereine, Unternehmen und Initiativen, wie das Studentenwerk, Turbine Potsdam, Rewe (ja, der Supermarkt) oder der Potsdamer Marketing Club.
Das Edikt stellt damit eine 200seitige Broschüre dar voller leerer Floskeln, die zwar niemandem schaden, außer vielleicht den vielen Bäumen die dafür abgeholzt wurden, aber auch niemandem nützen. Unser Tipp: Broschüre nicht wegschmeißen, sie könnte ganz hilfreich sein im Kampf gegen Nazis: Schreckt sie die „Toleranz“ nicht ab, tun es vielleicht die geballten 200 Seiten auf ihrer Nase.

Keine Toleranz – Grenzen und Würde

Wer kennt ihn nicht den Ausspruch „Jeder soll nach seiner Façon selig werden“ - die Macher_innen des “Potsdamer Toleranzedikt” (siehe S. 32), erinnern sich vielleicht noch, dass der Ausspruch durch den Preußischen König Friedrich II, der Große, mit dem Hintergrund der Religionsfreiheit geprägt wurde. Aber kann jede_r nach seiner_ihrer Façon leben, wenn nur genug Toleranz geübt wird?

Nein. Wer es mit Menschenwürde und Menschenrechten ernst nimmt, dessen Toleranz muss Grenzen haben. Und zwar bei intoleranten Weltanschauungen, die Vielfalt verachten und keine andere Meinung zulassen. Intoleranz verbreitet sich, weil Toleranz gepredigt wird. Wer Toleranz für ein hohes Gut hält, muss rechte, menschenfeindliche Positionen ganz deutlich ausgrenzen! Wenn Nazis auf Grund vermeintlicher Toleranz Gehör finden, ihre rassistischen, antisemitischen, chauvinistischen und sexistischen Äußerungen als Meinungen neben anderen stehen können, dann verdrängen sie nicht nur die Demokratie, sondern all jene, die nicht in ihren „weißen-deutschen Volkskörper“ passen. Wer in einer freien Gesellschaft leben will, muss den rechten Hegemoniebestrebungen entgegenwirken! Worte und Taten zu schützen, die einer humanistischen und freiheitlichen Gesellschaft entgegenwirken, kann nicht im Sinne eines menschenwürdigen Miteinanders sein. Anfang der 90er Jahre brachte der Autor Wiglaf Droste treffend zum Ausdruck: “Das Schicksal von Nazis ist mir komplett gleichgültig; ob sie hungern, frieren, bettnässen, schlecht träumen usw. geht mich nichts an. Was mich an ihnen interessiert, ist nur eins: dass man sie hindert, das zu tun, was sie eben tun, wenn man sie nicht hindert: die bedrohen und nach Möglichkeit umbringen, die nicht in ihre Zigarettenschachtelwelt passen.”[2]

Insbesondere wenn es um Nazis und menschenverachtende Einstellungen geht, darf Toleranz nicht zur Verharmlosung werden. Das passiert dann, wenn Neonazis als „dumme Jungs“ abgestempelt werden, die keine Politik machen, sondern nur ein wenig Irrgeleitete und Verblendete sind und durch sozialpädagogische Maßnahmen wieder auf den richtigen Weg gebracht werden könnten. Rassistische Gewalt wird nicht ernst genommen – so wie es immer wieder geschehen ist: Man möge sich nur die Orte Mölln, Solingen oder Rostock-Lichtenhagen in Erinnerung rufen. Das Wegschauen und die fehlende Ernsthaftigkeit finden sich auch in Brandenburg: Als 2002 der 17-jährige Marinus Schöberl in Potzlow, einem kleinen Dorf in der Nähe von Prenzlau in der Uckermark, von jungen Nazis ermordet wurde, schockierte nicht nur die Brutalität der Tat, sondern ebenso der gleichgültige Umgang des Ortes mit dem Verbrechen. Der politische Hintergrund der Täter und die rechte Dominanz im Ort wurden verharmlost. Und im Dorf wollte niemand etwas gewusst haben und die Angelegenheit am liebsten tief vergraben.

Es gibt eine einfache, aber zu gleich grausame Wahrheit: Nazis morden! Ihre gefährlichen Einstellungen als Meinung zu tolerieren, heißt ihnen Raum zu geben und die Möglichkeit ihre Dominanz weiter auszubauen. Ihr hierarchisches, autoritäres und inhumanes Menschen- und Gesellschaftsbild ist keine Meinung, die diskutiert und toleriert werden kann. Die Leugnung der Shoa, die Vorstellung einer überlegenen weißen Rasse, die Unterdrückung religiöser und politischer Weltanschauungen, die Ausgrenzung anderer sexueller Identitäten und Praktiken sind nicht zu diskutieren. Diese Verleumdungen können keine gleichberechtigten Meinungen sein.

Problemfeld Jugendarbeit

„Eure Toleranz kotz mich an“

„Ich kann das schon verstehn,
Er ist halt arbeitslos und ohne Perspektive
Geht er gerne mal auf Schwarze los.
Man muss sich kümmern, man muss das akzeptiern,
Mit so viel Krise kann man schon einmal den Kopf verliern
Gib ihm etwas, das bleibt, ein bisschen Sicherheit.
Nen Jugendclub, in dem er dann auch mal “Heil Hitler” schreit.
Muss tolerant sein dann und wann.“

aus „Toleranz“ von Egotronic

„Hauptssache weg von der Straße“, galt vor allem in den 90er Jahren als Patentrezept gegen rechte Jugendliche – was sie brauchen, sei lediglich eine Perspektive, wie es die Berliner Band Egotronic zynisch anmerkt. Im Umgang mit rechten Jugendlichen bedarf es dem Spagat zwischen notwendiger Empathie und sozialtherapeutischer “Glatzenpflege”. Das Konzept, welches aus der akzeptierenden Drogenarbeit hervorging, wurde in den 90er Jahren auf die Soziale Jugendarbeit mit Neonazis angewendet. Das dabei auftretende Problem beschrieb die Sozialpädagogin Ilona Weber 1999[3] wie folgt: “Für den Sozialarbeiter ist der einzelne, auffällig gewordenene Jugendliche problematisch, nicht der gesellschaftliche Kontext. Durch die fehlende Problematisierung des gesellschaftlich akzeptierten und geförderten rassistischen Konsens, leistet die akzeptierende Sozialarbeit rechten Einstellungen in der Gesellschaft Vorschub“. Leider gibt es auch heute noch Einrichtungen, die organisierten Neonazis Räume geben, wie das Beispiel des Jugendclubs Potsdam Fahrland zeigt (siehe → Kasten zu Fahrland). Diverse positive Beispiele in Brandenburg stehen dem Konzept der akzeptierenden Jugendarbeit entgegen. Ihnen gemein ist die bewusste und deut-liche Abgrenzung von rechten und rassistischen Meinungen und Äußerungen. Keine Toleranz von Nazis, Rassismus und Sozialchauvinsmus sind Positionen, die sich über den Kreis der radikalen Linken zuneh-mend hinaus gefestigt haben. Jugendarbeiter_innen werden durch Jugendämter und die sogenannten Lokalen Aktionspläne des Bundesprogramms „Vielfalt tut gut“ dazu angehalten, “Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus” durch unterschiedliche Maßnahmen auszugrenzen, oftmals handelt es sich dabei um Straßenfeste, Workshops oder Infoveranstaltungen, die Empowerment für betroffene und nicht-rechte Gruppen erreichen soll.

2: Vgl. Arranca ‘95.
3: Zitiert nach Dokumentation der Konferenz des Jugendbündnisses “Aktion Noteingang”, Frankfurt (Oder) 1999.

Sozialarbeit soll Jugendliche in ihrer Entwicklung zu mündigen Subjekten unterstützen – rechte Positionen, die durch Autorität, Hierarchie und Unmündigkeit gekennzeichnet sind, sind mit demokratisch-emanzipatorischer Jugendarbeit nicht vereinbar. Hier hat Sozialarbeit ihre Grenzen.

Abschluss: Ausgrenzung von Menschenfeindlichkeit fängt in der Mitte an

Toleranz als Feigenblatt und Imagepflege wurde zur Grundlage einer "unkritischen Gesellschaft, die Toleranz mit Stillschweigen und das Tolerant-sein zum Wegsehen oder "nicht-wissen-wollen" gleichsetzt." (Marcuse) Damit unterdrückt die Toleranz nicht nur Kritik, sondern auch Selbstbestimmung, Autonomie und die freie Entfaltung des Individuums. Es bedarf eines kritischen Verständnisses von Toleranz, als Hinschauen, Eintreten und Erkämpfen einer besseren Gesellschaft. Rassistische, sexistische und chauvinistische Äußerungen müssen als das benannt werden, was sie sind: menschenverachtende Einstellungen.

Die menschenfeindlichen Ideologien der Nazis sind gezeichnet von Gewalt und Morden – einzelne Fragmente dieser Ideologie sind in allen Teilen der Gesellschaft verbreitet. Es handelt sich nicht, wie gern behauptet, um ein Randphänomen, wie diverse Studien aufzeigen. Rassistische, antisemitische, sozialchauvinistische, sexistische und nationalistische Einstellungen gibt es überall, ob am Arbeitsplatz, in der Schule, der Kirche oder dem Verein. Die Fixierung auf vermeintliche Extreme und damit verbundene Empörung führt in der Regel zur Abwendung, weil es „nicht mein Problem" ist. Es bedarf einer langfristig angelegten Auseinandersetzung mit menschenfeindlichen Einstellungen, ausgehend von der Mitte der Gesellschaft. Denn erst wenn die eigenen Ressentiments und Denkstrukturen in Frage gestellt werden, ist eine wirkliche Veränderung möglich.

Eine gesamtgesellschaftliche Intervention, in der Mitte der Gesellschaft anstatt der Reduzierung auf die „Ränder" ist notwendig und keine Toleranz in Form rassistischer Zuschreibungen und institutionalisierter Formen von Diskriminierung. Es bedarf Solidarität mit den Opfern neonazistischer Gewalt und die konsequente Ausgrenzung neonazistischer Einstellungen, Aktivitäten und Personen.

Akzeptierende Jugendarbeit mit Nazis in Potsdam-Fahrland

Die „Alternative Jugend Potsdam" (AJP), eine aktionistisch orientierte Neonazi-Kameradschaft aus dem nördlichen Teil Potsdams, und ihre neonazistischen Vorgängerstrukturen haben sich im Jugendclub „Treffpunkt Fahrland" getroffen. Sie konnten sich dort ungestört aufhalten und ihre Freizeit verbringen. Andere nicht-rechte Jugendliche wurden so schnell vergrault. Zum Problem wurde dies anscheinend erst, als 2006 antifaschistische Strukturen aus Potsdam und danach die lokale Presse auf die Vorkommnisse aufmerksam machten. Eine Diskussion über den Umgang mit Neonazis und sogenannter „Akzeptierender Jugendarbeit" entbrannte. Das Konzept der „Akzeptierenden Jugendarbeit" stammt aus den 1990er Jahren, wurde jedoch sowohl in der Wissenschaft als auch in der Praxis um die 2000er Jahre verworfen. Im Kern des Konzepts standen niedrigschwellige sozialpädagogische Angebote, die die jungen Rechten von Gewalttaten und anderen Straftaten abhalten sollten. Schlechte Soziale Bedingungen, negative Erfahrungen in der Familie etc. dienten als Erklärung für das Verhalten der „fehlgeleiteten" Jugendlichen. Das Konzept scheiterte spätestens, als die zuständigen Stellen erkannten, dass Neonazis und rechtes Gedankengut nicht (nur) durch Sozialarbeit zu bekämpfen sind. Die Arbeit mit ideologisch gefestigten Neonazis führte in der Regel eher zu einer Stärkung ihrer Strukturen. Es wurden Treffpunkte, Freizeitangebote und Möglichkeiten zum Austausch geboten. Sozialarbeiter_innen fühlten sich überfordert oder empfanden zu viel Verständnis für die Jugendlichen.

So war es auch im Potsdamer Stadtteil Fahrland: Über Jahre war der „Treffpunkt Fahrland" im Norden der Stadt Rückzugsraum für Neonazis. Die selben neonazistischen Jugendlichen organisierten sich jahrelang in verschiedenen Strukturen. Beim jährlichen Osterfeuer 2006 stürmten Mitglieder der lokalen Neonaziszene das Festzelt, eine Nebelhandgranate wurde gezündet und dabei Nazi-Parolen skandierte, schreibt die PNN 2006. Auch selbst beschreibt die AJP später ihren Besuch im Vernichtungslager Auschwitz und zeigt dort auf einem Transparent ihre Solidarität mit dem mehrfach verurteilten Holocaustleugner Horst Mahler. Neben diversen Propagandaaktionen gehen auch regelmäßige Gedenkaktionen für den Hitlerstellvertreter Rudolf Heß auf das Konto der AJP. Nicht nur die Inhalte des AJP waren klassische Nazithemen, auch im Jugendclub „Treffpunkt" war ihr Aussehen noch klassisch: Auf Bildern von Freizeitfahrten des Jugendclubs an der Wand seien vornehmlich blonde Mädchen und Jungs mit kurz geschorenen Haaren mit Bomberjacken und Springerstiefeln zu sehen, berichtete die MAZ; ebenso sind Besucher_innen des Jugendclubs oft mit Kleidung mit neoazistischen Aufschriften zu sehen gewesen. Die „Alternative Jugend Potsdam" war eine Gruppierung, deren Ideologie von einem „nationalen Sozialismus" die „unnatürliche Lebensformen wie Demokratie und Kommunismus" und die Bundesrepublik Deutschland als „provisorischen Staat" ablehnt. Sie verstanden sich selbst als „Partei ungebundene Aktionsgruppe, die in den verschiedenen Bereichen des Nationalen Widerstand aktiv ist". Benjamin Oestreich, einer der wichtigsten Aktiven der lokalen neonazistischen Szene, konnte über Jahre ungestört im Jugendclub andere neonazistische Jugendliche um sich scharen. Auch sonst konnte er in Fahrland mit wenig Gegenwehr durch die Bevölkerung rechnen. Regelmäßig waren Stromkästen, Bushaltestellen und Hauswände mit neonazistischen Parolen und Schablonen besprüht. Entfernt wurden diese Schmierereien allerdings nicht durch Bewohner_innen aus Fahrland. Der Leiter des Jugendclubs Thomas Liebe war auf einer Sitzung des „Lokalen Aktionsplan gegen Gewalt und Rechtsextremismus" der Meinung, dass es in Fahrland „mehr Probleme mit Linken als mit Rechten" gäbe.

Plattenbau Neonazis in Preußisch Disneyland

Potsdam

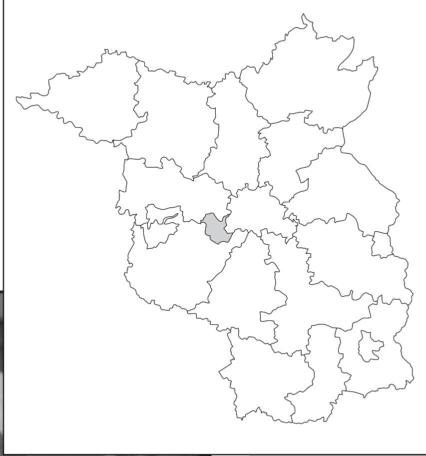




Abb. 24: Am 15. September 2012 verlassen Brandenburger und Berliner Neonazis frustiert den Bahnhofsvorplatz in Potsdam, nachdem tausende Gegendemontrierende ihren NPD-Aufmarsch verhindert hatten. In der Mitte zu sehen: Uwe Meenen (NPD-Berlin).

Die Landeshauptstadt Brandenburgs schmückt sich mit dem Selbstbild der toleranten Stadt und beruft sich dabei häufig auf das Potsdamer Toleranzedikt von 1685 (siehe S. 32). Eine Image-Kampagne versucht diesen Erlass immer wieder zu betonen. Einher geht dies mit einer Glorifizierung des Preußentums auf allen Ebenen. Die „Langen Kerls" (Fritz' Lieblings Männerbund) werden wieder zum Leben erweckt, um stramm zu stehen und der Landtag wartet gespannt auf seine neue Residenz in Potsdams Mitte – dem Stadtschloss. Der positive Rückbezug auf die eigene Geschichte steht hier im Vordergrund und soll der Stadt eine Identität verleihen, die Toleranz hervorhebt und sich dabei auf die traditionellen (preußischen) Wurzeln bezieht.

Während im Stadtzentrum Friedrich des Großen liebster Männerbund für die preußischen Tugenden gefeiert wird und das „Friedrich-Jahr" ein unkritisches Geschichtsverständnis vermittelt, gedenken Potsdamer Neonazis an Friedrichs' Grab. Statt wie die langen Kerls im Krongut Bornstedt, marschieren die „**Freie Kräfte Potsdam**" hauptsächlich nachts durch das Plattenbaugebiet Waldstadt. Im Fackelschein skandieren sie wiederholt fast unbehelligt faschistische Parolen.

Auf ihrer Informationsplattform, dem „**Infoportal Potsdam**", propagieren die „Freie Kräfte Potsdam" (FKP) offen den Nationalsozialismus. Aktionsberichte und Texte beispielsweise über die sogenannten „Blutzeugen von München" jährlich am 9. November oder den drohenden „Volkstod" verdeutlichen ihr geschlossenes, menschenverachtendes Weltbild.

Aktive neonazistische Strukturen in Potsdam der vergangenen Jahren

NPD - Analyse des Untergangs 2010-2011

Neben der parteiungebundenen Struktur der FKP finden sich in der Landeshauptstadt auch parteigebundene Neonazi-Strukturen. Anfang 2010 gründete sich offiziell der NPD-Stadtverband Potsdam. Gründungsmitglieder waren u.a. **Marcel Guse** und **Daniel Hintze**, der Schlagzeuger der Band **Preussenstolz**. Die ersten NPD „Stammtische" folgten unmittelbar und dienten zur Vernetzung der örtlichen Neonazi-strukturen. Ziel war die „Zusammenführung der vielen zerstreuten nationalen Kräfte" in Potsdam. Neonazis aus dem gesa-

mten Bundesgebiet wurden hierzu eingeladen um zu referieren. Dazu gehörten **Ralph Teget-hoff** (ehemals "**Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei**"), **Maik Hampel** (ehemals "**Nationalistische Front**") und der JN bzw. "**Spreelichter**" Kader **Sebastian Richter**. In regelmäßigen Abständen wurde sich in Gaststätten in und um Potsdam getroffen. Zu Stammtischen und Kreis- bzw. Stadtverbandstreffen nutzten sie Anfang 2010 u.a. die Gaststätten „**Die Else**" in Potsdam-Bornstedt, die Dart-Kneipe „**Wiesenbaude**" in der Teltower Vorstadt und Anfang 2011 das Seddiner Hotel „**Jägerhof**".


Abb. 25: Der ehemalige Stattverordnete Marcel Guse als Landwirt in Wittbrietzen. (Quelle: linksunten.indymedia.org)

Im „Jägerhof" trafen sich am 24.02.2012 erneut die „Junge Nationaldemokraten" Potsdam (JN), welche eng mit der Gruppierung der "Freie Kräfte Potsdam" verbunden sind und erhebliche Personenüberschnei-dungen mit ihnen aufweisen.

Dennoch ist hervorzuheben, dass der Potsdamer NPD Verband seit der Gründung keinen nennenswerten Einfluss auf das Potsdamer Stadtbild hat. Zu den wenigen Publikationen gehörte die Zeitung „**Potsdamer Fackel**". Marcel Guse, als Protagonist der Potsdamer NPD, versuchte lokalpolitische Themen aufzugreifen und für die menschenfeindliche Propaganda der NPD aufzuarbeiten. Nach einer Reihe von Brandstiftungen an Fahrzeugen im Stadtteil Fahrland, bei denen ein politischer Hintergrund vollständig ausgeschlossen wurde, versuchte Guse beispielsweise die linke Szene der Stadt dafür verantwortlich zu machen. Guse hetzte weiterhin gegen das verlegte Asylsuchendenheim und ließ sich mehrfach als bürgernahen Flyerverteiler auf der NPD-Homepage inszenieren. In seinen Texten trat er offen nationalsozialistisch auf, was später ein Grund zur Trennung des Landesverbandes von Guse darstellte.

Zuletzt trat die NPD am 15. September 2012 in Erscheinung. Angemeldet war eine Demonstration durch den Vorsitzenden **Michel Müller** des NPD-Kreisverbandes Havel/Nuthe. Nur wenige bekannte Potsdamer Neonazis ließen sich auf der Veranstaltung blicken, was für ein gesunkenes Vertrauen zur Partei innerhalb der Szene spricht. Auch waren Potsdamer Neonazis nicht erkennbar an der Organisation der Demonstration beteiligt. An diesem Tag zeigte sich erneut, dass der Potsdamer NPD Stadtverband seit dem Austritt von Marcel Guse im Herbst 2011 inaktiv und auf Unterstützung von außen angewiesen ist. Unter den 81 angereisten Neonazis war der Großteil aus noch aktiven NPD-Verbänden in Brandenburg und Berlin angereist. Sie konnten den Auftaktort jedoch nicht verlassen, da Versammlungen rund um den Hauptbahnhof die Route blockierten und die Polizei sich gegen eine Räumung dieser entschied.

Exkurs: Marcel Guse

Um den Auf- und Abstieg der NPD in Potsdam zu verstehen, lohnt es sich Marcel Guses Werdegang zu beleuchten. Seine politische Laufbahn begann der Niedersachse bei der Brandenburger DVU. So beteiligte er sich spätestens seit dem Jahr 2008 an verschiedenen DVU-Ständen in Teltow-Fläming. An der Seite des ehemaligen DVU-Stadtverordneten **Günther Schwemmer** sammelte er z.B. Unterschriften gegen ein geplantes Asylsuchendenheim im Potsdamer Stadtteil Schlaatz und organisierte die monatlich stattfindenden Stamm-tische der DVU. Aus dem gleichen Anlass besuchte er mit **Maik Eminger** am 16. Februar 2009 im Bürgerhaus am Schlaatz eine Bürger_innenversammlung zum geplanten Umzug. Dort versuchte er sich in die Diskussion einzubringen.
Außerdem waren die Potsdamer JN-Mitglieder, beziehungsweise Mitglieder der "Freie Kräfte Potsdam" **Carsten S., Thomas P.** und **Mirko K.** anwesend, diese meldeten sich jedoch nicht zu Wort.

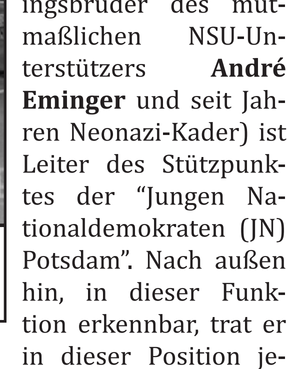
Im Mai 2009 rückte Marcel Guse als Abgeordneter der DVU ins Stadtparlament nach, da sein Vorgänger Günther Schwemmer bei einem Autounfall ums Leben kam.
Im Juli 2009 war er an der Gründung der DVU-Gruppe „**Junge Rechte**" beteiligt. Er radikalisierte sich zunehmend und mauserte sich rasch vom Ordner zum Redner auf DVU-Veranstaltungen. So sprach er beispielsweise 2009 neben **Liane Hesselbarth** auf einer DVU Veranstaltung.
Nach den schlechten Ergebnissen der DVU bei den Landtagswahlen 2009 verkündete er seinen Austritt und wechselte zur NPD. In seiner Erklärung heißt es: „Das ist geschehen, weil die NPD für Rechtsextreme die besseren Möglichkeiten bietet, Politik zu machen." Außerdem sagte er gegenüber der taz: "Die NPD ist die Zukunft, die DVU nur noch ein zweite CSU." (Fehler im Original)
Ende des selben Jahres zeigte er sich erstmals zusammen mit Potsdamer Neonazis auf einer Demonstration. Er knüpfte intensivere Kontakte zu bestehenden Gruppierungen und band diese dann 2010 und 2011 vermehrt in eigene Aktionen ein.
Nicht nur in Potsdam wurde er zunehmend aktiver. Am 1. Mai 2010 trat er in Berlin auf der Demonstration als Ordner auf und beteiligte sich aktiv an Auseinandersetzungen mit Journalist_innen und der Polizei. Erneut gewaltbereit zeigte er sich auf einer Demon-

stration in Neuruppin im März 2010. Doch auf den „Straßenkampf“ beschränkte er sich nicht. Er war seit je her aktiv im Internet auf verschiedensten Neonazi-Plattformen (Altermedia, DeutschlandEcho etc.) und veröffentlichte Kommentare, sowie längere hochgradig neonazistischen Texte. Diese wurden irgendwann selbst der NPD-Havel/Nuthe zu offen neonazistisch, so dass diese Zitate z.T. wieder von ihrer Webseite entfernte. 2010 fordert er z.B. die Revidierung der Oder-Neiße-Grenze mit recht drastischen Worten. Ihm sei es egal, ob „ein polnischer Präsident (…) samt Gefolge ins Gras beißt“, da ihn nur die Frage interessiere, „wann kehrt die Heimat meiner Vorfahren wieder heim ins Reich“.

Guse war wichtigstes Bindeglied zwischen den „Freien Kräften Potsdam“ und NPD-Parteistrukturen. Durch seine Funktion als Stadtverordneter konnte er 2010 die Route der „wake up“-Antifademo erfragen. Daraufhin wurde vor Beginn der Demo entlang der Route wiederholt der Spruch „Summer of hate reloaded“ gesprüht, welcher Bezug auf mehrere z.T. lebensgefährliche Übergriffe auf vermeintlich Linke im Jahr 2005 nimmt. Insgesamt wurden entlang der Demonstrationsstrecke hunderte neonazistische Sticker verklebt und dutzende Schmierereien angebracht.



Abb. 26: Marcel Guse (2.vl), Mirko K., Benjamin Oestreich und Maik Eminger (Megafon) am 8. Mai 2010 in Brandenburg(Havel). (Quelle: Antifa Westhavelland)



Letztendlich mündete seine Radikalisierung mit dem Austritt aus dem NPD-Ortsverband, um einem Rausschmiss zuvorzukommen.
Grund dafür waren seine Aussagen und Standpunkte, die offen rassistisch, antisemitisch und den Nationalsozialismus verherrlichend waren, wodurch er nicht nur Freund_innen innerhalb der Brandenburger NPD hatte, da diese sich Sorgen um Ak-zeptanz machen musste. Vor allem Konflikte mit dem Landesvorstand waren ausschlaggebend, wie interne NPD-Mails zeigten, die veröffentlicht wurden. Offiziell führte er das Amt des Stadtverordneten parteilos fort, jedoch erschien er immer seltener zu den jeweiligen Sitzungen.
Nach seinem Austritt aus der NPD beteiligte er sich als Redner an der „werde unsterblich-Kampagne“ der „Freie Kräfte Potsdam“ am 15. Juli 2011 in Babelsberg und 17. Juni 2011 Waldstadt. Dort verteilten diese Papierschnipsel um vor einem angeblich nahenden „Volkstod“ zu warnen.
Ende 2011 zog er sich letztendlich auf einen Bauernhof in Wittbrietzen (Brandenburg) zurück. Kurz darauf tauchten Daten seines Handys im Internet auf, welche aufzeigten, dass er bundesweit persönliche Kontakte zu Neonazikadern wie **Udo Voigt, Christian Worch, Jörg Hähnel, Thomas Salomon** und zahlreichen Brandenburger und Potsdamer Neonazis pflegte. Die selbe Quelle bestätigte, dass er in der Kampfsportsschule Chiron in Babelsberg trainierte.
Seit seinem Wegzug, zeigt er sich kaum in der Öffentlichkeit. Zuletzt am 15. Januar 2012 auf der Magdeburger Neonazidemo zusammen mit anderen Potsdamer Neonazis wie z.B. **Thomas P.** („Freie Kräfte Potsdam“ und „Infoportal Potsdam“) und **Gabor G.** Letzterer ist verantwortlich für Aufnahmen von Teilnehmenden eines „Antifaschistisches Spaziergangs“ des Potsdamer Bündnisses „Potsdam bekennt Farbe“ im Dezember 2011. Die Fotos wurden kurz darauf auf der Website der „Freien Kräfte Potsdam“ veröffentlicht.
Trotz des Rückzuges steht Guse anscheinend weiterhin in Kontakt mit Potsdamer Neonazis und es ist nicht auszuschließen, dass er weiterhin Einfluss auf eben diese Strukturen hat. Vermutlich fehlen finanzielle Mittel, die früher durch die Parteimitgliedschaft be-schafft werden konnten und der Rückhalt in der NPD. Noch 2009 schwenkte er stolz die Deutschlandfahne und bereits 2011 musste er wegen zu offen rassistischen Positionen die NPD verlassen. Dieser Prozess wird nicht das Ende seines Werdeganges gewesen sein.

JN Potsdam - Infoportal Potsdam - Freie Kräfte Potsdam

Maik Eminger (Zwillingsbruder des mutmaßlichen NSU-Unterstützers **André Eminger** und seit Jahren Neonazi-Kader) ist Leiter des Stützpunktes der “Jungen Nationaldemokraten (JN) Potsdam”. Nach außen hin, in dieser Funktion erkennbar, trat er in dieser Position jedoch nie öffentlich in Erscheinung. Maik Eminger war bereits im (mittlerweile verbotenen) „Schutzbund Deutschland“ aktiv und stand 2007 wegen rassistischer Beleidigung gegen den Fußballspieler Gerald Asamoah vor Gericht.
Zur Gerichtsverhandlung meldeten Potsdamer Neonazis eine Kundgebung vor dem Landgericht Neuruppin an und traten so erstmals öffentlich mit Maik Eminger in Verbindung. Die Potsdamer Neonazis **Sebastian G., Mirko K., Tom S., Tino W. und Jens Z.**, sowie die Leipziger **Istvan Repaczki** und **Thommy Naumann** zeigten auf einem Transparent ihre Solidarität mit Eminger. Thommy Naumann, verantwortlich für die Webseite „Freies Netz Leipzig“, veröffentlichte später u.a. einen Bericht über die Gründung des JN-Stützpunktes.
Im Jahr 2008 stand der oben genannte Sebastian G. zusammen mit Maik Eminger vor Gericht, da ihnen vorgeworfen wurde, gemeinsam in Potsdam-West Rudolf-Heß Plakate verklebt zu haben.
Im November 2011 wurde Maik Emingers Grundstück

in Grabow (Brandenburg) durch die Polizei durchsucht. André Eminger hielt sich auf dem Grundstück seines Zwillingsbruders versteckt und wurde wegen Kontakten zum NSU und Unterstützung einer terroristischen Vereinigung festgenommen. Bereits in den Jahren zuvor waren sie gemeinsam politisch in Sachsen und Brandenburg aktiv und unterstützten sich stets gegenseitig.

Seit 2008 ist der Blog „Infoportal Potsdam“ online und veröffentlicht seitdem „Aktionsberichte“ und neonazistische Texte. Dort wurde auch über die Gründung der JN Potsdam berichtet. Bis Ende 2009 war die Email-Adresse der JN Potsdam als Kontaktadresse vermerkt. **Thomas P.** gilt als Hauptakteur und Autor vieler Texte. Das „Infoportal Potsdam“ ist mittlerweile das Sprachrohr der „Freie Kräfte Potsdam“ (FKP).
In oft antisemitischen Texten und Aktionen wird durch die sogenannte „Volkstodkampagne“ immer wieder auf den angeblich kommenden „Volkstod“ eingegangen. Zentrale Aussage und Parole ist hier „Die Demokraten bringen uns den Volkstod“. Seit Anfang 2009 wurden Inhalte und Auftreten der Spreelichter kopiert und eine Zusammenarbeit fokussiert. So gehören zunehmend weiße Masken und Fackeln zum Repertoire der Potsdamer Neonazis. In sogenannten „Aktionsberichten“ wird über die Durchführung und z.T. Nachbereitung von Aktionen geschrieben. Dazu gehört das Werfen von Papierschnipseln mit Parolen, das Sprühen von NS verherrlichenden Graffiti, das Anbringen von Transparenten in Einkaufszentren oder das Verteilen von Propaganda in Form von Flyern oder Visitenkarten.
Ende 2010 wurde u.a. über ein „Heldengedenken“ in einem Waldstück geschrieben. Davon und auch von anderen Aktionen werden dann gelegentlich Audio- oder Videomitschnitte online gestellt, in denen sich das jeweilige pathetische Spektakel angeschaut, beziehungsweise angehört werden kann. Dabei sind dann je nach Anlass zwischen 20 und 80 Neonazis anwesend.
Am 9. November 2011 marschierten ca. 50 Neonazis mit Fackeln nachts durch Potsdam-Waldstadt und skandierten rassistische Parolen. Im Nachhinein brüsteten sie sich auf der Webseite damit, dass sie den Polizeifunk abgehört hätten und so Festnahmen entgehen konnten. Diese Aktion war ein qualitativer Sprung im Auftreten Potsdamer Neonazis im Vergleich zu den weniger aktionistischen Propagandaaktionen in den Jahren zuvor.
Als Reaktion rief das städtische Bündnis „Potsdam bekennt Farbe“ zu einem Stadtteilspaziergang auf. Teilnehmer_innen wurden aus Privatwohnungen fotografiert und diese Fotos später auf der Webseite „Infoportal Potsdam“ veröffentlicht. Zweck ist offenbar die Abschreckung und Einschüchterung antifaschistisch gesinnter Menschen.
Dieses Vorgehen ist nicht neu in Potsdam und Umgebung. Im Jahr 2009 wurden auf der Internetseite “Redwatch” Namen und Fotos von mindestens 57 Personen veröffentlicht um diese als “local” Antifaschist_innen zu “outen”. Im Jahr 2004 versuchte eine Vorgängerstruktur der “FKP”, die “**Anti-Antifa Potsdam**” (AAP), vermeintliche Potsdamer Antifaschist_innen und linke Lokalitäten zu “outen”. Maßgeblich daran beteiligt waren die Potsdamer Neonazis **Melanie Witassek, Oliver Kalies** und der Berliner Neonazi **Danny Leszinski.**
Direkt verantwortlich für die Aufnahmen der Teilnehmer_innen des Waldstadtspaziergangs ist der Potsdamer Neonazi Gabor G., der einen Teil der Fotos direkt von seiner Wohnung aus angefertigt hat. Er wohnte zuvor in Potsdam-West und bezog dann zusammen mit **Patrick D.** dem Sänger der RechtsRock Band “Preussenstolz” eine Wohngemeinschaft in Potsdam Waldstadt. Für Aufsehen sorgte 2008 ein Bild auf dem Gabor G., sowie drei weitere Personen vermummt und mit Waffen posierend zu sehen sind. Gabor G. selbst macht auf diesem Bild den “Hitlergruß”.

Abb. 27: “Preussenstolz - R.A.C. aus Potsdam”. (Quelle. youtube.com)

Ein weiterer Fackelmarsch ereignete sich am 3. Februar 2012. Anwohner_innen meldeten der Polizei ca. 20 Personen mit weißen Masken und Fackeln. Laut Polizei wurde bei Teilnehmer_innen ein sogenannter verbotener „Totschläger“ sicher gestellt. Das Spektakel wiederholte sich erneut am 20. September 2012.

Neben Antisemitismus darf für die Neonazis der „Freien Kräfte Potsdam“ ein bisschen Potsdamer Lokalpatriotismus nicht fehlen. So würdigte das „Infoportal“ 2011 Friedrich den Großen zu dessen Geburtstag mit einem Beitrag inkl. Bildern. Diese zeigten Kartoffeln auf dem Grabstein Friedrich des Großen in Form des „Infoportal“-Logos. Hier werden die Anknüpfungspunkte zur städtischen Inszenierung deutlich, grenzen sich aber durch eine klare antidemokratische Haltung wiederum davon ab.

Alljährliche Ereignisse, über die selbst bzw. die damit verbundenen „Aktionen“ berichtet werden, sind die Bombardierung Dresdens, der sogenannte „Tag von Potsdam“ (Jahrestag der Bombardierung Potsdams im April), der 9. November, der sogenannte Volkstrauertag und der Todestag von Rudolf Heß. 2012 wurden z.B. Straßennamenschilder mit der Aufschrift „Rudolf-Hess-Straße“ überbeklebt.

In den Jahren 2010 und 2011 hatten die „FKP“ ihre

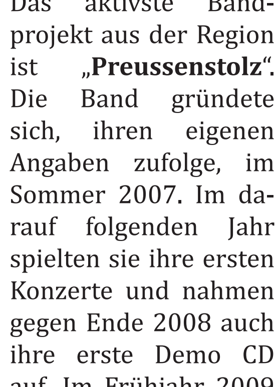
Hochzeit in Bezug auf die Anzahl der Propagandaaktionen. In dieser Zeit nahmen sie immer wieder mit dem Slogan „summer of hate reloaded“ auf den Sommer 2005 Bezug. Vor zwei Jahren existierte zudem noch die Webseite der neonazistischen „**Alternativen Jugend Potsdam**“, welche zum festen Bestandteil der Potsdamer Neonaziszene gehörte. Seit Ende 2011 ist diese Seite unangekündigt eingestellt worden. Auf dieser Webseite wurde ebenso über „Aktionen“ und z.T. gemeinsame Ausflüge mit den „Freie Kräfte Potsdam“ berichtet. Seit dem Verschwinden der Seite, ist der Name der Gruppe nicht mehr in Erscheinung getreten. Die Mitglieder der „Alternativen Jugend Potsdam“ sind weiterhin in Potsdam aktiv.

Die „Sektion Potsdam“

Ein weiteres neonazistisches Label aus Potsdam ist das der „**Sektion Potsdam**“, welches hauptsächlich als loses Aktionslabel zu verstehen ist.
Bereits im Jahr 2009 tauchte das Label “Sektion Potsdam” auf. Damals verklebten Potsdamer Neonazis ihre Vernichtungsphantasien gegenüber Antifaschist_innen mittels selbstgedruckter Aufkleber in der Potsdamer Innenstadt und dem Stadtteil Waldstadt an Laternen, Schilder und Haltestellen. Die Aufkleber zeigten eine Maschinenpistole und die Aufschrift “antifa hunter”, unterschrieben mit dem Label “sektion potsdam”.
Am 25. März 2012 fand eine antifaschistische Demonstration in Potsdam-Grube, dem Wohnort des Ladenvermieters des Geschäftes “**Tønsberg**” in Weißensee, statt. Aus diesem Grund ließen es sich einige Neonazis nicht nehmen, am besagten Tag ebenfalls nach Grube zu fahren, um dort eine Gegenkundgebung durchzuführen. Die Versammlung der Neonazis, die als Eilversammlung und unter dem Motto “Gegen linke Gewalt” angemeldet wurde, setzte sich zusammen aus ca. 30 Neonazis, die zum großen Teil der Potsdamer Neonaziszene zuzuordnen sind. Wie einem von ihnen mitgeführten Transparent zu entnehmen war, traten sie gemeinsam unter dem Label “Sektion Potsdam” auf. Die Parole auf dem Transparent lautete “aufmucken gegen links” und rief zum “aufdecken & zerstören” von “antifaschistische[n] Strukturen” auf.
Mit dabei waren die beiden Brüder **Marco und Dennis H.**, Gabor G., der zuletzt als “Anti-Antifa”-Fotograf beim “Waldstadtspaziergang” im Dezember 2011 auftrat, sowie auch **Lars W., Max S., Tim B., Patrick Danz** und **Benjamin Oestreich**.
Letzterer gilt seit Jahren als wichtiger Akteur in der Potsdamer Neonaziszene und Kader der mittlerweile inaktiven Neonazigruppierung “Alternative Jugend Potsdam”. Er unterhält gute Kontakte nach Berlin, was sich durch regelmäßige Teilnahme an Berliner Neonaziaufmärschen äußert, wie auch am 15. Juli 2011 in Berlin-Neukölln - dort tauchte das Transparent der “Sektion Potsdam” erstmalig auf. Diese Aktion stellte im Potsdamer Kontext eine absolute Ausnahme dar, da die Neonazis selten unter einem Label so offen in Erscheinung treten. Hier zeigt sich ein Selbstbewusstsein, welches aus antifaschistischer Perspektive besorgniserregend ist.



Abb. 28: “Sektion Potsdam” in Grube am 25. März 2012 am Rande einer Antifaschistisches Kundgebung. (Quelle: linksunten.indymedia.org)



Neonaziaktivitäten in Subkulturen

Neonazistische Musik aus Potsdam
In den vergangenen Jahren hat sich relativ unbemerkt eine Vielzahl kleinerer und größerer Bandprojekte in und um Potsdam gegründet. Die einen sind mehr, die anderen weniger aktiv. Die einen mehr die anderen weniger. Das heißt, dass die einen ‚lediglich‘ Musik machen und CDs aufnehmen und verkaufen. Wohingegen die anderen eifrig dabei sind auf Nazikonzerte zu fahren, um dort aufzutreten. Vor Ort verkaufen sie ihr Merchandise sowie ihre CDs und knüpfen letztendlich auch Kontakte.

„Preussenstolz – R.A.C. aus Potsdam“
Das aktivste Bandprojekt aus der Region ist „**Preussenstolz**“. Die Band gründete sich, ihren eigenen Angaben zufolge, im Sommer 2007. Im darauf folgenden Jahr spielten sie ihre ersten Konzerte und nahmen gegen Ende 2008 auch ihre erste Demo CD auf. Im Frühjahr 2009 veröffentlichten sie ihre Demo-CD beim Neonazilabel „**Odinseye**“, das im sachsen-anhaltinischen Bernburg ansässig ist. Sie erschienen auch auf dem Sampler „Die Söhne Potsdams III“, der Ende 2009 beim Chemnitzer Nazilabel „**PC-Records**“ veröffentlicht wurde. Im Jahr 2009 spielten sie auf zahlreichen Konzerten, welche zum größten Teil in Sachsen stattfanden. Der Verfassungsschutz zählte für das Jahr 2009 rund 15 Auftritte der Band.
„Preussenstolz“ knüpft, sowohl durch ihre Selbstinszenierung als auch durch ihre Inhalte, an die Tradition und die Ästhetik des „Rock Against Communism“ (RAC) an. Rassistische und den Nationalsozialismus verherrlichende Texte kennzeichnen die Band ebenso wie ihre kämpferisch-martialische Selbstinszenierung über das Internet, ihre Merchandise Artikel und die Booklets ihrer CDs. Hierbei fällt auch auf, dass es einige Ähnlichkeiten mit der schon etwas älteren Potsdamer Neonaziband „**Proissenheads**“ gibt.
Neben der offensichtlichen Namensähnlichkeit der beiden Bands existieren auch Bilder auf denen „Preussenstolz“, ähnlich wie zuvor „Proissenheads“,

vermummt als Gruppe posierend, in einem Wald stehen. Weiterhin können neben Ähnlichkeiten im Musikstil noch viele inhaltliche Parallelen zwischen den Texten der beiden Bands ausgemacht werden. Hier spielen die gängigen inhaltlichen Motive des RechtsRock wie Rassismus, Antisemitismus, Verherrlichung des NS, Gewaltphantasien sowie Überlegenheitsdenken und Feindbildprojektionen eine Rolle. Aber auch ihre Selbstdarstellung funktioniert über die gleiche Selbstinszenierung. Der kämpferische Skinhead, wie er zum Beispiel im Songtitel „Potsdamer Skinheads aus dem Preußenland – Mitteldeutscher Widerstand!“ besungen wird, ist auf der einen Seite gängiges Motiv des „RAC“ und auf der anderen Seite ein Thema, auf das sich viele Potsdamer Neonazibands beziehen bzw. bezogen haben. Der eben benannte Titel stammt ursprünglich von den „**Unbending Bootboys**“, einer schon etwas älteren Neonaziband der späten 90er Jahre aus Potsdam und wurde im Jahr 2006 von der Potsdamer Band „**Redrum**“ und 2008 erneut von „Preussenstolz“ gecovert.

Am 02. Oktober 2010 spielten „Preussenstolz“ beim „Preußentag“ in Finowfurt, wobei sie mit dem Cover des Titels „Stiefel auf Asphalt“ ein Mal mehr zeigten, wie wichtig ihnen das Motiv des kämpferischen Skinheads ist. So sang **Patrick Danz**, der aktuelle Sänger der Band: „Der Klang von Stiefeln auf Asphalt geht unter die Haut, denn Skinheads marschieren wo sich keiner mehr traut.“ Das Publikum der NPD Veranstaltung dankte ihnen daraufhin mit Rufen nach einer Zugabe.

Abb. 29: “Antifa Hunter”-Aufkleber - “Sektion Potsdam” in der Potsdamer Innenstadt im Frühjahr 2009 (Quelle: linksunten.indymedia.org).

Zu dieser „Karriere“ wäre es ohne **Uwe Menzel** wahrscheinlich niemals gekommen. Die Band „Proissenheads“, welche sich Mitte der 1990er Jahre in Potsdam etablierte und deren Protagonist Uwe Menzel bis heute aktiv ist, zählte zu einer der bekanntesten RechtsRock Bands in der Bundesrepublik der späten 1990er Jahre. Aber auch international sind „Proissenheads“ durch ihre Kontakte zum „**Blood & Honour**“-Netzwerk bekannt geworden. Die Band als Projekt „Proissenheads“ existiert zwar seit 2001 nicht mehr, jedoch spielen einzelne Bandmitglieder derzeitig immer noch in verschiedenen Neonazibands. Uwe Menzel zum Beispiel singt weiterhin für die beiden Bands „**Burn Down**“ und „**Bloodshed**“.

Auch solo ist Uwe Menzel unterwegs. Unter seinem Szenespitznamen „**Uwocaust**“, der von ihm in Anlehnung an die Shoa gewählt wurde, spielte er zuletzt auf einem Hammerskin-Konzert im Juli 2010 im Elsass und im November 2010 im „Ting-Haus“ in Grevesmühlen (Mecklenburg Vorpommern).

Die Tatsache, dass die Band „Preussenstolz“ aus Potsdam kommt, spielt deshalb eine wichtige Rolle, da sie dadurch auf eine schon bestehende neonazistische Struktur zurückgreifen kann. Gute Kontakte zu anderen Potsdamer Neonazibands und Szenegrößen erleichterten ihnen den Einstieg in die neonazistische Musikszene und das Aufsteigen in der selbigen. Dies hat mittlerweile selbst der Verfassungsschutz bemerkt und schreibt dazu in seinem Bericht für das Jahr 2009: „Nachwuchsbands werden von den etablierten Szene-Musikern gefördert. Zu diesen „Förderern“ gehören: „Bloodshed”, „Burn Down”, […] sowie deren Hauptakteure Uwe Menzel („Uwocaust“) aus Potsdam und **Rico Hafemann** aus Senftenberg (OSL). Bands wie […] „**Cynic**”, „Preussenstolz” […] profitierten 2009 davon.“ Für diese Unterstützung wird sich selbstverständlich auch bedankt. Im Booklet der Demo CD von „Preussenstolz“ schreibt **Daniel Hintze**, der Schlagzeuger der Band, der hier unter dem Pseudonym „N. the Frog“ auftritt: „Uwocaust (Danke für die viele Unterstützung)“. Auch weitere seiner Bandkollegen schlossen sich diesem Dank an. Diese Unterstützung hätten sich die Preussenköpfe zu ihrer Zeit wohl auch gewünscht. Nur wäre diese aus dem neonazistischen Lager gar nicht zwingend notwendig gewesen. Die Bärenarbeit hierbei leistete ja bereits die Stadt Potsdam, indem sie der Band die entsprechende Infrastruktur zum musizieren anbot. Somit wurde Potsdam besonders in den 1990er Jahren für Neonazibands sehr attraktiv. Es wurden Proberäume im „**Club 18**“ am Stern bereitgestellt und die Tatsache, dass es sich hierbei um eine nicht unproblematische Gruppe handelte die hier neonazistische Propaganda verbreitete, wurde gänzlich ausgeblendet. Dies machte es auch erst möglich, dass sich eine Band wie die „Proissenheads“ über mehrere Jahre hinweg etablieren konnte.

Erst eine Aufklärungskampagne Potsdamer Antifaschist_innen im Jahr 1998 führte zu öffentlichem Druck und zum Rauswurf der Band aus dem Jugendclub. Dennoch kam den „Proissenheads“ auch noch in den kommenden Jahren eine wichtige Bedeutung in der Potsdamer Neonaziszene zu.

Der Status quo der Potsdamer Neonaziszene kann als ein enges Geflecht aus NPD, JN, „Freien Kameradschaften“ und eben der subkulturellen Musikszene beschrieben werden.

Deutliche Grenzen zwischen den verschiedenen Flügeln der Szene, wie sie vergleichsweise noch in den späten 1990er Jahren vorzufinden waren, können heute nicht mehr ausgemacht werden. Wie diese verschiedenen Gruppen zusammen wirken, lässt sich gut an einem Beispiel zeigen.

Am 07. Juni 2008 fand in Genthin eine Neonazidemonstration der „**JN Sachsen-Anhalt**“ statt. Hierbei forderten die ca. 250 anwesenden Neonazis ein

„nationales Jugendzentrum". Der Anlass hierfür war die Kündigung des Mietvertrages für den als „**Baracke Genthin**" bekannt gewordenen Neonazitreffpunkt durch den Vermieter des Gebäudes. Seit dem Frühjahr 2008 betrieb die örtliche Neonaziszene den „nationalen Jugendclub" und versuchte dort Neonazikonzerte zu veranstalten. Nachdem dadurch dieser Veranstaltungsort wegfiel, organisierte die regionale Neonaziszene in Zusammenarbeit mit den „JN Sachsen-Anhalt" am 07. Juni 2008 die Demonstration durch Genthin. An dieser beteiligten sich auch zahlreiche Neonazis aus Potsdam. Jene Neonazis stammten zum Großteil aus dem Umfeld der Band „Preussenstolz" beziehungsweise der „Freien Kameradschaften".
In der Folgezeit wichen die Neonazis auf die in der Nähe gelegene Tanzbar „**Neue Welt**" aus. Hier spielten auch „Preussenstolz" am 31. Oktober 2008 ein Konzert welches von ca. 100 Neonazis besucht wurde. Mit dabei waren auch die Neonaziband „Cynic" aus Potsdam sowie zwei weitere Bands. Ein weiteres Konzert, welches mit ca. 250 Besucher_innen am gleichen Ort stattfand, gab es dann am 24. Januar 2009. Auch hier waren wieder „Preussenstolz" zugegen.

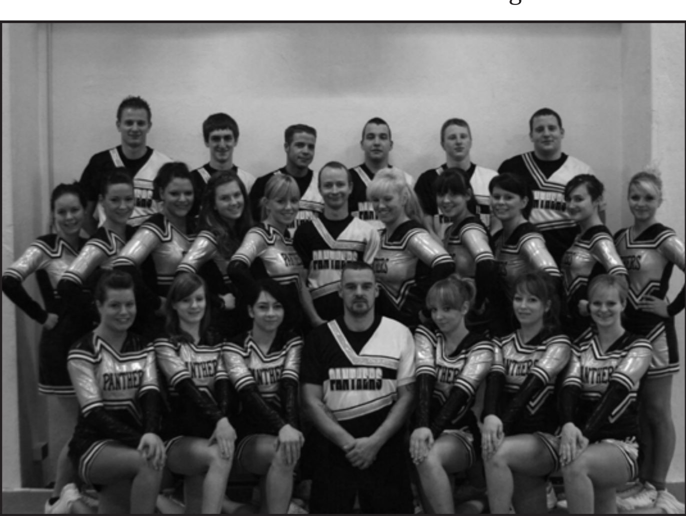


Abb. 30: Mario Schober (hockend), Mitglied des Cheerleaderclubs “PCV Potsdam Panthers e.V.”. (Quelle: ARP/U)

Dieses Beispiel zeigt, dass RechtsRock zu einer überregionalen Vernetzung und Mobilisierung von Neonazis führen kann. Denn hier können die Neonazigruppierungen – egal ob NPD/JN, DVU oder „Freie Kameradschaften" – auf ein bereits bestehendes und überregional gut organisiertes Netzwerk zwischen Bands und Konzertveranstalter_innen zurückgreifen.

Neonazis im Fußball

Potsdam ist durch die linken Fangruppen des “SV Babelsberg 03” bekannt für eine Szene, in der Neonazis keinen Platz finden. Neonazis müssen sich daher andere Nischen suchen, in denen sie im Fußballkontext auftreten können. So existiert mit „**Crimark**" eine menschenverachtende Fangruppierung des 1. FC Union mit selbsternannten Hooliganstatus, die in Potsdam aktiv ist und dabei keine Berührungsängste mit neonazistischem Gedankengut hat. Dies wird vor allem durch Propaganda und Einschüchterungsmanöver gegenüber “Andersdenkenden” in der Fußballkultur deutlich. Bei ihrem Auftreten geben sie sich offen gewaltbereit, antisemitisch und sexistisch.

Führender Kopf ist **Paul Udo Kulze**. Er war Mitglied der Jugendultragruppe „**Teen Spirit Köpenick**", welche in einem Interview im Fanzine des 1. FC Union anmerkten, dass sie „Schwanzlosesgesindel" [sic] ungern in der Fankurve sehen und als störend empfinden. Diese Einstellung gegenüber Frauen beim Fußball ist auch bei einem Großteil von “Crimark” vertreten. Ebenso sind homophobe Beleidigungen gegenüber vermeintlichen SV Babelsberg-Fans wie “Ihr scheiß Schwuchteln” keine seltenen Äußerungen der “Crimark”-Mitglieder.
Paul Udo Kulze ist auch seit Jahren für Schmierereien und Aufkleber mit Sprüchen wie “Juden SVB” und “NS Jetzt” verantwortlich. “FC Union” Tags, gestaltet er oft mit Keltenkreuzen. Diese tauchten anfänglich hauptsächlich in Potsdam-West, Wohnort Paul Udo Kulzes, später auch in anderen Stadtteilen wie Babelsberg auf. Im Jahr 2009 stand er vor Gericht, da er einen Hitlergruß zeigte und danach eine Person angriff.
Die Gesinnung Kulzes wird von weiteren Mitgliedern geteilt. Gemein haben alle die Neigung zu Gewalt und die Suche nach der offenen Konfrontation. Der Universitäts Judo- & Kampfsportclub Potsdam e.V. (UJKC) und die Sportschule Potsdam stellen sich trotzdem weiterhin schützend vor Mitglieder bzw. Schüler, welche der Fangruppe angehören.

Antifaschistische Strukturen deckten Anfang 2012 auf, dass mindestens zwei aktive Neonazis in örtlichen Sportvereinen aktiv sind. Auch nach wiederholten Hinweisen und Druck aus Politik und Sportverbänden, können die beiden Neonazis ungehindert weiter ihrer Freizeitbeschäftigung nachgehen.

Im Fall **Mario Schober** ignorieren die Vereine “Fortuna Babelsberg” und der “PCV Potsdam Panthers” die Vorwürfe komplett. Letztere erwägten sogar, Anzeige wegen Verleumdung zu stellen. Schober kann daher in Ruhe weiter als Torwart für Fortuna und als Cheerleader bei den Panthers aktiv sein.

Der Fall **Thomas Pecht** gestaltete sich interessanter. Eintracht 90 Babelsberg veröffentlichte nach demBekanntwerden der Vorwürfe ein Mannschaftsfoto, auf dem die Spieler mit einem Transparent „gegen Fremdenfeindlichkeit, Gewalt und Rechtsextremismus" werben. Der Verein versucht somit den Ausschluss Pechts zu suggerieren. Auch auf direkte Fragen zu seinem Verbleib äußern sie sich ausweichend. Ein paar Monate später, als das Thema durch andere Ereignisse der Lokalpolitik verdrängt war, erschien Pecht wieder offiziell auf Torschützenlisten und auf der Webseite des Vereins als Stürmer.

Die Stadt Potsdam und ihr Umgang mit Neonazis

Potsdam und ein großer Teil der Einwohner_innen sind sehr bedacht auf eine klare Abgrenzung zu rechten und neonazistischen Äußerungen und Tendenzen.

Regionales

Im Mittelpunkt steht dabei das sogenannte „Potsdamer Toleranzedikt". Angelehnt an das Toleranzedikt des preußischen Potsdams aus dem Jahr 1685 soll auch in der heutigen Zeit vermittelt werden, dass „Fremde" in Potsdam willkommen sind. Ein wirtschaftlicher Hintergrund ist bei beiden Versionen des Edikts gegeben. Nach dem Dreißigjährigen Krieg, der Brandenburg weitgehend entvölkerte, waren hugenottische Einwander_innen aus Frankreich gerne gesehen um die Wirtschaft anzukurbeln. Heute setzt Potsdam auf sein Image als familienfreundliche Stadt, Touristenmagnet und schöner Wohnort für vielverdienende junge Familien, die Geld in die Kassen spülen. Marodierende Horden von Neonazis schaden diesem Image, und dem Geldfluss, natürlich.
Einher mit der Neuauflage des „Toleranzediktes" geht eine Glorifizierung des Preußentums auf allen Ebenen der Politik und Gesellschaft. Die „Langen Kerls", Eliteeinheit des Militärs im alten Preußen, marschieren regelmäßig in Potsdam auf und der Landtag wartet gespannt auf seine neue Residenz in Potsdams Mitte – dem Stadtschloss.
Während im Stadtzentrum Friedrich des Großen liebster Männerbund für die preußischen Tugenden von Stadt, Bevölkerung und Touristen gefeiert wird und das „Friedrich-Jahr" ein unkritisches Geschichts-bild festigt, gedenken Potsdamer Neonazis an Friedrichs Grab oder marschieren, hauptsächlich nachts, durch das Plattenbaugebiet Waldstadt.



Abb. 31: Protest gegem "Öffentliche Rekrutierung" der "Lange Kerls" am 19.06.2010 in Potsdam. (Quelle: inforiot.de)

Im Jahr 2004 versuchte **Christian Worch**, bundesweit aktiver Neonazikader, eine Demonstration in der Stadt durchzuführen. Die Route sollte vom Hauptbahnhof durch die Innenstadt gehen. Die Stadt veranstaltete fernab der geplanten Strecke Kundgebungen. Ein direkter Protest gegen die Neonazis wurde abgelehnt. Dass diese dann nicht durch die Innenstadt laufen konnten, ist Antifaschist_innen zu verdanken, die die Route blockierten und erfolgreich gegen die Polizei aktiv verteidigten. Auf Grund der massiven Gegenwehr wurde die Neonazidemonstration daraufhin durch Babelsberg geleitet. Die Stadt feierte sich im Nachhinein, friedlich und geschlossen protestiert zu haben. Ein Hupkonzert vor dem Potsdamer Stadtparlament hat die Demonstration von Christian Worch jedoch sicherlich nicht verhindert.

Im darauf folgenden Jahr versuchte dieser es erneut und meldete eine Demonstration vor dem Bahnhof Charlottenhof an. Symbolisch aufgeladen stellte sich der Oberbürgermeister Jan Jakobs (SPD) mit einigen Stadtpolitiker_innen in die erste Reihe der Blockaden. Zu einem Räumungsversuch durch die Polizei kam es gar nicht.

Bei allen nachfolgenden angekündigten Aktionen, wie Kundgebungen oder Demonstrationen, versuchte die Stadt, vertreten durch das bürgerliche Bündnis „Potsdam bekennt Farbe" zu intervenieren und Protest gegen Neonazis zu organisieren. Bei den Kundgebungen der DVU 2008 und 2009 auf dem Luisenplatz veran-staltete die Stadt auf der gegenüberliegenden Seite des Platzes jeweils Gegenkundgebungen unter dem Namen „Toleranzfest". Es wurde Bratwurst gegessen, Fußball gespielt und der Musik von der Bühne gelauscht. Vorzeitig beendet wurden die DVU-Veranstaltungen aber durch antifaschistische Aktionen der linken Szene der Stadt, indem die Stromversorgung bzw. Tontechik sowie Propagandamaterial zerstört wurde.
Auch nach der NPD-Demonstration im September 2012 feierte sich die Stadt, den Aufmarsch verhindert zu haben. Dass dabei lediglich die Hauptblockade einen größeren Anteil von Bürger_innen aufwies und alle anderen Blockaden von eher linksradikalen Antifaschistisch_innen gebildet wurden, wird wissentlich verschwiegen.
Sonst wird antifaschistische Intervention eher kritisch beäugt. Linksalternative Jugendliche, die ihr Rederecht vor dem Stadtparlament einfordern, werden vom Oberbürgermeister als „rotlackierte Faschisten" bezeichnet. Dass Potsdam überhaupt ein Naziproblem hat, wurde jahrelang durch Politik, Presse und Gesellschaft verdrängt oder gar geleugnet. Vereine verstecken sich hinter sogenannten „Ehrenkodexen" um mit Neonazis und neonazistischem Gedankengut nicht offen umgehen zu müssen. Am Status quo zu rütteln scheint also für die Stadt Potsdam keine Handlungsoption zu sein, dabei sind die Strukturen gefestigt, selbstbewusst und bundesweit vernetzt.

Eine Talfahrt durch den Nordosten

BAR-UM-MOL

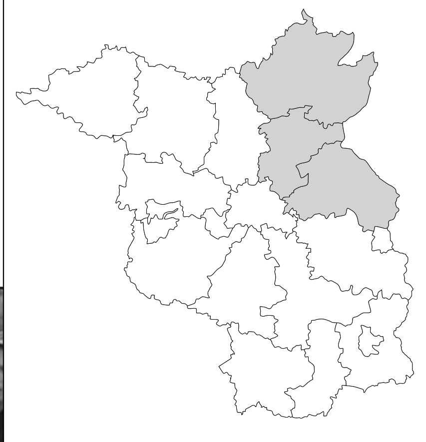




Abb. 32: Noch lange nicht tot: Obwohl sich die KMOB 2010 offiziell aufgelöst hat, war ihr Transparent am 10. November 2010 auf einer NPD-Demonstration in Frankfurt (Oder) zu sehen. In der dritten Reihe mit Wollmütze und Bart: Robert Gebhardt, Kopf der KMOB.

Barnim, Uckermark und Märkisch-Oderland sind drei Landkreise im Nordosten Brandenburgs. Überschneidungen in der neonazistischen Szene gibt es seit vielen Jahren mal mehr, mal weniger. Während die regionale Vernetzung bis 2006 noch strukturiert über den Kameradschaftsbund „**Märkischer Heimatschutz**" organisiert wurde, sind es heute vor allem punktuelle Kooperationen von einzelnen Aktiven und die Zusammenarbeit durch die Anbindung an Parteistrukturen der NPD.

Strukturen und Akteure:
Kameradschaften lösen sich auf

Als im Jahr 2001 ein Verbot der neonazistischen NPD drohte, sahen viele Aktivisten das Konzept „Kameradschaft" als Alternative zur NPD. Im selben Jahr gründete sich der „Märkische Heimatschutz" (MHS) als ein Kameradschaftsnetzwerk im Nordosten. Der „MHS" galt als aktivste Neonazi-Kameradschaft im Land Brandenburg. Er löste sich 2006 auf um einem staatlichen Verbot zuvorzukommen. Man wolle den „parlamentarischen Weg" gehen – viele der ehemaligen Mitglieder gingen in die NPD. Angelehnt an den „**Thüringer Heimatschutz**", unterhielt der „MHS" sogenannte „Sektionen" in den uckermärkischen Städten Angermünde, Schwedt und Prenzlau, in Eberswalde (Barnim) sowie in Oranienburg (Oberhavel) und Strausberg (MOL). Neben einer weiteren „Sektion" in Berlin, geführt vom jetzigen Nazi- Aussteiger **Gabriel L.**, hielt der „MHS" gute Kontakte zu Kameradschaften und Aktiven in anderen Teilen Ostdeutschlands. (siehe auch Broschüre zum MHS → www.inforiot.de/material/mhs.pdf). Obwohl sich der „MHS" als explizite Kameradschaftsvernetzung verstand, waren die Schnittmengen zur NPD offensichtlich. Führungskader **Gordon Reinholz** gehörte zeitweise dem JN-Bundesvorstand an und war aktiv in der NPD. Reinholz und viele seiner Weggefährten sind weiterhin in der Szene aktiv: Er, **René Herrmann** („Sektion Eberswalde") aus Golzow und **Christian Banaskiewicz** („Sektion Angermünde") aus Joachimsthal, betreiben verschiedene Internetversände. **Sebastian Schmidtke** („Sektion Strausberg") ist seit 2012 NPD Landeschef von Berlin und aktiv für das Netzwerk „Nationaler Widerstand Berlin".

Neben dem „MHS" existierten andere Kameradschaften

wie das „**Nationale Bündnis Preußen**“ (NBP), mit regionalen Schwerpunkten in Schwedt und Bernau sowie die „**ANSDAPO**“ in Strausberg. Das „Nationale Bündnis Preußen“ war eine Kameradschaftsstruktur in der Uckermark und im Barnim, auf dessen Aktionskonto die Beteiligung an Demonstrationen vor allem in Berlin, Brandenburg und Großaufmärschen in Ostdeutschland u.a. in Dresden, gehen. Selbst organisierten das „NBP“ 2001 eine Demonstration in Schwedt sowie 2004/2005 eine Kampagne gegen den Jugendtreff „Dosto“ in Bernau. Bei der Kampagne in Bernau hatten sie neben diversen Aufklebern in der Stadt auch eine Demonstration gegen den als linken Jugendclub bekannten Treff ver-anstaltet. Am selben Abend der Demonstration, am 22. Januar 2005 wurde ein Rohrbombenanschlag auf den Treff verübt, während dort eine Party stattfand. Im Gegensatz zum „MHS“ ist das „NBP“ durch Inaktivität und Mitgliederschwund zusammengebrochen. Das „NBP“ stellte seine Aktivitäten ein, auch eine „Wiederbelebung“ im Jahr 2008 hatte daran nicht viel verändert. Zu den Aktivisten zählten **Roy Grassmann**, **Kai Hasselmann** (beide Bernau) sowie **Christoph Ziese** (Schwedt). Grassmann ist seit mehreren Jahren aktiv für den NPD Kreisverband Barnim Uckermark und tritt als Referent zur „Geschichte Preußens“ auf. Auch Ziese war nach dem Scheitern des „NBP“ für den NPD Kreisverband aktiv. Kai Hasselmann dagegen kandidierte 2008 für die DVU in Bernau (OT Schönow), er ist mit seiner Band „**Preußenfront**“ weiter aktiv. Aber auch hier gibt es eine deutliche Nähe zur NPD: Seine Band spielte 2010 beim NPD-Preußentag in Finowfurt auf und probt auf dem von Neonazis genutzen Gelände in Biesenthal. .

Die „ANSDAPO“ war eine Strausberger Kameradschaft, die ihren vollständigen Namen „Alternative Nationale Strausberger Dart-, Piercing und Tattoo-Offensive“ wählte, um darin das Kürzel „NSDAP“, der Partei der Nationalsozialisten, zu verstecken. 1998 tritt die Kameradschaft erstmals durch ein Konzert in Hoppegarten in Erscheinung, bei dem sie den Einlass organisiert. Führende Mitglieder wie **Daniel Herrmann, Rene Berger** und **Björn Zander** waren an diversen Gewalt- und andere Straftaten beteiligt. Bekanntestes Mitglied ist **Falco Hesselbarth**, seine Mutter Liane war bis 2009 Landtagsabgeordnete der DVU in Brandenburg. Die „ANSDAPO“ hielt enge Kontakte zum „MHS“, insbesondere zu Sebastian Schmidtke, der zu der Zeit in Strausberg lebte. Im Januar 2005 waren Aktive der „ANSDAPO“ an einem Überfall auf das alternative Jugendprojekt „Horte“ in Strausberg beteiligt. Die „ANSDAPO“ wurde 2005 wegen geistiger Nähe zum Nationalsozialismus verboten. Die als Verein organisierte Kameradschaft reichte Klage gegen das Verbot ein, scheiterte jedoch. Andere lose Gruppierungen wie der „**Widerstand Strausberg**“ oder die „**Autonomen Nationalisten Märkisch Oderland**“ bzw. „**Autonome Nationalisten Strausberg**“ tauchen seit einigen Jahren nicht mehr auf. Sie waren vor allem in den Jahren 2003-2005 durch Aufkleber, auf denen linke Aktivist_innen und Politiker_innen sowie das alternative Jugendprojekt „Horte“ aus Strausberg bedroht wurden, in Erscheinung getreten. Der „Strausberger Widerstand“ um Sebastian Schmidtke war wie der „**Kameradschaftsbund Eberswalde**“ um Gordon Reinholz und später der „Märkische Heimatschutz“ Teil des „**Nationalen und Sozialen Aktionsbündnis Mitteldeutschland**“.

Freie Kräfte heute

Als Nachfolger des „MHS“ wollte sich die „**Kameradschaft Märkisch Oder Barnim**“ (KMOB) im Jahr 2010 etablieren. Die zu dem Zeitpunkt dreijährige Gruppierung, um den Bad Freienwalder Neonazis **Robert Gebhardt** hatte für den Sommer 2010 eine Demonstrationsreihe angekündigt, um ihren Aktionsradius zu erweitern. Die in Bad Freienwalde und Wriezen aktive Kameradschaft hatte begonnen, Kontakte im Barnim und in Märkisch-Oderland aufzubauen. Die Demonstrationsreihe scheiterte an dem massiven Widerstand des antifaschistischen Bündnis „Brandenburg Nazifrei“. Die KMOB löste sich noch vor Ende der Reihe, am 3. Juli 2010, auf. Mit ihr lösten sich zeitgleich die „**Freien Nationalisten Uckermark**“ (FNUM) auf, die eng an die „KMOB“ angebunden waren und ebenfalls ein staatliches Verbot befürchteten. Beide Kameradschaften, „KMOB“ und „FNUM“, hatten enge Kontakte zur verbotenen Berliner Kameradschaft „**Frontbann24**“. Das Verhältnis der ehemaligen Aktiven ist weiterhin eng. Anders ist das Verhältnis zur NPD, dort wird die „KMOB“ von einigen belächelt. So sagte Christoph Ziese in einer internen NPD Mail „der KMOB schadet mehr, als das er nützt“. [sic] Wenige Monate nach Auflösung der KMOB traten ehemalige KMOB´ler unter dem Label „**Freundeskreis Nordbrandenburg**“ auf, verantwortlich für die Internetseite war auch hier ex-KMOB-Chef Robert Gebhardt. Eine De-monstration im März 2012 in Frankfurt (Oder) konnte allerdings nur mit Unterstützung der NPD organisiert werden. Wieder blockierten Antifaschist_innen den Aufmarsch der Nazis. Der „Freundeskreis Nordbrandenburg“ ist seither nicht mehr aktiv. Beim zweiten Aufmarschver-

Der KMOB Flop

2010 löste sich die „Kameradschaft Märkisch Oder Barnim“ (kurz: KMOB) aus Angst vor einem staatlichen Verbot selber auf. 2012 kehrte sie wieder. Die „KMOB“ ist eine militante Nazigruppe, die sich 2007 gründete und vor allem in der Region Bad Freienwalde, Wriezen und Eberswalde aktiv ist. Die old-school Kameradschaft will ein neues deutsches Reich, eine ethnisch homogene Volksgemeinschaft und ein diktatorisches Regime nach dem Vorbild des historischen Nationalsozialismus. Neben zahlreichen Gewalttaten zeichnet sich die Kameradschaft durch einen hohen Demotourismus aus. Rassistische und antisemitische Straftaten gehören ebenso dazu wie Angriffe auf politische Gegner_innen: 2008 wurde von einem Neonazi aus dem Umfeld der Kameradschaft der alternative Jugendclub „Maquis“ in Bad Freienwalde abgebrannt. Kameradschaftschef Robert Gebhardt aus Bad Freienwalde stand bereits wegen Körperverletzung an Punks mit einem Bein im Gefängnis. 2010 wollte die „KMOB“ ihren Aktionsradius mit einer Aufmarschreihe in Bernau, Eberswalde, Bad Freienwalde, Strausberg, Joachimsthal, Biesenthal und Manschnow erweitern. Die sieben Orte schloßen sich gegen die Nazis zusammen und gründeten das Bündnis „Brandenburg Nazifrei“. Die Nazis, von der massiven Gegenwehr überfordert, konnten nur eine der sieben geplanten Demonstrationen durchführen, in Bernau, Strausberg und Eberswalde wurden die Aufmärsche erfolgreich durch Sitzblockaden verhindert, Eberswalde, Biesenthal und Joachimsthal sagten sie ab, und noch bevor die Demonstration in Manschnow stattfinden konnte, löste sich die Gruppierung nach Hausdurchsuchungen auf. Der Nachfolger „Freundeskreis Nordbrandenburg“ scheiterte. Im Herbst 2012 wurde die „KMOB“ wiederbelebt. Im September hatte Gebhardt zu einem Liederabend unter dem Titel „Niedergang und Wiederauferstehung“ geladen.

such im November 2012 in Frankfurt (Oder) tauchte dagegen wieder die „Kameradschaft Märkisch Oder Barnim“ auf, und konterkariert damit ihrer eigenen Aussage, dass jemand, der das Logo oder den Namen der Kameradschaft weiterverwendet, “von uns als Spalter oder VS angesehen werden, der unsere Bewegung weiter schädigen will.” So verkündete es die Kameradschaft auf ihre Internetseite am Tag der Auflösung. Hinter dem Transparent der KMOB in Frankfurt (Oder) liefen neben Robert Gebhardt auch weitere ehemalige „KMOB-“ sowie „FNUM“-Aktive.

Die bereits erwähnten „Freien Nationalisten Uckermark“ formierten sich nach der Auflösung 2010 kurz darauf unter den Namen „**Nationale Sozialisten Barnim-Uckermark**“ und „**Oderfront**“ neu. Beide Gruppierungen sind durch mehrere Gewalttaten aufgefallen (Mehr dazu unter Gewalt in UM). Unter wechselndem Label tauchen auch andere frühere Aktivisten aus dem Dunstkreis des „Nationalen Bündnis Preußen“ wieder auf. Als „**Freie Kräfte der Barnimer Freundschaft**“ griffen Bernauer Nazis den Jugendtreff „Dosto“ und seine Jugendlichen im Sommer 2012 mehrfach an, Unterstützung erhielten sie von der lokalen NPD. Das Spiel mit Namen ist auch hier Gang und Gebe, so tauchten auf Pullovern und T-Shirts weitere Aufschriften wie „**Barnimer Terroristen**“, „**Anti-Antifa Bernau**“, „**Nationale Sozialisten Barnim**“ oder auch „**Sturmgruppe 44**“ auf. Der Personenkreis bleibt nahezu gleich und ist eng verbunden mit dem Kreisverband der NPD.



Abb. 33: NPD-Demonstration in Brandenburg a.d.H. 2012: Kreisvorsitzende der “NPD Barnim Uckermark” Aileen Rokohl (Bildmitte) zusammen mit Landeschef Klaus Beier am Fronttransparent.

Vor allem in den berlinnahen Teilen des Barnims und Märkisch-Oderlands ist die Anbindung an die Naziszene der Hauptstadt gut. So tauchen Brandenburger Nazis auf Demonstrationen in Berlin auf, z.B. bei dem Aufmarschversuch am 14. Mai 2011 in Berlin-Kreuzberg oder nutzen die bekannte Berliner Szenekneipe „**Zum Henker**“. Die Verbindung von Kameradschaften, „Freien Kräften“ und Parteien war über die Jahre immer wieder ambivalent, meist jedoch pragmatisch. Die staatlichen Repressionen brachten die Nazis zum Umdenken: Zunehmend agieren sie in losen Zusammenhängen. Nennen sich zumeist „Freie Kräfte“ oder „Freundeskreis“. Für die Sicherheitsbehörden wird es zunehmend schwieriger, Gruppierungen zu verbieten, da sie keine organisatorische Struktur aufweisen. Als Struktur bleibt die NPD – die Partei wird von Nazis als Anlaufpunkt und finanzielle und organisatorische Ressource genutzt.

DVU, NPD und Die Rechte

Die Brandenburger DVU, die ansonsten durch Materialschlachten, nicht aber durch eigene Aktionen auf sich aufmerksam machte, konnte bis zu ihrer Auflösung zumindest im Nordosten Brandenburgs einige Aktivitäten vorweisen. Das lag insbesondere an der Familie **Mann** aus Finowfurt (Gemeinde Schorfheide). Ihr Grundstück in Finowfurt, bis 2006 in Seefeld (beides Barnim) war Veranstaltungsort für das jährliche Sommerfest der Brandenburger DVU. Als letzter Vorsitzender der DVU in Brandenburg und zuständig für den Norden Brandenburgs war **Klaus Mann** eine der zentralen Figuren des Brandenburger Landesverbandes und beschaffte der Gemeinde Schorfheide durch sein Grundstück überregionale Bekanntheit. Bei den Kommunalwahlen 2008 traten NPD und DVU noch auf gemeinsamer Liste an. Nach der Fusion von DVU und NPD gingen die Abgeordneten der DVU zur NPD über. Derzeit im Parlament vertreten sind:

Landkreis Barnim: Gemeinde Schorfheide: **Sybille Mann** aus Finowfurt; Stadtverordnetenversammlung Bernau: **Veronika Urban** aus Bernau ist erst zur NPD, seit Januar 2013 zu „**Die Rechte**“ übergetreten; Kreistag Barnim: Dietmar Lange aus Bernau ist zur NPD übergetreten; Kreistag Barnim und Stadtverordnetenversammlung Biesenthal: **Mike Sandow** aus Biesenthal ist 2010 aus der NPD ausgetreten.

Landkreis Uckermark: Irmgard Hack aus Uhlenhof und Andy Kucharzewski aus Schwedt gelangten für die NPD in den Kreistag. Hack trat zurück und wurde durch Stefan Schulze und zuletzt Sven Barthel ersetzt, Andy Kucharzewski trat aus der NPD aus, ist aber weiterhin auf NPD-Demonstrationen zu sehen.

Landkreis Märkisch-Oderland: Stadtverordnetenversammlung Strausberg: **Jürgen Sieminiak** für die DVU ist nach Ende der DVU nun parteilos.
2005 gründete sich der Kreisverband „Barnim Uckermark“ der NPD neu. Gründungsvorstand Mike Sandow aus Biesenthal wurde 2008 vom ehemaligen „MHS“-Aktivisten **Marco Rhode** abgelöst. Sandow trat aus der Partei aus. Er betreute zuvor das „Nationale Netztagebuch“, eine Internetseite des Kreisverbandes, die nach Ermittlungsverfahren wegen Volksverhetzung offline ging. In den Jahren 2008 bis 2010 organisierte die „NPD Barnim-Uckermark“ jährlich eine Demonstration in Joachimsthal. Unter Beteiligung der „Kameradschaft Märkisch Oder Barnim“ waren die Demonstrationen der Schwerpunkt des Kreisverbandes. Seit der Fusion von DVU und NPD wurde aus dem DVU-

Regionales

Sommerfest bei Klaus Mann in Finowfurt im Jahr 2011 das NPD-Sommerfest. Neben den Austritten von Mike Sandow und Andy Kucharzewski verabschiedeten sich andere Aktivisten wie Marco Rhode eher unbemerkt. Nach der Führungskrise im Kreisverband stagnierten die Aktivitäten. Mit dem neuen Vorstand **Hartmut Kneider** aus Prenzlau bekam der Kreisverband neuen Aufschwung. Seit 2011 baut sich der Verband wieder auf. Besonders aktiv ist dabei die Bernauerin **Aileen Rokohl (ehm. Götze)**, sie gehört zum Brandenburger Landesvorstand und hat das Amt der Landesgeschäftsführerin im Februar 2013 übernommen. Nach zwei Jahren Vorstandsarbeit trat Kneider aus der NPD aus. Nachfolgerin wurde, wie zu erwarten, Aileen Rokohl. Zum Aufbau des Kreisverbandes gehörte auch die Einrichtung mehrerer Ortsbereiche; neben Prenzlau, Schwedt und dem „Ortsbereich Bernau" gehört seit Mai 2011 auch der Ortsbereich Joachimsthal dazu der ein wichtiger Aktionsort werden sollte. Doch aktiv ist dieser nicht: Trotz des neuen Ortsbereichs und dem Wunsch die "Bevölkerung auch hier nicht alleine [zu lassen]", kam es zu keinen nennenswerten Aktivitäten. Dennoch hat der Kreisverband in den Jahren 2011 und 2012 seine Aktivitäten deutlich gesteigert. Seit Februar 2012 ist außerdem bekannt, dass **Sven Gläsemann** den Ortsbereich der NPD Prenzlau von Kneider übernommen hat. Am 3./4. Dezember 2011 fand der Landesparteitag der Brandenburger NPD in Grünow bei Prenzlau (Uckermark) statt. Im Jahr 2013 folgte dann der Parteitag im "**Alten Dorfkrug**" im Bernauer Ortsteil Schönow. Im Januar des selben Jahres gründete sich der Landesverband der Partei „Die Rechte" in Biesenthal. Vorsitzender des Brandenburger Landesverbandes wurde Klaus Mann, seine Frau Sibylle ist Stellvertretende Vorsitzende, außerdem gehört auch Veronika Urban aus Bernau zu den Gründer_innen.

Seit 2009 gibt es in Märkisch-Oderland einen NPD Kreisverband; der kleine, mitgliederschwache Verband umfasst die Städte Strausberg, Seelow und Bad Freienwalde. Einen Ortsbereich gibt es in Strausberg.



Abb. 34: Von 2008 bis 2010 organisierte die NPD in Joachimsthal mehrere Demonstrationen gegen einen Sexualstraftäter in der Region (siehe Kasten auf dieser Seite).

Überschneidungen und enge Kontakte gibt es zum Kreisverband Oderland, der zu einem der aktivsten Verbände in Brandenburg zählt. Aktive Mitglieder und Vorstand der NPD MOL sind **André Herbon** und **Enriko Gesche**. Herbon trat noch zu den Kommunalwahlen 2008 für die DVU in Strausberg an und ist bei nahezu jeder Demonstration der NPD in Brandenburg zu sehen. Außerdem pflegt er vereinzelte Kontakte zu Neonazis in Stralsund. Gesche ist ebenfalls oft auf Demonstrationen in Brandenburg und Berlin zu sehen. Er ist Administrator der Internetseite des Kreisverbandes. Kontakte hat die NPD MOL zum Berliner NPD-Kader **Andrew Stelter** der seit 2007 mit seiner Familie in Strausberg lebt sowie zum jetzige NPD-Landesvorsitzende der NPD-Berlin Sebastian Schmidtke, der seine Parteikarriere in Strausberg begann und nach wie vor Kontakte nach Strausberg pflegt. Auch zum Kreis um die NPD MOL gehören **Rocco Meihs**, ein mehrfach vorbestrafter Gewalttäter, **Marcel Sterzel**, ebenfalls vorbestraft wegen Verwendung von Symbolen verfassungswidriger Organisationen und **Marc Pfister**, der gute Verbindungen zu der „KMOB" und den „**Freien Nationalisten Mitte"** (FN-Mitte) pflegte.

Das Verhältnis der Kreisverbände zum Landesverband ist gespalten. Während sich Aileen Rokohl im Barnim vorbildlich mit Landeschef Klaus Beier auf Demonstrationen zeigt, an regelmäßigen Schulungen und an Parteitagen und Vorstandsitzungen teilnimmt, organisierte Harmut Kneider in der Uckemark eigene Aktionen, während der Landesverband woanders demonstrierte. So geschehen am 24. März 2012: In der Uckermark wurden Flyer verteilt und in Frankfurt (Oder) versuchte die Partei zu marschieren. Auch am 15. September des selben Jahres organisierte Kneider eine Mahnwache in Schwedt, statt in Potsdam dem Aufmarschversuch seiner Partei beizuwohnen. Die Aktiven in Märkisch-Oderland wiederum haben so wenig eigene Aktivitäten, dass sie sich nur an Aktionen des Landesverbandes beteiligen oder den Verband „Oder-

Missbrauch und das Spiel mit der Angst

„Ein Stock, ein Stein, schlagt ihm den Schädel ein" forderten 2008 erstmals Neonazis in Joachimsthal. Sie meinten Werner K., der Sexualstraftäter wohnt seit seiner Haftentlassung in dem Barnimer Städtchen. Lokale Nazis wie Christian Banaskiewicz, brachten sich in den Protest ein, wurden jedoch recht schnell ausgeschlossen. Die Forderungen nach einer „Todesstrafe für Kinderschänder" war den meisten Joachimsthaler_innen zu viel, sie wollten sich nicht durch die Nazis instrumentalisieren lassen. Daher folgte im Juni 2008 bereits die erste eigene Demonstration der NPD. In den Jahren 2009 und 2010 wird das Thema „Kindesmissbrauch" einer der zentralen Aufhänger der NPD im Nordosten und der „Kameradschaft Märkisch Oder Barnim". Nicht nur in Joachimsthal demonstrieren sie, auch nach Manschnow, einem kleinen Ort in Märkisch-Oderland, fahren sie Ende 2009 um „Härtere Strafen für die Täter" zu fordern. Das gleiche Spektrum, immer unterstützt durch die Berliner Aktiven der Kameradschaft „Frontbann24", organisierte im Februar 2009 eine Mahnwache in Bad Freienwalde, während im Gericht ein Missbrauchsfall verhandelt wurde. Sie versuchen Ängste der Bevölkerung aufzugreifen und sich in die politische Debatte einzubringen, doch unter ihren Forderung nach „Sicherheit, Recht und Ordnung – Keine Gnade für die Täter" steckt die Sehnsucht nach Selbstjustiz und die Aushöhlung der Rechtsstaatlichkeit und Demokratie. Auch wenn es seit 2010 keine Demonstrationen gab, ist das Thema weiterhin in der Szene präsent, so veröffentlichte der „NPD Verband Barnim-Uckermark" im März 2012 die sogenannte „Barnimer Stimme", in der sie abermals auf Joachimsthal und ihre Forderungen eingingen.

land“ des Nachbarkreises unterstützen.



Abb. 35: Die ehemaligen Aktivisten der “Freien Nationalisten Uckermark” hinter einem Transparent mit der Aufschrift “Nationale Sozialisten Uckermark” im Oktober 2010 in Joachismthal.

Andere rechte Akteure in der Region

Die sogenannten „**Reichsbürger**“ sind keine zentralen Akteure, dennoch sind sie in der Vergangenheit u.a. in Bernau und Schwedt in Erscheinung getreten. 2004 hatte ein Kreis von Reichsbürgern in Bernau vor einer Schule Flyer verteilt und den Schulleiter beschuldigt die „Auschwitz-Lüge“ zu verbreiten. Vor Gericht bekamen die Nazis **Dirk Uwe Reinecke, Jörg Rainer Linke, Wolfgang Hackert** und **Gerd Walter** Unterstützung vom bekanntesten deutschen Holocaustleugner **Horst Mahler.** Drei Angeklagte wurden zu Geld- und Bewährungsstrafen verurteilt. Im Juni 2011 traf sich eine Gruppe „Reichsbürger“ in Schwedt, auch soll es „Reichsbürger“ in Templin geben. Anfang 2012 sollen Briefe in Suckow vom „**Deutschen Amt für Menschenrechte**“ verteilt worden sein. Die „Reichsbürger“ erkennen die Bundesrepublik als Staat nicht an und sehen sich als „Bürger des Deutschen Reiches“ bzw. sogar als legitime Nachfolger der politischen Führung des Deutschen Reiches.

Aktivismus:
Themen, Anti-Antifa und Gewalt

Schwerpunktthema war in den vergangenen Jahren vor allem für die NPD im Nordosten Brandenburgs, aber auch in anderen Teilen Brandenburgs und Berlins, der sexuelle Missbrauch (von Kindern). Mit Forderungen wie „Todesstrafe für Kinderschänder“ oder abgeschwächt „Härtere Strafen für die Täter“ versuchten sie in Joachimsthal (Barnim) sowie in Manschnow und Bad Freienwalde die Ängste der Anwohner_innen für sich zu nutzen.

Im Jahr 2012 beteiligten sich NPD und „Freie Kräfte“ aus dem Nordosten an den Demonstrationen der NPD gegen den Euro und für die Schließung der Grenzen. Um sich für die „Grenzschließung“ einzusetzen, hatte die NPD MOL sogar 2010 eine „Bürgerwehr zur Abwehrung von Grenzkriminalität“ gründen wollen. In der Uckermark organisierten Neonazis im Juli 2012 einen Autokorso unter dem Motto „Heimreise statt Einreise“

Immer wieder präsent ist auch „Preußen“. Als wichtiger Referenzpunkt taucht das Thema „Preußen“ nicht nur in der Wahl der Namen von Gruppierungen auf, wie der Band „Preußenfront“ oder der Kameradschaft „Nationales Bündnis Preußen“, auch inhaltlich beschäftigen sich die Neonazis mit der Geschichte des Staates. Allen voran **Roy Grassmann** aus Bernau, der u.a. 2006 und 2011 bei den „**Tagen deutscher Gemeinschaft**“ im Harz als Referent zur Geschichte Preußens auftrat. Jährlich wird der Geburtstag des letzten Preußischen Kaisers Wilhelm II am 27. Januar und die Gründung des Deutschen Reiches ebenfalls im Januar gefeiert.

Auch aktuelle Themen mit lokalem Bezug finden sich: Darunter unter anderem zum Hochwasser im Oderbruch oder die Schließung der Lieken-Bäckerei in Bernau.
Nicht in allen Themen und Aktivitäten sind sich NPD und “Freie Kräfte” einig, und so differiert die Beteiligung an Aktionen. Was sie jedoch eint, ist der gemeinsame politische Feind. Schon um 2000 organisierte der „**Kameradschaftsbund Eberswalde**“ und später der „Märkische Heimatschutz“ Aktionen gegen den linken Verein „Pfeffer und Salz“ in Angermünde; in Eberswalde störten Nazis die Tour de Toleranz, in Bernau wurde eine Kampagne gegen den linken Jugendtreff „Dosto“ organisiert und immer wieder werden Veranstaltungen ausgespäht oder gezielt gestört. Selbst Demonstrationen werden gegen Veranstaltungen organisiert – so geschehen in Bernau: 2004 demonstrierte der „MHS“ gegen eine Infoveranstaltung über den MHS im Dosto, im selben Jahr demonstrierte das „NBP“ gegen eine Infoveranstaltung über rechte Strukturen in Bernau. Anschläge auf linke Projekte gehörten ebenfalls dazu: „Pfeffer und Salz“ wurde um 2001 regelmäßig von Nazis angegriffen, das „Maquis“ in Bad Freienwalde wurde 2008 niedergebrannt, auf das Dosto in Bernau wurde 2005 ein Anschlag verübt und



Abb. 36: Die Mitglieder der Strausberger Rechtsrock-Band “Exzess”: Tobias Vogt, Daniel und Patrick Alf (v. l. n. r.).

auch das Horte in Strausberg berichtete mehrfach von Angriffen durch Nazis u.a der „ANSDAPO“. Das Label „Anti-Antifa“ wird dabei zwar in Schmierereien und als Erkennungszeichen auf Pullovern genutzt, jedoch nicht durch gezielte Recherche ausgefüllt. Seit 2012

versucht **Dr. Jörg Schröder** aus Eberswalde auf seiner Internetseite systematisch politische Gegner_innen zu outen. Auf "**Barnimer Perspektiven**" wurden bereits das linke Jugendprojekt „Exil" und die „Bürgerstiftung Barnim-Uckermark" diffamiert. Schröders Artikel werden eins zu eins von der NPD übernommen und er selbst trat bereits als Gastredner für die NPD auf.

Schwerpunkt der Gewalt in der Uckermark

Ein genauer Blick auf die Zahl der Gewalttaten im Nordosten macht deutlich: In der Uckermark werden die meisten Gewalttaten begangen, insbesondere in Hinblick auf die geringe Bevölkerungsdichte. Verwickelt in Straftaten sind außerdem auffällig viele bekannte Nazis, allen voran: die Brüder **Warnke.** Während **Christian Warnke** wegen des Mordes an Bernd Köhler im Juli 2008 im Gefängnis sitzt, begeht sein Bruder **Steffen** immer wieder neue Gewalttaten. Auch die Aktiven der „NSBUM" und „Oderfront" fallen durch Straftaten auf. Eine Auswahl: Im Oktober 2011 griffen „Oderfrontler" aus Schwedt junge Punks an. Einige Nazis der „NSBUM" standen wegen Beleidigung und gefährlicher Körperverletzung im Dezember 2011 vor Gericht. Ein anderer wurde wegen Zeigen des sogenannten „Kühnengruß" verurteilt. Im März 2012 wurde der „NSBUM" Aktivist **Jan Paul Jäpel** zu drei Monaten Haft auf Bewährung wegen Beleidigung des "Aussteigers" Kevin Müller im November 2011 in der Bahn verurteilt. Um Müller einzuschüchtern, sollen Nazis wie Klaus Mann (Ex-DVU), Robert Gebhardt (KMOB) und **Gesine Hennrich** (Ex-Frontbann 24) im Gerichtssaal anwesend gewesen sein. Neben den Gewalttaten sind im Jahr 2012 in der Uckermark diverse Straftaten auf Nazis zurückzuführen: Stoplersteine in Schwedt wurden gestohlen, das Ehrenmal für die Gefallenen der Roten Armee in Angermünde beschmiert und in Prenzlau und Dedelow Hakenkreuze gemalt.

Subkultur und Infrastruktur

In jedem Jahr findet zur Sommersonnenwende, immer um den 21. Juni, dass Sommerfest der DVU bzw. seit 2011 der NPD in Finowfurt statt. Auch die Wintersonnenwende um den 21. Dezember stand 2011 auf dem neonazistischen Terminkalender. Die Sonnenwendfeier gilt in der Naziszene als Rückbesinnung auf germanische und heidnische Wurzeln, das Volk, sowie Blut und Boden. Im Dezember 2011 plante die NPD auf dem von ihr genutzten Gelände in Biesenthal eine Feier. Der intern angekündigte Termin gelangte an Antifaschist_innen, die zu Protesten vor dem Gelände aufriefen. Die Veranstaltung fand nicht in Biesenthal statt, die NPD behauptete im Nachgang, dass von Anfang an in der Uckermark gefeiert werden sollte.



Abb. 37: Sybille und Klaus Mann bei einer DVU-Veranstaltung in Eberswalde 2008.

Musik und Veranstaltungsorte

Drei Landkreise, drei bekannte Nazibands: „**Exzess**" aus Strausberg (MOL), „**Jungvolk**" aus Schwedt (UM) und „Preußenfront" aus Bernau (BAR). Sowohl bei Exzess als auch bei Preußenfront sind Bandmitglieder für die DVU aktiv gewesen: **Partick Alf**, Drummer von Exzess und **Kai Hasselmann** von Preußenfront traten 2008 zu den Kommunalwahlen für die DVU an, erlangten jedoch nicht genug Stimmen für den Einzug in die Parlamente. Beide Bands spielten auch auf Festen der NPD, u.a. 2010 während des „Preußentags" oder 2011 zum NPD-Sommerfest. „Jungvolk" dagegen ist eine
recht neue Band mit „Pommerscher und Brandenburger Beteiligung". 2011 veröffentlichte die Band das Album „Der letzte Gang", auf der sie im Booklet die Schwedter Nazigruppe „Oderfront" erwähnen.

Wichtigster Veranstaltungsort, nicht nur für den Nordosten, sondern für ganz Brandenburg ist ohne Frage das Grundstück von Klaus Mann in Schorfheide (OT Finowfurt). Neben den Parteifeierlichkeiten finden dort regelmäßig Rechtsrockkonzerte statt. Darüber hinaus waren in den letzten Jahren zwei Orte für Naziveranstaltungen gefragt: Der „Alte Dorfkrug" im Bernauer Ortsteil Schönow beherbergte nicht nur NPD Versammlungen, wie den Landesparteitag 2007 und

Finowfurt Veranstaltungsort Nr. 1

„In den Sandstücken 23" im Ortsteil Finowfurt der Gemeinde Schorfheide, liegt am Ortsrand unmittelbar an der Autobahn. Versteckt im Wald, fällt es immer nur dann auf, wenn unzählige Autos dorthin verschwinden oder Unmengen von Polizeiautos davor wachen. Das Grundstück der Familie Mann ist der bedeutendste Veranstaltungsort für Neonaziveranstaltungen und Rechtsrockkonzerte in Brandenburg. Dazu gehörte über Jahre das Sommerfest der Brandenburger DVU. Mit der Fusion von NPD und DVU auch im Land Brandenburg sowie dem Übertritt von Mitgliedern und Mandatsträger_innen, wird das Fest seit 2011 offiziell durch den „NPD-Kreisverband Barnim-Uckermark" ausgerichtet. Im Januar 2013 gründete sich der Brandenburger Landesverband der Partei „Die Rechte", deren Vorsitzender nun Klaus und Stellvertreterin Sibylle sind. Mit sechs Konzerten im Jahr 2010 ist ihr Grundstück laut Zählung des Brandenburger Verfassungsschutzes der Veranstaltungsort Nummer 1 für rechte Konzerte im Land. 2011 waren es immerhin vier der gezählten Veranstaltungen, dazu gehörten auch der „Preußentag" der NPD am 01. Oktober, mit Nazibands wie „Frontalkraft" aus Cottbus, oder das Sommerfest am 25. Juni mit „Preussenstolz" aus Potsdam, „Legion of Thor" aus Bremen und „Exzess" aus Strausberg. Am 29. Januar 2011 fand ein Rechtsrockkonzert statt, das zuvor als „Solikonzert bei Polen" angekündigt wurde. Wie so oft handelte es sich bei solchen Ortsangaben um das Grundstück der Manns.

2013, sondern auch rechte Liederabende und Konzerte der Band „**Kategorie C**". Zuletzt, am 20. Juni 2011, spielte „Kategorie C" vor 150 Nazis und rechten Hooligans zusammen mit der Band „**Notlösung**" und der Rapperin „**Dee Ex**". Nutzbar für die Naziszene ist seit 2008 auch ein Gelände mit drei Gebäuden in der Erich-Mühsam-Straße (ehemals Lanker Straße) in Biesenthal. Offiziell dient dafür die DEVASTA GmbH, dessen Geschäftsführung zu Beginn Mike Sandow, ehemaliger NPD Stadtverordneter übernahm. Da dass Gelände durch rechtliche Auflagen für größere Ver-anstaltungen nicht mehr nutzbar ist, sind nur noch kleinere Aktivitäten bekannt geworden. Neben NPD-Feiern gehörte auch ein Camp der „**Gemeinschaft Deutscher Frauen**" im Jahr 2010 dazu. Die „GDF" ist eine bundesweit aktive Frauengruppe, die der NPD nahe steht. Die kleineren Versammlungen finden nahezu unbemerkt statt und so ruft die NPD zu Arbeitseinsätzen und Stammtischen in die kleine Stadt in der Nähe von Berlin. Die NPD nutzt das Gelände jedoch nicht allein. Die Partei "Die Rechte Brandenburg" gründete sich dort im Januar 2013.



Abb. 38: Christian Banaskiewicz betreibt mehrere Internetversände, in denen er nicht nur Neonaziklamotten sondern auch auf den ersten Blick "unpolitische" Rocker und Hooligankleidung vertreibt. Im Bild: Banaskiewicz am Rande des Naziaufmarsches am 1. Mai 2010 in Berlin Prenzlauer Berg.

Mode

Der Eberswalder Gordon Reinholz und der Joachimsthaler Christian Banaskiewicz, beide ehemaliger Aktivisten des „Märkischen Heimatschutzes" betreiben mehrere Versände im Nordosten Brandenburgs. Ba-naskiewicz betreibt neben dem „**NMV-Versand**", dessen Verantwortlicher zuvor Reinholz war, die Internetversände „**FightBack24**" und „**Enos24 – Einherje**". Im Sortiment finden sich neben eindeutigen Neonazi-Shirts vor allem gewaltverherrlichende Hooligan-Klamotten sowie diverser völkischer Kram. Banaskiewicz betreibt in Joachimsthal außerdem den „**CB-Textilvertrieb**" und ist Geschäftsführer des Ladens „**Textilvertrieb**" in der Freienwalder Straße 80a in Eberswalde. Der Laden, eigentlich von Gordon Reinholz, beheimatet auch die genannten Internetversände. Zu den beiden MHS-Aktivisten gesellt sich auch der ex-"ANSDAPO" Aktivist Falko Hesselbarth, er ist Verantwortlicher für die Internetseiten des „NMV-Versand" und des „Textilvertrieb" in Eberswalde. Außerdem führt er einen eigenen Versand: „**Painfull Crazy**" (pfc-wear). Einen weiteren Internetversand betreibt René Herrmann, Administrator der Homepage von "Die Rechte Brandenburg", Ex-NPD Aktivist und ebenfalls ehemaliger MHS´ler. Sein „**Zentralversand**", der auf der Homepage von "Die Rechte Brandenburg" beworben wird, bietet die üblichen Neonazi-Accessoires an: Aufnäher mit typischen Parolen wie „Todesstrafe für Kindermörder", „Ehre wem Ehre gebührt" und „Good night left side". Daneben finden sich weitere demokratiefeindliche, nationalistische und gewaltverherrlichende Aufkleber und Anstecker. Auch eigene Drucke sind bei Banaskiewicz und Reinholz möglich. Dies
führt dazu, dass sich die lokale Naziszene immer wieder neue Pullover gestalten lässt. Ebenfalls zu erwähnen ist, dass Nazis aus dem Barnim in Berlin beim "**Reconquista Versand**" arbeiteten. Im November 2011 wurden Razzien im Lager und bei Mitarbeiter_innen durchgeführt, u.a in Lindenberg, Panketal und Bernau (alles Barnim).

Rocker und Security

Ein äußerst undurchsichtiges Zusammenspiel zwischen Rockern und Nazis ist in Eberswalde und Bad Freienwalde zu beobachten. Vieles dabei scheint eher Mode zu sein – so treten diverse Nazis gern in sogenannten Kutten auf, um ein martialisches Äußeres zu suggerieren. Einen Rockerclub mit Nazikontakten gibt es in Eberswalde: Gordon Reinholz tauchte als Kontaktperson für die „**Dragsäue**" aus Eberswalde in einem Rockermagazin auf. Die „Dragsäue" bestreiten eine Verbindung und bezeichnen sich selbst als unpolitischen Zusammenschluss von Motoradfahrern. Im naheliegenden Bad Freienwalde sollen ebenfalls Neonazis im Kreise des **Gremium MC** unterwegs sein. Auch in der Uckermark beziehen sich Nazis positiv auf Rocker. Im Juli 2012 wurde ein Nazi der „Oderfront" wegen Körperverletzung verurteilt, er hatte einen jungen Mann geschlagen, weil dieser "Brigade 81 ist Scheiße!" äußerte. „Brigade 81" ist eine Unterstützergruppe der Rocker „Hells Angels".

Keine Rocker, aber ebenso gewaltaffine Nazis, finden sich im Security-Bereich. So lässt sich in Strausberg und Bernau seit vielen Jahren beobachten, wie ehemals aktive und wegen Gewalttaten verurteilte Nazis die städtischen Feste als Mitarbeiter von Security-Firmen bewachen. Diskussionen um die von der Stadt bezahlten Sicherheitsfirmen verlaufen nach dem gleichen Muster: Solange sich die Nazis nichts zu Schulden kommen lassen, können sie dort arbeiten. Argumentiert wird darüber hinaus, dass es sich dabei um ehemalige Nazis, gar um Aussteiger, handle. Allerdings sind diese nur inaktiv, haben ihr Gedankengut damit nicht verändert, und die Kontakte in die aktive Szene sind weiterhin erkennbar.

Ein immer noch aktiver Security ist **Daniel Herrmann**. Er ist militanter ex-ANSDAPO-Aktivist und wurden in

den 1990er Jahren wegen Totschlags an einem Vietnamesen zu mehreren Jahren Haft verurteilt. Er unterhält neben alten Kontakten zu Sebastian Schmidtke und ehemaligen Mitgliedern der ANSDAPO auch enge Kontakte zu der Rechtsrockband „Exzess", so fungierte er auch als Schutz bei deren Auftritt beim „Deutsche Stimme Pressefest" der NPD. In seinem Wohnumfeld sind die Bandmitglieder sehr kontinuierlich zu sehen, sowie eine flächendeckende Beklebung mit Neonaziaufklebern und Aufklebern der neonazistischen Band „**Lunikoff Verschwörung**". Nebenbei pflegt er Kontakte zu regionalen Rockergruppierungen und organisiert Sicherheitsdienstleistungen aller Art.



Abb. 39: Gordon Reinholz (Bildmitte) bei einer Feier des MC Dragsäue in Eberswalde. Er fungierte als Ansprechpartner für die angeblich "unpolitischen" Vereinigung. Auf Partybildern findet sich eine Vielzahl von NPD und Kameradschaftsaktivisten.

Vereinsleben: Ponys, Fußball und mehr

Ob im Fußball oder bei der Feuerwehr - Neonazis sind in vielen Vereinen dabei. Im Jahr 2011 machte jedoch ein ganz anderer Verein wegen seiner Naziverbindungen Schlagzeilen: Das „**Märkische Familien- und Hilfswerk e.V.**", mit Sitz auf einem Reiterhof in Blumberg (Barnim) von **Ingo Pannier** (NPD) und **Jana Michaelis** (GDF), war ein NPD-Tarnverein. Mit der Internetseite „**volksschutz.info**" wollte der Verein Spenden einsammeln. Der Verein, dessen Tätigkeiten kurz nach der Gründung wieder abbrachen, bestand aus aktiven und ehemaligen NPD Mitgliedern, wie Mike Sandow aus Biesenthal, Aileen Rokohl aus Bernau und **Maik Hampel**, ex-NF und HNG-Aktivist aus Hennigsdorf (Oberhavel). Der Reiterhof von Pannier und Michaelis diente als Treffpunkt für die Szene. Pannier, ehemals im Brandenburger Landesvorstand der NPD, zog sich aus der Parteipolitik zurück; die Internetseite nutzt er mittlerweile für sein Versicherungsunternehmen. Auch er gehört zu jenen Nazis, die sich im Dunstkreis von Rockern bewegen und tauchte auf Feiern der „Dragsäue" in Eberswalde auf.

In der Uckermark trifft man einige andere NPD´ ler beim Fußball an: Sven Gläsemann, NPD- Ortbereichsleiter in Prenzlau ist als Torwart u.a. für "**Neun Fußballfreunde**" und dem "**FC Einheit 06**" bekannt. "FC Einheit 06" hatte sich 2008 im Internet mit Neonazikameradschaften wie "**Heimatschutz Germania**" und "Nationale Aktivisten Uckermark" zu einem "**Bündnis Uckermark**" zusammengeschlossen. Weiteres Beispiel für Neonazis im Sport ist ein Schiedsrichter des Fußballkreises Ost-Uckermark. Er propagierte offen bei Facebook seine antisemitischen und rassistischen Positionen. Die selbe Person spielt Tischtennis beim „**TTV Empor Schwedt**". Auch Hartmut Kneider, ehemaliger Vorsitzender des „NPD-Kreisverbands Barnim-Uckermark," tummelt sich in anderen vermeintlich unpolitischen Vereinen, so sitzt er im Vorstand des „**Schützenvereins SV Strasburg 1419**". "Ein ganz normales Mitglied", nennt ihn der Presse-wart des Vereins. Ebenso gibt es neonazistische Fussballfans in der Region um Strausberg, wovon ein Teil Ende der 1990er Jahre immer wieder an Angriffen auf alternative Jugendliche beteiligt gewesen ist. Außerdem kommt es auch im Umfeld des Verbandsligisten „FC Strausberg" zu Provokationen in Richtung der Gästeteams. Nicht unüblich, wenn beispielweise das Amateursteam des „SV Babelsberg 03" zu Gast ist. Sprüche wie „Babelsberg 03 – Arbeit macht frei" oder andere neonazistische Sprüche werden gebrüllt. Darüber hinaus pflegen einige Heimfans Kontakte zu Alt-Hooligans des BFC Dynamo. Zu einem der bekannten Gäste zählt auch Rene Berger, ehemaliger ANSDAPO-Aktivist.

Fazit:

Dreh- und Angelpunkt bleibt, trotz vermehrten Austritten, die NPD. Sie bietet finanzielle und strukturelle Ressourcen, auf die auch so genannte „Freie Kräfte" zurückgreifen können. Klaus Mann und "Die Rechte Brandenburg" werden für den Nordosten weiter an Relevanz gewinnen, so hat das Grundstück der Manns in Finowfurt eine überregionale Bedeutung in der Neonazisszene. Die Verbindung zwischen Partei und parteiunabhängigen Neonazis ist eng, können doch beide Seiten kaum eigene Aktionen auf Grund weniger Aktivist_innen durchführen. Eine wichtige Bedeutung haben Musik und Mode im Nordosten Brandenburgs. Neonazis geben scheinbar lieber Geld für neue Pullover aus, als sich an politischen Aktivitäten zu beteiligen. Wenn sie sich jedoch politisch äußern, greifen sie auf ein Spektrum an rassitischer, antisemitischer und nationalsozialistischer Propaganda zurück. Diese sind jedoch weder inhaltlich fundiert noch konkret ausformuliert. So bleibt es bei einfachen Parolen und Stimmungsmache, die nicht selten in Gewalt umschlägt.

Der braune Westen

PM-HVL-PR-OPR-OHV-BRB



Abb. 40: Reisefreudige Aktivist_innen: Neonazis aus Westbrandenburg, darunter Franz Poppendieck (1. v. l.), während eines Aufmarsches in Stolberg (Nordrhein-Westfalen).

Im westlichen Brandenburg ist ein recht (personal) starkes neonazistisches Potential vorhanden, deren bemerkenswerte Aktionsräume vor allem die Städte Neuruppin, Brandenburg an der Havel, Rathenow, Nauen und Oranienburg sind. Darüber hinaus spielen aber auch Kleinstädte, wie Wittstock/Dosse, Pritzwalk, Bad Belzig, Premnitz, Velten oder Hennigsdorf in der Verbindung mit den erstgenannten Räumen eine Rolle.

NPD als führende Neonaziorganisation

Politisch fühlt sich hier vor allem die „**Nationaldemokratische Partei Deutschlands**“ (NPD) berufen, sich als führende Kraft im Milieu zu etablieren. Insbesondere in den Landkreisen Havelland und Potsdam-Mittelmark gibt es dazu fruchtbare Ansätze. Hier agieren vor allem Funktionäre verbotener Neonaziorganisationen, die einen engen Bezug zu so genannten „**Freien Kräften**“ haben und diese effektiv in die Parteiarbeit einbeziehen können. Herausragende Figuren sind dabei u.a. der NPD Kreisverbandsvorsitzende **Michel Müller** aus Rathenow, vormals bei der Kameradschaft „**Hauptvolk**“ (Verbot 2005) aktiv, und **Stefan Rietz** aus Kloster Lehnin, vorbestraft wegen Weiterführung der verbotenen Vereinigung „**Blood&Honour**“ (Verbot 2000).

Beide (Rietz bis 2012) sind bzw. waren Mitglieder des Landesvorstandes der Brandenburger NPD, in dessen Rahmen Müller für die Landesorganisation zuständig ist. Daneben betreut er als regionale Führungskraft auch die Ortsverbände und Parteistützpunkte in Rathenow, Brandenburg an der Havel, Potsdam, Beelitz, Nauen sowie Falkensee, die im “**Kreisverband Havel-Nuthe**” zusammengefasst sind.
Höchstes Organ dieser Parteisektion ist dabei der Kreisvorstand, der sich regelmäßig, z.B. in „**Bernies Landhaus**“ in Nauen, trifft.
Darüber hinaus gibt es aber noch weitere regelmäßige Zusammenkünfte, wie „Strategietreffen“, „Vernetzungstreffen“, „Stammtische“ oder die „Jahreshauptversammlungen“, die der Koordinierung oder Schulung des Kreisverbandes dienen. Daneben werden hier auch alle Aktionen der Partei oder ihrer Sympathisant_innen besprochen.
Als wichtigstes Aktions- und Agitationsmittel setzte der “NPD Kreisverband Havel-Nuthe” in der Vergangenheit vor allem auf öffentliche Veranstaltungen, wie Demonstrationen, Kundgebungen oder so genannte „Mahnwachen“ in Brandenburg an der Havel, Rathenow, Nauen, Werder (Havel), Teltow, Treuenbrietzen oder Falkensee. Dabei wurden in der Regel gezielt Themen gewählt, mit denen die Partei einen Einfluss auf aktuelle politische oder historische Diskussionen

erhoffte. Insbesondere die regelmäßige Erinnerung an die Bombardierung havelländischer Städte, wie Rathenow (18. April 1944) und Nauen (20. April 1945), während des Zweiten Weltkriegs sind ein Hauptanliegen der lokalen „nationaldemokratischen“ Öffentlichkeitsarbeit. Die Bombenangriffe werden allerdings stets aus dem Kontext des Krieggeschehens herausgelöst und die tatsächliche Ursache des Krieges verschwiegen oder verfälscht dargestellt. Die Erinnerung an die Opfer erfolgt nur einseitig und eine Versöhnung über den Gräbern ist überhaupt nicht eingeplant. Stattdessen sind Versuche der Relativierung der NS Kriegsverbrechen deutlich erkennbar.



Abb. 41: Das NPD Führungsduo in Westbrandenburg: Michel Müller (1. v. l.) und Stefan Rietz (3. v. l.). Im Hintergrund: Andy Knape, JN-Vorsitzender in Sachsen-Anhalt.

Insbesondere die Mahnwachen anlässlich des Bombenangriffs in Nauen, die seit 2010 stattfinden, stellen darüber hinaus eine zusätzliche Provokation dar. Am 20. April feiert das neonazistische Milieu nämlich auch gern den Geburtstag von Adolf Hitler.

Die zunehmende öffentliche Sensibilisierung für solche Veranstaltungen und Provokationen sowie die entsprechenden antifaschistischen oder zivilgesellschaftlichen Gegenaktivitäten lassen aber langfristig einen Strategiewechsel erwarten. In einer Korrespondenz zwischen Michel Müller und dem (ehemaligen) „Schattenleiter“ der “**NPD Ortsgruppe Brandenburg an der Havel”** ist dies bereits 2010 diskutiert worden. Dabei erwuchs die Idee vermehrt auf das Verbreiten von neonazistischer Propaganda mit Hilfe von persönlich zugestellten Flugblättern zu setzen.

Tatsächlich wurde diese Aktionsform lokal in Brandenburg an der Havel getestet und massiv während des Landtagswahlkampfes im Jahr 2011 in Sachsen-Anhalt angewendet. Auch Neonazis aus Westbrandenburg unterstützten dabei den Wahlkampf der Partei im benachbarten Bundesland. Geholfen hat es allerdings nur bedingt, die NPD verfehlte knapp den Einzug ins sachsen-anhaltinische Landesparlament.

Trotzdem hält der “NPD Kreisverband Havel-Nuthe” an dieser Strategie fest und führte bis in die jüngste Zeit größere, flächendeckende Flugblattaktionen durch. Dabei standen vor allem Kampagnen, die sich gegen eine vermeintliche Bevorteilung von Ausländer_innen am bundesrepublikanischen Krankenkassensystem sowie gegen die europäische Währungseinheit (Euro) richteten, im Vordergrund.

Auch 2012 und vor allem im Hinblick auf die kommenden Wahlen 2013 und 2014 muss deshalb mit einer ähnlichen Herangehensweise gerechnet werden.

Die NPD plant langfristig und strebt vor allem eine lokale Verankerung an.

Will sie als politische Partei ernst genommen werden, muss sie sich deshalb auch in den Kommunalparlamenten bewähren, in denen sie seit 2008 vertreten ist.

In Westbrandenburg ist die NPD beispielsweise bereits mit den Abgeordneten **Dieter Brose** und **Maik Schneider** im havelländischen Kreistag sowie mit **Axel Dreier** und **Detlef Appel** im Kreistag Oberhavel vertreten. Darüber hinaus gibt es Stadtverordnete oder Gemeindevertreter_innen der NPD in Nauen (Maik Schneider), Oranienburg (Detlef Appel und **Reimar Leibner**), Fürstenberg (**Heike Popiela**) und Mühlenbeck (**Lore Lierse**). Die Arbeit der Abgeordneten beschränkt sich jedoch mangels Fraktionsstatus hauptsächlich auf provokative Anfragen und Redebeiträge, die den politischen Gegner oder sonstige Feindbilder treffen und eine öffentliche Resonanz oder gar einen gesellschaftlichen Diskurs hervorrufen sollen.

Dennoch versucht die Partei, vor allem die Aktivist_innen in den nordbrandenburgischen Orten, die dem “**NPD Kreisverband Oberhavel”** zu zuordnen sind, betont bürgerlich aufzutreten, um das Bild einer erwachsenen Kraft aus der vermeintlichen „Mitte der Gesellschaft“ vorzutäuschen.

Der oberhavelländische Verband setzt deshalb weniger auf öffentliche Veranstaltungen, die in erster Linie erlebnisorientierte Jugendliche anlocken. Vielmehr wird versucht durch das Verbreiten von Flugblättern oder Pressearbeit an die tragenden Schichten der Gesellschaft zu appellieren.


Abb. 42: Der NPD-Abgeordnete Reimer Leibner (1. v. l.) hält engen Kontakt zu den “freien Kräften”. Das Foto zeigt ihn mit Marvin Koch (2. v. l., NSFKN) während des Aufmarsches in Stolberg.

Aktivitäten der NPD Jugendorganisation

Die Jugendarbeit im Sinne der Partei obliegt im “NPD Kreisverband Oberhavel” dagegen eher den „**Jungen Nationaldemokraten**“ (JN) bzw. deren wahrnehmbaren **Stützpunkt** in **Oranienburg**, unter Führung von **Markus Schmidt**.



Abb. 43: Der NPD-Abgeordnete Maik Schneider (1. v. l.) im Gespräch mit Sebastian Richter (2. v. l., JN BuVo), während einer Kundgebung Velten.

Allerdings hielt sich das (öffentliche) Engagement für die Jugend in der jüngsten Vergangenheit auch eher in Grenzen. Lediglich die Störaktionen gegen einen antifaschistischen Informationsabend und eine SPD Wahlkampfveranstaltung, beides in Oranienburg, sowie eine Kundgebung in Velten sind als besondere Auffälligkeiten zu bemerken.
Die relative Inaktivität der lokalen JN Strukturen mochte dabei auch der Umzug des JN-Bundesvorstandmitgliedes Sebastian Richter von Südbrandenburg an den nördlichen Berliner Rand nicht ändern. Richter selber hatte so im Jahr 2010 drei Kundgebungen angemeldet, jedoch nur eine davon tatsächlich durchgeführt.
Personelle Überschneidungen zwischen JN und „Freien Kräften“ sind übrigens fließend. Einige JN Kader waren früher bei der Kameradschaft „**Märkischer Heimatschutz**“ aktiv, andere engagierten sich parallel bei den verbotenen „**Spreelichtern**“.

Sonstige NPD nahe Organisationen

Vielfach aktiv im Landkreis Oberhavel waren in der Vergangenheit auch die NPD und JN – nahen Kräfte, wie beispielsweise die 2009 verbotene „**Heimattreue Deutsche Jugend**“ (HDJ).
Diese Vereinigung indoktrinierte zielgerichtet Kinder und Jugendliche in ihrer Obhut mit nationalsozialistischer Propaganda.
Ähnlich wie die bereits im Jahr 1994 verbotene „**Wiking Jugend**“ (WJ) versuchte die Organisation dabei vor allem durch erlebnisorientierte Angebote, wie gemeinsame Fahrten, Zeltlager oder Wanderungen ein Interesse zu wecken, um dann bei so genannten „Bildungsveranstaltungen“ knallharte NS Ideologie zu verpflanzen.
Im Zuge der Verbotsvorbereitung und nach der Verbotsverfügung für die HDJ waren auch NPD Mitglieder und Mandatsträger, wie beispielsweise Maik Schneider, von den Razzien der Polizei betroffen.
Der Versuch einer Ersatzorganisation für die HDJ ist die **Interessengemeinschaft Fahrt und Lager** in der JN. Erwähnenswerte Aktivitäten wurden in Brandenburg jedoch noch nicht bekannt.
Eine weitere nennenswerte neonazistische Organisation im Landkreis Oberhavel ist das so genannte „**Deutsche Rechtsbüro**“ in Birkenwerder.
Diese Vereinigung unterstützt kriminelle Neonazis durch rechtlichen Beistand sowie Solidaritätskundgebungen.
Vorsitzender des „Deutschen Rechtsbüros“ ist der Rechtsanwalt **Wolfram Nahrath**, ehemaliger Vorsitzender der „Wiking Jugend“, ehemaliger Funktionär der „Heimattreuen Deutschen Jugend“ und NPD Mitglied.
Er verteidigte beispielsweise einen Tatbeteiligten der „Hetzjagd von Guben“ (1999) oder den Bandleader der verbotenen Naziskinband „**Race War**“ (2006).
Über seine anwaltliche Tätigkeit hinaus, solidarisiert er sich aber auch auf öffentlichen Kundgebungen mit verurteilten neonazistischen Straftätern.
Am 26. März 2011 führte Wolfram Nahrath vor der JVA Brandenburg an der Havel beispielsweise eine Veranstaltung mit ungefähr 250 Teilnehmer_innen für die Freilassung des dort inhaftierten Holocaustleugners **Horst Mahler** durch. Zu dieser Kundgebung reisten Gleichgesinnte aus der ganzen Welt an.

„Freie Kräfte“ als Stütze der NPD

Ebenfalls am 26. März 2011 in Brandenburg an der Havel anwesend waren auch Mitglieder vieler lokaler Neonazivereinigungen, wie beispielsweise der „**Freien Kräfte Neuruppin/Osthavelland**“ (NSFKN).
Diese Gruppierung ist eine der aktivsten neonazistischen Personenzusammenhänge in Westbrandenburg. Die Vereinigung ist hauptsächlich in Nauen und Neuruppin beheimatet, tritt dort vor allem durch das massive Verbreiten von Neonazipropaganda in Form



Abb. 44: Wolfram Nahrath, hier während eines Aufmarsches am 2. Juni 2012 in Hamburg, ist nicht nur politisch für neonazistische Organisationen, sondern betreut mit seinem “Deutschen Rechtsbüro” auch straffällig gewordene Szeneangehörige.

von Flugblatt- und Plakataktionen, Durchführung von Kundgebungen, „Mahnwachen“ und Demonstrationen in Erscheinung.
Allein in Neuruppin veranstalteten die NSFKN seit



Abb. 45: “Freie Kräfte Neuruppin” (NSFKN) während eines Aufmarsches am 24. September 2011 in Neuruppin.

2009 fünf Märsche und eine Kundgebung. In Nauen führte die Gruppierung, gemeinsam mit dem “NPD Kreisverband Havel-Nuthe” bzw. dem “**NPD Stadtverband Nauen”**, bisher vier „Mahnwachen“ durch.
Darüber hinaus werden auch so genannte „Vernetzungstreffen“, „Reichsgründungsfeiern“ oder „Sonnenwendfeiern“ durchgeführt, die der Vereinigung vermutlich eine dauerhafte personelle Substanz als festes Kollektiv sichern soll.
Die führenden Mitglieder der NSFKN, die Geschwister **Beatrice** und **Marvin Koch**, traten dabei auch immer wieder als Redner_innen bei Veranstaltungen in den Vordergrund.
Insbesondere Beatrice Koch ist zudem zusätzlich für die NPD aktiv und spielt offenbar eine nicht unwesentliche Rolle im Vorstand des “NPD Kreisverband Havel-Nuthe”. Der eingangs erwähnte NPD Abgeordnete Maik Schneider ist ebenfalls den „Freien Kräfte Neuruppin/Osthavelland“ zu zurechnen.
Inzwischen existiert seit 2011 auch ein “**NPD Stadtverband”** in **Neuruppin**, der von Kadern der NSFKN, wie dem momentanen Ortsverbandsleiter **Dave Trick**, und einem zugezogenen Parteifunktionär, **Dennis Franke** aus Göttingen, sowie Mitgliedern des NPD Kreisverbandes Oberhavel aufgebaut wurde und von dort aus versucht das Umland in den “**NPD Kreisverband Prignitz-Ruppin”** zu integrieren. In diesem Zusammenhang sind vor allem Propagandaaktionen, wie das Verteilen von Flugblättern, bekannt geworden. Veranstaltungen, wie eine Mahnwache im Juni 2011 oder der NPD Bundesparteitag am 12. und 13. November 2011, wurden jedoch anfangs hauptsächlich in Neuruppin beobachtet. Am 20. Oktober 2012 veranstalteten die ruppinschen NPD Funktionäre jedoch eine „Wandermahnwache“ in Pritzwalk, Wittstock/Dosse und Rheinsberg. Dabei zeigte sich auch einmal mehr die enge Verbindung zwischen Partei und ungebundenen Aktivist_innen.
Weitere Beispiele für eine enge Anbindung der „Freien Kräfte“ an die NPD existieren zu dem im Westhavelland. Dort engagieren sich die „freien“ Aktivist_innen der **„Nationale Sozialisten Premnitz“, „Freie Kräfte Westhavelland“, „Freie Nationalisten Rathenow“, „Freie Kräfte Rathenow“** und „**Bund Volkstreuer Mädel Westhavelland**“ fast ausschließlich für Aktionen und Veranstaltungen der „nationaldemokratischen“ Partei. „Freie“ Internetseiten (wenn vorhanden) werden zu dem nicht mehr aktualisiert oder sind bereits abgeschaltet.
Aktivere Zellen „freier Kräfte“ sind neben den in Neuruppin und Nauen („Freie Kräfte Neuruppin/Osthavelland“) vor allem in Brandenburg an der Havel („**Freie Kräfte Brandenburg/Havel“, „Nationale Sozialisten Brandenburg“, „Freie Aktionsgruppe Brandenburg**“) und Wittstock („**Weisse Wölfe Terrorcrew – Sektion Wittstock**“) zu beobachten.
Allerdings geht deren Engagement selten über das verbreiten von Flugblättern, Plakaten und Aufklebern oder der Teilnahme an neonazistischen Aufmärschen hinaus.
Eine dennoch in diesem Zusammenhang erwähnenswerte Vereinigung, sind die sogenannten „**Freien Kräfte Ost**“ (FKO). Hierbei handelt es sich um ein Netzwerk von Neonazis aus den westbrandenburgischen Städten Oranienburg, Neuruppin, Wittstock/Dosse und Brandenburg an der Havel.
Die Gruppierung tritt seit spätestens 2011 in Erscheinung und nutzt vor allem das virtuelle Social Network, also Internetseiten wie Jappy oder Facebook, als Vernetzungsplattform.
Begründer der „Freien Kräfte Ost“ scheinen **Patrick Schulz** und **Toni Gusek** aus Oranienburg zu sein, die vormals bereits im aufgelösten „**Sturm Oranienburg**“ aktiv waren. Gusek, der im virtuellen Social Network eine FKO-Gruppe bei jappy.de gegründet hat und auch bei Aufmärschen als Führungskader auftritt, dürfte auch für die (ehemalige) Internetpräsenz der „Freien Kräfte Ost“ verantwortlich sein, zumindest deutete der frühere Domainname (logr.org/toni87) darauf hin.
Außerhalb des Netzes fällt die Gruppe insbesondere bei neonazistischen Aufmärschen auf, bei denen sie


Abb. 46: Mitglieder und Sympathisanten der “Weisse Wölfe Terrorcrew” aus Hamburg und Wittstock/Dosse, während eines Aufmarsches am 1. Mai 2012 in Wittstock.

auch mit eigenem Banner antritt, wie beispielsweise am 9. Juli 2011 in Neuruppin. Hier marschierten auch Mitglieder der „Freien Kräfte Ost“ aus Brandenburg an der Havel und Potsdam-Mittelmark, wie z.B. **Danielo**



Abb. 47: Wieder im Einsatz: Freikorps-Anführer Christopher Hartley (Mitte, mit Tarnjacke) während eines Aufmarsches am 12. Januar 2013 in Magdeburg.

Meyer und **Fabian Klause**, mit.
Besonders in Brandenburg an der Havel entfaltete die Gruppierung im Sommer 2011 eine vielfache Aktivität. Neben der Verbreitung von zahlreichen neonazistischen Aufklebern, verübte die lokale Sektion so auch zahlreiche Farbanschläge auf Döner-Imbisse, Schulen und Lebensmittelmärkte. Dabei wurden NS Parolen angebracht und mit den Kürzeln „FKO“ und „NSBRB“ unterschrieben.

Terroristische Ansätze

Wesentlich radikaler agierte Anfang der 2000er Jahre die terroristische Vereinigung „**Freikorps Havelland**“ aus der Umgebung von Nauen.
In der Zeit von Juli 2003 bis Juni 2004 verübte die neonazistische Terrororganisation zahlreiche Brandanschläge auf so genannte „Döner“ – und „Asia“ – Imbisse mit dem Ziel „Ausländer“ aus „Deutschland“ zu vertreiben.
Fünf Mitglieder der Gruppe, darunter der aktuell wieder in Falkensee aktive Anführer **Christopher Hartley**, wurden inzwischen rechtskräftig verurteilt.
Ebenfalls rechtskräftig verurteilt wurden Neonazis aus Rathenow, Premnitz und Havelsee nach dem sie sich im Juni 2005 für eine gemeinsame Tat verabredeten, dann versuchten einen Brandanschlag auf den Premnitzer Jugendclub zu verüben und erst in letzter Minute durch die von Anwohner_innen verständigte Polizei gestoppt und in Gewahrsam genommen wurden.
Die Anklage lautete jedoch hier nicht auf Bildung einer terroristischen Vereinigung, sondern „nur“ auf Verabredung zu einem Verbrechen. Die beiden Haupttäter **Peer Durdel** und **Benjamin K.**, zu diesem Zeitpunkt führende Aktivisten der „**Anti Antifa Rathenow**“, wurden dennoch zu Haftstrafen verurteilt, die anderen kamen mit Bewährungsauflagen davon.

In Untersuchungshaft wegen Unterstützung der terroristischen Vereinigung „**Nationalsozialistischer Untergrund**“ befand sich bis Juni 2012 **André Eminger**. Dieser wurde im November 2011 auf dem Grundstück seines Bruders **Maik Eminger** in Grabow (Landkreis Potsdam-Mittelmark) festgenommen. Maik Eminger ist Leiter des “**JN Stützpunktes Potsdam**”.

Gewalt ist Programm

Geplante oder tatsächlich durchgeführte Anschläge sind im Vergleich zu gewalttätigen Übergriffen jedoch eher in der Minderzahl.
Es dominiert die Zahl der von Neonazis ausgeübten physischen Gewalt gegen „Ausländer_innen“ sowie gegen vermeintliche oder tatsächliche politische Kontrahenten.
Die Wahl des Mittels der gewalttätigen Erniedrigung des Opfers ist dabei jedoch nicht nur ein Mangel an Erziehung oder Konfliktbewältigung, sondern eher ein bewusstes Instrument der neonazistischen Ideologie. Das von Neonazis vertretende Weltbild ist biologistisch und propagiert die Ungleichwertigkeit von Menschen. „Ausländer_innen“ gelten in der neonazistischen Ideologie deshalb zu meist als „rassisch“ minderwertig oder als Fremdkörper in der (deutschen) „Volksgemeinschaft“.
Entsprechend sind Neonazis bemüht Migrant_innen, Bundesbürger_innen mit migrantischen Wurzeln oder Gastarbeiter_innen wieder zu vertreiben. Bei der NPD heißt dieser Prozess „**nationaler Klimawandel**“, auf der Straße hingegen: brutale Peinigung bis das Blut fließt.
Besonders im Raum Rathenow – Premnitz, aber auch in Oranienburg, Neuruppin, Pritzwalk, Wittstock/



Abb. 48: Gewalt ist Programm: Neonazis während eines Angriffs auf das linksalternative “Mittendrin” am 1. Mai 2012 in Neuruppin.

Dosse, Brandenburg an der Havel oder Bad Belzig war dies in den 1990er und Anfang der 2000er Jahre bittere Realität.
Heute scheint neonazistische Gewalt in Westbrandenburg allerdings in den Regionen rückläufig, wo die NPD entscheidenden Einfluss in lokalen Neonazistrukturen gewonnen hat. Es heißt die Partei habe im Milieu zur Disziplin aufgerufen, um für bürgerliche Wählerschichten attraktiver zu wirken. Dass dies nur

eine taktische Finte ist, beweist die Integration von neonazistischen Gewalttätern und sogar Gewaltverbrechern in gehobenen Parteipositionen:



Abb. 49: Fabian Klause, Gewalttäter und zeitweise stellvertretender Vorsitzender des NPD Ortsbereich Brandenburg an der Havel während eines Aufmarsches am 21. Mai 2011 in Spremberg.

Michel Müller, der Vorsitzende des "NPD Kreisverbandes Havel-Nuthe" und Landesorganisationsleiter, ist so beispielsweise wegen Beihilfe zum versuchten Mord in Tateinheit mit gefährlicher Körperverletzung vorbestraft. Er und weitere Neonazis hatten Silvester 1999/2000 pakistanische Flüchtlinge in Rathenow gejagt und anschließend brutal zusammengeschlagen bzw. getreten.

Auch der zeitweilige Neuruppiner NPD Stadtverbandsvorsitzende Dennis Franke ist einschlägig vorbelastet. Er und weitere NPD Funktionäre waren am 30. Juni 2007 an einem Überfall auf Antifaschist_innen in Pölchow (Mecklenburg-Vorpommern) beteiligt.

Der Oranienburger NPD Stadtverordnete Reimar Leibner wurde am 10. Oktober 2011 zu einer Geldstrafe verurteilt, weil er eine Bürgerin am 24. August 2010 angepöbelt und beleidigt hatte. Die Frau war bereits im Jahr 2009 mit ihm aneinandergeraten, als sie dazwischen ging, nach dem Leibner ihren Mann wegen eines abgehängten NPD Plakates tätlich angegriffen hatte. Danach wurde das Paar immer wieder von Unbekannten bedroht. Mal waren NPD Flugblätter im Briefkasten, an einem anderen Tag ein Tierschädel vor der Hauseingangstür, später eine tote Ratte in der Einfahrt und in sechs weiteren Fällen Tierkadaver auf dem Grundstück verteilt. Im Februar 2011 explodierte gar ein kleiner Sprengsatz vor dem Haus der Bürgerin.



Abb. 50: Der Gewalttäter Norman Steinecke (rechts) als Ordner während eines Aufmarsches der NPD am 25. April 2009 in Treuenbrietzen. Links daneben: Michel Müller.

Fabian Klause, neben sein Engagement für die FKO, zeitweise auch stellvertretender Vorsitzender der "NPD Ortsgruppe Brandenburg an der Havel", wurde am 24. September 2012 zu 60 Stunden gemeinnütziger Arbeit verurteilt, weil er am 7. März des selben Jahres einem 25 jährigen Studenten einen Fausthieb ins Gesicht versetzte und anschließend mit Pfefferspray traktierte.

Neonazis in Sicherheitsdiensten

In einigen Regionen machen sich private Sicherheitsdienste die „Erfahrenheit" und die einschüchterne Wirkung der brutalen Schläger aus dem neonazistischen Milieu aber auch zu nutze. In der Vergangenheit wurden so beispielsweise bei „**Security Zarnikow**" in Premnitz immer wieder Neonazis aus der verbotenen Kameradschaft „Hauptvolk" für die „Absicherung" von Veranstaltungen, wie dem Premnitzer „Dachsbergfest", oder den Objektschutz, wie dem Flüchtlingsheim in Rathenow (!), eingesetzt.
Unter den für Zarnikow arbeitenden Neonazis waren auch rechtskräftig verurteilte Gewalttäter und Gewaltverbrecher, wie beispielsweise der Rathenower **Christian Wendt**.
Er und weitere Neonazis überfielen im 11. Oktober 1998 einen Reiterball in Rhinow. Brutal agierte Wendt dabei mit einer Eisenstange und verletzte damit einen Bosnier so schwer, dass dieser in ein künstliches Koma versetzt werden musste.
Das Opfer überlebte den Angriff nur knapp. Wendt wurde wegen versuchten Totschlags in Tateinheit mit gefährlicher Körperverletzung und schweren Landfriedensbruchs zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt.
Gleich nach seiner Haftentlassung im Jahr 2002 arbeitete er jedoch schon für „Security Zarnikow" in Premnitz.
Erst die öffentliche Thematisierung dieser und ähnlicher Fälle, insbesondere der Bewachung des Rathenower Flüchtlingsheimes durch Neonazis, führte zu einem Umdenken in der Region. Der Sicherheitsdienst wurden abgezogen und die Neonazis entlassen.
Wendt, der nach wie vor nicht mit dem Neonazimilieu gebrochen hat, arbeitet heute jedoch wieder für einen Wachschutz und „sicherte" bis vor kurzem u.a. sogar den Optikpark in Rathenow bei Veranstaltungen ab.

Gewalttäter Sport

Für die kämpferische Auslebung ihrer völkischen, rassistischen und antisemitischen Ideologie bilden sich Neonazis insbesondere in Kampf- und Mannschaftssport weiter.



Über Jahre führten insbesondere die verbotenen Kameradschaften „Hauptvolk“ und „**Sturm 27**“ in Rathenow beispielsweise regelmäßige Trainingskurse für Boxen, Kickboxen und ähnliche Kampfsportarten in eigenen Räumlichkeiten oder in den lokalen Studios durch.
Diese Fähigkeiten wurden dann auch auf der Straße konsequent umgesetzt. Besonders berüchtigt hierfür war der Rathenower Neonazischläger **Norman Steinecke** (Sturm 27). Nach Übergriffen im Jahr 2004 und 2006 wurde er dafür allerdings auch rechtskräftig verurteilt.
Trotzdem oder gerade deshalb wurde und wird Steinecke immer wieder bei Neonaziaufmärschen, so u.a. in Magdeburg, Halle/Saale oder Dresden als Ordner eingesetzt.
Ebenfalls als Ordner bei Aufmärschen des neonazistischen Milieus, so u.a. in Magdeburg, wurde **André Seltmann** (Hauptvolk) eingesetzt. Er kämpft als Kickboxer auch bei so genannten „Fight Nights“ und ist „German Champion IBBO 300“.


Abb. 51: André Seltmann als Box-Champion mit Meistergürtel ...

Neben der individuellen Förderung der Kampfstärke betreiben Neonazis aber auch gemeinschaftsfördernde Mannschaftssportarten, wie Handball oder Fußball.
In Rathenow hatte beispielsweise die Kameradschaft “Hauptvolk” eine eigene Fußballmannschaft, mit Namen „**Sportvolk**“, die von 2004 bis 2006 sogar am regulären Stadtligabetrieb teilnahm. Im Nachgang zum Kameradschaftsverbot wurde jedoch auch ein Spielverbot für das „Sportvolk“ erwirkt, so dass die Mannschaft im Wesentlichen inaktiv ist. Das selbe gilt auch für die 2006 gegründete „**Sportvereinigung 06 e.V.i.G.**“, die aus Mitgliedern des “NPD Stadtverbandes Rathenow” bestand.
Lediglich bei Fanturnieren des “**Berliner Fußballclub Dynamo**” (BFC) wurde in letzter Zeit ein öffentlicher Auftritt einer Auswahl beider Mannschaften beobachtet.
Der BFC ist bei Neonazis ein sehr beliebter Verein, zu dessen Spielen sie auch regelmäßig fahren.
Insbesondere so genannte „Problemspiele“ gegen Lokalrivalen, bei denen es zu gewalttätigen Auseinandersetzungen mit Gegenfans kommt oder kommen kann, ziehen neonazistische Gewalttäter aus Potsdam, Brandenburg an der Havel, Kloster Lehnin, Milower Land, Premnitz und Rathenow an.
Im Westhavelland existiert so gar eine Gruppierung mit Namen „**BFC Hooligans Rathenow/ Premnitz**“, die visuell vor allem durch Aufkleber in Erscheinung trat und tritt.
Ansonsten fallen die lokalen Neonazianhänger bei Spielen des BFC eher durch handfeste Aktivitäten auf. 2006 waren Neonazis aus Rathenow und Premnitz u.a. beim „Platzsturm“ gegen den Lokalrivalen 1. FC Eisern Union sowie 2011 beim „Blocksturm“ gegen Fans des 1. FC Kaiserslautern beteiligt.
Bei den Lokalderbys zwischen dem **FC Stahl Brandenburg** und dem Brandenburger Sportclub Süd 05 kommt es ebenfalls zu regelmäßigen Auseinandersetzungen. Neonazis ergreifen dabei stets für den FC Stahl Partei. Dabei ist dasselbe Klientel zu beobachten, welches auch zu Spielen des BFC Dynamo reist und in Brandenburg an der Havel, Rathenow, Premnitz und Milower Land beheimatet ist. Auch der NPD Kreisverbandsvorsitzende Michel Müller ist des öfteren bei Krawallspielen des BFC oder des FC Stahl zu sehen.
In der Vergangenheit ebenfalls bei solchen Spielen anwesend war auch der eher „unauffällige“ Rathenower Neonazi **Heiko Rätzsch**. Ein „Flitzer“ – Auftritt bei der Derbybegegnung FC Stahl – BSC Süd 05, lenkte jedoch das Interesse einer Regionalzeitung auf ihn.

Identität durch Musik

Im Zuge der Recherche zur Person deckte der Lokalredakteur auf, dass Rätzsch Sänger der neonazistischen (Rock)musikgruppe “**SILENCE II**” aus Rathenow war. Diese Formation verbreitete auf ihrem Demotape (2005) extrem volksverhetzende Inhalte und bediente sich verbotener Nazisymbolik bzw. Grußformen. Außerdem wurde zur Gewalt aufgerufen.
Rätzsch wurde deshalb auch, nach der Veröffentlichung der Recherche, aus einem Arbeitsverhältnis als Pfleger in einem Seniorenheim entlassen. Von “SILENCE II” ist bis heute keine weitere Veröffentlichung mehr bekannt geworden.
Ebenfalls inaktiv scheinen die Naziskinbands „**Opas Enkels**“ und „**Wortgefecht**“ aus Rathenow,


Abb. 52: ...und als Ordner während eines Aufmarsches am 14. Januar 2012 in Magdeburg.

Regionales

„**Schwarzgraue Wölfe**“ (SGW) aus Nauen, „**Autan**“ aus Oranienburg und „**Treueschwur**“ aus Bad Belzig zu sein. Dasselbe gilt für „**Elite 88**“, ebenfalls aus Bad Belzig, „**Independent**“ aus Nauen und „**Thorshammer**“ aus Brandenburg an der Havel.

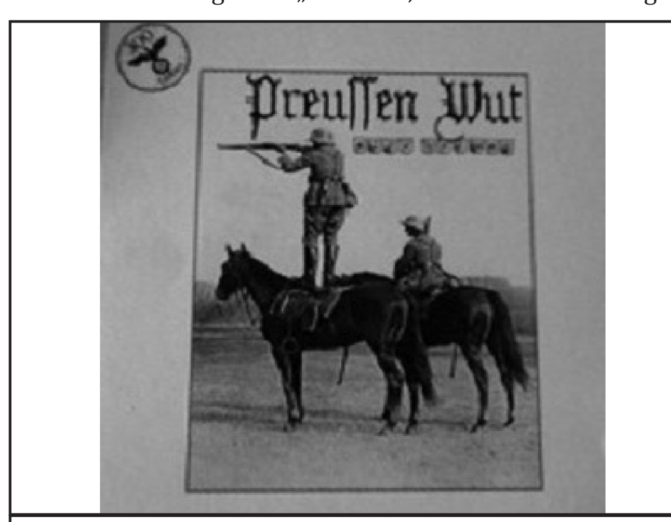


Abb. 53: Erstes Album des Nazibarden Thomas Lange alias “Preussen Wut”.

Neu dagegen scheint die Musikformation „**Preussen. Wut**“ aus Rathenow zu sein. Hierbei handelt es sich um ein Projekt des Rathenower NPD Sympathisanten **Thomas Lange.** Auf der Internetseite youtube hat er bereits einige eigene Songs im Stile eines „Liedermachers“ veröffentlicht. Seit 2011 ist auch ein Demotape mit dem Titel „Alte Heimat“ im Umlauf, dass auf dem Cover eine NS Reitereinheit bei Schießübungen zeigt.
Musikalisch ähnlich bewegt sich auch Marvin Koch von den „Freien Kräften Neuruppin/Osthavelland“. Zwar sind noch keine eigenen Publikationen bekannt, dennoch wurde sein „Liedgut“ aber beispielsweise bei Mobilisierungsvideos für Neonaziaufmärsche in Neuruppin verwendet.
Der propagandistische Auftrag neonazistischer Musik wird damit einmal mehr offensichtlich. Zudem sollen aber auch im musikalischen Bereich Schnittstellen für Milieus geschaffen werden, die Neonazis gerne für ihre Weltanschauung gewinnen wollen. Früher war dies fast ausschließlich die Skinheadbewegung, heute dagegen auch Hardcore, Punk Rock, Gothic und selbst Hip Hop.
Allerdings beschränken sich die Einflussversuche in der Region Westbrandenburg eher auf die Teilnahme an Konzerten. Neonazistische Bands, die derartige Musikstile verwenden, sind bisher nur aus anderen Regionen bekannt.
Auch das landesweit größte Neonazikonzert seit langem dominierten am 31. Januar 2009 in Brandenburg an der Havel eher Neonaziskinbands, wie „**Endstufe“, „Sturmwehr“, „Bloodline**“ und „**Kommando Skin**“, sowie das entsprechend gekleidete bzw. frisierte Publikum. So nahmen ungefähr 800 Neonaziskins an dieser Veranstaltung teil.
Konzerte sind inzwischen eine feste Größe im neonazistischen Milieu. Sie dienen nicht nur der Propaganda, der Personalanwerbung oder der Geldbeschaffung, sondern auch als Ausdruck einer selbstbewussten Parallelwelt, die eine Identifikation mit gesellschaftlich geächteten Weltanschauungen erlaubt und erlebbar macht sowie den Austausch untereinander und damit die milieuinterne Vernetzung fördert.

Devotionalien

In diesem Zusammenhang ist auch der Handel mit Devotionalien von Bedeutung. Neonazistische Tonträger, Kleidungsstücke, Militaria und Propagandamittel verstärken nicht nur die persönliche Identifikation mit der Ideologie des Neonationalsozialismus, sondern bieten auch ein plakatives Ausdrucksmittel.
Gewiefte Geschäftsleute haben dies inzwischen erkannt und bieten insbesondere auf Wochen- oder Flohmärkten entsprechende Güter feil.
Daneben existierten bis 2011 aber auch feste Geschäftsräume in Hennigsdorf („**On the Streets**“), Hohen Neuendorf („**Der Hammer**“) und Oranienburg („**Adler Armee Shop**“), die von Neonazis direkt betrieben wurden. In Brandenburg an der Havel und Emster-Havel OT Wust existierten zu dem Läden der neonazistischen Modemarke „**Thor Steinar**“.
Aktuell verlagert sich der Verkaufsbetrieb für derartige Produkte jedoch immer mehr ins Internet. „On the Streets“ findet sich dort mit einer eigenen Präsenz wieder, ebenso wie auch viele Musik- und Modeversände.



Abb. 54: Internetangebot des “On the Streets”-Versandhandels (Bildschirmkopie).

Sumpf im südlichen Speckgürtel

TF-LDS

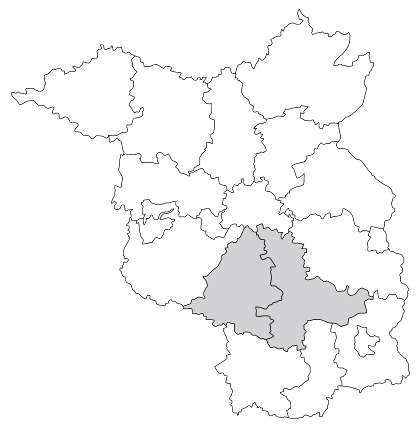




Abb. 55: Die "Freien Kräfte Teltow-Fläming" marschierten zusammen mit Neonazis aus verschiedenen Bundesländern am 23. Mai 2009 in Luckenwalde.

Neonazis in Teltow-Fläming in den 1990er Jahren

Die gesamten 1990er waren – wie überall in den neuen Bundesländern - bestimmt von gewalttätigen Neonazigruppen. In einigen Städten des Landkreises Teltow-Fläming kam es auch zu personenstarken Organisierungen. Darunter die sog. „**Märkischen Jungs**" aus Jüterbog und einen Stützpunkt der "**Nationalistischen Front**" (NF). In Luckenwalde gab es ebenso einen Stützpunkt der NF, später der "**Deutschen Alternative**" (DA) und dann des "**Förderwerk Mitteldeutscher Jugend**" (FMJ). Als eine Wehrsportgruppe organisierten sich Neonazis unter dem Namen „**Schönefelder Sturm**". Zu Angriffen auf Flüchtlings-heime, Unterkünfte von Vertragsarbeiter_innen und Unternehmen von Migrant_innen kam es in dieser Zeit regelmäßig. 1996 waren Orazio Giamblanco (Trebbin) und Noel Martin (Blankenfelde-Mahlow) Opfer von rassistisch motivierten Angriffen. Glücklicherweise konnten beide überleben, leiden aber bis heute unter den Folgen der Angriffe und sind körperlich stark eingeschränkt. Anders erging es Dieter Manzke (Dahlewitz) 2001 und Rolf Schulze (Ludwigsfelde) im Jahr 1992. Die von Neonazis ermordeten Obdachlosen markieren die traurigen Tiefpunkte der rechten Gewalttaten im Landkreis Teltow-Fläming.

Freie Kräfte Teltow-Fläming als Neuorganisierung

Erst Ende 2005 kam es wieder zu neuen Organisierungsversuchen vor allem im nördlichen Teil des Landkreises um die Orte Ludwigsfelde, Zossen und Blankenfelde-Mahlow mit den „**Freien Kräften Teltow-Fläming**" (FKTF). Am 23. Mai 2009 organisierten die FKTF dann ihre erste angemeldete Demonstration in Luckenwalde. Knapp 250 Neonazis folgten dem Aufruf der FKTF unter dem Motto: „Freiheit statt BRD". **Dennis Härtel** übernahm die Anmeldung mit Hilfe von **Sven Haverlandt**. Es beteiligten sich fast alle Neonazis, die mehr oder weniger dem organisierten Spektrum in Teltow-Fläming zuzurechnen sind. Zu der Demonstration waren neben zahlreichen Neonazis der FKTF und einer Abordnung lokaler DVU-Mitglieder auch Teilnehmer_innen aus Berlin, Königs Wusterhausen, Potsdam und der Lausitz erschienen. An dieser Aktion wurde deutlich, mit welchen Regionen sich die FKTF vernetzte. Am Aufmarsch in Luckenwalde beteiligte sich auch der JN-Aktivist **Robin Liebers** aus Fran-

kenförde bei Luckenwalde. Bei ihm wurde im Januar 2012 eine Hausdurchsuchung durchgeführt, weil er an einem nicht angemeldeten Fackelmarsch der mitt-lerweile verbotenen „**Spreelichter**"-Kameradschaft teilgenommen haben soll. **Daniel Teich** aus Zossen verantwortet den im Vorfeld verteilten Aufruf und wurde wegen Verunglimpfung des Staates strafrechtlich belangt. Zudem versuchte Dennis Härtel vor dem Aufmarsch ein örtliches alternatives Wohnprojekt auszuspionieren und griff wenig später einen Bewohner mit Reizgas an. Im weiteren Verlauf bis April 2011 führte die FKTF diverse Kleinstkundgebungen, Aktionen und unangemeldete Spontanaufmärsche durch. So wurde am 21. November 2010 von der FKTF ein nächtliches Heldengedenken in Jüterbog-Neues Lager zusammen mit den "**Freien Kräften Potsdam**" und der Gruppierung „Spreelichter" organisiert. Der Polizei gelang es 67 Personen zu ergreifen, von denen ein Vier-tel aus Jüterbog und Umgebung stammte. Das extrem rechte Personenpotential in Jüterbog liegt bei etwa einem Dutzend, wobei Einzelne regelmäßig Aufmärsche besuchen. Ein Tätigkeitsschwerpunkt waren auch interne Saalveranstaltungen mit Rechtsterrorist_innen oder Altnazis. Am 16. Mai 2009 fand in einer Wietstocker Gaststätte eine durch **Dirk Reinecke** (NPD und "**Reichsbürger**") konspirativ vorbereitete Veranstaltung mit einem ehemaligen Mitglied der SS statt. Unter den 70-80 Teilnehmenden waren neben bekannten FKTF-Aktivist_innen wie Dennis Härtel, auch **Jörg Hähnel**, sowie Neonazis aus allen Teilen Brandenburgs. Schon 2008 führten die FKTF eine Veranstaltung mit dem ehemaligen Rechtsterroristen **Peter Naumann** im "**Beelitzer Hof**" in Luckenwalde durch. Diese Gaststätte wird betrieben von der damaligen DVU-Stadtverordneten **Birgit Albrecht**. Von ähnlichen Veranstaltungen berichteten die „Freien Kräfte" immer wieder auf ihrer Homepage.



Abb. 57: Die von der ehemaligen DVU-Abgeordneten Birgit Albrecht betriebene Kneipe "Beelitzer Hof" diente des öfteren als Veranstaltungsort und Treffpunkt der regionalen Neonaziszene.

Die Luft wird rauer...

Die Offenlegung der FKTF und ihrer Angehörigen in antifaschistischen Publikationen zog sie aus ihrer Anonymität und legte ihre Strukturen weitgehend offen. Infolgedessen sahen sich örtliche Neonazis auch zunehmend mit Repression konfrontiert. Kurz vor dem



Abb. 56: Am 12. September 2009 demonstrierten etwa 25 Neonazis in Zossen gegen die Eröffnung des "Haus der Demokratie".

Aufmarsch 2009 in Luckenwalde und in der Zeit danach gab es mehrere Hausdurchsuchungen. Daraufhin wurde das Label FKTF von der Szene seltener genutzt und die Internetseite in „**Infoportal Teltow-Fläming**" umbenannt. Einige Aktivist_innen verlagerten den Tätigkeitsschwerpunkt auf die NPD. So wurde am 15. September 2010 eine Kundgebung des "**NPD Ortsverband Teltow-Fläming**" mit sechs Teilnehmer_innen zum Bundeswehreinsatz in Afghanistan in Ludwigsfelde durchgeführt. Angemeldet wurde die Aktion von **Ronny Kempe**, der für die NPD in der Stadtverordnetenversammlung (SVV) von Ludwigsfelde sitzt. Die Tätigkeiten reduzierten sich zunehmend auf kleinere und konspirative Aktionen zu ausgewählten Daten. Zusammen mit Neonazis aus Königs Wusterhausen wurden 2010 rund um den 23. Mai (dem Jahrestag des Grundgesetzes) sogenannte „Aktionswochen" durchgeführt: Dazu wurde in Luckenwalde am 7. Mai ein Infostand durchgeführt (mit Dennis Härtel) und in Ludwigsfelde Flugblätter verteilt. Im Süden des Landkreises wurde eine Saalveranstaltung mit den Nazis **Udo Walendy, Ursula Haverbeck** (letzte Vorsitzende des verbotenen "**Collegium Humanum**") sowie dem ehemaligen SS-Offizier **Ulrich Franz** organisiert. Am 23. Mai folgte schließlich als „Höhepunkt" eine unangemeldete Spontandemo mit „zwei Dutzend" Teilnehmer_innen in Luckenwalde.

Zossen: Die Szene differenziert sich aus

Interne Differenzen führten zu einem Auseinanderdriften der Neonazisszene in Teltow-Fläming. Der Kreis um Daniel Teich und **Christoph Schack** bildete mit den „**Nationalen Sozialisten Zossen**" (NaSo Zossen) eine eigene Gruppierung mit rechten Jugendlichen aus der Region. Haupttätigkeit waren bis heute vor allem Aktionen gegen die zivilgesellschaftliche Bürgerinitiative „Zossen zeigt Gesicht", die sich gegen Neonazis im Landkreis engagiert. Seit 2008 war Zossen zu einer

Schwerpunktregion für Neonazis aus dem Landkreis geworden. Hauptgrund dürften die “Reichsbürger” **Gerd Walther** und **Rainer Link** gewesen sein. Link war mit seinem Internetcafé „**Medienkombinat**“ in der Berliner Straße unverhofft zu Aufmerksamkeit gelangt, als er Vertreter_innen der Stadt attackierte, die Stolpersteine vor seinem Haus verlegen wollten. Schon vorher war sein Geschäft Szenetreffpunkt, indem sich lokale Neonazigrößen, unter anderen **Horst Mahler**, trafen. Das führte auch zu zunehmenden Aktivitäten in der Stadt: Eine Gedenkveranstaltung für die Opfer des Holocaust wurde am 17. Dezember 2008 durch Neonazis gestört. Allerdings geriet Link innerhalb der Szene unter Druck. Auf einem seiner Computer wurde „kinderpornographisches Material“ gefunden. Offenbar deswegen brachte sich Link im November 2009 mit Tabletten selbst um. Hinzu kamen internen Differenzen zwischen dem Zossener Zusammenhang um Teich und Schack und den restlichen FKTF Mitgliedern, weil zeitgleich zur Eröffnung des „Hauses der Demokratie“ in Zossen auch ein Aufmarsch in Königs Wusterhausen der örtlichen “Freien Kräfte” stattfand. Während Teich einen Aufmarsch mit seinen örtlichen rechten Jugendlichen in Zossen durchführte, blieben bekannte Mitglieder der Aktion fern. Zudem fixierten sich die örtlichen Neonazis immer mehr auf die Bürgerinitiative: Mitglieder der BI erhielten Morddrohungen, es gab Farb-anschläge auf das „Haus der Demokratie“, es wurde immer wieder versucht die Holocaust-Gedenkveranstaltung in Zossen zu stören und in der Stadt eingesetzte Stolpersteine wurden mehrmals geschändet. Den “Höhepunkt” ihrer Aktionen gegen politische Gegner_innen markierte der Brandanschlag auf das „Haus der Demokratie“. Dieses brannte in der Nacht von 22. zum 23. Januar 2010 komplett nieder, nachdem der damals 16-jährige Zossener Neonazi **Daniel Strielke** den Brand legte. Zudem wurde die Dauerausstellung „jüdisches Leben in Zossen“, sowie die Wanderausstellung zur Residenzpflicht für Flüchtlinge „Invisible Borders“ zerstört. Daniel Teich wurde später wegen vieler dieser Aktionen und der Anstiftung zu dem Brandanschlag zu einer Haftstrafe von drei Jahren und acht Monaten verurteilt. Ein Skandal war der Umgang der Bürgermeisterin der Stadt Zossen, Michaela Schreiber, mit dem Vorfall. Sie gab der Bürgerinitiative eine Mitschuld an der Tat, da sie durch ihre antifaschistische Grundhaltung die lokalen Neonazis erst provoziert hätten. Kurz nach dem Brandanschlag fand auf dem Marktplatz eine Holocaust-Gedenkveranstaltung am 27. Januar statt. 30 Neonazis versammelten sich in unmittelbarer Nähe der Kundgebung und störten diese durch „Lüge, Lüge“-Rufe, außerdem zeigten sie den Hitlergruß. Mit dabei waren Christoph Schack, Daniel Teich, **Tony Möhrke** (Ludwigsfelde) und der Berliner **Julian Beyer**, der gute Verbindungen nach Zossen hält. Die anwesenden Polizeibeamt_innen ahndeten die Holocaustleugnungen der Neonazis nicht. Obwohl die gesamten Geschehnisse von der Polizei gefilmt wurden, konnte im Nachhinein kein Videomaterial bei den zuständigen Behörden ausfindig gemacht werden. Der Brandanschlag hatte jedoch ein gesteigertes Medieninteresse für Zossen und den Landkreis sowie der örtlichen rechten Strukturen zur Folge. Immer lauter wurden Forderungen nach einem Verbot der “Freien Kräfte”.

FKTF Verbot

Im April 2011 wollte der Staat nach dem Brandanschlag auf das „Haus der Demokratie“ Entschlossenheit demonstrieren, verbot die “Freien Kräfte Teltow-Fläming” und durchsuchte medienwirksam 19 Wohnungen von Mitgliedern der Gruppe in Brandenburg sowie eine in Berlin und beschlagnahmte umfangreiches Beweismaterial, darunter Hakenkreuz-Fahnen, Waffen wie Messer, Schlagringe und -stöcke, einen Sprengsatz, Aufkleber, Computer und die Vereinskasse mit rund 700€. Auch ein Mitgliederverzeichnis der FKTF wurde gefunden. Der Schlag der Behörden traf die Neonazis, obwohl er nicht überraschend kam und es von ihnen auch Vorbereitungen zur Umgehung gab, erheblich. Bewusst wurde das Label FKTF schon seit einiger Zeit nicht mehr verwendet. Der Szene gelang der Umstieg auf alternative Strukturen nach dem Verbot jedoch nur bedingt. Zudem war der im April 2010 neugegründete “NPD-Ortsverband TF” zu unattraktiv für jugendliche Neonazis. Einige Aktivist_innen zogen sich zurück, auch aus privaten bzw. familiären Gründen, es kam zu einem Rückgang an Aktionen und gewalttätigen Übergriffen.



Abb. 58: Marty Gansekow bei der Durchsuchung seines Hauses am Tag des FKTF-Verbots am 11. April 2011.

Übergang zur NPD/JN

Die verbliebenen aktiven Neonazis agieren nun im Landkreis teilweise unter dem Mantel der NPD als sog. “Ortsverband Teltow-Fläming”, bzw. JN. Kaum verwunderlich, so unterstützen sich NPD und FKTF bei ihren Aktionen gegenseitig und teilten sich das NPD-Postfach erst in Königs Wusterhausen und später in Zossen. Der “**Kreisverband Dahmeland**” (Landkreis Teltow-Fläming und Dahme-Spreewald), dem der “Ortsverband TF” zugeordnet ist, hatte 2010 24 zahlende Mitglieder. Vorsitzender war zunächst Ronny Kempe. Einer der führenden Köpfe der FKTF, Dennis Härtel, ist heute im Kreisverband verantwortlich für Organisation und war zur Landesdelegiertenkon-fer-

enz 2010 einziger Vertreter aus dem Landkreis. Er war schon früh in der NPD aktiv und ist ein Ziehsohn des Märkisch Buchholzer Sven Haverlandt. Der seit Oktober 2008 in Ludwigsfelde für die NPD als Stadtverordneter gewählte **Thomas Völkel** musste sein Mandat im darauf folgenden Januar an Kempe abgeben, weil er erfolglos versuchte mit Falschgeld zu bezahlen. Im Zuge der Fusion von NPD und DVU, hat sich auch der vormals starke Kreisverband der DVU (Gründung 2004) aufgelöst. Der ehem. Vorsitzende **Jürgen Albrecht** hatte seinen Posten verloren; Birgit Albrecht trat ihr Mandat in der Luckenwalder SVV aus Protest an die Kreistagsabgeordnete **Bärbel Redlhammer-Raback** ab. Letztere ist zusammen mit dem Jüterboger Stadtverordneten **Josef Gessler** 2011 in die NPD übergetreten und seit März 2011 die Vorsitzende des Ortsverbandes. Sie ist seit Ihrem Übertritt zur NPD auch regelmäßige Teilnehmerin an anderen Veranstaltungen. Am 23. Mai 2011 störten Mitglieder der NPD eine Veranstaltung der Stadt Luckenwalde zum Tag des Grundgesetzes. Unter anderen Dennis Härtel und Bärbel Redlhammer-Raback, die außerdem Anhängerin der „Reichsbürger“-Bewegung ist und im regen Austausch mit Gerd Walther steht. Seit gut zwei Jahren ist eine Verlagerung der Aktivitäten in den Süden des Landkreises zu beobachten. Regionale Schwerpunkte sind nunmehr: Baruth, Luckenwalde und Zossen durch die NPD/JN. Die “NaSo Zossen” ist durch die Verurteilung Teichs weitestgehend inaktiv geworden, vereinzelt kommt es aber noch zu Anschlägen in der Region auf Engagierte. So im Oktober 2012, als der Briefkasten von einem BI-Mitglied gesprengt und Scheiben eingeworfen wurden. Exakt das gleiche Vorgehen gab es bereits zwei Tage zuvor bei einem Nachbargrundstück. Somit ist davon auszugehen, dass die angreifenden Neonazis nicht ortskundig waren. Die Täter_innen sind in der Rudower Neonaziszene zu vermuten. Zudem versuchten Christoph Schack und Dennis Härtel Ende Oktober bei einer Filmvorführung der „Kriegerin“ zu stören, wurden jedoch erkannt und an der Tür abgewiesen. Aktuelle Neonazi-Treffpunkte in Zossen sind ein Objekt in der Bahnhofstrasse - dort befindet sich das Tattoostudio „**Wildlife**“ sowie die „**Bikerbar Wildside**“- und ein Gartengrundstück am Stadtrand, dass regelmäßig der NPD und vor ihrem Verbot der FKTF zur Verfügung gestellt wurde.



Abb. 59: “Freie Kräften” und NPD: Gemeinsame Wintersonnenwende im Dezember 2009.

Die JN versucht derweil gerade ihre Strukturen auszubauen. Im angrenzenden Märkisch Buchholz (LDS) wurde im April 2012 die “**JN-Gruppe Schenkenländchen**” gegründet. Das gemeinschaftliche Verteilen von Propagandamaterial wird zunehmend unter dem Label der JN als bemerkenswerte Aktivität verkauft. Auch in Baruth gibt es einen kleinen Kreis Neonazis, die sich um Härtel unter dem Label JN gesammelt haben und in der Vergangenheit in einem Objekt in der Schulstraße wöchentliche Treffen abhielten. Im Vorfeld eines Konzerts gegen Rechts in Baruth verteilte die JN ein Flugblatt in dem die jugendlichen Organisator_innen - offensichtlich zur Einschüchterung - namentlich benannt wurden. Zudem ist der JN-Landesvorsitzende **Pierre Dornbrach** von Schwarzheide in das beschauliche Baruth gezogen. Die JN-Aktivisten Liebers und Dornbrach stellen ihre Anwesen für bundesweite JN-Treffen zur Verfügung und haben Kontakte in das verbotene “**Spreelichter**”-Netzwerk.

Neonazis in Vereinen und Subkultur

Auch in Teltow-Fläming engagieren sich aktive Neonazis in Vereinen. Das Luckenwalder FKTF-Mitglied **Max Thamke** wirkt beispielsweise im örtlichen THW mit. Neben anderen Neonazis aus Luckenwalde und Trebbin gehört er auch zur Fußball-Fangruppierung “**Nordkurve Luckenwalde**”.
Das NPD und **RNF**-Mitglied **Stella Hähnel** aus Am Mellensee war bis zu ihrer Enttarnung stellvertretende Elternsprecherin an der örtlichen Grundschule.
Subkulturell ist die Neonaziszene stark ausdifferenziert. Sie reicht vom “nationalen Liedermacher” Jörg Hähnel über die dumpfen “**Skinheads Jüterbog**” bis zu Hardcore hörenden, vegan lebenden und Graffiti sprühenden Neonazis in Ludwigsfelde.



Abb. 60: Engagieren sich zunehmend auch in Vereinen: Max Thamke (mitte) beim Tag der offenen Tür des THW am 3. Oktober 2011.

Märkisch Buchholz - Ein Neonazizentrum und seine Auswirkungen auf die Region

Als im Februar 2011 ein Email-Server der NPD gehackt und Journalist_innen zugänglich gemachte wurde, wurde erstmals öffentlich, dass Kreisvorsitzender Sven Haverlandt nach Märkisch Buchholz (Amt Schenkenländchen - LDS) verzogen und sein "Anwesen" für neonazistische Veranstaltungen zur Verfügung stellt. Haverlandt ging daraufhin in die Offensive, verlegte die Geschäftsstelle hierher und verkündete mit einer eigens eingerichteten Website vollmundig ein "nationales Jugend- und Freizeitzentrum" etablieren zu wollen. Kurzum: ein Neonazizentrum, wie es die NPD auch schon an anderen Orten in Brandenburg aufzubauen versuchte. Die Stadtverwaltung bemühte sich umgehend den erst kürzlich abgeschlossenen Kauf rückgängig zu machen, scheiterte aber letztlich an der Vorbesitzerin, die einem Verkauf an die Stadt - die die entsprechenden Mittel auftun konnte - nicht zu. Momentan unterliegt das Haus, dass über Wohn- und Veranstaltungsräume und einen großen Garten verfügt, Nutzungsbeschränkungen, die öffentliche Veranstaltungen ausschließt.



Abb. 61: Am 9. November 2012 hielt die JN Schenkenländchen eine Feierstunde zum „Schicksalstag des deutschen Volkes" in der Friedrichstraße 27 in Märkisch Buchholz. Am Redner_innenpult: Pierre Dornbrach.

Als "private Veranstaltungen" getarnt veranstalten NPD und JN nun mehrmals im Monat neonazistische Schulungs-, Vortrags- und Kulturveranstaltungen in der Friedrichstraße 27. Hinzu kommen Veranstaltungen zur Sommer- und Wintersonnenwende und "Heldengedenken". In der Anfangszeit lud sich Haverlandt außerdem regionale Neonazis in sein Haus, um es im Rahmen von "Arbeitseinsätzen" kostengünstig herzurichten.

Das Neonazizentrum ist aber nicht nur viel genutzter Veranstaltungsraum, sondern auch Ausgangsort vom derzeit zu beobachtenden Strukturaufbau der NPD. Ende Januar 2012 gründet sich ein "**NPD Ortsbereich Schenkenländchen**". Vorsitzender ist **Marc Michalski** aus dem benachbarten Halbe, der auch schon als Liedermacher und ungeschickter Bombenbastler in Erscheinung trat. Im April selben Jahres wurde schließlich noch ein "JN Stützpunkt" gegründet, von dem derzeit die meisten Aktivitäten im Raum Zossen-Baruth-Märkisch Buchholz-Königs Wusterhausen ausgehen. Die Aktionen werden von den in Baruth (TF) lebenden früheren Kameradschaftsaktivisten Dennis Härtel (früher FKTF, heute NPD und JN) und Pierre Dornbrach (Schulungsleiter im Bundesvorstand der JN und Landesvorsitzender Brandenburg) und Haverlandt selbst initiiert. Öffentlich treten Sie vor allem durch das Verteilen von Propagandamaterial der NPD und JN, Störung von zivilgesellschaftlichen Veranstaltungen und Demonstrationsteilnahmen in ganz Brandenburg und Berlin auf. Eine Zusammenarbeit findet vor allem mit der NPD-nahen "**Nationalen Jugend Storkow**", dem "**NPD Kreisverband Oderland**" und ehem. Mitgliedern der verbotenen FKTF statt. In der Vergangenheit war außerdem eine intensive Zusammenarbeit mit den "**Freien Kräften Königs Wusterhausen**" erkennbar, nach internen Differenzen innerhalb dieser Gruppe, laufen nun einzelne ehemalige Mitglieder zur JN über, was auch eine Zunahme der Gewalt befürchten lässt.

Die örtliche Zivilgesellschaft befindet sich in einer stetigen Auseinandersetzung mit dem Neonazizentrum und den von dort ausgehenden Aktivitäten. Haverlandt bemüht sich als "unbescholtener" Bürger darzustehen, der sich lediglich für die Jugend einsetzt und lässt nichts unversucht die Bevölkerung zu spalten. Derzeit läuft ein Rechtsstreit, weil die NPD trotz Unterlassungsverfügung Material in Briefkästen gesteckt hat, deren Eigentümer_innen sich das verbeten haben. Es drohen erhebliche Strafzahlungen, die ihn in letzter Konsequenz auch sein Haus kosten könnten.

Wilder Osten

LOS-FF



Abb. 62: “Ruhm und Ehre dm FCV”: Hinter ihrem Transpi versammeln sich am 18. Oktober 2008 zahlreiche FCV-Hooligans und Frankfurter Neonazis beim Spiel gegen den FC Strausberg. Kurz danach versuchen sie noch im Stadion Antifaschist_innen anzugreifen.

Im östlichen Landkreis Oder-Spree (LOS) und der kreisfreien Stadt Frankfurt (Oder) gibt es seit jeher extrem rechte Strukturen, die aus einer Vielzahl an Gruppierungen bestehen bzw. bestanden. Während NPD-Strukturen in Frankfurt (Oder) und im Raum Eisenhüttenstadt seit Mitte der 2000er Jahren zurückgingen entwickelten sich starke Parteistrukturen im Landkreis Oder-Spree.

Seit 2006 entwickelten sich aus dem rechten Fanumfeld des FC Viktoria ´91 eine gefestigte neonazistische Hooligangruppe.

Wie so oft in der Brandenburgischen Provinz, kommen moderne Trends erst verspätet bei Jugendlichen an. So auch der unter Neonazis beliebte Stil der “Autonomen Nationalisten”. Seit 2008 organisierten sie sich in der Region unter dem Lable „**Autonomen Nationalisten Oder-Spree**“ (AN-OS). Ende 2012 lösten sich die aufgrund des starken antifaschistischen Widerstandes aber wieder auf. Aber auch klassische Kameradschaften gibt es nach wie vor in der Region. Zur Zeit sorgt die „T**errorcrew – Kameradschaft Kommando Werwolf**“ (KSKW) für aufsehen.

Die FCV-Ultras – eine neonazistische Hooligantruppe

Die sogenannten „**FCV-Hools**“ oder „**FCV-Ultras**“ fallen seit 2006 weniger durch die kreative Unterstützung des ortsansässigen 1.FC Frankfurt Eintracht/Viktoria[1] auf, sondern wegen ihrer offen zu Schau getragenen Sympathie zum Nationalsozialismus. „Ruhm und Ehre dem FCV!“ ist eine beliebte Parole und fand auch auf Aufklebern der selbsternannten „Ultras“ Verwendung. Des weiteren machten die meist jungen Männer durch Übergriffe auf Andersdenkende, Beteiligung an Neonaziveranstaltungen oder Gedenksteinschändungen von sich reden. Seit 2009 ist es ruhiger um die Neonazis geworden, so standen einige von ihnen mit einem Bein im Knast oder hatten wegen ihrer rechten Gesinnung Probleme mit ihren Arbeitgebern. Ein kurzer Abriss der Ereignisse soll ihre Aktivitäten der letzten Jahre verdeutlichen.

Gewalt, Nationalismus und die Verherrlichung des Nationalsozialismus sind konstitutive Elemente des Selbstverständnisses der “FCV-Hooligans“. So verbreitete die Gruppe seit dem Frühjahr 2007 Aufkleber, auf denen das Vereinssymbol des FC Vorwärts mit dem Totenkopf der SS-Totenkopfverbände kombiniert ist. Zum harten Kern der Hooligangruppierung zählen bzw. zählten u.a.: **Steffen Werschke, Mario Schreiber, Sven Freimuth, Christopher Perl, Christopher Brand, Martin Wilke, Tommy Keller, Jenny Kleeberg, Andreas Bressel, Monik Scharpf, Jenny**

1: Der Frankfurter FC Viktoria, Heimat der rechten FCV-Hooligans, fusionierte im Juli 2012 mit dem MSV Eintracht Frankfurt und heißt nun 1.FC Frankfurt Eintracht/Viktoria

Russow, Andy Köpke, Janko Greve, Sebastian Boldt, Willi Muchajer, Christoph Schoefisch, Christoph Zierott, Markus Polenske und **Eugen Schulepow.** Nach eigenen Angaben besaßen sie ein Mobilisierungspotential von bis zu 110 Leuten, wenn auch teilweise erweitert durch angereiste Unterstützende. Auch die Kontakte zu rechten Fangruppen in anderen Städten konnten gefestigt werden. So bestand und besteht regelmäßiger Austausch mit dem „**Wuhlesyndikat**“, sowie „**Crimark**“ von Union Berlin und dem „**Inferno Cottbus**“ von Energie Cottbus. Alles Fangruppen, die als rechtsoffen oder neonazistisch bezeichnet werden können. So nahm auch eine Gruppe aus Frankfurt (Oder) im Sommer 2012 an einem Fussballturnier der Cottbusser Fangruppe „**Inferno ´99**“ teil, an dem weitere neonazistische Fangruppen teilnahmen, u. a. die “**NS-Boys**” aus Chemnitz.

Abb. 63: “Fanfreundschaft”: Graffiti von FCV und Crimark (CM) mit Herzchen, antisemitischen Schmähungen, Haken- und Keltenkreuzen.

Abseits des Stadions fielen die “FCV-Hools” durch zahlreiche Aktionen in Frankfurt (Oder) auf. So zum Beispiel die Schändung des Gedenksteins der niedergebrannten Synagoge am 09. November 2006. Ob beim Stadtfest oder bei Fußballgroßereignissen, oft waren alternative Jugendliche oder Anhänger_innen gegnerischer Fussballmannschaften Opfer ihrer gewalttätigen Attacken. Dabei agierten sie immer, ganz in Hooliganmanier, aus einer großen Gruppe heraus. Bis ins Jahr 2009 fielen die “FCV-Hools” durch Übergriffe und ihrer rechten Ideologie inner- und außerhalb von Stadien auf, auch die Räumlichkeiten des linksalternativen Vereins Utopia wurden mehrmals von ihnen angegriffen. Darüber hinaus nahmen einige der “FCV-Hools” auch an Neonazidemonstrationen in Ostdeutschland teil.

Nachdem es seit 2009 ruhig um die “FCV-Hools” geworden war, machten sie Ende 2011 wieder von sich reden. Am 12. November 2011 beim Pokalspiel zwischen dem SV Babelsberg 03 und dem FC Viktoria Frankfurt, riefen sie mehrfach antisemitische und antiziganistische Parolen in Richtung der als antifaschistisch geltenden Gästefans. Mit dabei waren auch angereiste Neonazis aus Cottbus und Berlin, die der Anhängerschaft von FC Energie und dem 1. FC Union zuzurechnen sind. Etwa einen Monat später, am 27. Dezember, griffen “FCV-Hools”, u. a. **Oliver Eisermann**, die mitgereiste Anhängerschaft und die Mannschaft von Tennis Borussia Berlin bei einem Hallenturnier in Frankfurt (Oder) mit Flaschen und Steinen an. Das (nicht-)Verhalten der Polizei und des örtlichen Sicherheitsdienstes markierte den zweiten Skandal an diesem Tag. In der Nacht vom Samstag, den 01. September 2012, auf Sonntag den 02. September, griffen fünf bis sechs Neonazis das Hoffest des Utopia e.V. mit Flaschen an. Die Angreifer werden teilweise der Anhängerschaft der rechten “FCV-Hooligans” zugeordnet.

Ältere “FCV-Hools” treten dabei immer seltener in Erscheinung. Dafür tauchen vermehrt gewalt- und rechtsaffine Jugendliche im FCV-Umfeld auf, die eine Kontinuität der neonazistischen Hooligangruppe befürchten lassen.

Von Hooligans zu „Autonomen Nationalisten“

Bevor die “Autonomen Nationalisten Oder-Spree” (AN-OS) in Frankfurt (Oder) und Eisenhüttenstadt aktiv waren, gab es keine vergleichbar stark vernetzte und gemeinsam agierende Neonazigruppierung in der Region. Viele Anhänger_innen des Frankfurter Fussballvereins FCV und des EFC Stahl aus Eisenhüttenstadt teilen zwar ein rechtes Weltbild, doch wenn es zum Aufeinandertreffen der beiden Vereine und deren „Fans“ kam, kam es eher zu gegenseitigen Anfeindungen, als zu Solidaritätsbekundungen aufgrund der gemeinsamen neonazistischen Weltanschauungen. Dennoch setzt sich ein Teil der “AN-OS” aus selbsternannten „Hooligans“ der dominierenden Fussballvereine der beiden Oderstädte zusammen. In Eisenhüttenstadt traten **Danny Zink** und **Ramon Wellemsen** im Jahre 2007 als Erste durch das Verkleben von AN-typischen Aufklebern in Erscheinung. Beide besuchen regelmäßig Spiele des in der Verbandsliga spielenden EFC Stahl und sind außerdem Anhänger des Berliner Vereines BFC Dynamo, der für seine teils rechtsoffenen Fans bekannt ist.



Abb. 64: Oliver Eisermann, Bejamin Richter, Eugen Schulepow, Marten Erlebach und Christoph Zierott (v. l. n. r.) pflegen innerhalb wie außerhalb von Fussballstadien ihre neonazistische Gesinnung.

Die “AN-OS” haben ihren Ursprung in der 25 km südlich

von Frankfurt (Oder) gelegenen Kleinstadt Eisenhüttenstadt. Hier gab es erste Organisationsversuche unter dem Label „**Freundeskreis Nationale Sozialisten Oder-Spree**“. Neben Danny Zink und Ramon Wellemsen gehörten damals auch u.a. **Martin Schlechte, Jeffrey Windolf, David Schulz** und **Michael Meißner** der Gruppierung an. Aus Frankfurt (Oder) stießen erst später Neonazis hinzu. Erster war der aus Brieskow-Finkenheerd stammende, jetzt in Frankfurt (Oder) wohnhafte FCV-Anhänger **Michael Hecke**. Auch die beiden Frankfurter **Marten Erlebach** und **Robert Krause**, im Hooliganmilieu der “FCV-Ultras” beheimatet, schlossen sich den “AN-OS” an. Seit Anfang 2010 existiert die Internetseite der Gruppe, die zwischenzeitlich von der Datenantifa gehackt wurde und Michael Meißner, der den Aufbau der Gruppe in Eisenhüttenstadt maßgeblich forcierte, als dessen Betreiber outete. Ab 2010 nahmen die Neonazis um Meißner an zahlreichen regionalen und überregionalen Naziaufmärschen teil. Die Jahre 2010 und 2011 markieren somit auch die Hochphase der Aktivitäten der „AN-OS“. So wurden zum Beispiel eigene Sticker, Schablonen und Flugblätter entworfen und verbreitet. Die Nähe zum Hooliganmilieu wurde auch durch die Art und Weise deutlich, wie sie versuchten Präsenz auf der Straße und in der Region zu demonstrieren. Als „Streetart“ bezeichnet, versprühten sie meist neonazistische Parolen oder das Kürzel „AN-OS“ an Autobahnbrücken, Bushaltestellen, Bahnhöfe, Supermärkte oder Stromhäuschen auf Landstraßen. Ähnlich wie die Frankfurter Hooligantruppe, die oft die Parole „FCV-Zone“ zur Reviermarkierung verwenden, erschienen im ganzen Landkreis die Schriftzüge „Zone-AN-OS“ oder der Name ihrer Internetseite. Auf dieser erschienen zum Beispiel auch selbstgemachte Videos mit zahlreichen Aufnahmen der gesprühten Schriftzüge. Ein weiteres Handlungsfeld der „AN-OS“ war die Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner. In Eisenhüttenstadt berichteten alternative Jugendliche von Verfolgungen und Bedrohungen seitens der „AN-OS“. Auch das Sammeln von Daten im Sinne einer „Anti-Antifa“ Arbeit gehörte zu ihren Betätigungsfeldern. In Frankfurt (Oder) standen die Räumlichkeiten des linksalternativen Vereins Utopia im Fokus ihrer Aktivitäten. Mehrmals wurde das Gebäude und der Innenhof mit rechten Parolen beschmiert, einmal wurde versucht ein Konzert mit Feuerwerkskörpern zu stören. Kontakte zu anderen Neonazistrukturen wurden u.a. mit dem „**Nationalen Widerstand Berlin**“ (NW-Berlin), den „**Freien Kräften Ost**“ (FKO), den „**Freien Kräften Neuruppin**“ und dem Kreisverband der „**NPD-Oderland**“ gepflegt.

Abb. 65: Im AN-Stil: Ramon Wellemson und Martin Schlechte bei einen der letzten Auftritte als AN-OS am 24. März 2012 in Frankfurt (Oder).

Seit Anfang 2012 ist es ruhiger um die Nazis der „AN-OS“ geworden. Michael Meißner, der den Aufbau der Gruppierung maßgeblich forcierte, hat mittlerweile seinen Ausstieg verkündet. „Private Gründe“, „Probleme mit der Antifa“ ,sowie „inhaltliche Differenzen“ innerhalb des “Nationalen Widerstandes” zwangen ihn angeblich dazu, seine Aktivitäten ruhen zu lassen. Um es noch glaubwürdiger wirken zu lassen, stellte er sein eigenes Portrait samt Austrittserklärung auf die Internetseite der „AN-OS“. Bis heute ist er jedoch der Inhaber der Domain der „AN-OS“. Bezeichnend für den derzeitigen Zustand der Gruppe ist auch der Rückgang der Demonstrationsteilnahmen der sonst so reisefreudigen „AN's“. An der sog. „Aktion Kleeblatt“ der Brandenburger NPD, vier Naziaufmärsche innerhalb kürzester Zeit in Brandenburg durchzuführen, beteiligten sie sich nur vereinzelt. Allein der Frankfurter Robert Krause und der aus Schöneiche stammende **Tim Wendt** treten noch regelmäßig auf Naziaufmärschen in Erscheinung. Der 18-jährige Robert Krause gehört seit Ende 2011 zum Umfeld der „AN-OS“ und kann zudem dem Umfeld der FCV-Hools zugeordnet werden. Auch der Rückgang der sonst so massiv verbreiteten Sprühereien und Aufkleber hat merklich nachgelassen. Am 3. Oktober 2012 gaben die „AN's“ dann schlussendlich ihre Auflösung bekannt. Es bleibt jedoch abzuwarten, wie sich das Phänomen „Autonome Nationalisten“ in der Region weiterentwickelt. Denn nicht weit entfernt von Frankfurt (Oder), in Storkow und Fürstenwalde, versuchen gerade junge Neonazis, unterstützt durch Kader der “NPD-Oderland”, eine JN-Struktur zu etablieren.



Abb. 66: Ohne AN-Stil: Tim Wendt (links) auf einem NPD-Aufmarsch am 10. November 2012 in Frankfurt (Oder). Rechts daneben Klaus Mann.

Neue Betätigungsfelder für altbekannte Neonazis

Viele länger bekannte Neonazis aus dem Umfeld der „FCV-Hools“ scheinen sich inzwisch-en anderen Gruppierungen angeschlossen zu haben. Eine Melange aus altbekannten „FCV-Hooligans“ und Neonazis, die schon in den 1990er Jahren aktiv waren, organisiert sich seit geraumer Zeit unter dem Label: „**Terrorcrew – Kameradschaft Kommando Werwolf**“ (KSKW).[2] Diese trat weniger auf neonazistischen Demonstrationen in Erscheinung, sondern viel mehr als Organisatorin und Unterstützerin von Rechtsrockkonzerten. Bis Ende März 2013 nutzte die Kameradschaft dafür Räumlichkeiten im Triftweg 4. Dort veranstalteten die Mitglieder, zu denen u. a. die „FCV-Hools“ Andy Köpke, Willi Muchajer und Martin Wilke sowie ältere Neonazis wie **Sven Lemke** und **Mario Müller** gehören, Konzerte mit bis zu 200 Teilnehmer_innen. Die „KSKW“ beschränkte sich nicht nur auf die Durchführung eigener Konzerte. Immer wieder unterstützte sie Neonaziveranstaltungen auf dem Gelände von **Klaus Mann** in Finowfurt, wo des öfteren auch die Beeskower Rechtsrockband „**Frontfeuer**“ auftrat, zu denen die Kameradschaft enge Kontakte pflegt.
Mario Müller ist ausserdem Tätowierer und betreibt seit April 2013 wieder das Tattoostudio „**Ink under the Skin**“ in der Sophienstraße 23. Dort ließen sich viele Frankfurter Neonazis nationalsozialistische Motive stechen.
Andere Neonazis fühlen sich inzwischen bei dem Motorradclub „**Streetfighters 208**“, die ihren Vereinssitz im Gewerbegebiet in der Georg-Richter-Straße haben, ganz wohl. Dort veranstalten die „Straßenkämpfer“, zu denen u. a. **Mario Lenz, Tobias Weinberg**, Steffen Werschke und Christoph Schoefisch gehören, auch Rechtsrockparties. Zu Sven Lemke scheinen sie ebenso guten Kontakt zu pflegen. Der hinterließ schonmal auf ihrer Facebook-Seite „einen guten rutsch ins kampfjahr 2013“. Beide Gruppierungen signalisieren indes durch ihr martialisches Auftreten Gewaltbereitschaft.

Von vermeintlich „bürgernahen“ Politiker_innen bis zu Unterstützer_innen von rechter Gewalt: Der NPD KV “Oderland”

Wichtigster neonazistischer Akteur im Raum Fürstenwalde und Storkow sind lokale NPD-Strukturen. Seit mehreren Jahren verfolgt der “**NPD-Kreisverband Oderland**” eine Strategie der größtmöglichen „Bürgernähe“ und erreichte so auf kommunaler Ebene teilweise zweistellige Wahlergebnisse. Im NPD-Landesverband nehmen sie wichtige Positionen ein und haben mit Klaus Beier einen alteingesessen NPD-Kader. Seit Jüngstem wird nun an dem Aufbau einer lokalen JN-Struktur gearbeitet.

Seit 2003 sitzt die NPD um ihrem “Kreisverband Oderland” mit zwei Mandaten im Kreistag des Landkreises Oder-Spree. Zusammen mit **Klaus Kuhn** von der **DVU** konnten sie so auch eine Fraktion bilden. Schon damals treibende Kraft: der Reichenwalder **Klaus Beier**. Zusammen mit **Lars Beyer** versuchte er im Beeskower Kreistag „seriöse, nationale Politik“ zu betreiben. Fünf Jahre später wurden NPD-Kandidat_innen wieder in den Kreistag gewählt. Neben **Klaus Beier** und Lars Beyer zog die Fürstenwalderin **Manuela Kokott** ein. Gerade in den Dörfern und Gemeinden im Umland von Storkow erreichte die NPD sogar zweistellige Wahlergebnisse, teilweise bis zu 23 %. Ein weiterer Wahlbezirk mit einem hohen Anteil an NPD-Stimmen ist Fürstenwalde – Nord und in der angrenzenden Gemeinde Steinhöfel zu finden.

Die vergangenen Wahlerfolge lassen einerseits darauf schließen, dass menschenverachtende Einstellungen in dieser Region weit verbreitet sind, andererseits die Protagonist_innen der “NPD-Oderland” keinesfalls als „ die bösen Nazis“ gesehen werden. Dabei verfolgt die NPD-Clique um Klaus Beier immer den Ansatz möglichst „bürgernah“ aufzutreten. So können sie sich ungestört an dem alljährlich stattfinden „Rad-Scharmützel“, einer von vielen Menschen besuchten Fahrradtour um den Scharmützelsee, beteiligen. Die Frau von Klaus Beier, **Nadine Müller**, war als Pressewartin in der Freiwilligen Feuerwehr in Storkow aktiv. Auf Dorffesten präsentieren sie sich als interessierte Politiker_innen, die sich noch um „das Wohl des Volkes“ kümmern. In der hauseigenen „Oderlandstimme“ versuchen sie verschiedenste lokale Themen wie Abwassergebühren oder CO2-Verpressung aufzugreifen. Außerdem schärfen die Neonazis ihr rassistisches und antisemitisches Profil bei den Themen Eurokrise, Asylpolitik und „Grenzkriminalität“. Des weiteren besitzen sie, auch durch die guten Kontakte in die Landes- und Bundesebene, eine funktionierende Infrastruktur und ein nicht geringes Mobilisierungspotenzial. Zahlreiche Infostände, Kundgebungen, Verteilaktionen und Demonstrationen führten sie in den letzten Jahren im Raum Storkow und Fürstenwalde durch. Vereinzelt gab es solche Aktivitäten auch in Frankfurt (Oder), Eisenhüttenstadt und Beeskow, wo sich aber keine eigenen Strukturen etablierten. Hervorzuheben sind zwei Demonstrationen, die Neonazis aus dem Umfeld der “NPD-Oderland” 2012 in Frankfurt (Oder) organisierten. Von Misserfolg gekrönt, konnten die Aufmärsche im März und


Abb. 67: Aktivist_innen der “NPD-Oderland”: Eric Lademann, Markus Skupin, Pierre Jahrmattar, Frank Odoy, Nadine Müller, Klaus Beier und Antje Kottusch auf einer Kundgebung am 20. August 2011 in Groß Schauen.

2: vgl. http://recherchegruppe.wordpress.com/2013/06/02/watch-out-for-the-werwolf/

Regionales

November aufgrund antifaschistischer Proteste nicht wie geplant stattfinden. Bezeichnend war die frühzeitige Abreise Berliner Neonazis im November, nachdem sie vergeblich vier Stunden auf den Weiterzug ihrer Demonstration warteten.

Der 46-jährige Klaus Beier ist die zentrale Figur des "NPD-Kreisverbandes". Er ist neben seiner Funktion als Kreisvorsitzender auch als NPD-Landesvorsitzender aktiv. Auch in die Bundesebene besitzt er gute Kontakte: bis 2011 als Bundespressesprecher tätig, verlor mit dem Abgang von **Udo Voigt** seinen Posten, ist aber nach wie vor im Bundesvorstand als Beisitzer aktiv. Der aus Franken stammende Beier starte seine NPD-Karriere bei der JN und war im Landes- sowie im Bundesvorstand aktiv. Neben Klaus Beier steht insbesondere Manuela Kokott in der Öffentlichkeit. Die 1968 in Halberstadt geborene Steuerberaterin, tätig bei der Scharf u. Richter GbR in Storkow, wohnt in Fürstenwalde und sitzt seit 2008 im Kreistag. Mittlerweile nutzt sie ihr erlerntes Fachwissen auch als Schatzmeisterin des Kreis- und Landesverbandes. Sie ist somit auch im Landesvorstand vertreten. Neben dem Verfassen von Berichten und öffentlichen Auftritten fällt sie, genauso wie ihr Lebensgefährte **Frank Odoy**, durch ihre Nähe zu Neonazis aus dem Spektrum der "Autonomen Nationalisten" auf. Außerdem ist sie maßgeblich mitverantwortlich für die Organisation des sogenannten „Preußentages", dem alljährlich stattfindenden geschichtsrevisionistischen Großevent des NPD-Landesverbandes. Frank Odoy ist im Kreisverband für den „Bereich Organisation" zuständig. Er ist auf nahezu allen Veranstaltungen vertreten, auf denen Mitglieder des Kreisverbandes auftauchen und war 2010 Delegierter des Kreisverbandes beim Landesparteitag. Zudem versucht er sich zusammen mit dem Fürstenwalder NPD-Aktivisten **Marcel Teske** als „Anti-Antifa-Fotograf". Letzterer ist seit mindestens 2009 für die NPD aktiv. Weitere wichtige Figuren für die NPD-Oderland sind **Florian Stein, Frank Maar, Andreas Kavalir** und seine Lebensgefährtin **Antje Kottusch**, welche parallel zu ihren Aktivitäten beim "Kreisverband" den "**NPD-Ortsbereich Schöneiche**" betreiben. Der am 20. April 2007 (Geburtstag Adolf Hitlers) gegründete „Ortsbereich Schöneiche" ist der aktivste im "Kreisverband Oderland". Die Schöneicher NPD-Mitglieder machen insbesondere durch ihre antisemitischen Aktionen von sich reden. So störten Mitglieder des Ortsbereiches unter anderem der Vorsitzende Stein, Kavalir und Kottusch, zusammen mit anderen Neonazis 2007 und 2008 das Laubhüttenfest „Sukkot" und 2007 das Lichterfest „Chanukka" der jüdischen Gemeinde in Schöneiche. Dabei beleidigten sie die Gäste des Festes antisemitisch.



Abb. 68: Am 18. Februar 2011 hetzen Klaus Beier (links) und Frank Maar auf einer NPD-Kundgebung in Berlin-Lichtenberg gegen "Ausländer".

Die Kader bemühen sich in letzter Zeit um den Aufbau einer lokalen JN-Struktur. Sie nimmt, begleitet von den Kadern der "NPD-Oderland", an Neonazi-Demonstrationen teil und unterstützt den "Kreisverband" bei seinen zahlreichen Aktionen. Zentrale Figuren hierbei sind **Pierre Jahrmattar, Eric Lademann, Markus Skupin** und Marcel Teske. Die Neonazis investieren in ihren Strukturaufbau, indem sie beispielsweise Fahrten nach Schweden finanzieren, um sich dort mit anderen Neonazis auszutauschen. Ein Angebot, das besonders bei jungen Neonazis attraktiv sein dürfte. Kontakte bestehen, nicht nur bei den Jungnazis, zu den "**Freien Kräften Königs Wusterhausen**" und "NW-Berlin".

Rechte Gewalt stellt auch im Einzugsraum der "NPD-Oderland" ein großes Problem für Menschen und Akteur_innen dar, die nicht in das beschränkte Weltbild der Neonazis passen. Im März 2012 verübten Neonazis einen Brandanschlag auf ein Büro der Linkspartei. Im August wurden die alternativen Jugendtreffs „Club im Park" in Fürstenwalde und „Bumerang" in Beeskow Ziel von rechten Angriffen. Fensterscheiben wurden eingeschmissen und das Kürzel „NW-Berlin" hinterlassen. Zeitgleich wurde ein alternativer Jugendlicher aus Storkow in seinem Wohnumfeld bedroht. Sein Name, sowie die Parole „Game Over!" und das Kürzel „NW-Berlin" wurden auf die Strasse vor seiner Haustür gesprüht.[3] An zwei Supermärkten in Fürstenwalde wurde im Oktober u.a. die Parole "L58 bleibt!" von Neonazis gesprüht. Eine offensichtliche Sympathiebekundung für einen Treffpunkt in der Lückstraße 58 in Berlin-Lichtenberg, der von Neonazis aus dem Umfeld des „NW-Berlin" genutzt wird. Ende November wurde in Fürstenwalde ein kenianischer Flüchtling von mehreren Motorradfahrern beleidigt und krankenhausreif geschlagen.[4] Dies ist nur eine Auswahl rechter Übergriffe und Einschüchterungsversuche aus dem letzten Jahr. Bislang konnte kein Vorfall Anhänger_innen der lokalen NPD-Strukturen nachgewiesen werden, jedoch ist offensichtlich, dass es einem Zusammenhang zwischen gewaltbereiten Neonazis, speziell zum „NW-Berlin", und der bürgerlich auftretenden "NPD-Oderland" im Raum Storkow – Fürstenwalde geben muss.[5]

3: vgl. http://inforiot.de/artikel/nw-berlin-goes-brandenburg.
4: vgl. http://www.opferperspektive.de/event/events_by_criteria/1.
5: Ausführlichere Informationen über die NPD-Oderland können dem recherche output #6 der antifaschistischen recherchegruppe frankfurt (oder) entnommen werden oder unter: http://recherchegruppe.wordpress.com

Lausitzer Verhältnisse

SPN-CB



Abb. 69: Das "Who is Who" der Cottbusser Neonaziszene: Auf diesem Gruppenbild sind nahezu alle rechten Gruppierungen in und um Cottbus vertreten, so u. a. Mitglieder der Band "Frontalkraft", der Hooligangruppierung "Inferno '99" und Anhänger der "Spreelichter".

NPD Partei-Kader und Kreisverband Lausitz in Cottbus

In Südbrandenburg sind neben der „außerparlamentarischen Bewegung" vor allem Neonazis des „NPD Kreisverband Lausitz" aktiv. Nach einer Reaktivierung des Verbands ab 2007 erleben regionale NPD-Strukturen einen neuen Aufschwung. Besonders seit den Kommunalwahlen 2008, bei denen die NPD insgesamt jeweils zwei Mandate in Cottbus und im Landkreis Spree-Neiße erringen konnte, versucht der Kreisverband sich auszubauen und auf die Lokalpolitik Einfluss zu nehmen.

Nachdem der Verband erneut an Attraktivität und Mitgliedern verlor, hat der junge und aufstrebende Neonazi **Ronny Zasowk** die Verantwortung übernommen. Im Jahr 2007 wurde er zum Vorsitzenden des Kreisverbands gewählt. Ein weiterer wichtiger Wendepunkt war 2008 die Umbenennung des Kreisverbandes von „**Spreewald**" zu „**Lausitz**". Gleichzeitig entstand ein neues Sammelbecken für junge und alte Neonazis, welche aus dem unorganisierten rechten Straßenmob engagiert wurde. Um eine neue Generation von Partei-Aktivist_innen vorzubereiten wurde durch erfahrene Neonazis wie **Frank Hübner** und **Alexander Bode** der Fokus auf Bildungsarbeit gelegt. Neue Kader konnten aufgebaut werden, darunter auch **Pierre Dornbrach**.

Der Kreisverband unternahm zu den Kommunalwahlen 2008, ebenso wie andere Verbände in Brandenburg nach der Fusion mit der „**Deutschen Volksunion**" (DVU), eine Offensive. Durch unzählige Infostände, Kundgebungen und Propaganda-Material konnten diese 3,0% in Cottbus erzielen. Auch in anderen Wahlkreisen Südbrandenburgs erhielten sie vergleichbare Ergebnisse. Die in Cottbus und Spree-Neiße aufgestellten Kandidaten fanden somit ihren Einzug in die Kommunen. In Cottbus zogen Frank Hübner – militanter alt-Neonazi mit jahrelanger Parteierfahrung und Ronny Zasowk – junge Radikalität mit Hinblick auf NPD-Karriere ins Stadtparlament ein. Im Spree-Neiße-Kreis dagegen **Markus Noack** und **Karsten Schulz,** beide wohnhaft in Guben, militante „Freie Kräfte" um Alexander Bode.

Nach diesem „Erfolg" bekam der Verband einen erneuten Aufschwung und versuchte sich seitdem personell durch den Wiederaufbau dem kaum in Erscheinung getretenen „**JN Stützpunkt Lausitz**" hinzugeben. Ein weiterer Kader, der Vorsitzende der „JN Lausitz", ein Student der Wirtschaftsingenieurwesen in Senftenberg, Pierre Dornbrach wurde zur weiteren zentralen Figur.

2010 gründeten sich die "**NPD-Ortsbereiche**" in **Cottbus** und **Guben**. So standen beide Städte im Mittelpunkt. Die beiden NPD-Abgeordneten in Cottbus nutzten ihre Position im Rathaus aus und setzten sich dort in Szene. Weiterhin wurde versucht Infrastruktur zu erweitern, so unternahmen Neonazis aus der NPD Versuche Immobilien zu erwerben, jedoch ohne Erfolg. Stammtischabende, Bildungsveranstaltungen oder Treffen finden nach wie vor in internen Lokalitäten und Räumlichkeiten in und um Cottbus statt.

Nachdem zwischendurch neue "**Ortsbereiche**" in

Regionales

Herzberg und **Calau** gegründet wurden, verschwanden die jungen Kader Zasowk und Dornbrach auf höheren Funktionen in der NPD und vernachlässigten ihre Region. Die anfangs gegründete „JN Lausitz“ scheint nicht mehr zu existieren. Zasowk konnte jedoch seine Zuständigkeiten auf jüngere Neonazis übertragen.



Abb. 70: Ronny Zasowk und Pierre Dornbrach (rechts) auf einer NPD-Demonstration am 21. Mai 2011 in Spremberg.

Dazu gehören **Oliver Fischer**, seit Mai 2012 der neue Ortsverband-Vorsitzende in Cottbus, **Benjamin Mertsch, Oliver Schierack** und **Robert Becker.** Unter der Führung von Ronny Zasowk veranstalten diese regelmäßig Infostände, Kundgebungen und interne Stammtischabende in Cottbus und Guben. Im Zuge der „**Raus aus dem Euro**“-Kampagne 2012 waren diese besonders aktiv mit eigenen Veranstaltungen und übernahmen darüber hinaus Ordner-Funktionen auf mehreren Aufmärschen in Brandenburg. Doch die große Resonanz bleibt aus. Weder auf Infoständen noch auf Aufmärschen lassen sich außer dem bekannten festen Kern selten Sympathisant_innen blicken. Nicht zuletzt auch wegen der Konkurrenz zu der „**Widerstandsbewegung Südbrandenburg**“.

Zasowk ist derzeit wohnhaft in Cottbus, stellvertretender NPD-Landesvorsitzender in Brandenburg, Mitglied des NPD-Parteivorstands. Als „Chef des Amtes Bildung“ in der NPD ist seine zentrale Aufgabe „systematisch Führungskräfte- und Nachwuchsschulungen durchzuführen“. Er nimmt regelmäßig an den Cottbuser Stadtverordnetenversammlungen teil und versucht den Faden zur Lausitz nicht zu verlieren. Hübner im Gegenteil übergibt seinem Nachwuchs die Führung und zieht sich vermehrt aufgrund gesundheitlicher Probleme aus der Politik zurück. Die Gubener Noack und Schulz sind nach ihrem Einzug in den Kreistag kaum durch Aktivität aufgefallen. Dornbrach ist seit dem Verfall des Lausitzer „JN Stützpunktes“, Beisitzer im Bundesvorstand und Bundesbildungsbeauftragter der JN sowie Landesvorsitzender der „**JN Brandenburg**“.

Das Neonazi-Geschäft „The Devils Right Hand Store“

In der Taubenstraße 35 in Cottbus befindet sich ein deutschlandweit bekannter Neonazi-Laden. Mit der Gründung des dazugehörigem Label „**Rebel Records**“ entstand seit 2005 ein großes Netz rechter Musik-Branche und Propaganda. Der Inhaber ist **Martin Seidel** aus dem Umfeld der bekannten Cottbuser Rechtsrockband „**Frontalkraft**“. Der „**The Devils Right Hand Store**“ geht auf ein gleichnamiges Lied der Band „**Skrewdriver**“ „**Justice for the Cottbus six**“ zurück.

Das Geschäft bietet die komplette Bandbreite rechter Bekleidung, Musik, Bücher und „Sonstiges“ an. Für Kund_innen außerhalb von Cottbus bietet der Laden einen professionell und aktuell geführten Online-Versand an. Die Plattenfirma „Rebel Records“ produziert neben deutschen auch viele internationale Größen der neonazistischen Musik-Szene.

Zur Werbung schaltet das Label in bekannten rechten „Fanzines“ Anzeigen und führt bundesweit auf geheimen Neonazi-Konzerten Verkaufsstände durch. Das Neonazi-Festival „**Rock für Deutschland**“ in Gera wird von „Rebel Records“ seit Jahren mitorganisiert und finanziert. Mit dem Schwerpunkt auf Popularisierung neonazistischer Musik und Ideologie spielt das Plattenlabel auch in Südbrandenburg eine immense Rolle und bestimmt die Landschaft rechter Konzerte. Viele regionale Konzerte sind auf das Label zurückzuführen. Zuletzt ein Konzert in „Mitteldeutschland“ mit Neonazi-Größen wie „**Moshpit**“ und „**Painful Awakening**“ am 27. Oktober 2012.

Die örtliche Neonazi-Szene nutzt das Geschäft auch als Treff- und Anlaufpunkt. Der Inhaber wiederum unterstützt die Neonazis durch den Verkauf von Solidaritäts-Artikeln wie CD´s, z. B. der verbotenen „**Spreelichter**“. Zum Umfeld gehört nach wie vor die Band „Frontalkraft“ um den Sänger **Sten Söhndel**. Stellvertretend für die Band, beteiligte er sich an dem „Solidarität IV“-Sampler zur finanziellen Unterstützung eines Neonazi – einem Helfer des Mörder-Trio des „**NSU**“ – und komponierte dafür neue Lieder.

Rechter Lifestyle und Erlebniswelt in Cottbus

Immer intensiver versuchen Neonazis innerhalb ihrer „Freizeitaktivitäten“ wie in der Cottbuser Fanszene oder Kampfsport-Klubs „erlebnisorientierte“ Personen zu agitieren. Die Fanszene des lokalen Fußballvereins „FC Energie Cottbus“ ist deutschlandweit für rassistische und antisemitische Ausrichtung bekannt. Das **Kickbox-Team Cottbus 09** schloss mehrere Spitzen-Sportler aufgrund neonazistischer Positionen aus und geriet selbst in Erklärungsnot.

Für bundesweite Schlagzeilen sorgte der Cottbuser Anhang nach einem Spiel gegen SG Dynamo Dresden in 2005, als ein Banner mit der Aufschrift „Juden“ hochgehalten wurde. Wobei das „D“ im Wort das Logo der „SG Dynamo“ beinhaltete. Verantwortlich dafür war die Hooligan- und Ultra-Gruppierung „**Inferno Cottbus 99**“ (IC99). Diese war schon seit der Gründung 1999 durch antisemitische, rassistische und homophobe Aufkleber, Choreografien und Transparente aufgefallen. Viele Neonazis schlossen sich der Gruppe an. So etablierte sich schnell ein rechter Mob im Stadion, welcher die Stimmung in vielen Blöcken bestimmte. Nachdem mehrere Mitglieder bis 2011 Stadionverbote und als Gruppe ein Erscheinungsverbot für das Stadion erhielten, erlebten andere Fangruppen wie das „**Collettivo Bianco Rosso**“ (CBR02) einen Aufschwung.

Das CBR02 pflegt seit Jahren eine enge Fan-Freundschaft zu den „**NS-Boys Chemnitz**“. Einer Hooligan- und Ultra-Gruppierung die aus ihrer neonazistischen Gesinnung kein Geheimnis macht und sich auf Werbe-Materialien mit dem Kopf eines Hitler-Jugendlichen

präsentiert. Die befreundeten Gruppen unterstützen sich gegenseitig, besuchen Fußball-Spiele des anderen und organisieren gemeinsame Veranstaltungen wie z.B. Fußball-Turniere. So kommt es öfters vor das NS-



Abb. 71: Oft sind neben den eigenen Transparenten auch Banner befreundeter neonazistischer Hooligangruppierungen im Cottbusser “Stadion der Freundschaft” zu sehen.

verherrlichende Transparente der „NS-Boys“ auf den Cottbuser Heim- und Auswärtstribünen vorzufinden sind. Auch bei CBR02 gibt es personelle Überschneidungen mit aktiven Neonazi-Gruppen. Der „Capo“ von CBR02 **– Maik Liersch,** welcher seit vielen Jahren der Vorsänger auf dem Zaun im Stadion gewesen ist, war wegen eines Überfalls auf eine antifaschistische Party im Jahr 2005 mit weiteren 20 Neonazis angeklagt.

2011 endete für viele Mitglieder von IC99 das Stadion- und Erscheinungsverbot. Seitdem dominieren sie erneut die aktive Cottbuser Fan-Szene. Nachdem viele Mitglieder der ersten Stunde weggezogen sind oder inaktiv wurden, steht eine neue Generation von Neonazis an der Spitze. Immer wieder stellt die Fan-Gruppe ihre politische Ausrichtung zur Schau. Auch aktuell wird auf Aufklebern gegen andere Fußballvereine mit Beleidigungen wie „Zigeuner“, „Schwule“ oder „Zecken“ diskriminiert. Auf einem Transparent befindet sich ein „SS“-Totenkopf, auf anderen Hitler-verehrende Sprüche wie „Die Halben hol´ der Teufel … (Wir stehen zum Führer)“, „Widerstand lässt sich nicht verbieten“ oder „Unterwegs im Reich“ mit einer Deutschland-Karte in den Grenzen von 1940. Der aktuelle „Capo“ auf dem Stadion-Zaun – **William Puder,** ist ebenfalls von IC99. Bei weiteren Mitgliedern von IC99 gibt es Verbindungen zu neonazistischen Gruppierungen. Auch Fans vom „Frankfurter FC Viktoria“ (**FCV-Hooligans**) und dem polnischen „KS Beskid Andrychonow“, zu welchen IC99 Fan-Freundschaften aufgebaut haben, sind für ihre rassistische Ausrichtung bekannt.

Die Cottbuser Fan-Szene mit den aktiven und einflussreichen Gruppen IC99 und CBR02 hat sich im „Stadion der Freundschaft“ eine eigene „Homezone“ kreiert. Mit dem Unterschied nicht nur Fans, sondern die aktive Spitze zu sein, bestimmen sie die Atmosphäre sowie die Außenwirkung des Vereins. Auch im Ordner_innen-Dienst des Stadion sind unzählige aktive Neonazis, besonders im Gästeblock-Bereich, beschäftigt. Mit einem großen Mobilisierungspotential versammeln sich hunderte Anhänger_innen zu „Derby-Märschen“.

Eine weitere rechte „Homezone“ für Neonazis ist der Kickbox-Team Cottbus 09 (KBTC). Durch eine Schlüsselfigur wie **Markus Walzuck** entstand ein neues Agitationsfeld. Der ehemalige Vorzeigesportler des KBTC war nicht nur Kampfsportler, sondern auch ein langjähriges Mitglied bei IC99, sowie ein Aktivist des inzwischen verbotenen „Spreelichter“-Netzwerks. So wurde das KBTC über Jahre hinweg mit ihrem Aushängeschild Markus Walzuck zu einem Magnet für rechte Jugendliche.

Immer wieder geriet der Verein KBTC mit ihren Kämpfern in das Fadenkreuz der Kritik. Walzuck wurde 2011 die Einreise nach Israel zu einem Wettkampf aufgrund von „Hinweisen auf Kontakte von ihm in die rechtsradikale Szene“ verweigert. Auch schon früher ist Walzuck vor einem Kampf zu einem Lied der Neonazi-Band „**Blitzkrieg**“ in den Ring gestiegen. Zu einem Wendepunkt kam es im Januar 2012, nachdem Walzuck wegen Volksverhetzung verurteilt wurde. Er reiste mit 17 weiteren Personen in den Urlaub nach Mallorca, wobei alle ein T-Shirt mit dem Aufdruck „A.H. Memorial Tour 2011 – Protectorat Mallorca“ und „Seit 66 Jahren vermisst. Du fehlst uns. Wir brauchen dich“ trugen. Alle Teilneh-

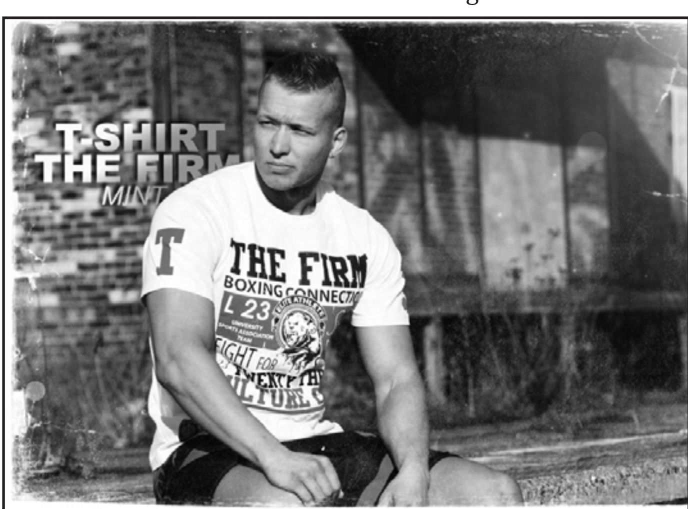


Abb. 72: Modisch und unauffällig kommt die Mode von “Label 23” daher. Screenshot von der Homepage des Bekleidungsversands.

Label 23

Markus Walzuck ist ehemaliger Inhaber der Bekleidungsmarke „**Label 23 – Boxing Connection**“ und des Geschäfts „**Blickfang-Store**“ in Cottbus. Besonders beliebt bei Kampfsportler_innen, Hooligans und Neonazis, nicht zuletzt wegen der Werbung auf einschlägigen Internet-Plattformen. Die Marke gibt sich nach außen eher unpolitisch, spielt jedoch mit neonazistischen Codes. So gibt es Motive mit dem Namen einer bekannten Rechtsrock-Band aus den USA „**Bound for Glory**“ oder einem Zahnrad mit großer Ähnlichkeit zum Symbol der „Schwarzen Sonne“. Die Marke bietet ebenso Sponsoring an. So werden Musiker wie der nationalistische Rapper „**Dissziplin**“ oder Kämpfer **Benjamin Brinsa** mit Verstrickungen in die Neonazi-Szene, unterstützt. Nicht nur in Südbrandenburg scheint die Marke beliebt zu sein, im Sortiment vieler Läden in Ostdeutschland ist „Label 23“ zu finden.

mer bezahlten die Geldstrafe, außer Walzuck welcher einen Rechtsstreit forderte. Durch diese offensichtliche Hitler-Verehrung wurde Walzuck nach der Verurteilung aus dem Verein ausgeschlossen. Auch ein weiterer Teilnehmer der Reise, ebenfalls ein Kämpfer des KBTC und Hooligan bei IC99 – **Christian Branig** – verließ den Verein. Nach der Verurteilung und medialem Interesse wurde bekannt das ein weiterer Kämpfer des KBTC – **Mario Schulze** – und ein offizieller Sponsor des Vereins – **Daniel Jacobs** – an der Reise beteiligt waren und die T-Shirts trugen. Trotz der selben Sachlage wie bei Walzuck, folgten keine weiteren Rausschmisse, der Verein KBTC positionierte sich für den Sportler und machte sich somit noch mehr attraktiver für rechte Kreise.

Forst

In Forst (Lausitz) konnten sich feste faschistische Strukturen trotz zahlreicher Versuche nie über einen längeren Zeitraum etablieren. In den 1990er Jahren existierte eine Kameradschaft „**Heereskommando Forst**“ und Mitte der 2000er Jahre versuchte die NPD in der Stadt Fuß zu fassen. Zwar bekamen die Organisationen auch einigen antifaschistischen Gegenwind, doch zerbrachen sie vor allem daran, dass sich wichtige Führungskader zurückzogen. Der NPD-Kreisvorsitzende **Andreas Beckmann** trat 2006 aus der Partei aus und engagierte sich danach als Sprecher des Bündnisses „Runder Tisch für Demokratie und Toleranz“ und in der Linkspartei. Die Rekrutierung des Nachwuchses für neonazistische Gruppen kam immer wieder ins stocken, weil für rechte Jugendkulturen keine eigenständigen Räume zur Verfügung standen.

Anders sieht dies in den südlich der Stadt gelegenen Dörfern Preschen, Schacksdorf und Simmersdorf aus. Die kommunalen Jugendclubs wurden von Neonazis dominiert und regelmäßig fuhren NPD und DVU hier einige ihrer landesweit besten Wahlergebnisse ein. In Simmersdorf hatte die Band „Frontalkraft” eine Zeit lang ihren Proberaum und im örtlichen Gasthof wurde zuletzt 2009 ein Neonazi-Konzert mit über 130 Besucher_innen durch die Polizei aufgelöst. Die rechte Hegemonie geht in diesen Dörfern so weit, dass sich Ortsvorsteher_innen und anderen Verantwortliche nicht wagen gegen die Entwicklungen klar Stellung zu beziehen. Trotz des feindlichen Umfeldes konnte sich in der Kleinstadt Döbern lange Zeit eine alternative Jugendszene halten. Inzwischen dominieren auch hier Neonazis das Stadtbild. Vor allem **Dirk Rakete** und **Sebastian Borg** waren in der Vergangenheit mehrmals führend bei Übergriffen auf linke Jugendliche beteiligt.



Abb. 74: Willi Puder (zweiter v. r.) mit dem Neonazi-Barden Frank Rennicke beim NPD-Pressefest 2010.



Abb. 73: Posing bei einer Geburtstagsfeier in der „Firma 18“ – Willi Puder (obere Reiher, erster v. l.); Christian Blume (untere Reihe dritter v. l.).

In den letzten Jahren ist auch in Forst ein Milieu entstanden, dessen Mitglieder stark durch das Umfeld der neonazistischen Fanszene des FC Energie Cottbus geprägt wurden. Als Ultra-Gruppe „**Süden Attack**“ (abgekürzt „SA“) traten sie 2005 zuerst bei Spielen des SV Süden Forst auf. Gegnerische Fans und Spieler wurden regelmäßig mit rechten Parolen angepöbelt und bedroht, teilweise erhielten sie dabei auch Unterstützung durch Hooligans aus Cottbus. Im Verein stießen sie mit ihrem Auftreten kaum auf Widerstände. Selbst als 2010 ein Mitglied auf einer Versammlung ein T-Shirt mit der Aufschrift „Vizeweltmeister 45“ inklusive Reichsadler trug, wurde ein Bild dieses „Gags“ auf die Vereinshomepage gestellt. Als kontinuierlicher Treffpunkt stand den Neonazis lange ein Nebengebäude auf dem Vereinsgelände zur Verfügung.

Seit 2010 mietete sich die Gruppierung in unmittelbarer Nachbarschaft in eine alte Baracke ein, die sie nach außen mit Sichtschutz und Stacheldraht wie zu einer Festung ausbauten. Ihren neuen Treffpunkt nannten Sie in Anspielung auf Adolf Hitler „**Firma 18**“ (siehe Kasten).

Zentrale Personen sind der Simmersdorfer Christian Blume, der wegen seiner hohen Gewaltbereitschaft ein wichtiger Faktor in der Forster Nazi-Szene ist und William Puder, der von Anfang an eine Führungsfigur bei den „Ultras“ des SV Süden war und sogar zum Capo (Vorsänger mit Megaphon) im Energie-Stadion „aufgestiegen“ war. Diese im Fanblock zentrale Position konnte er mit Unterstützung der rechten Fan-Gruppierung „Inferno Cottbus“ einnehmen. Seine Verbindungen zum verbo-

tenen Neonazi-Netzwerk „Spreelichter“ versucht er in der Öffentlichkeit zu leugnen.
Den Teilnehmenden der NPD-Kundgebung und der



Abb. 75: Stefan Senf, Stefan Wend und Felix Herzog (v. l. n. r.)bei einer NPD-Demontration am 21. Mai 2011 in Spremberg.

„Firma 18“ bescherte ihr „Outing“ einige Probleme. Von Seiten des inzwischen in „SV Lausitz“ umbenannten Fußballvereins wurde die Entwicklung im eigenen Umfeld zuerst noch heruntergespielt. Nachdem auch die überregionale Presse über den „Fußballplatz mit braunem Rand“ berichtete, musste der Verein reagieren. Im Vorfeld der antifaschistischen Demonstration im Oktober 2012 wurden der „Firma 18“ durch den Grundstückseigentümer endgültig gekündigt.
Der Verlust der „Firma 18“ bedeutete aber keinen Einschnitt in die Aktivitäten der Neonazis. Getroffen wird sich nun in Privatwohnungen. Ein Teil der Gruppe radikalisiert sich weiter. Andere werden stärker in die örtliche Rockerszene eingebunden.

Spremberg

Spremberg, eine ca. 24.000 Einwohner umfassende Kleinstadt, 15 Kilometer südlich von Cottbus, wird in der bürgerlichen Öffentlichkeit als beschauliche, weltoffene „Perle der Lausitz“ wahrgenommen. Schaut mensch allerdings genauer hin zeigt sich ein eher anderes Bild.

Südbrandenburg gilt als eine Region mit einer der aktivsten Neonazi-Szene Brandenburgs. Spremberg bildet hierbei eine der Hochburgen gewaltbereiter, jugendlicher Neonazis. Zu den aktivsten Protagonist_innen zählen hierbei vorrangig jugendliche bzw. junge Männer die sich dem, im Juni 2012 durch den brandenburgischen Innenminister verbotenen Zusammenhang „Widerstandsbewegung Südbrandenburg“ (WS), im speziellen den „Spreelichtern“ zugehörig fühlen. Im Zusammenhang mit diesem Verbot bildete Spremberg im Rahmen des Polizei-Großeinsatzes einen sogenannten Einsatzschwerpunkt. Hier wurden zwei Wohnungen durchsucht.
Jüngste Beispiele für die Aktionsformen dieser Spremberger sogenannten “Autonomen Nationalisten” sind der Angriff auf die Lokalredaktion der Lausitzer Rundschau in der Nacht zum 30. April 2012, nachdem diese kritisch über einen vermummten Aufzug sogenannter „**Spremberger Nationalisten**“ am örtlichen Bismarckturm berichtete, sowie der Angriff auf fünf Jugendliche die in der Nacht zum 13. Mai 2012 einen Spremberger Jugendtreff, der von Neonazis als links wahrgenommen wird.

Außerdem griff eine Gruppe junger Neonazis ein von Stadtverwaltung und Lausitzer Rundschau veranstaltetes „Fest der Vielfalt“ an, nachdem diese in T-Shirts mit der Aufschrift „Heute tolerant morgen fremd im eigenen Land“ durch die Stadt zogen und versuchten einen „Asia-Imbiss“-Betreiber einzuschüchtern. Maßgebliche Drahtzieher hierbei sind die Spremberger Neonazis **Franz Datzmann** und **Patrick Wolf**, von denen ersterer zur Zeit eine Haftstrafe wegen mehrerer Körperverletzungs- und Bedrohungsdelikten verbüßt. Des Weiteren stützt sich dieser Personenkreis auf die IT- und Onlinerecherchetätigkeiten des im Stadtteil Kollerberg wohnenden **Sandy Hübschmann**, der unter anderem für die Pflege der Internetseite „**Revolutionäres Spremberg**“ verantwortlich zeichnet. Als immer wiederkehrende Protagonisten der gewalttätigen Exzesse sind **Andreas Schultchen** so-wie **Tony Pruska**



Abb. 76: “Nationalisten Spremberg” am Bismarckturm.

zu nennen, die beim Angriff auf das „Fest der Vielfalt“ beteiligt waren. Verteidigt werden beide und auch andere Spremberger Neonazis von dem in der Langen

“Firma 18” in Forst

Eine im Kern ca. 15 Personen starke Gruppe organisierte in der von Neonazis angemieteten Baracke regelmäßig Partys und Veranstaltungen, die auch von (noch-)nicht-rechten Jugendlichen besucht wurden. Sie kamen auf diese Weise mit Vertreter_innen der NPD und „Freien Kameradschaften“ in Kontakt. Im Eröffnungsjahr gab es immer wieder rechte Sprühereien im Stadtgebiet und am 15. Juli 2010 auch einen Angriff auf das alternative Kultur- und Begegnungszentrum „Park 7“. Das Erstarken der rechten Szene erfolgte lange unter der Oberfläche, erst ein NPD-Infostand am 19.03.2011 in der Forster Innenstadt machte deutlich, dass es in der Stadt wieder einen Personenkreis gibt, der bereit ist, die Partei zu unterstützen. Von den 30 anwesenden Neonazis waren zehn Mitglieder der „Firma 18“. Vor allem die drei Forster **Stefan Wend, Felix Herzog** und **Stefan Senf** wurden davor und danach bei anderen NPD-Veranstaltungen in Cottbus und Spremberg gesichtet und dienten dem NPD-Funktionär Ronny Zasowk als Kontaktpersonen vor Ort.

Straße ansässigen Neonazi-Anwalt **Ronny Krautz**. Bei diesen Neonazis bestehen direkt Verbindungen zu Kamerad_innen im gesamten südbrandenburgischen Raum. Vorrangig bestehen diese zu den verbotenen „Spreelichtern", zu Neonazis in Cottbus sowie zu Hooligans und Ultragruppen des FC Energie Cottbus, hierbei in erster Linie zu „Inferno Cottbus" und der Ultragruppe „Colettivo Bianco Rosso" Cottbus. Einen weiteren Anknüpfungspunkt bildet für diese Jugendlichen die subkulturelle rechte Erlebniswelt in Cottbus, z. B. „Devils Right Hand Store". In Spremberg treffen sich Neonazis vornehmlich in privaten Garagen oder am Wochenende in der „City Bowling"-Anlage im „City Center Spremberger". Dieser Ort kann an Wochenendtagen von Menschen die nicht in das Weltbild der Neonazis passen nur unter einer allgemeinen Gefährdung betreten werden.



Abb. 77: NPD-Demonstration in Spremberg am 21. Mai 2011.
Am Transparent Markus Noack (mitte) und Benjamin_Mertsch (rechts).

Einen weiteren Akteur der Neonazis bildet das NPD-Büro in Spremberg das dem "**Kreisverband Lausitz**" angehört. Es besteht aus ca. acht festen Mitgliedern die jedoch lediglich durch Infostände und Mahnwachen, hierbei auch nur durch tatkräftige Unterstützung der NPD- und JN-Strukturen aus Cottbus, öffentlichkeitswirksam auftreten können. Der letzte „große Coup" gelang der NPD in Spremberg ebenfalls nur durch die Übernahme des organisatorischen Schwerpunkts durch Kader aus Cottbus am 21. Mai 2011. Hierbei gaben sie sich der Lächerlichkeit preis und wurden von mehreren hundert Gegendemonstrantierenden in ihrem Tun massivst gestört.

Eine wesentliche Stütze für derlei neonazistische Umtriebe bietet in Spremberg das gesellschaftlich sowie parlamentarische Umfeld. In der Spremberger Bevölkerung herrscht ein zutiefst lokalpatriotischer und xenophober Grundkonsens vor der sich gegen jegliche Kritik von Außen versperrt wird und mit Slogans wie: „Ihr habt ja keine Ahnung, ihr seid überhaupt nicht von hier." diskreditiert. Die Stadtverwaltung begnügt sich derweil mit Lippenbekenntnissen und ist besorgt um die wirtschaftliche Lage. Sie verkennt dabei völlig das Tatsachen wie die weder Kosten noch Mühen scheuende Restauration eines nationalistischen Symbols wie des Bismarck-Turms, der nicht umsonst als Fotolocation für die Neonazis diente denn an seiner Krone steht zu lesen: „Wir Deutsche fürchten Gott und sonst nichts auf der Welt". Auch die Verharmlosung der „Hetzjagd von Guben" durch den amtierenden Bürgermeister **Klaus-Peter Schulze** und anderer Stadtverordneter bilden den Nährboden für nationalistische, xenophobe und neonazistische Einstellungen in Spremberg.

Antifa heißt ...

Wer und was ist der Ansatz von Antifagruppen



Abb. 78: Durch Organisierung von Gegenprotesten, Blockaden, direkten Aktionen oder Recherche zeichnen sich antifaschistische Gruppen auch in Brandenburg aus. Hier Blockade eines Neonazi-Aufmarschs am 31. März 2012 in Brandenburg an der Havel.

Mit mindestens 28 Todesopfern neonazistischer Gewalt, von denen nur neun offiziell durch die Landesregierung anerkannt sind, steht das Bundesland Brandenburg hoch in der bundesweiten Statistik. Lange Zeit galt und zum Teil bis heute gilt Brandenburg als Hort neonazistischen Gedankenguts, organisierter Strukturen und eines rassistischen Klimas. Da erscheint antifaschistische Gegenwehr in Brandenburg als wichtig und notwendig. Der folgende Text wirft einen Blick auf den Antifaschismus in Brandenburg und diskutiert Möglichkeiten und Perspektiven antifaschistischer Politik in der Region.

Antifa als notwendiger Selbstschutz

Angesichts des zunehmenden Neonazismus in der DDR und dem Überfall von organisierten Neonazis auf ein Punkkonzert in der Ostberliner Zionskirche 1987 entstanden aus der Punkszene heraus mehrere Antifa-Zusammenhänge, die sich den neonazistischen Aktionen und Personengruppen entgegensetzten. 1988 gründete sich in Potsdam, ebenfalls als Reaktion auf einen neonazistischen Überfall, die erste Antifa-Gruppe Brandenburgs. Sie bemühte sich das Problem des erstarkten Neonazismus in der DDR in das Blickfeld zu rücken, wodurch sie auch ins Beobachtungsfeld der Staatssicherheit kam.

Mit dem Beitritt der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes herrschte in Brandenburg, wie auch in anderen Teilen der Bundesrepublik, eine desolate Situation der Perspektivlosigkeit und Abstiegsangst. Gepaart mit erstarktem Nationalismus wuchs ein rassistisches Grundklima, welches einem Ausbruch neonazistischer Gewalt gesellschaftlich legitimierte. Zugleich bauten Bund und Kommunen wirtschaftliche und staatliche Strukturen ab – vor allem auch Jugend- und Sozialeinrichtungen - wodurch viel Leerstand entstand. Als Reaktion auf die Schließungen und den Verlust von Treffpunkten, wurden in vielen größeren, aber auch in kleineren Städten Brandenburgs Häuser besetzt. Diese Projekte waren nicht nur preiswerte Wohnräume, sondern auch wichtige Freiräume zur Selbstentfaltung linker und alternativer Jugendkultur. Dort, wo Hausprojekte entstanden, in denen sich Menschen selbst organisierten, konnte eine kontinuierlich politisch arbeitende linke Szene gedeihen. Zudem waren Hausprojekte wichtige Schutzräume vor Angriffen von Neonazis. Militante neonazistische Übergriffe, staatliche Kriminalisierung und polizeiliches Nichteingreifen sowie die fehlende Sensilibität der Gesellschaft waren bittere Realität, sodass nur militante Gegenwehr als äußerstes, aber notwendiges und legitimierbares Mittel übrig blieb. Durch antifaschistische

Gegenwehr auf verschiedenen Ebenen, auf die der Text im weiteren eingeht, konnte die neonazistische Hegemonie in vielen Teilen Brandenburgs durchbrochen werden. Dem folgten Verbote wichtiger neonazistischer Organisationen ab Mitte der 1990er Jahre, wodurch sich die Lage zunächst entspannte.

Intervention und eigene Akzente

Zu den Schwerpunkten antifaschistischer Arbeit in Brandenburg gehören klassische Aktionsfelder wie Protestaktionen, Recherche (Siehe Seite 82) und Aufklärungsarbeit sowie Gedenkpolitik. Brandenburger Antifa Gruppen und Initiativen setzen sich vielfältig mit dem historischen Nationalsozialismus auseinander. Seit 2010 findet z.B. ein Work-Camp auf dem Gelände des ehemaligen Frauen- und Mädchenkonzentrationslager Ravensbrück statt. Ähnliche Workcamps gab es in der Vergangenheit, wie beispielswiese das Antifa Workcamp in der Gedenkstätte Sachsenhausen Ende der 1990er/Anfang 2000. Beachtung findet ebenfalls das Gedenken an die Shoa, die Befreiung von Auschwitz, der Tag der Befreiung sowie weitere bedeutende Daten. Ein weiteres wichtiges Themengebiet ist die Aufarbeitung und die Anerkennung von Opfern rechter Gewalt seit 1990. In Orten wie Eberswalde, Brandenburg an der Havel oder Neuruppin fanden sich Initiativen, die für ein würdiges Gedenken der Opfer kämpfen.

Dass die Aktionsfelder mehr oder weniger begrenzt gewählt sind, liegt am lokalen Kontext, d.h. an strukturellen Gegebenheiten der Region, wie beispielsweise neonazistischen Hegemonien oder auch Tatorten neonazistischer Gewalt und damit verbundenen Problemen. Einerseits verfolgen Antifa-Gruppen den Anspruch Neonazismus systematisch zu bekämpfen, indem eine Öffentlichkeit geschaffen werden soll, die den Neonazis Räume entzieht und sie aus ihrer Anonymität reißt. Oftmals weckt dies auch das Interesse der Presse, so dass neonazistisches Treiben effektiv thematisiert und skandalisiert werden kann. Auf Webseiten, sowie gedruckten Publikationen oder Diskussionsveranstaltungen informieren Antifa-Gruppen regelmäßig die Öffentlichkeit über neonazistisches Treiben in den Regionen, auch über die Landesgrenzen hinaus. Andererseits bleibt wenig Raum für andere wichtige Themen, obwohl es vereinzelt Initiativen gibt, welche wie in Potsdam antisexistische Awarenessarbeit, in Frankfurt (Oder) Flüchtlingsarbeit leisten oder in Cottbus das jährlich stattfindende Klimacamp mitorgansieren.
Oft sehen sich Antifa-Gruppen mit dem Problem konfrontiert, aufgrund geringer personeller Kapazitäten überlastet zu sein, wodurch sich die Bearbeitung der Themengebiete auf das in ihren Augen Notwendigste beschränkt. Die Abwanderung in ländlichen Regionen Brandenburgs hinterlässt auch in der Antifa-Szene ihre Spuren. Mit dem Beenden der Ausbildung ziehen junge Erwachsene weg, wodurch für viele Antifa-Gruppen entweder ein Ende oder zumindest einen Generationswechsel folgt. Kontinuierliche antifaschistische Arbeit wird durch Hausprojekte in vielen Städten unterstützt.

Bündnisarbeit

Antifaschistische Arbeit und Vernetzung verläuft in Brandenburg auf einer pragmatischen und themen- bzw. aktionsbezogenen Ebene. Brandenburger Antifa Gruppen stehen im regen Austausch im Hinblick auf die lokalen Situationen. Zu Wahlen entstanden immer wieder landesweite Bündnisse, beispielswiese die Kampagne „Keine Stimme den Nazis“ zu den Kommunalwahlen 2008. Bündnisse stellen einen wichtigen Vernetzungspunkt dar, aus denen heraus gemeinsame Veranstaltungen und Aktionen durchgeführt werden können. Kampagnen und Bündnisse gegen Neonaziaufmärsche bieten darüber hinaus Anschluss an zivilgesellschaftliche Bündnisse. In Bündnissen wie “Brandenburg Nazifrei”, das “Netzwerk Neuruppin gegen Nazis” oder das “antifaschistische Netzwerk Brandenburg an der Havel/Rathenow/Premnitz” (AFN), welche auf Initiative von lokalen Antifaschist_innen gegründet wurden, arbeiten sowohl Antifa-Gruppen, als auch zivilgesellschaftliche Akteur_innen sowie Parteien und Jugendverbände zusammen. Mit vereinter Kraft konnten gerade in den letzten Jahren viele Neonaziaufmärsche mittels Sitzblockaden verhindert werden. (Mehr dazu auf Seite 78)

Die Mitarbeit in Bürgerbündnissen gehört zur gängigen Praxis vieler brandenburger Antifa-Gruppen, was nicht immer selbstverständlich war. Während in Großstädten wie Berlin Antifa-Bündnisse auch ohne Zivilgesellschaft agieren können, ist die Zusammenarbeit in gerade kleineren Städten Brandenburgs fast unumgänglich. Oft wird zu Recht kritisiert, dass dadurch linksradikale Inhalte zurückgesteckt werden.

Brandenburg besitzt eine bunte Landschaft an zivilgesellschaftlichen Zusammenhängen und Bündnissen. Allerdings darf auch die Ausrichtung zivilgesellschaftlicher Bündnisse in Brandenburg nicht mit Bündnissen größerer Städten und Metropolen verwechselt werden. Hier begegnen sich lokale Initiativen, Personen der Politik und Verwaltung bis hin zu Polizei an einem Tisch, so dass ein Minimalkonsens getroffen werden muss um gegen Neonazismus gemeinsam vorgehen zu können. Weit vor dem „Aufstand der Anständigen“ Anfang der 2000er Jahre entstanden in Brandenburg im Zuge neonazistischer Gewaltexzes-se der 1990er Jahre runde Tische und Foren, die sich dieser Tendenz entgegen gestellt haben. 1997 wurde das “Aktionsbündnis Brandenburg” ins Leben gerufen. Bis heute ist das “Aktionsbündnis Brandenburg” ein verlässlicher Bündnispartner, welches lokale Zusammenhänge unterstützt. Anders ist das Verhältnis zum „Toleranten Brandenburg“, das Handlungskonzept der Landesregierung, welches 1998 konzipiert wurde. Dieses zielt auf eine staatliche Zusammenarbeit von Sicherheitsbehörden, Gerichten, Verwaltungen und Zivilgesellschaften ab, was sich oft als schwierig erweist.

Gerade die Anwesenheit von Sicherheitsorganen in zivilgesellschaftlichen Bündnissen stellt sich aus antifaschistischer Sicht problematisch dar. Daher werden Bündnisse mit der Polizei vorwiegend gemieden. Der Ausschluss der Polizei und Sicherheitsbehörden aus

der Zivilgesellschaft stellt dabei die wichtigste Konsequenz dar, bevor eine praktische Arbeit möglich ist. Dass die Polizei kein Freund und Helfer ist, muss Bürger_innen, die eher ein staatshöriges Verständnis von zivilgesellschaftlicher Arbeit haben, klar gemacht werden. Eine Zusammenarbeit mit Sicherheitsbehörden, die Antifaschismus kriminalisieren, gegen Antifascht_innen Ermittlungen führen, so wie Vollstrecker von Abschiebung sind, ist unzumutbar. In zivilgesellschaftliche Bündnisse ist es über die Anti-Nazi-Arbeit hinaus wichtig, alle Diskriminierungsformen zu bennen, denn auch diese sind nicht frei davon. Denn gerade hier ist es wichtig andere Diskriminierungsformen aufzudecken und zu intervenieren, denn die Zivilgesellschaft erweist sich als nützliche_r Multiplikator_in, der Einfluss auf Politik, Verwaltung und weitere gesellschaftliche Ebenen hat. Die Zusammenarbeit stößt insbesondere an seine Grenzen durch das soganannte Extremismuskonstrukt. Engagierte Antifaschist_innen werden zunehmend mit Neonazis gleichgesetzt, so dass eine Arbeit in einem gemeinsamen Bündnis verunmöglicht wird. (Mehr dazu auf Seite 28)

Perspektive

Nach fast 20 Jähriger Kontinuität kann hier eine positive Bilanz gezogen werden. „Antifa“ ist nach wie vor notwendig und bleibt ein wichtiger Akteur gegen Neonazismus. Woran misst sich der Erfolg? Zunächst gibt es eine Zurückdrängung neonazistischer Strukturen durch Recherche und Öffentlichkeitsarbeit, erfolreiche Bündnisarbeit. Dass auch zunehmend Politiker_innen und zivilgesellschaftlich Engagierte in Brandenburg zu zivilen Ungehorsam in Form von Sitzblockaden bereit sind, ist ein Erfolg antifaschistischer Bündnisarbeit. Diese Entwicklung ist Resultat einer engen Zusammenarbeit in zivilgesellschaftlichen Bündnissen, bei denen Antifa-Gruppen als Impulsgeber_innen agieren. Praktischer Antifaschismus hat sich etabliert um sich jenseits von staatlichen Akteuren gegen Neonazismus zu wehr zu setzen.

Die Räume dicht machen

Sitzblockaden als Mittel gegen Neonaziaufmärsche



Abb. 79: Sitzblockaden gehören heute zur "Standard"-Protestform gegen Neonaziaufmärsche. Das es dazu kommt liegt nicht zuletzt an der Organisation und Durchführung durch antifaschistische Gruppen.

5. September 2009, wieder einmal Neonaziaufmarsch in Neuruppin: Mehrere hundert Menschen um das Bündnis „Neuruppin bleibt bunt"sammeln sich in der Stadt, um beim Bratwurstessen hinter bunten Luftballons im so genannten „Demokratiequadrat" gegen Rechts zu protestieren. Die Aktion wirkt etwas verloren, so als ob man sich vor den Neonazis verstecken würde. Währenddessen versuchen 50 Jugendliche den Aufmarsch der „**Freien Kräfte Neuruppin**" mittels einer Sitzblockade zu verhindern. Die Polizei geht brutal gegen die Blockierer_innen vor und löst die Blockade auf. Die Neonazis laufen ungestört, teilweise bekommen die Blockierer_innen im Anschluss Geldstrafen aufgebrummt.. Die Nachbereitung des Tages brachte das deutliche Fazit: Alle bisherigen Aktionen und Konzepte gegen Naziaufmärsche waren gescheitert. Es musste sich etwas verändern, damit wir den Nazis nicht nur hinterherrennen. Es braucht ein wirksames Vorgehen und einen Erfolg gegen die Neonaziaufmärsche!

So frustrierend der Tag in Neuruppin auch war, er war Ausgangspunkt für eine Serie von antifaschistischen Blockaden im Land Brandenburg, durch die es inzwischen gelungen ist, die Demonstrationspolitik der Neonazis einzudämmen.

2010: Von Dresden beflügelt

20.000 Menschen waren 2010 in Dresden, fast jede_r von uns war dabei, als das erste Mal Europas größter Neonaziaufmarsch durch Blockaden verhindert wurde. Inzwischen hat Dresden für die Neonazis massiv an Bedeutung eingebüßt. Nicht wegen der städtischen Gedenkveranstaltungen fernab von den Rechten, sondern wegen der Blockaden. Überall in der Bundesrepublik und in den Nachbarländern Polen und Tschechien sprießen Blockade-Bündnisse wie Pilze aus dem Boden. So auch in Brandenburg. Noch 2010 gründet sich das Bündnis „Brandenburg Nazifrei", das Sitzblockaden als eine Form des Protestes für sich erkannte. Die Breite des Bündnisses, die Entschlossenheit und die unterschiedlichen Aktionsformen waren ein Erfolgskonzept, das letztlich die Nazis an etlichen Orten zum Aufgeben zwang. Sicherlich, nicht überall wurden die Demos verhindert, es hat auch Rückschläge gegeben. Aber durch die Blockaden seit 2010 sind die Räume für neonazistische Auftritte in der Öffentlichkeit enger gemacht worden.

Veränderungen der Demonstrationspolitik und das Aktionsjahr 2012:

Von 2000 bis 2011 gab es in Brandenburg 84 Neo-

nazidemonstrationen, im Durchschnitt sieben im Jahr. Allein fünf Versuche gingen 2010 auf das Konto der „**Kameradschaft Märkischen Oder Barnim**". Nur einen davon konnten sie durchführen, die restlichen scheiterten an den Aktionen von „Brandenburg Nazifrei". 2011 waren es die „Freien Kräfte Neuruppin/Osthavelland", die mehrere Demonstrationen organisierten. Bei etwa der Hälfte der Demonstrationen der vergangenen Jahre tritt die **NPD** als Veranstalter auf. Im Jahr 2012 rief der Brandenburger NPD-Verband die so genannte „**Aktion Kleeblatt**" aus. In den vier großen Brandenburger Städten Frankfurt (Oder), Brandenburg an der Havel, Cottbus und Potsdam wollte die Partei gegen den Euro demonstrieren. Neben diesen gehörten auch der etablierte Aufmarsch in Cottbus anlässlich der Bombardierung der Stadt im Februar sowie einige kleinere Aufzüge der NPD und von "freien Kameradschaften" in den Terminkalender. Trotz der Quantität der Aufmärsche, hat die Zahl der Teilnehmenden im Vergleich zu den Vorjahren abgenommen und liegt mit 125 unter dem Schnitt von 2010 und 2011 (140 TN) und deutlich unter dem bundesweiten Durchschnitt von rund 280. Die Bedeutung von Demonstration hat für die neonazistische Szene weiterhin Kontinuität, doch haben sich die Aktionsformen verändert. Einige Muster sind zu beobachten:

1. Versammlungen werden nicht angekündigt: Klandestin organisierte Fackelmärsche wie der inzwischen verbotenen „**Spreelichter**" (siehe Text S. 12) sind meist weder Antifaschist_innen noch der Polizei zuvor bekannt. Beispielsweise demonstrierten im Juli 2012 30 Berliner und Brandenburger Neonazis zum 99. Geburtstag von SS-Kriegsverbrecher **Erich Priebke** in Hennigsdorf. Die vor allem nach Innen gerichtete Wirkung dieser Aufmärsche beschert den Beteiligten ein Erfolgserlebnis, weil Proteste ausbleiben. Allerdings sind heimliche Demos auch ein defensiver Schritt des Ausweichens, der obendrein die Außenwirkung beeinträchtigt.
2. Wandermahnwachen und Aktionstage: Kurz an einem, kurz an einem anderen Ort war die NPD während ihrer „Wandermahnwachen". In kürzester Zeit wurden mehrere Orte angefahren, was die Organisation von Gegenprotesten erschwerte. Auch die „Aktionstage" zersplittern den Gegenprotest: So führte die NPD parallel zu ihrem Demonstrationsversuch in Potsdam im September 2012 eine größeren Infostand in Schwedt/Oder durch.
3. Eigene Störaktionen: Demonstrationen von Antifaschist_innen und Migrant_innen zu stören versuchten Neonazis 2012 zweimal in Potsdam – auf Grund der geringen Beteiligung waren ihre Störversuche bisher nicht erfolgreich.

Die NPD setzt zunehmend auf kleine Aktionen, sie erhoffen mit wenig Kosten- und Personalaufwand, große mediale Aufmerksamkeit zu bekommen. Dennoch setzt insbesondere die NPD weiterhin auf klassische Demonstrationen. In 2012 konnten allerdings von den acht größeren Demonstrationen nur zwei als wenigstens teilweise Erfolge gewertet werden – beide in Cottbus. In allen anderen Städten verhinderten Menschenblockaden die gesamten Aufmärsche oder zumindest zum überwiegenden Teil. Dazu kommen diverse kleine Aktionen, wie die oben genannten Wanderblockaden und Demonstrationen unter 50 Personen unter anderem in Premnitz nach dem gescheiterten Aufmarsch in Brandenburg an der Havel im März und Hennigsdorf im Juli 2012. Diese mitgezählt liegt der Durchschnitt unter 100 Teilnehmenden.

Diese Veränderungen der Demonstrationskultur – viele kleine, meist erfolglose Demonstrationen – sind eine defensive Reaktion der Neonazis auf die Blockaden und starken Proteste in den vergangenen Jahren.

In allen Städten sollten Sitzblockaden die Neonazis stoppen

Blockaden sind ein wirksames Mittel die Ausstrahlungskraft von Demonstration für Neonazis zu nehmen. Die unmittelbare Nähe des antifaschistischen Protest zur Neonazidemonstration schränkt die intendierte Wirkung der Aufmärsche massiv ein. Die Neonazis sind nicht der Lage, sich selbst in Szene zu setzen, wenn um sie herum ein großes Aufgebot an Polizei und Gegendemonstrant_innen verhindert, dass sie sich auf der Straße zur Schau stellen können. Bei einem Aufmarschversuch in Potsdam im September 2012 hatte man die Neonazis nur ganz vereinzelt hinter einer Reihe von Polizeifahrzeugen versteckt sehen können. Bürger_innen erreicht haben sie nicht. Geschweige denn, dass diese ernst genommen werden: Wer es nicht einmal schafft, eine einfache Demonstration durchzuführen, dem wird nicht zugetraut, eine wählbare Alternative zu sein, oder gar in der Lage zu sein, das System zu verändern, wie es die Neonazis gern von sich behaupten. Auch steigt die Hürde für junge Aktivist_innen sich öffentlich zu ihrer, teils noch nicht gefestigten Meinung, zu bekennen. Der Protest der letzten Jahre hat dazu geführt, dass der Kreis der Demonstrat_innen auf wenige Aktivist_innen zusammengeschrumpft ist. Lose Sympathisierende können sie auf diese Weise nicht gewinnen. Nicht zu vergessen, nehmen erfolgreiche Blockaden den Neonazis den „Spaß" am Demonstrieren. Frustriert müssen sie nach stundenlangem Warten wieder nach Hause gehen.

Sitzblockaden sind Ausdruck politischen Protestes, in der Regel setzen sich Blockierende auf die Straße, um friedlich Neonazidemonstrationen zu verhindern. Sitzblockaden gelten als Form des zivilen Ungehorsams

Erfolgreiche Blockaden in 2012/2013

• Cottbus (15. Februar) → Aufmarsch verzögert und umgeleitet.
• Frankfurt (Oder) (24. März) → nach wenigen hundert Metern verhindert.
• Brandenburg an der Havel (31. März) → nach wenigen hundert Metern verhindert.
• Neuruppin (14. April) → nach wenigen hundert Metern verhindert.
• Wittstock (01. Mai) → komplett verhindert.
• Cottbus (12. Mai) → Aufmarsch verzögert und umgeleitet.
• Potsdam (15. September) → komplett verhindert.
• Frankfurt (Oder) (10. November) → nach 30 min gestoppt.

Erstmals wurde am 15. Februar 2013 der Neonaziaufmarsch in Cottbus durch durch zivilen Ungehorsam verhindert.

republik Deutschland ist eine Sitzblockade verfassungsrechtlich eine Versammlung nach Art. 8 des Grundgesetzes.

Städteübergreifende Solidarität

Erstmals wurden die Erfahrungen aus Dresden und dessen Aktionskonsens im Rahmen des Bündnis „Brandenburg Nazifrei“ 2010 übernommen: Der Konsens besagt *„Wir leisten zivilen Ungehorsam gegen den Naziaufmarsch. Von uns geht dabei keine Eskalation aus. Unsere Massenblockaden sind Menschenblockaden. Wir sind solidarisch mit allen, die mit uns das Ziel teilen, den Naziaufmarsch zu verhindern.“* Eine wichtige Voraussetzung für den Erfolg von „Brandenburg Nazifrei“ hatten die Neonazis ungewollt selbst geschaffen. Durch ihre Demonstrationsreihe in sieben Orten innerhalb von sieben Wochen, provozierten sie eine städteübergreifende Solidarität. Die gegenseitige Unterstützung der Orte war das effektivste Mittel gegen das ehrgeizige Vorhaben der Neonazis. In einigen Orten hatten engagiere Antifaschist_innen bereits über Jahre zusammengearbeitet. Das Vertrauen und die gemeinsame Erfahrung waren ein entscheidender Ausgangspunkt.

Entschlossener Widerstand

In den Jahren zuvor war es üblich, wie im Eingangsszenario beschrieben, dass sich die Bürger_innen auf symbolische Aktionen, wie Plakate hängen, Menschenketten oder Gottesdienste beschränkten. Für Antifas war das nicht genug. Es war klar: Im Kampf gegen Neonazis wollen und können wir uns nicht auf den Staat verlassen:
Das Beispiel Dresden und der Freistaat Sachsen haben gezeigt, das gerichtliche Entscheidungen kein Ersatz für zivilgesellschaftliches Engagement sein können. In einem beispiellosen Gesetzes-Hick-Hack hatte Sachsen das Versammlungsrecht ausgehöhlt und seine Stärke in Form von massiven Strafverfolgungen von Antifaschist_innen gezeigt. Das Komitee für Grundrechte kam in ihrem Bericht zu der Einschätzung, die Sächsische Regierung „verhielt sich im Gesamt ihrer Institutionen und Vertreter einer demokratischen Verfassung zuwider.“ Auch das Bundesverfassungsgericht kam zu einem anderen Urteil als die Sächsischen Behörden: Im März 2011 erklärten das BverfG, das friedliche Sitzblockaden keine Nötigung darstellen. Dies umso mehr, wenn die Aktionen ihrerseits Versammlungscharakter haben, also selbst angemeldete Versammlung sind. In Brandenburg hatte man schon 2010 zu Gunsten von Demokrat_innen entschieden und sah in den Sitzblockaden keine Gefährdung. Absehbar war dies jedoch nicht, und so kam es in Strausberg 2010 und Neuruppin 2011 durchaus zur Auflösung der Blockaden unter Aufnahme alle Personalien – eine Strafverfolgung blieb jedoch aus.

Ohne Antifa keine Blockade

Auch wenn in die Öffentlichkeit zuweilen ein anderes Bild transportiert wird, ist doch zweifelsohne klar: Ohne die Antifa gäbe es keine Blockaden. Die Antifa ist Impulsgeber_in in lokalen und regionalen Bündnissen. Der Erfolg liegt letztlich in Konsens, der auch auf breiten Schultern getragen wird. Das Zusammenspiel von Antifaschist_innen und Bürger_innen ist der Schlüssel. In den vergangenen Jahren hat sich außerdem gezeigt, dass es die antifaschistische Gruppen sind, die das Know-How und Fachwissen über die jeweiligen Neonaziszenen haben, um sinnvoll und frühzeitig auf Neonazidemonstrationen und Aktivitäten zu reagieren.

Besonderheiten von Blockaden in Kleinstädten

Blockadebündnisse in Kleinstädten oder Gemeinden in Brandenburg stehen vor anderen Herausforderungen als Großstädte wie Dresden, Berlin oder Dortmund. Es gibt oft nur kleine Gruppen oder Einzelpersonen, die die Neonaziszene im Blick haben und sich vor Ort dagegen engagieren. Oft hängen antifaschistische Aktionen von persönlichen Kontakten und Vertrauen ab, das über Jahre hinweg aufgebaut wurde. Gearbeitet wird mit den Leuten, die sich beteiligen wollen. Teilweise sind die Ressourcen beschränkt. In Brandenburg Bündnisarbeit zu machen, bedeutet sich auf einen Minimalkonsens einzulassen, also Kompromisse eingehen und kontroverse Positionen nach hinten stellen. Brandenburg hat viel Erfahrung gesammelt in der Aufstellung von Blockaden und kann dank Solidarität und praktische Unterstützung durch andere Städte (und über Grenzen hinweg), auf mittlerweile viele Erfolge zurückblicken. Auch Etappenziele, gerade in Or-

Beispiele für staatliche Intervention:

Schauen wir uns also die Möglichkeiten des Rechtsstaates an, Versammlungen (von Neonazis) einzuschränken. 1. Auflagen: § 15 Abs 1 des Versammlungsgesetz erlaubt es, Auflagen zu erteilen, wonach Ort und Zeit beschränkt werden können sowie weitere Beschränkungen wie Uniformierungsverbote (dazu zählen auch Springerstiefel und Bomberjacken), Stahlkappen- und Waffenverbot, wie sie auf Neonazidemonstrationen üblich sind. Kommen sich Neonaziaufmarsch und Gegenprotest in die Quere, kann die Polizei Auflagen erlassen und die Beteiligten räumlich trennen.

2. Einmalige Verbote, Bsp. Ian Stuart Soli-Demo in Frankfurt (Oder)
Eine Demonstration im September 2011 war in Frankfurt (Oder) verboten worden, da der Aufzug unter dem Motto „Ian Stuart Gedenkmarsch/White Prisoner and Supporter Day“, eine zu deutliche Nähe zur verbotenen Netzwerk „**Blood and Honour**“ und des militanten „**Combat 18**“ hatte. Für die Polizei waren auf den Flyern zweifelsfrei Bezüge zum Nationalsozialismus und damit die drohende und konkret zu erwartende Verwirklichung des Straftatbestands des § 130 Absatz 4 StGB zu erkennen. (Der objektive Straftatbestand setzt die Billigung, Verherrlichung oder Rechtfertigung der nationalsozialistischen Gewalt- und Willkürherrschaft voraus.) zu erwarten. „Eine Versammlung mit einem derartigen Thema, wo die Gesamtumstände auf ein europäisches Zusammentreffen von Mitgliedern und Sympathisanten der Blood and Honour- Bewegung schließen lassen und wo wir die Verwirklichung von Straftatbeständen – wie Volksverhetzungen – erwarten müssen, werden wir mit allen uns zu Gebote stehenden rechtlichen Mitteln zu verhindern wissen,“ äußerte der Polizeipräsident Arne Feuring gegenüber der MAZ am 09. September 2011.

3. Dauerverbote für Orte: Bsp. Halbe: In Brandenburg galt der kleine Ort Halbe (Landkreis Dahme-Spreewald) als wichtiger Bezugspunkt für die regionale und überregionale Neonaziszene. In Halbe fand 1945 die sogenannte „letzte Kesselschlacht“ der Wehrmacht statt. Viele der 60.000 gefallenen Soldaten wurden auf dem Friedhof in Halbe begraben, was ihn zum Wallfahrtsort für Neonazis machte. Mit dem „Lex Halbe“ ist es Neonazis seit 2006 nicht mehr möglich ihre NS-Verherrlichung auf den Friedhof zu tragen – das Gesetz erkennt die besondere Bedeutung des Waldfriedhof Halbe an und verbietet Versammlungen in der unmittelbaren und engen räumlichen Nähe.

ten die wenig Erfahrung gegen Neonazis haben, können als Erfolge gewertet werden.

Fazit – Blockaden sind ein Erfolgskonzept in Brandenburg

Demonstrationen haben eine große Bedeutung für die neonazistische Szene. Es vergeht kaum ein Wochenende an dem nicht irgendwo in der Bundesrepublik durch Neonazis demonstriert wird. Sie sind zum zentralen Bestandteil neonazistischer Strategie im “Kampf um die Straße” geworden. Die Bewegung erlangt auf mittlere Sicht Selbstbewusstsein und stellenweise Hegemonie. Auch in Brandenburg gibt es eine rege Demonstrationspolitik der Neonazis. Erste Erfolge, ihnen „Wallfahrtsorte“ wie Halbe zu nehmen, gelangen durch den politischen Druck von Antifaschist_innen. Neonazigroßaufmärsche finden dort seither nicht mehr statt. Andere Aufmärsche werden seit drei Jahren durch verschiedene Blockade-Bündnisse be- und verhindert. Der Einfluss auf die Demonstrationskultur von Neonazis ist erkennbar: Immer weniger Neonazis nehmen an Demonstrationen teil und andere Aktionsformen werden probiert. Zwar halten die Neonazis weiterhin an der klassischen Demonstration fest, müssen jedoch immer wieder Rückschläge einstecken. Neonaziaufmärsche und Blockaden sind jedoch kein Spielchen darum, wer den längeren Atem hat. Wir dürfen nicht vergessen, dass Neonazidemonstrationen neben der Eigenen Szene und der Bevölkerung auch einen dritten Adressaten hat: Politische Gegner_innen. Dazu zählen für die Neonazis sowohl Migrant_innen, Jüd_innen, Muslima_e als auch Antifaschist_innen und andere weltanschauliche Gegner_innen. Für all jene sind Neonaziaufmärsche nicht nur die Inszenierung und Ästhetisierung von Gewalt, sondern eine tatsächliche Androhung von physischer Gewalt.

In solidarischer Zusammenarbeit antifaschistischer Initiativen ist es gelungen, eine breite Zivilgesellschaft für das Thema zu sensibilisieren und entschlossen gegen Neonazis einzutreten.

Wer Nazis wirksam entgegentreten will, muss ihnen die Räume nehmen.

Demonstrationen von Neonazis haben, so der Politikwissenschaftler Fabian Virchow, zwei zentrale Effekte für die Neonazi-Szene: Zum einen das Schaffen von Zusammenhalt, Wachstum und Dynamik der Bewegung, zum andern das Einwirken auf die Gesellschaft sowie Politik und Justiz- als eine Politik „der Machtentfaltung und Machtprobe gegenüber Instanzen des Staates und zivilgesellschaftlichen Akteuren“ (Virchow). Eine ähnliche Symbolwirkung wie die derzeitigen neonazistischen Demonstrationen, wollte auch die SA erzielen, indem sie gezielt in Arbeiter_innenvierteln aufmarschierte um gewaltsame Auseinandersetzungen zu provozieren. Die intendierte Außenwirkung in Stichworten: „Kampf um die Straße“ in SA-Tradition, zur Stilisierung als Vollstrecker des Volkswillens, als Vertreter des „kleinen Mannes“, Machtdemonstrationen gegen den politischen Feind. Und die intendierte Innenwirkung: Bei Demonstrationen treffen Aktivist_innen aus verschiedenen Städten zusammen, können sich austauschen und vernetzen, für neue Aktivist_innen wird es zur Bewährungsprobe – stehen sie öffentlich zu ihrer Meinung. Auch geht es um die inhaltliche Selbstvergewisserung, denn in vielen Fällen ist zu beobachten, dass sich Redner_innen auf Neonaziaufmärschen nicht an die Bürger_innen wenden, sondern an ihr eigenen Teilnehmer_innen. Nicht zu unterschätzen ist auch der Aktionismus als „Abenteuer“. So ist in Internetforen und Sozialen Netzwerken nicht etwa von den „inhaltlich wertvollen Redebeträgen“, sondern ist in vielen Fällen von aktions- und gewaltbezogenem „Spaß“ die Rede. Die Motivation ist es, „etwas zu erleben“.

„Das Problem beim Namen nennen!“

Recherche als Grundlage von Antifa-Intervention



Abb. 80: In den letzten 20 Jahren haben mehrere antifaschistische Recherchegruppen Publikationen veröffentlicht, die über die regionale neonazistische Szene berichteten.

Eine wichtige Grundlage antifaschistischer Intervention ist die Recherchearbeit. Wenn Neonazis auf Rassismus, Antisemitismus oder völkischen Nationalismus als Grundlage ihrer politischen Arbeit setzen, dann müssen sie sich irgendwann, irgendwo und in irgendeiner Art und Weise auch dazu bekennen. Und genau dort setzt die Recherchearbeit von Antifa-Gruppen an. Sie entlarvt Neonazis, die auf bürgerliche Seriosität setzen, sie thematisiert gefährliche Entwicklungen, die oft ignoriert werden und holt neonazistische Akteur_innen in die Öffentlichkeit, die unentdeckt bleiben wollen. „Das Problem beim Namen nennen!“ lautet also die Devise.

Die Erkenntnisse, die Antifa-Gruppen aus ihrer Recherchearbeit gewinnen, stammen aus einer Fülle von Informationen. Wichtige Quellen sind zum Beispiel Zeitungsartikel, neonazistische Publikationen oder das Internet. Die Beobachtung von rechten Aufmärschen und Kundgebungen liefert zudem einen tieferen Einblick in die personellen Strukturen von Neonazi-Gruppierungen. Die logische Konsequenz der Sammlung und Dokumentation gewonnener Erkenntnisse ist es, sie der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Neben bekannten Zeitschriften wie dem „Antifaschistischen Infoblatt“ oder „Der rechte Rand“ gibt es eine Vielzahl an regionalen Antifa-Publikationen, die mit einer hohen Sachkenntnis aufwarten. Im Land Brandenburg finden sich aktuelle Recherchearbeiten zum Thema Neonazismus vor allem in den Regionen Westhavelland (Rathenow – Premnitz) und Oberhavel-Süd (Oranienburg-Velten-Henningsdorf) sowie in den Städten Bernau, Potsdam, Frankfurt (Oder) und Brandenburg an der Havel. Auch das alternative Infoportal „Inforiot“ berichtet regelmäßig über das Thema Neonazismus im Land Brandenburg. Die veröffentlichten Informationen werden oft von zivilgesellschaftlichen Initiativen oder engagierten Journalist_innen aufgegriffen und weiter thematisiert. Doch oft sind es die Antifa-Gruppen selbst, die Neonazis und ihre Strukturen nicht nur thematisieren, sondern darauf aufbauend intervenieren. Sei es auf der Arbeitstelle, im Verein oder im Wohnumfeld: Dort wo Neonazis vermeintliche Rückzugsräume besitzen, gilt es die entsprechenden Verantwortlichen zu informieren und Konsequenzen daraus zu ziehen. Die Erfahrung zeigt: Wenn Neonazis auch dort Gegenwind zu spüren bekommen, wo sie sich in einer vermeintlich sicheren Position wähnen,

treten sie in ihrer politischen Arbeit schnell kürzer oder stellen im Idealfall ihre Aktivitäten gänzlich ein.

Antifa: nicht extremistisch – sondern extrem wichtig!

Trotz allem Erfolg stoßen Antifa-Gruppen bei ihrer Recherchearbeit oft an ihre Grenzen. Denn anders als staatliche Behörden wie dem Verfassungsschutz, sind die Mittel der Informationsgewinnung oft begrenzt. Doch gerade der Verfassungsschutz bezieht sich in seinen jährlichen Berichten immer wieder auf die Erkenntnisse von Antifa-Gruppen, teilweise werden sogar Textpassagen eins zu eins aus den Rechercheveröffentlichungen kopiert. Dem nicht genug, versucht der umstrittene Geheimdienst Antifa-Gruppen zu bespitzeln sowie zu überwachen und diffamiert in seinen Berichten sie als „extremistisch“ und „demokratiefeindlich“ um ihnen so die Deutungshoheit über das Thema „Neonazismus“ streitig zu machen. Doch gerade vor dem Hintergrund der Verstrickung von Verfassungsschutzbehörden in den NSU-Skandal kann diese Behörde keine verlässliche Quelle zum Thema „Neonazismus“ mehr sein. Auch andere staatliche Behörden versuchten in der Vergangenheit Antifa-Gruppen an ihrer Berichterstattung zu behindern. Anfang 2012 wurden beispielsweise die privaten Wohnräume von Antifaschist_innen aus der Region Oranienburg von LKA-Staatsschutz Beamt_innen durchsucht. Ihnen wurde zur Last gelegt, Personen als „Neonazis“ in der Recherchebroschüre „Blickpunkt“ diffamiert zu haben. Die Zivilgesellschaft in Oranienburg solidarisierte sich daraufhin mit den betroffenen Antifaschist_innen. Und wie sich herausstellte, handelte es sich bei den genannten Personen um stadtbekannte Neonazis und einen Anwalt, der bereits mehrere Neonazis vor Gericht vertrat. Die Hausdurchsuchung wurde daraufhin für unverhältnismäßig sowie rechtswidrig erklärt und das Verfahren wegen Verleumdung eingestellt.

Mittlerweile werden die Rechercheveröffentlichungen der Antifa-Gruppen von vielen Seiten als verlässliche Quellen angesehen und genießen eine hohe Anerkennung. Doch sorgen sie des öfteren auch für Unmut und Skandale, wenn Menschen oder Institutionen des öffentlichen Lebens mit Neonazis in Verbindung gebracht werden. Oft ist es ein langwieriger Weg bis Vereine, Stadtvertreter_innen oder Einzelpersonen ein Neonaziproblem als eines begreifen, dass nicht isoliert vom vermeintlich toleranten Teil der Gesellschaft existiert. Denn welche Stadt oder Gemeinde möchte schon gern als Neonazi-Hochburg und welche_r Gewerbetreibende als Neonazi-Sympathisant_in in den Schlagzeilen stehen? Zwar üben sich viele Städte und Gemeinden in öffentlichkeitswirksamer Symbolpolitik und sind um Imagepflege bemüht, wenn es zum Beispiel zu vermehrten gewalttätigen Übergriffen durch Neonazis in ihrer Region kommt. Doch erfolgt eine tiefergehende Auseinandersetzung mit den Verantwortlichen und Ursachen rechter Gewalt oft nur oberflächlich. Genau hier können die Veröffentlichungen von Rechercheergebnissen eine notwendige Sensibilisierung leisten, indem sie auf konkrete Personen und Zusammenhänge hinweisen und engagierte Akteur_innen dazu ermutigen, konsequent zu handeln.

Beispiele gelungener Recherche und Intervention

“Autonome Nationalisten” geben auf

Die Neonazigruppierung „Autonome Nationalisten Oder-Spree“ gab am 3. Oktober 2012 ihre Auflösung bekannt. Im „recherche output #5“ wurde ausführlich über die Gruppierung geschrieben. Die „antifaschistische recherchegruppe frankfurt (oder)“ informierte außerdem Arbeitgeber_innen, Nachbar_innen und Vereine, diese zogen dann die Konsequenzen und den Neonazis wurden u.a. Arbeitsverträge gekündigt.

NPD gründete Tarnverein

Antifaschistische Recherchearbeit enttarnte das „Märkische Familien- und Hilfswerk e.V.“, aus Blumberg (Barnim) als NPD-Tarnverein. Der Verein, mit Sitz auf dem Reiterhof der GdF Aktivistin Jana Michaels, wollte (Sach-) Spenden sammeln. Das Infoportal “Inforiot” berichtete zuerst im Frühjahr 2011. Daraufhin besuchten der „Berliner Kurier“ und „RTL Aktuell“ den Reiterhof und konfrontierten Michaelis mit den Vorwürfen. Auch die lokale “Märkische Oderzeitung” (MOZ) berichtet über das Neonazitreiben. Der Verein ist nicht mehr aktiv.

Neonazis „beschützen“ Flüchtlingsheim

In Rathenow wurde jahrelang das Flüchtlingsheim am Birkenweg von einem Wachschutz bewacht, in dem zahlreiche aktive Neonazis beschäftigt waren. Die „Antifa Westhavelland“ thematisierte diesen unhaltbaren Zustand regelmäßig, ohne dass die Zuständigen es für nötig hielten zu intervenieren. Erst als die Zeitschrift “Focus”, basierend auf den antifaschistischen Rechercheergebnissen, im Jahr 2002 darüber berichtete, wurde der Sicherheitsdienst vom Flüchtlingsheim abgezogen.

Hakenkreuz-Dennis beendet NPD-Karriere

„Inforiot“ berichtete im Dezember 2011 über die Vergangenheit des Neuruppiner NPD-Stadtverbandschef Dennis Franke. Dieser posierte 2007 in einem Bildband mit SS T-Shirt, Hitlerporträt und Hakenkreuz-Fahne im Hintergrund. Zahlreiche Medien griffen den Fall auf, Franke trat von seinem Posten zurück und verzog nach Göttingen.

Kontaktadressen

Wenn du mal nicht weiter weißt...

AK Antifa Potsdam
c/o chamäleon e.V.
Hermann-Elflein-Str. 32
14467 Potsdam
ak_antifa_potsdam@web.de
http://ak.antifa.cc/

[a] antifaschistische linke potsdam
aalp@gmx.net
http://aalp.blogsport.de/

Antifa Pressearchiv Potsdam
c/o Zulua Gorriak
Zeppelinstraße 25
14471 Potsdam
apap@activist.com

Antifaschistische Recherche_Potsdam//Umland
arpu@emdash.org
http://arpu.blogsport.eu/

Emanzipatorisches Jugendkollektiv Potsdam (EJKP)
ejkp@riseup.net
http://www.ejkp.antifa.cc/

Antifa Erkner
Schloßstr. 6-8
15517 Fürstenwalde
afaerkner@gmx.net

Antifaschistische Aktion Bernau
c/o Dosto
Breitscheidstr.43c
16321 Bernau
antifa-bernau@riseup.net
http://www.bernau.antifa.cc

Antifa Westhavelland
antifa_westhavelland@yahoo.de
http://westhavelland.wordpress.com/

Antifaschistisches Netzwerk Brandenburg-Premnitz-Rathenow [AFN]
afn@riseup.net
http://afn.blogsport.de/

Brandenburger Antifa [BAF]
http://brandenburger-antifa.blogspot.de

Antifa Westbrandenburg
antifa-westbrandenburg@riseup.net

Bad Belzig Rechtsaußen
http://badbelzigrechtsaussen.blogsport.de/

[A.G.O.] Antifaschistische Gruppe Oranienburg
c/o Schwarze Risse
Kastanienallee 85
10435 Berlin
ago_08@yahoo.de
http://antifagruppeoranienburg.blogsport.de/

[aaffo] autonome antifa frankfurt (oder)
c/o Kontaktladen
Berliner Straße 24
15230 Frankfurt (Oder)
aaffo@riseup.net

Antifaschistische Recherchegruppe Frankfurt (Oder)
recherche_ffo@riseup.net
http://recherchegruppe.wordpress.com/

Antifa Cottbus
antifa-cottbus@riseup.net
http://antifa-cottbus.de/

Opferperspektive e.V.
Rudolf-Breitscheid-Straße 164
14482 Potsdam
info@opferperspektive.de
http://www.opferperspektive.de/

Inforiot - infoportal für antifaschismus im land brandenburg
kontakt@inforiot.de
http://www.inforiot.de/

antifaschistisches pressearchiv und bildungszentrum berlin (apabiz e.V.)
Lausitzer Straße 10
10999 Berlin
mail@apabiz.de
http://www.apabiz.de

Personenregister


25
Her mit dem Schönen leben!